

EUROBAROMETER 72

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION Teil 2

BERICHT

Befragung: Oktober – November 2009

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert („Forschung und Verfassen von Reden“ Unit).

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

Standard Eurobarometer 72

Herbst 2009

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION

Teil 2

Durchgeführt von TNS Opinion & Social im Auftrag
der Europäischen Kommission – Generaldirektion
Kommunikation

Koordiniert von der Europäischen Kommission -
Generaldirektion Kommunikation

TNS Opinion & Social
Avenue Herrmann Debroux, 40
1160 Brüssel
Belgien

INHALTSANGABE

INHALTSANGABE.....	2
EINLEITUNG.....	5
I. DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE GLOBALISIERUNG	10
1. FAKTOREN, DIE FÜR DIE MACHT UND DEN EINFLUSS EINES LANDES ODER EINER GRUPPE VON LÄNDERN ENTSCHEIDEND SIND.....	10
1.1. Der wichtigste Faktor	10
1.2. Die kombinierten Faktoren	12
2. DIE FAKTOREN, DIE AM BESTEN MACHT UND EINFLUSS DER EUROPÄISCHEN UNION BESCHREIBEN.....	15
2.1. Der wichtigste Faktor	15
2.2. Kombinierte Faktoren	18
3. BEURTEILUNG DER GLOBALISIERUNG DURCH DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER.....	19
3.1. Die positiven Sichtweisen der Globalisierung	20
3.1.1. <i>Die Globalisierung ist eine Chance für das Wirtschaftswachstum</i>	20
3.1.2. <i>Die Globalisierung führt zu mehr ausländischen Investitionen in den einzelnen Ländern</i>	23
3.1.3. <i>Die Globalisierung trägt zur Entwicklung ärmerer Länder bei ...</i>	25
3.1.4. <i>Globalisierung ermöglicht es den Menschen, offener für andere Kulturen zu sein</i>	28
3.1.5. <i>Globalisierung hilft dem Frieden in der Welt</i>	34
3.2. Die negativen Sichtweisen der Globalisierung	36
3.2.1. <i>Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten</i>	36
3.2.2. <i>Globalisierung schützt uns nicht vor Preiserhöhungen</i>	39
3.2.3. <i>Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger</i>	41
3.3. Globalisierung: Chance oder Bedrohung?.....	44
3.4. Der Wunsch nach Regulierung und Ordnungspolitik	47
3.5. Die Einschätzung der Rolle der Europäischen Union im Umgang mit der Globalisierung.....	50
3.5.1. <i>Die negativ formulierte Frage (SPLIT A)</i>	50
3.5.2. <i>Die positiv formulierte Frage (SPLIT B)</i>	53
4. DIE EU IM VERGLEICH MIT DER WELTWEITEN WIRTSCHAFTSKONKURRENZ.....	55
4.1. Die Leistungsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft im Vergleich mit den Vereinigten Staaten, Japan und den BRIC-Staaten.....	55
4.2. Die Macht und Mittel der EU zur Verteidigung der eigenen Interessen	60
5. DER VERGLEICH ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEN VEREINIGTEN STAATEN	63
5.1. Der Vorsprung der Europäischen Union im Sozial- und Umweltbereich	65
5.1.1. <i>Das Gesundheitssystem</i>	65
5.1.2. <i>Der Kampf gegen soziale Ungleichheit</i>	67
5.1.3. <i>Das Bildungssystem</i>	70
5.1.4. <i>Der Kampf gegen Diskriminierung</i>	72
5.1.5. <i>Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit</i>	73
5.1.6. <i>Umweltschutz</i>	75
5.2. Die Europäische Union ist in den Bereichen Innovation, Forschung und Unternehmergeist im Rückstand.....	77
5.2.1. <i>Wissenschaftliche Forschung</i>	77
5.2.2. <i>Innovative Technologien</i>	79
5.2.3. <i>Unternehmergeist</i>	80

II. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER, DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE KRISE	83
1. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT ERREICHT?.....	85
2. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE SITUATION DER HAUSHALTE...	90
3. DIE AKTEURE, DIE DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AM WIRKSAMSTEN BEKÄMPFEN KÖNNEN	94
4. DIE ROLLE DES EURO IN DER KRISE	98
4.1. Die Meinung der europäischen Bürger der Eurozone: Wäre ihr Land besser geschützt gewesen, wenn sie die ehemalige nationale Währung behalten hätten?.....	98
4.2. Die Meinung der europäischen Bürger, deren Land nicht zur Eurozone gehört: Wäre ihr Land durch die Einheitswährung besser geschützt gewesen?.....	102
4.3. Die Pufferfunktion des Euro	105
5. DIE WIRKSAMSTEN MAßNAHMEN, DIE VON DER EUROPÄISCHEN UNION ERGRIFFEN WERDEN SOLLTEN	111
5.1. Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise.....	111
5.2. Maßnahmen, mit denen die Leistungen der europäischen Wirtschaft verbessert werden könnten	114
5.3. Maßnahmen, um den Bürgern zu helfen, die Auswirkungen der Krise zu bewältigen.....	119
6. SOLL DAS WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEM REFORMIERT WERDEN?	126
7. MAßNAHMEN, DIE VORRANGIG IM REFORMPROZESS ERGRIFFEN WERDEN SOLLTEN	134
III. DIE WERTE DER EUROPÄISCHEN BÜRGER	138
1. BEGRIFFE AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT	140
1.1. Die Prinzipien der Marktwirtschaft	142
1.2. Freier Handel und Protektionismus.....	152
1.3. Wohlfahrtsstaat, Solidarität und Gewerkschaft.....	156
1.4. Sicherheit und Reformen	163
2. DIE GEMEINSAMEN WERTE DER EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE WERTE, DIE AM BESTEN DIE EUROPÄISCHE UNION REPRÄSENTIEREN.....	165
2.1. Werte der europäischen Bürger	165
2.2. Werte, die die Europäische Union repräsentieren	169
3. DIE WICHTIGSTEN WERTE DER EUROPÄISCHEN BÜRGER	173
4. DIE WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN WERTE DER EUROPÄISCHEN BÜRGER.....	176
4.1. Wohlfahrtsstaat und freier Wettbewerb.....	176
4.2. Wie nimmt die öffentliche europäische Meinung das Dilemma zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz wahr?	181
5. GELD UND WICHTIGSTE FINANZIELLE MAßNAHMEN	190
6. TECHNOLOGIE UND INNOVATION	193
IV. DIE WICHTIGSTEN THEMEN DER ZUKUNFT	199
1. DIE WICHTIGSTEN THEMEN DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE KOMMENDEN JAHRE	200
2. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM DEN WIRTSCHAFTLICHEN AUFSCWUNG ZU GEWÄHRLEISTEN.....	207
3. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM DEN KLIMAWANDEL ZU BEKÄMPFEN	212
4. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM EIN NACHHALTIGES WACHSTUM ZU FÖRDERN	217
5. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM FORTSCHRITTE BEI DEN BÜRGERRECHTEN ZU ERREICHEN.....	223
6. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM EINEN BEITRAG ZUR STABILISIERUNG DER WELT ZU LEISTEN.....	229
SCHLUSSFOLGERUNGEN	234
TECHNISCHER HINWEIS	239

EINLEITUNG

Die vorliegende Eurobarometer-Umfrage wurde zwischen dem 23. Oktober und dem 18. November 2009 in 31 Ländern und Gebieten durchgeführt¹: Den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den drei Kandidatenländern (Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei) sowie der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil.

Seit Frühjahr 2008, und in noch stärkerem Maße seit Herbst 2008, stellen wir im Rahmen des Eurobarometers eine merkliche Veränderung in der öffentlichen europäischen Meinung fest. Seitdem werden die Wahrnehmungen und Meinungen der europäischen Bürger mehr als von jedem anderen Faktor durch die Finanz- und Wirtschaftskrise beeinflusst. Im Herbst 2009 scheinen einige makroökonomische Indikatoren anzuzeigen, dass die europäische Wirtschaft schrittweise wieder an ein neues Wachstum anknüpft; trotzdem bleibt die Situation, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und für die öffentlichen Finanzen, angespannt².

Anhand der europäischen öffentlichen Meinung hat der Eurobarometer den gesamten Zyklus der Krise aufgezeigt. Ausgehend von einer Situation des «wirtschaftlichen Vertrauens»³ vor der Wirtschaftskrise, auf die eine Periode der wachsenden Unruhe aufgrund der wirtschaftlichen Prognosen folgte, welche dann im Herbst 2008 in allen Lebensbereichen Realität wurden und im Frühjahr eine derartige Zuspitzung erfuhren, dass selbst die belastbaren Indikatoren der öffentlichen Meinung anfangen, dem nicht mehr standzuhalten, bis hin zur jetzigen Situation, in der ein gewisses Maß an Verbesserung festzustellen ist, sei es auf der Ebene, wie die aktuelle Lage bewertet wird, als auch hinsichtlich der Zukunftsperspektiven.

Wenn wir einmal von der Finanz- und Wirtschaftskrise absehen: Auch der sonstige Kontext innerhalb der Union ist von Veränderungen und Erneuerungen institutioneller Art geprägt. Diese Umstrukturierungen nahmen ihren Anfang mit den Europawahlen im letzten Juni, setzten sich mit der offiziell am 27. November 2009 angekündigten Neubesetzung der Europäischen Kommission fort und finden mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 ihren vorläufigen Abschluss.

Vor diesem Hintergrund sollte der vorliegende Standard-Eurobarometer analysiert werden.

¹ Die technischen Hinweise über Umfragedaten und –methoden für jedes Land finden sich im Anhang.

² Europäische Wirtschaftsprognose für Herbst 2009:

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication16055_en.pdf

³ Der ökonomische Vertrauensfaktor spiegelt sich im Konsumverhalten und gibt das Gefühl der europäischen Bürger gegenüber der Wirtschaft wieder. In diesem Bericht ist der Ausdruck 'ökonomischer Vertrauens-/Misstrauensfaktor' etwas weiter gefasst und bezeichnet den Einfluss auf die Meinungen im allgemeinen, ohne sich auf den Wirtschaftsbereich zu beschränken.

Der gesamte Standard-Eurobarometer ist in zwei Berichte geteilt. Der erste Bericht widmet sich den Ergebnissen, die für die chronologischen Indikatoren des Standard-Eurobarometers festgestellt wurden. Der vorliegende, zweite Bericht bietet einen Überblick über die öffentliche europäische Meinung zu den vier folgenden wichtigen Themen: Die Finanz- und Wirtschaftskrise; die Globalisierung; die Werte; die Prioritätensetzung der Europäischen Union.

Es stellt sich die Frage, inwieweit dieser wirtschaftliche und soziale Kontext die Wahrnehmungen und Einstellungen der europäischen Bürger zu den Themen Globalisierung und wirtschaftliche bzw. soziale Werte, aber auch hinsichtlich der Maßnahmen, die nach Ansicht der Bürger von der Europäischen Union vorrangig in diesen Bereichen in Zukunft berücksichtigt werden sollten, beeinflusste bzw. veränderte.

Dieser zweite Bericht ist in vier Hauptteile unterteilt. Im ersten Teil werden wir darauf eingehen, wie die europäischen Bürger die Globalisierung wahrnehmen. Zunächst werden die Bürger gefragt, welche Faktoren für die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern bzw. der Europäischen Union am entscheidendsten sind. Als nächstes werden unterschiedliche Aspekte der Globalisierung untersucht: Ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auswirkungen. Schließlich werden die europäischen Bürger gebeten, die jeweiligen Leistungen der Europäischen Union bzw. ihrer größten Konkurrenten – insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika – zu beurteilen.

Im zweiten Teil richten wir unser Augenmerk vor allem auf die Wirtschafts- und Finanzkrise, und zwar zu einem Zeitpunkt, in dem einige Indikatoren auf eine wirtschaftliche Wiederbelebung hinweisen. Im Anschluss an die Frage, ob das Schlimmste schon vorüber sei oder noch bevorstehe und welche aktuellen Konsequenzen die Krise auf die Situation der Haushalte hat, konzentriert sich der Bericht auf jene Akteure, denen am ehesten zugetraut wird, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen. Darüber hinaus wird auch die Rolle der europäischen Einheitswährung analysiert. Zuletzt versucht der Bericht das Ende der Krise heraufzubeschwören: Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden? Muss das Wirtschafts- und Finanzsystem reformiert werden?

Der dritte Teil beschäftigt sich mit den wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Werten der europäischen Bürger. Es wird eine Reihe von Schlüsselworten untersucht, um festzustellen, ob sie positive oder negative Assoziationen bei den Befragten auslösen. Als nächstes wird analysiert, welche Werte von allen europäischen Bürgern geteilt werden und welche am besten die Europäische Union repräsentieren. Daraufhin werden die Bürger gefragt, auf welche Werte innerhalb der Gesellschaft insbesondere Wert gelegt werden sollte, um für die großen weltweiten Herausforderungen gerüstet zu sein. Schließlich werden die wirtschaftlichen und sozialen Werte der Europäer im Detail analysiert. Abschließend wird im letzten Kapitel untersucht, welche Wahrnehmung die europäische Bevölkerung von der Innovation in der Europäischen Union hat.

Der vierte Teil wird näher auf die wichtigsten Maßnahmen eingehen, die nach Ansicht der Bürger in den kommenden Jahren von der Europäischen Union ergriffen werden sollten. Um welche handelt es sich? Und für jede dieser Maßnahmen: Auf welche Art und Weise können sie in die Tat umgesetzt werden?

Die Ergebnisse werden im Prinzip auf drei Ebenen analysiert:

- Auf Durchschnittsebene der EU27-Staaten;
- auf Länderebene, d.h. inwiefern unterscheiden sich die Ergebnisse von einem Mitgliedstaat zum anderen;
- auf soziodemografischer Ebene, d.h. die Unterschiede, die sich in Abhängigkeit von bestimmten soziodemografischen Merkmalen des Befragten sowie von sonstigen Meinungsindikatoren ergeben, insbesondere dem Bild, das die Bürger von der EU haben, dem Vertrauen, das sie in die EU setzen, ihrem Wissensstand über die Union und ihrer politischen Einstellung.

Sowohl die allgemeine, als auch die soziodemografische Analyse beruhen auf den Ergebnissen, die auf der Durchschnittsebene der EU27 festgestellt wurden. Dieser Durchschnitt ist gewichtet, um die tatsächliche Bevölkerung der jeweiligen Mitgliedstaaten darzustellen. Der Durchschnitt der Ergebnisse aus den früheren Berichten bezieht sich auf die Zusammensetzung der Europäischen Union, wie sie zum Zeitpunkt der jeweiligen Umfrage war.

Dieser Eurobarometer wurde von der Generaldirektion Kommunikation der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und von TNS Opinion & Social durchgeführt. Bei der Befragung wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat "Forschung und politische Analyse") für die Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt. Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigelegt. Darin werden die Interviewmethode und die Konfidenzintervalle im Einzelnen beschrieben.

Wir möchten die Leserinnen und Leser darauf hinweisen, dass es vier Arten von Standard-Eurobarometer-Berichten gibt.

1) Erste Ergebnisse: In diesem Bericht wird in prägnanter Form ein Blick auf die Ergebnisse für die Trendindikatoren geworfen und so ein schneller Überblick über den aktuellen Stand der europäischen öffentlichen Meinung zu maßgeblichen Fragen geboten.

2) Vollständiger Bericht: Er enthält eine eingehende Analyse aller bei einer Standard-Eurobarometer-Befragung gestellten Fragen.

3) Nationale Berichte: Sie sind in ihren Analysen hauptsächlich auf den Vergleich zwischen den nationalen Ergebnissen und dem EU-Durchschnitt ausgerichtet und werden von den nationalen Vertretungen der Europäischen Kommission in der/den Landessprache/-n veröffentlicht. Es gibt auch Zusammenfassungen dieser nationalen Berichte, die in englischer Sprache auf der Europa-Website veröffentlicht werden.

4) Ländermerkblätter: Sie enthalten Graphiken über die Ergebnisse der einzelnen Länder oder Gebiete, in denen die Umfrage durchgeführt wurde. Dadurch ermöglichen sie Vergleiche zwischen den nationalen Ergebnissen und dem EU-Durchschnitt.

Die Europa-Website ist unter folgender Adresse zu finden:

http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Wir möchten an dieser Stelle allen Befragten in ganz Europa danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen. Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Untersuchung nicht möglich gewesen.

Die Länder sind in diesem Bericht mit ihren amtlichen Abkürzungen wiedergegeben. Die im Bericht verwendeten Abkürzungen lauten wie folgt:

ABKÜRZUNGEN

EU27	Europäische Union - 27 Mitgliedstaaten
WN/KA	Weiß nicht / Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
D-E	<i>Ostdeutschland</i>
DE	Deutschland*
D-W	<i>Westdeutschland</i>
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern**
CY (tcc)	Nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierter Landesteil
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	
UK	Vereinigtes Königreich
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien***

* Die Daten in diesem Bericht beziehen sich ausschließlich auf ganz Deutschland. Darüber hinaus sind spezifische Daten für "Ost-" und "West-" Deutschland im Tabellenanhang zu finden.

** Zypern ist als Ganzes einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der gemeinschaftliche Besitzstand ist jedoch in dem Teil des Landes, der nicht der Kontrolle der Regierung der Republik Zypern untersteht, ausgesetzt. Aus praktischen Gründen sind nur die Interviews, die in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführt wurden, in der Kategorie "CY" ausgewiesen und in den EU27-Durchschnitt einbezogen. Die Interviews, die in dem nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführt wurden, sind dagegen in der Kategorie "CY(tcc)" (tcc: *Turkish Cypriot Community*, türkisch-zyprische Gemeinschaft) ausgewiesen.

*** Provisorische Bezeichnung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird.

Die Ergebnisse für CY(tcc), HR, TR und MK sind im Tabellenanhang zu diesem Bericht zu finden.

I. DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE GLOBALISIERUNG

1. FAKTOREN, DIE FÜR DIE MACHT UND DEN EINFLUSS EINES LANDES ODER EINER GRUPPE VON LÄNDERN ENTSCHEIDEND SIND

- Die Wirtschaftskraft ist der bedeutendste Faktor für den weltweiten Einfluss eines Landes -

Wie schon in der letzten Eurobarometer-Umfrage, wurden auch diesmal die europäischen Bürger gebeten, jene Faktoren aufzulisten, die für die Macht und den weltweiten Einfluss eines Landes oder einer Gruppe von Ländern entscheidend sind⁴. Die Befragten sollten zwei Faktoren, in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, angeben. Daraufhin wurden die beiden Antworten kombiniert, um eine Einstufung dieser Kombination zu erhalten.

1.1. Der wichtigste Faktor

Zuerst einmal steht die erstgenannte Antwort im Fokus der Analyse: Die Ergebnisse ähneln jenen, die im Rahmen der letzten Umfrage im Frühjahr 2009 festgestellt wurden. Die europäischen Bürger sind der Ansicht, dass die Wirtschaftskraft mit großem Abstand der wichtigste Faktor für einen weltweiten Einfluss ist. So erklären 56% (+1 Punkt im Vergleich zur letzten Umfrage), dass dieser Faktor am bedeutendsten ist, weit vor dem politischen Einfluss (24%, -1 Punkt), der militärischen Stärke (10%, -1 Punkt) und dem kulturellen Einfluss (5%, -1 Punkt).

QB1a. Welcher der folgenden Faktoren ist Ihrer Ansicht nach für den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern am entscheidensten? Zu erst?


































■ EB72 Hbt. 2009
■ EB71 Fr. 2009

● EU27

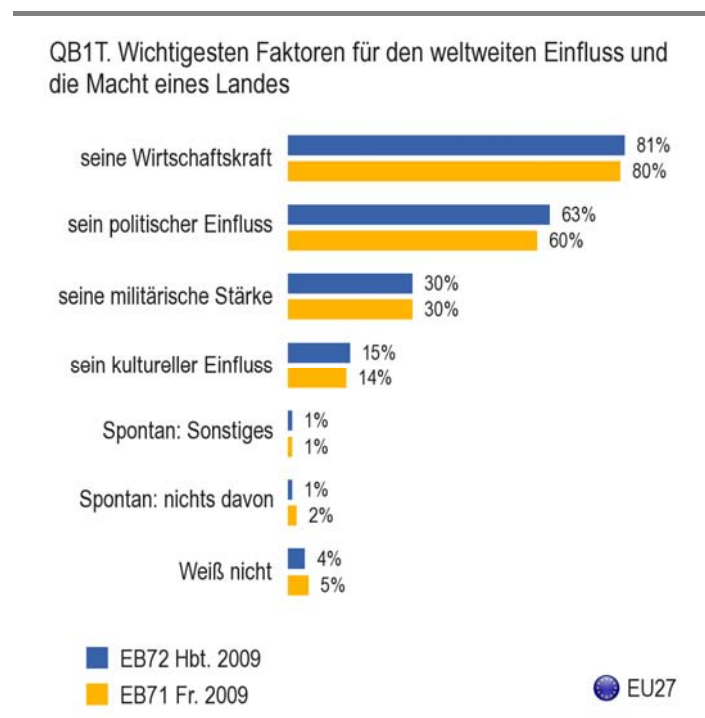
⁴ Welcher der folgenden Faktoren ist Ihrer Ansicht nach für den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern am entscheidensten? Zu erst? Und zweitens?

Die Befragten in Griechenland, Bulgarien und Luxemburg (71% in diesen drei Fällen) nennen am häufigsten die Wirtschaftskraft als entscheidendsten weltweiten Einflussfaktor. Demgegenüber wird dieser Faktor von den Befragten in Österreich (46%), im Vereinigten Königreich (48%) und in Portugal (48%) seltener genannt. Die Schweden (33%) und Letten (33%) wählen am häufigsten den politischen Einfluss als entscheidenden Faktor. Mit 25% der Nennungen (im Vergleich zum europäischen Durchschnitt von 10%) heben sich die Befragten auf Zypern von den anderen europäischen Bürgern ab, indem sie deutlich häufiger die militärische Stärke nennen.

QB1a Welcher der folgenden Faktoren ist Ihrer Ansicht nach für den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern am entscheidendsten?						
		seine Wirtschaftskraft	sein politischer Einfluss	seine militärische Stärke	sein kultureller Einfluss	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	56%	24%	10%	5%	4%
	BE	57%	25%	10%	4%	3%
	BG	71%	13%	7%	4%	5%
	CZ	49%	31%	14%	5%	1%
	DK	49%	32%	14%	4%	1%
	DE	59%	25%	9%	3%	3%
	EE	59%	24%	8%	5%	3%
	IE	59%	18%	7%	7%	8%
	EL	71%	16%	10%	2%	1%
	ES	58%	23%	9%	6%	4%
	FR	64%	19%	9%	5%	3%
	IT	49%	30%	10%	7%	2%
	CY	57%	12%	25%	3%	3%
	LV	52%	33%	9%	3%	3%
	LT	63%	22%	8%	2%	4%
	LU	71%	19%	4%	3%	2%
	HU	56%	26%	12%	3%	2%
	MT	67%	13%	6%	7%	6%
	NL	60%	28%	6%	4%	2%
	AT	46%	28%	16%	7%	2%
	PL	57%	22%	11%	4%	5%
	PT	48%	26%	11%	5%	9%
	RO	62%	15%	14%	2%	6%
	SI	54%	28%	13%	2%	2%
	SK	51%	29%	15%	4%	1%
	FI	52%	26%	13%	7%	2%
	SE	58%	33%	3%	4%	2%
	UK	48%	23%	12%	8%	8%
	CY (tcc)	67%	17%	12%	3%	1%
	MK	69%	16%	9%	3%	3%
	HR	68%	19%	6%	2%	4%
	TR	48%	13%	25%	8%	5%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

1.2. Die kombinierten Faktoren


































Indem wir die erste und zweite gewählte Antwort der befragten Personen miteinander kombinieren, erhalten wir eine ähnliche, aber nicht so ausgeprägte Hierarchie. Hier wird deutlich, dass Wirtschaftskraft und politischer Einfluss in der öffentlichen europäischen Meinung als deutlich wichtiger angesehen werden als militärische Stärke oder kultureller Einfluss. Ein Anteil von 81% der Antworten auf die Frage, welcher Faktor für den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern am entscheidendsten ist, fällt auf die Wirtschaftskraft, die somit häufiger als der politische Einfluss (63%), die militärische Stärke (30%) und der kulturelle Einfluss (15%) gewählt wird⁵. Die deutlichste Veränderung im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009 hat sich für den politischen Einfluss als bedeutendsten Faktor mit einer Zunahme um 3 Punkte ergeben.

In ausnahmslos allen Mitgliedstaaten wird die Wirtschaftskraft als entscheidender Faktor für den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern angesehen. Die Befragten in Schweden (77%), Deutschland und den Niederlanden messen dem politischen Einfluss eines Landes mehr Bedeutung bei, als dies im europäischen Durchschnitt der Fall ist (jeweils 75% im Vergleich zu 63%). Zypern ist der einzige Mitgliedstaat, in dem nahezu zwei von drei Befragten die militärische Stärke als wichtigsten Faktor nennen (64%).

Was die Kandidatenländer anbelangt, so können wir feststellen, dass die Befragten in der Türkei dem politischen Einfluss wenig Bedeutung beimessen (36%) und stattdessen mehr Gewicht auf die militärische Stärke legen (55%).

⁵ QB1T Welcher der folgenden Faktoren ist Ihrer Ansicht nach für den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern am entscheidendsten? Zu erst? Und zweitens? Kombinierte Faktoren

QB1T Die Wichtigsten Faktoren für den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes.						
		seine Wirtschaftskraft	sein politischer Einfluss	seine militärische Stärke	sein kultureller Einfluss	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	81%	63%	30%	15%	4%
	BE	82%	69%	26%	13%	3%
	BG	88%	54%	29%	16%	5%
	CZ	82%	70%	33%	12%	1%
	DK	87%	67%	31%	11%	1%
	DE	84%	75%	22%	10%	3%
	EE	86%	62%	27%	17%	3%
	IE	80%	58%	27%	15%	8%
	EL	91%	55%	45%	7%	1%
	ES	80%	58%	31%	16%	4%
	FR	86%	53%	33%	18%	3%
	IT	73%	69%	28%	20%	2%
	CY	87%	35%	64%	8%	3%
	LV	83%	73%	26%	8%	3%
	LT	87%	72%	20%	10%	4%
	LU	89%	71%	16%	14%	2%
	HU	85%	69%	31%	8%	2%
	MT	85%	52%	20%	22%	6%
	NL	86%	75%	23%	11%	2%
	AT	76%	64%	38%	14%	2%
	PL	80%	59%	32%	15%	5%
	PT	69%	59%	33%	14%	10%
	RO	81%	54%	37%	9%	6%
	SI	80%	68%	32%	9%	2%
	SK	80%	71%	31%	14%	1%
	FI	81%	62%	34%	17%	2%
	SE	91%	77%	17%	11%	1%
	UK	74%	54%	32%	19%	8%
	CY (tcc)	85%	48%	44%	20%	1%
	MK	86%	52%	33%	18%	3%
	HR	86%	69%	20%	14%	4%
	TR	71%	36%	55%	20%	5%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Die soziodemografische Analyse zeigt wenig nennenswerte Unterschiede. Wenn es um die Hierarchie der Faktoren geht, die für den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern am wichtigsten sind, gibt es in der europäischen öffentlichen Meinung einen Konsens, der unabhängig von der sozialen Positionierung der befragten Personen ist.

Trotzdem ist zu beobachten, dass Männer (32%) eher als Frauen (27%) und diejenigen Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher beendet haben (31%) eher als diejenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus in Ausbildung waren (27%), der militärischen Stärke eines Landes mehr Wichtigkeit beimessen.

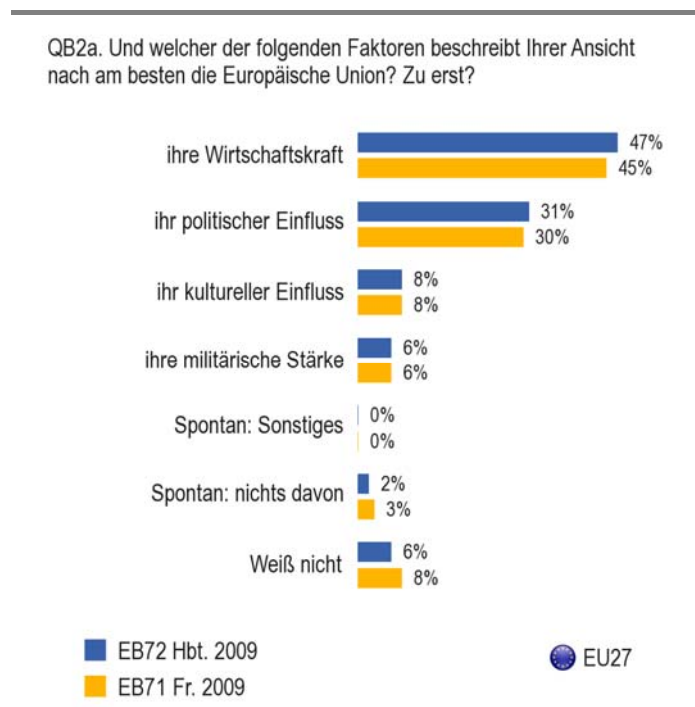
2. DIE FAKTOREN, DIE AM BESTEN MACHT UND EINFLUSS DER EUROPÄISCHEN UNION BESCHREIBEN

- In den Augen der europäischen Bürger wird die Europäische Union am besten durch ihre Wirtschaftskraft charakterisiert -

Nachdem wir die Faktoren, die den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern am entscheidendsten beeinflussen, je nach ihrer Bedeutung aufgelistet haben, ist es interessant zu untersuchen, inwieweit eben diese Faktoren in den Augen der Bürger die Europäische Union charakterisieren. Wie schon bei der letzten Frage wurden die Befragten gebeten, eine Rangliste zweier Faktoren anzugeben, die ihrer Ansicht nach am besten die Europäische Union charakterisieren⁶. Daraufhin wurden beide Antworten kombiniert, um eine Rangliste dieser Kombination zu erhalten.

2.1. Der wichtigste Faktor

Eine Analyse der erstgenannten Antworten zeigt: 47% der europäischen Bürger sind der Ansicht, dass die Europäische Union am besten durch ihre Wirtschaftskraft charakterisiert wird. Ein Anteil von 31% bevorzugt den politischen Einfluss. Jeweils nur 8% bzw. 6% nennen den kulturellen Einfluss und die militärische Stärke als Faktor, der die Europäische Union am besten beschreibt. Diese beiden Ergebnisse sind im Vergleich zur vorhergehenden Eurobarometer-Umfrage sehr stabil geblieben. Es konnten keinerlei Veränderungen hinsichtlich dieser Indikatoren festgestellt werden.


































⁶ QB2 Und welcher der folgenden Faktoren beschreibt Ihrer Ansicht nach am besten die Europäische Union? Zu erst?

Die Befragten in Luxemburg (68%), Bulgarien (60%), Rumänien und Griechenland (jeweils 59%) wählen am häufigsten die Wirtschaftskraft als Faktor, der die Union am besten beschreibt. In 25 Mitgliedstaaten der Union wird dieser Punkt auf den ersten Platz gewählt.

Die Befragten in Schweden (51%) und in Dänemark (48%) unterscheiden sich insofern von ihren Mitbürgern, als sie den politischen Einfluss, noch vor der Wirtschaftskraft, am häufigsten als bestimmenden Faktor der Union wählen. In der Tschechischen Republik sind die Befragten geteilter Meinung. Hier wählen 44% der Befragten die Wirtschaftskraft und 42% den politischen Einfluss.

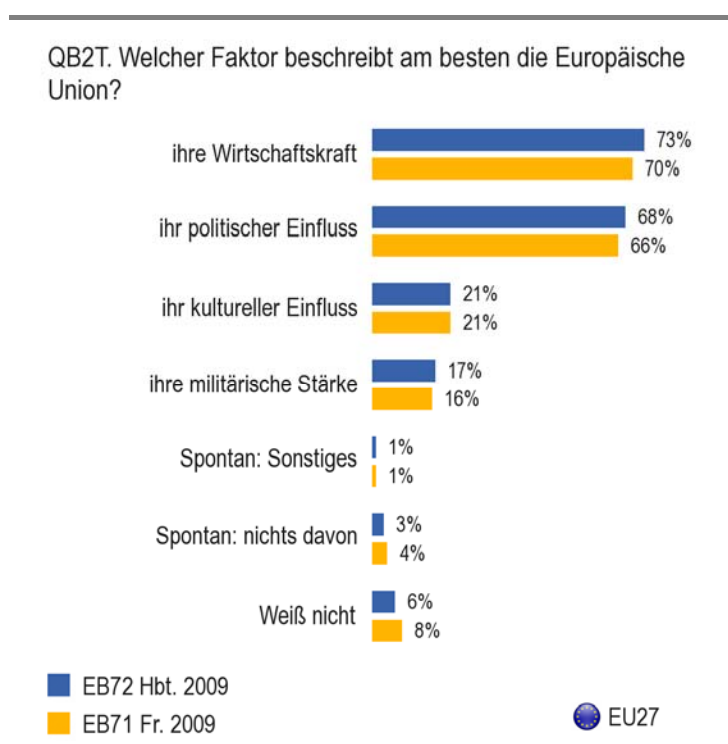
QB2a Und welcher der folgenden Faktoren beschreibt Ihrer Ansicht nach am besten die Europäische Union?

		seine Wirtschaftskraft	sein politischer Einfluss	seine militärische Stärke	sein kultureller Einfluss	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	47%	31%	6%	8%	6%
	BE	49%	35%	5%	6%	3%
	BG	60%	24%	3%	5%	7%
	CZ	44%	42%	5%	7%	1%
	DK	42%	48%	4%	3%	3%
	DE	56%	30%	4%	4%	3%
	EE	46%	37%	4%	7%	5%
	IE	53%	24%	4%	7%	11%
	EL	59%	30%	5%	4%	1%
	ES	50%	31%	6%	6%	6%
	FR	48%	25%	6%	12%	8%
	IT	34%	32%	9%	15%	6%
	CY	53%	29%	2%	11%	4%
	LV	47%	38%	4%	3%	6%
	LT	51%	33%	3%	4%	7%
	LU	68%	22%	2%	6%	2%
	HU	44%	38%	5%	7%	4%
	MT	54%	26%	2%	8%	9%
	NL	58%	31%	3%	4%	4%
	AT	44%	30%	6%	12%	3%
	PL	49%	29%	7%	7%	7%
	PT	47%	26%	8%	5%	12%
	RO	59%	19%	10%	3%	8%
	SI	43%	41%	4%	4%	4%
	SK	49%	38%	6%	6%	1%
	FI	45%	40%	4%	7%	3%
	SE	40%	51%	1%	3%	4%
	UK	35%	32%	7%	10%	13%
	CY (tcc)	63%	22%	6%	6%	2%
	MK	59%	23%	7%	5%	4%
	HR	50%	36%	3%	3%	7%
	TR	48%	17%	11%	11%	12%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

2.2. Kombinierte Faktoren

Wenn wir die zwei Antworten der befragten Personen miteinander kombinieren, dann erhalten wir eine ähnliche Hierarchie: 73% der Nennungen entfallen auf die Wirtschaftskraft und 68% auf den politischen Einfluss. Diese beiden Werte liegen weit vor denjenigen für den kulturellen Einfluss (21%) und die militärische Stärke (17%). **Nach Ansicht der europäischen Bürger wird die Europäische Union somit durch jenen Faktor am besten beschrieben, der ihrer Ansicht nach im Kampf um den weltweiten Einfluss und die Macht eines Landes oder einer Gruppe von Ländern am entscheidendsten ist.**



Die Ländertendenzen fallen im Großen und Ganzen ähnlich wie die bisher beschriebenen Ergebnisse aus. In Schweden (88%) und Dänemark (83%) wird dem politischen Einfluss die größte Bedeutung beigemessen: Dieser Punkt erhält gleich viel Nennungen wie die Wirtschaftskraft. In Italien und auf Zypern wird übrigens dem kulturellen Einfluss besonders große Beachtung geschenkt (jeweils 34%).

Die türkisch-zyprische Gemeinschaft sowie die Türkei heben sich durch eine häufigere Nennung der militärischen Stärke ab (27% in diesen beiden Fällen).

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass alle Bevölkerungsschichten dieser Hierarchie der Einflussfaktoren gleichermaßen zustimmen.

3. BEURTEILUNG DER GLOBALISIERUNG DURCH DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER

- Die europäischen Bürger haben ein ambivalentes Bild der Globalisierung -

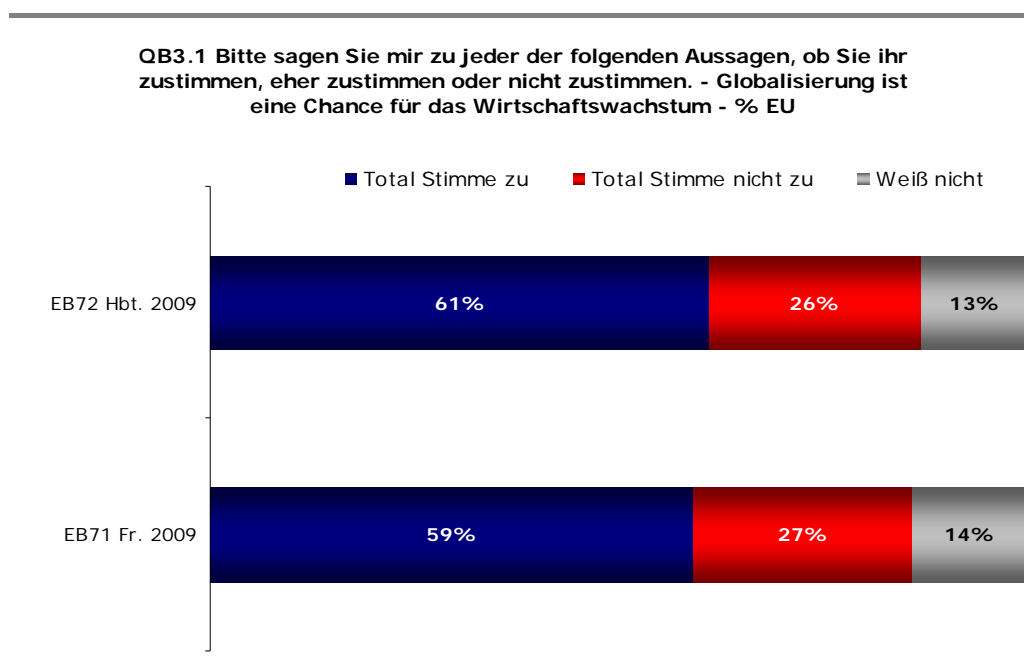
Die europäischen Bürger sehen die Globalisierung weiterhin auf ambivalente Weise. Auf der einen Seite wird sie als Chance für das Wirtschaftswachstum, als Möglichkeit anderen Kulturen gegenüber offener zu sein und als Möglichkeit der Entwicklungsförderung gesehen. Auf der anderen Seite nehmen die Bürger sie als soziale Bedrohung wahr, durch die Ungleichheiten verschärft werden, und die sich nur für große Unternehmen und nicht für die Bürger lohnt. Der Wunsch der europäischen Bürger nach einer stärkeren Regulierung der Globalisierung und einer besseren internationalen Ordnungspolitik bleibt ausgeprägt. Insgesamt verändert sich die Einschätzung der Globalisierung nur wenig im Vergleich zum Frühjahr 2008 (EB69) und zum Frühjahr 2009 (EB71), auch wenn eine leichte Tendenz dahingehend zu beobachten ist, die Dinge wieder positiver zu sehen.

Die Einschätzung der Globalisierung erfolgt auf Basis des nationalen und sozialen Gemeinschaftsgefühls. Schweden, Dänemark und die Niederlande unterscheiden sich von den anderen Mitgliedstaaten dadurch, dass ihre Bürger die Globalisierung positiv wahrnehmen. Demgegenüber stehen die Befragten in Frankreich und Griechenland der Globalisierung am deutlichsten ablehnend gegenüber. Aus soziologischer Sicht kann diese Differenz mit dem Integrationsgrad der jeweiligen Gesellschaft erklärt werden. So entwickeln die "*Insider*"⁷, d.h. Personen, die sozial und wirtschaftlich am besten integriert sind, eine deutlich positivere Sicht der Globalisierung als Personen, die aus einfacheren sozialen Schichten kommen bzw. die sich in einer prekären Lage befinden. Auf diese verschiedenen Elemente wird im weiteren Verlauf des Berichts noch eingegangen.

⁷ Die "*Insider*" / "*Outsider*" –Theorie ist ein im Jahre 1988 entwickeltes theoretisches Modell des Neo-Keynesianismus, das sich insbesondere auf die Arbeiten der Wirtschaftswissenschaftler Assar Lindbeck und Dennis Snower stützt. Dieses Modell stellt den *Insidern*, z.B. Lohnempfängern mit festem Vertrag, die so genannten *Outsider*, z.B. Arbeiter in prekärer Lage oder Arbeitslose gegenüber.

3.1. Die positiven Sichtweisen der Globalisierung

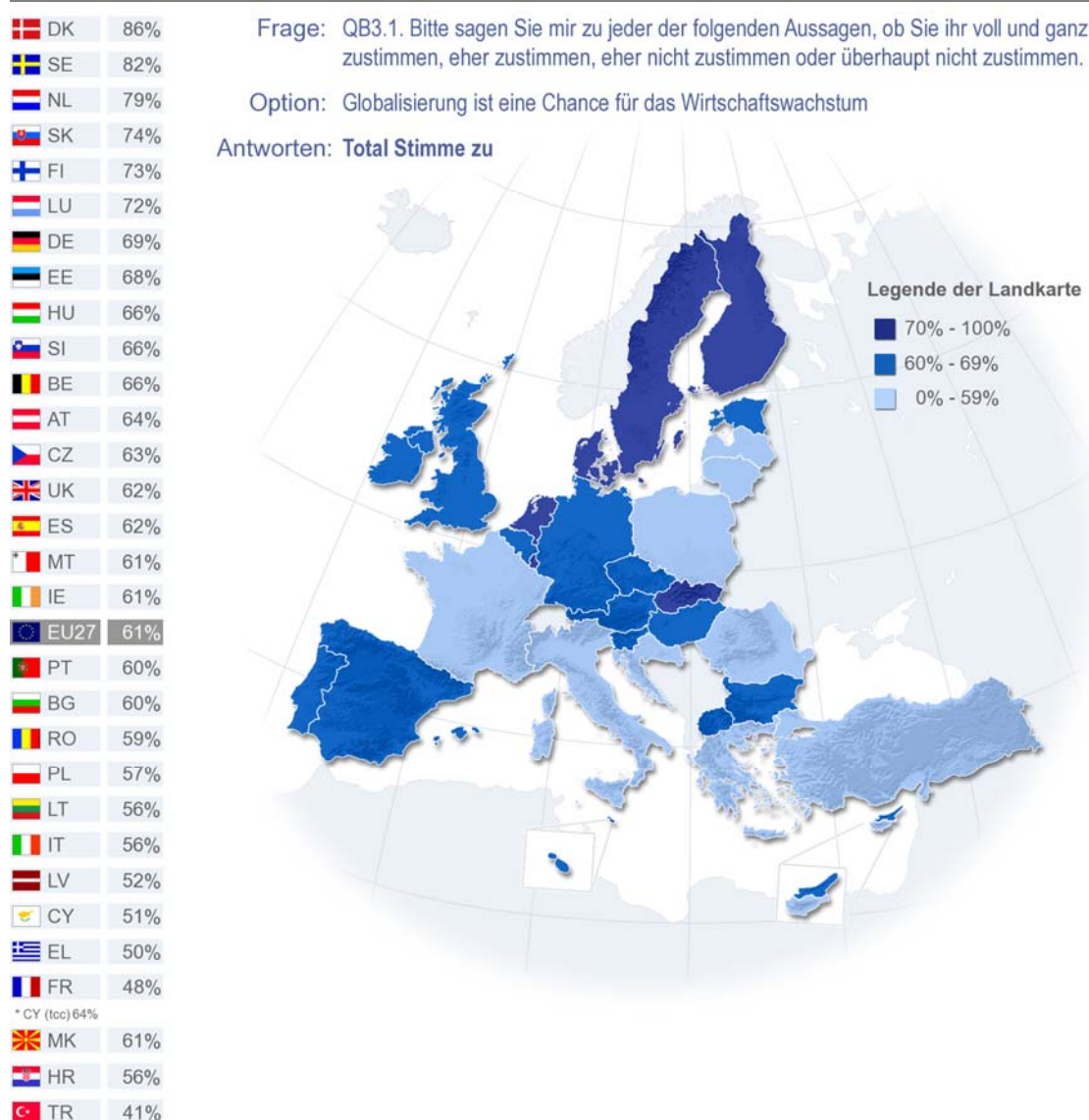
3.1.1. Die Globalisierung ist eine Chance für das Wirtschaftswachstum



Ein Anteil von 61% der europäischen Bürger ist mittlerweile der Ansicht, dass die Globalisierung eine Chance für wirtschaftliches Wachstum ist. 26% der Befragten hingegen sind mit dieser Aussage nicht einverstanden, während 13% keine Meinung äußern⁸. Wenn wir diese Zahlen etwas detaillierter betrachten, geben 14% der Befragten die Antwort «Stimme voll und ganz zu» und 47% «Stimme eher zu». 20% antworten mit «Stimme eher nicht zu» und 6% mit «Stimme überhaupt nicht zu».

Die Anteile europäischer Bürger, die mit dieser Aussage einverstanden sind, steigen um 2 Punkte im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009 und um 5 Punkte im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2008. Dies bedeutet, dass sich die positive Wahrnehmung der Globalisierung innerhalb der europäischen öffentlichen Meinung durchsetzt.





⁸ QB3.1 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



Während in allen 27 Mitgliedstaaten der Union diese Sichtweise der Globalisierung mehrheitlich unterstützt wird, können wir dennoch erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern beobachten. So sind die Befragten in Dänemark (86%) und in Schweden (82%) von dieser Aussage besonders überzeugt, während sich die Befragten in Frankreich (48%) und in Griechenland (50%) demgegenüber eher zurückhaltend zeigen. Der Anteil der Befragten in Griechenland, die erklären, dass die Globalisierung eine Chance für die Wirtschaft darstellt, ist seit Frühjahr 2009 (EB71) um immerhin 16 Punkte angestiegen, während er in Frankreich verhältnismäßig stabil geblieben ist (+1 Punkt).

In Bezug auf die Kandidatenländer ist festzustellen, dass 30% der Befragten in der Türkei keine Meinung zum Thema Globalisierung äußern. Entsprechend ist auch der prozentuale Anteil derjenigen, die der Meinung sind, dass die Globalisierung eine Chance für das Wirtschaftswachstum ist, deutlich niedriger als im europäischen Durchschnitt (41%).

QB3.1 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Globalisierung ist eine Chance für das Wirtschaftswachstum			
	Total Stimme zu	Total Stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	61%	26%	13%
Geschlecht			
 Männlich	65%	26%	9%
Weiblich	58%	26%	16%
Alter			
 15-24	67%	19%	14%
25-39	66%	25%	9%
40-54	61%	29%	10%
55 +	55%	28%	17%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	51%	29%	20%
16-19	60%	28%	12%
20+	69%	24%	7%
Studiert noch	70%	19%	11%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	66%	27%	7%
Leitende(r) Angestellte(r)	73%	22%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	68%	24%	8%
Sonstige Arbeiter	61%	27%	12%
Hausfrauen / Hausmänner	54%	29%	17%
Arbeitslos	56%	29%	15%
Rentner / Pensionäre	54%	28%	18%
Studenten	70%	19%	11%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	51%	32%	17%
Mitte (5-6)	62%	26%	12%
Hoch (7-10)	72%	21%	7%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	75%	17%	8%
Eher nicht vertrauen	51%	37%	12%
Euro			
Dafür	70%	21%	9%
Dagegen	49%	37%	14%

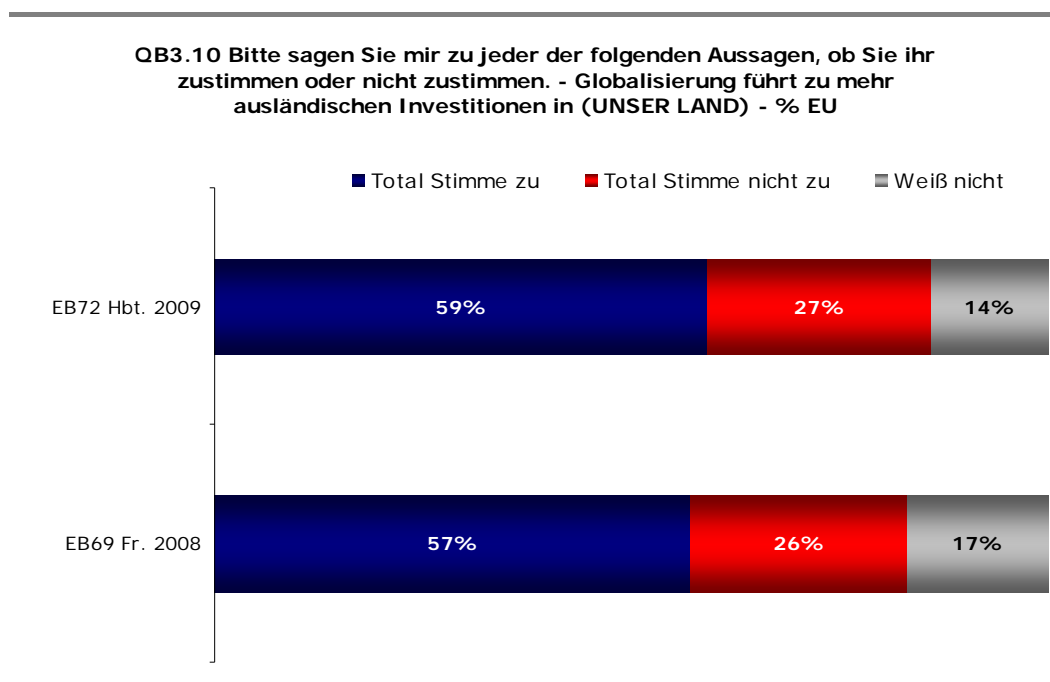
Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht und die persönliche Lage beeinflussen die Wahrnehmung der Globalisierung durch die Bürger erheblich. Je besser die Befragten in die Gesellschaft integriert sind, umso positiver nehmen sie die Globalisierung wahr. Demgegenüber wird die Globalisierung in denjenigen sozialen Schichten weniger positiv beurteilt, die sich in Schwierigkeiten befinden, bzw. ihr eigene Lage als prekär bezeichnen.

Die befragten Personen, die ihre Ausbildung im Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben (51%), die Rentner und Pensionäre (54%), die Arbeitslosen (56%), die Personen, die sich selbst in der gesellschaftlichen Rangordnung unten einordnen (51%) und diejenigen, die Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen am Ende des Monats haben (48%), erklären deutlich seltener als die Befragten, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben (69%), die Führungskräfte (73%) und diejenigen Personen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung oben einordnen (72%), dass die Globalisierung dem Wirtschaftswachstum zuträglich ist.

Wir können auch feststellen, dass die Unterstützung für die Globalisierung unter den Studenten (70%) sehr ausgeprägt ist. Die Sichtweise der Globalisierung korreliert ebenfalls mit dem Bild, das die Befragten von der Europäischen Union haben.

Je mehr Vertrauen die Befragten in die Union setzen, desto positiver beurteilen sie die Globalisierung. Je weniger Vertrauen die Befragten in die Union setzen, desto deutlicher lehnen sie die Globalisierung ab. So erklären 75% derjenigen Befragten, die Vertrauen in die Europäische Union haben, dass die Globalisierung ihrer Ansicht nach eine Chance für das Wirtschaftswachstum ist. Dies gilt demgegenüber für 51% derjenigen, die kein Vertrauen in die Union haben. Gleichermäßen sehen 70% derjenigen Befragten, die den Euro unterstützen, die Globalisierung auf positive Weise, während dies nur für 49% derjenigen gilt, die den Euro ablehnen. Das bedeutet, dass zwischen der Art und Weise, in der die Europäische Union und die Globalisierung beurteilt werden, ein Zusammenhang besteht.

3.1.2. Die Globalisierung führt zu mehr ausländischen Investitionen in den einzelnen Ländern

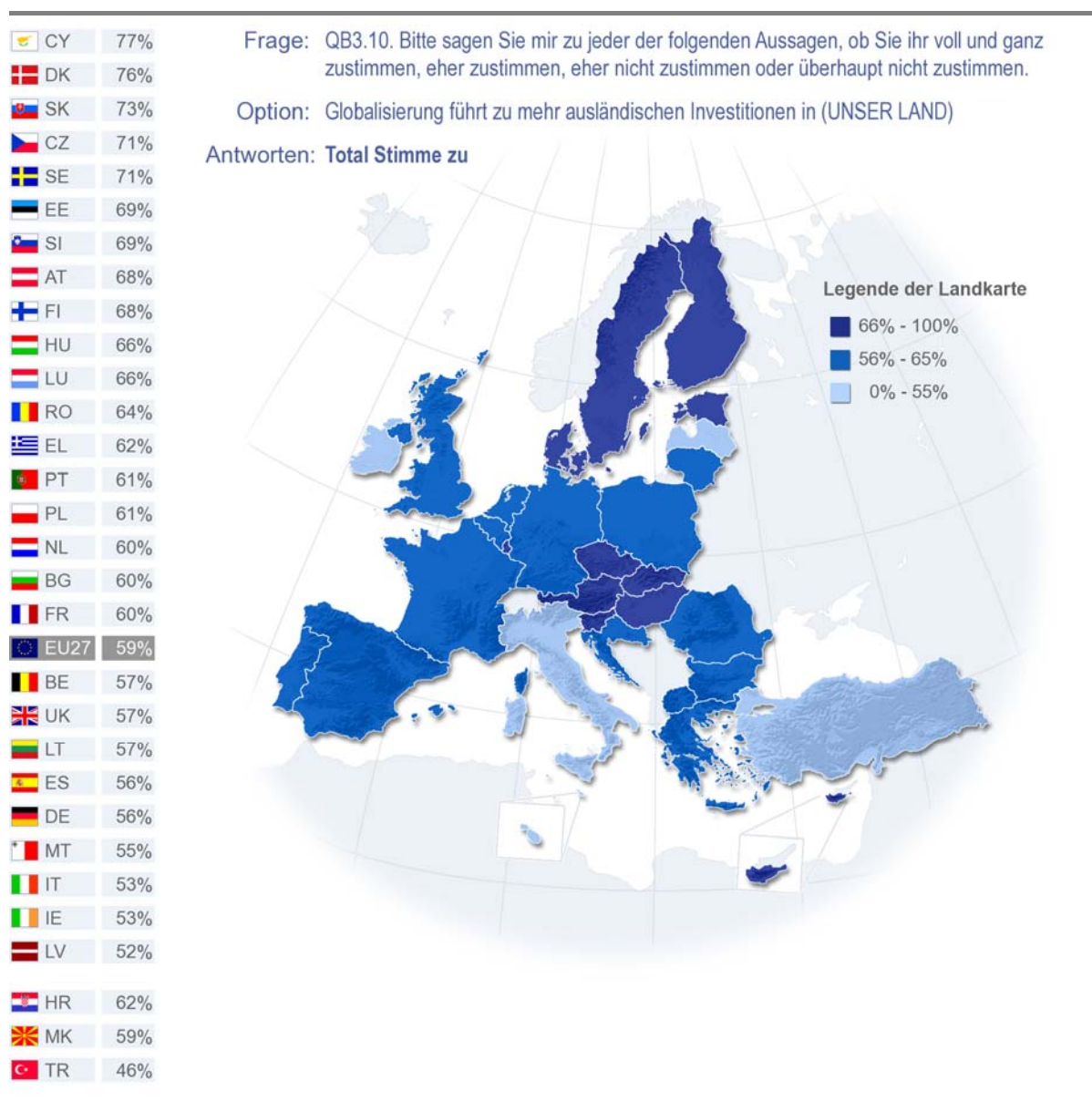


Da die Mehrheit der europäischen Bürger davon überzeugt ist, dass die Globalisierung eine Chance für das Wirtschaftswachstum darstellt, sind sie dementsprechend auch der Meinung, dass die Globalisierung zu mehr ausländischen Investitionen im eigenen Land führt⁹.

⁹ QB3.10 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung führt zu mehr ausländischen Investitionen in (UNSER LAND)

Ein Anteil von 59% der Befragten erklärt, mit dieser Aussage einverstanden zu sein, 27% hingegen machen deutlich, dass sie diese Aussage nicht unterstützen und 14% geben auf diese Frage keine Antwort.

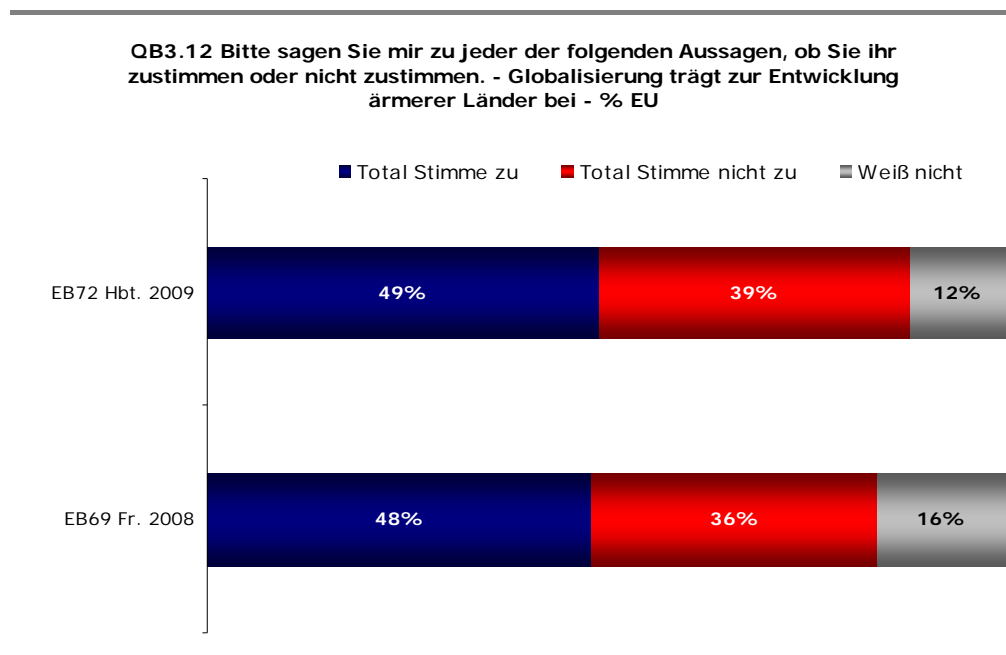
Wenn wir die Ergebnisse im Detail betrachten, so wählen 14% der Befragten die Antwort «Stimme voll und ganz zu» und 45% «Stimme eher zu». Auf der Seite derjenigen Befragten, die diese Aussage nicht unterstützen, wählen 20% die Antwort «Stimme eher nicht zu» und 7% «Stimme überhaupt nicht zu». Der Anteil europäischer Bürger, die mit dieser Aussage einverstanden sind, steigt im Vergleich zum Frühjahr 2008 (EB69) um 2 Punkte an.



Das bedeutet, dass in den 27 Mitgliedstaaten eine absolute Mehrheit der Befragten mit dieser Aussage einverstanden ist, wobei auf Zypern (77%) und in Dänemark (76%) die höchsten und in Italien (53%) und Lettland (52%) die niedrigsten Anteile festzustellen sind.

In Bezug auf diesen Indikator können wir dieselben soziodemografischen Unterschiede feststellen, die schon im bisherigen Text beschrieben wurden, dies allerdings in geringerem Umfang. Die Personen, die bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus in Ausbildung waren (66%), die Führungskräfte (66%), die sonstigen Angestellten (63%) und die Studenten (63%), diejenigen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung weiter oben einordnen (65%) und diejenigen, die eher Vertrauen in die Europäische Union haben (69%) erklären am häufigsten, dass ihrer Ansicht nach die Globalisierung zu mehr ausländischen Investitionen in ihrem Land führt.

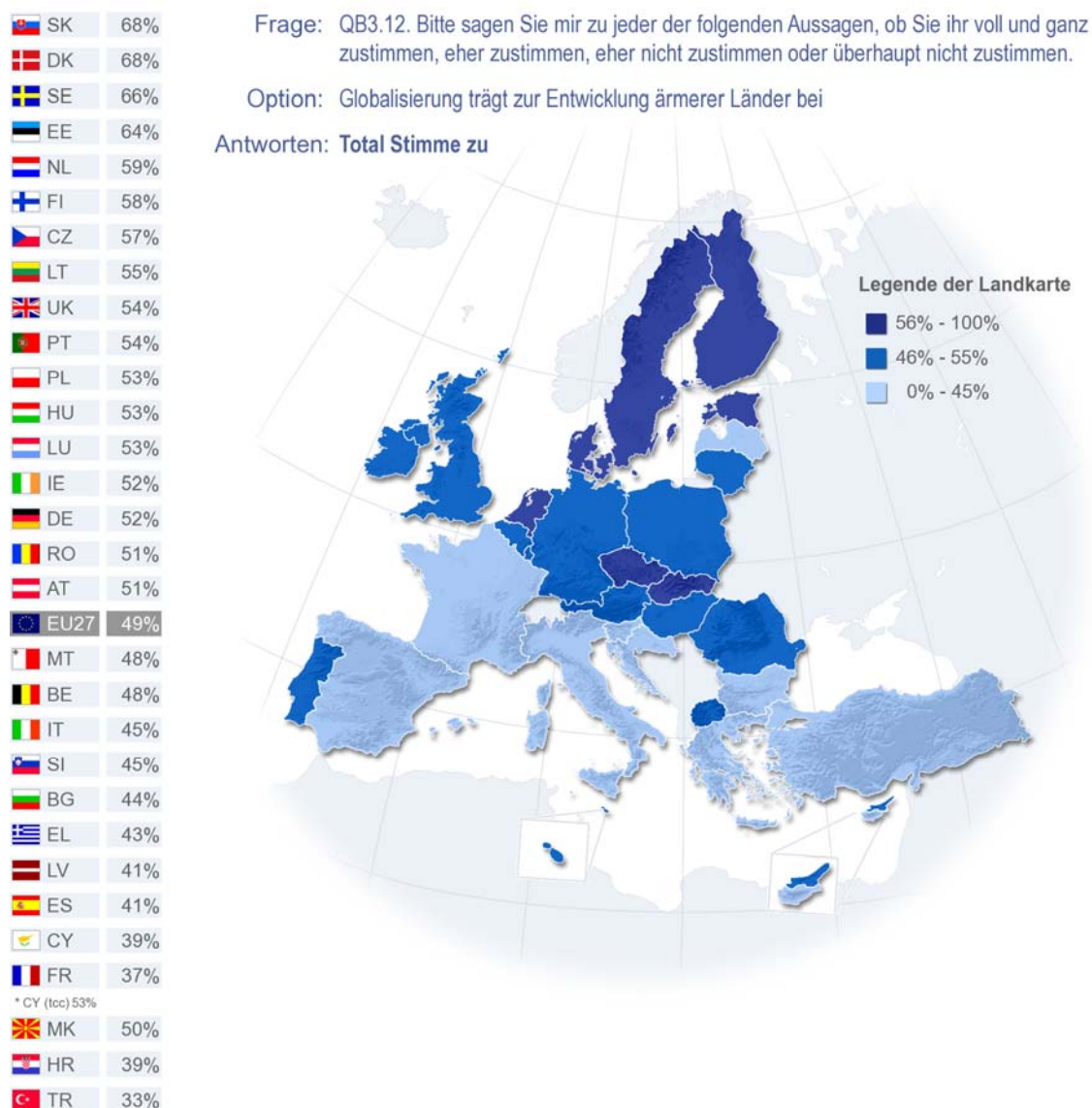
3.1.3. Die Globalisierung trägt zur Entwicklung ärmerer Länder bei



Auch wenn die Meinungen zu dieser Aussage recht weit auseinandergehen, so ist doch eine Mehrheit der europäischen Bevölkerung der Ansicht, dass die Globalisierung zur Entwicklung ärmerer Länder beiträgt¹⁰. Ein Anteil von 49% der befragten Personen stimmt dieser Aussage zu (10% «Stimme voll und ganz zu» und 39% «Stimme eher zu»), während 39% der Befragten diese Aussage ablehnen (27% «Stimme eher nicht zu» und 12% «Stimme überhaupt nicht zu») und 12% hierzu keine Meinung haben. Der Anteil der Befragten, die mit dieser Aussage einverstanden sind, steigt im Vergleich zum Frühjahr 2008 nur um einen Punkt, während der Anteil der Personen, die nicht einverstanden sind, um 3 Punkte zunimmt.

¹⁰ QB3.12 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung trägt zur Entwicklung ärmerer Länder bei





Es gibt zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Beurteilung der Globalisierung als Faktor, der zur Entwicklung ärmerer Länder beiträgt. Die Befragten in Dänemark (68%), der Slowakei (68%) und in Schweden (66%) erklären am häufigsten, dass die Globalisierung einen Beitrag zur Entwicklung ärmerer Länder leisten kann. Demgegenüber ist eine absolute Mehrheit der Befragten in Griechenland (55%), Frankreich (54%) und eine relative Mehrheit der Befragten in Slowenien (47%) und Belgien (47%) der Ansicht, dass diese Aussage nicht richtig sei.



Eine soziodemografische Analyse zeigt Unterschiede, die sich aufgrund des Maßes der sozialen und politischen Integration der einzelnen Befragten in der Gesellschaft ergeben. Ein Beispiel dafür ist, dass 56% derjenigen Personen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung weiter oben positionieren, davon überzeugt sind, dass die Globalisierung Entwicklungschancen bietet. Dies gilt hingegen nur für 43% der Personen, die sich gesellschaftlich gesehen niedriger einstufen. 57% derjenigen, die ein positives Bild der Union haben, teilen diese Meinung, und nur 35% derjenigen, die ein negatives Bild der Union haben, sind ebenfalls dieser Ansicht.

QB3.12 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

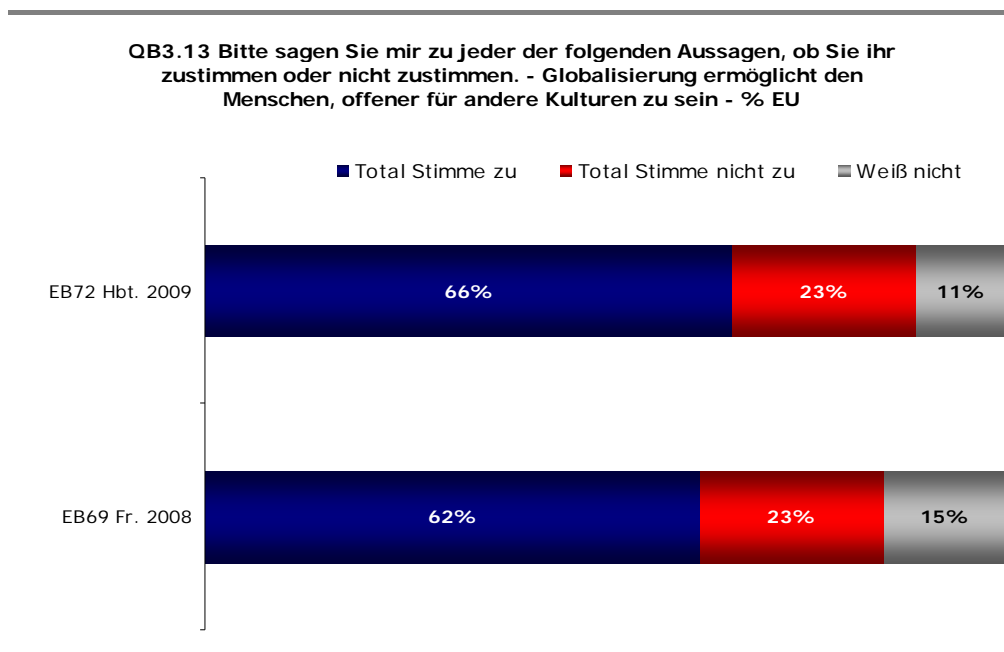
Globalisierung trägt zur Entwicklung ärmerer Länder bei

	Total Stimme zu	Total Stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	49%	39%	12%
Geschlecht			
 Männlich	50%	41%	9%
Weiblich	48%	37%	15%
Alter			
 15-24	54%	34%	12%
25-39	51%	40%	9%
40-54	48%	43%	9%
55 +	46%	38%	16%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	43%	38%	19%
16-19	50%	39%	11%
20+	51%	43%	6%
Studiert noch	55%	34%	11%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	54%	38%	8%
Leitende(r) Angestellte(r)	53%	42%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	53%	39%	8%
Sonstige Arbeiter	50%	39%	11%
Hausfrauen / Hausmänner	43%	41%	16%
Arbeitslos	46%	40%	14%
Rentner / Pensionäre	45%	38%	17%
Studenten	55%	34%	11%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	42%	41%	17%
Gelegentlich	47%	40%	13%
Nahezu nie/ nie	52%	38%	10%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	43%	42%	15%
Mitte (5-6)	50%	39%	11%
Hoch (7-10)	56%	37%	7%
Bild der EU			
Positiv	57%	34%	9%
Neutral	45%	40%	15%
Negativ	35%	53%	12%

3.1.4. Globalisierung ermöglicht es den Menschen, offener für andere Kulturen zu sein

- Auch wenn es die Globalisierung den Menschen ermöglicht, offener für andere Kulturen zu sein, so zeigt sich ein nicht unerheblicher Teil der europäischen Bevölkerung durch eben diese Öffnung beunruhigt -**

Globalisierung wird nicht nur in ihrer wirtschaftlichen Dimension als Chance für Wirtschaftswachstum, als Investitionsfaktor und - in geringerem Maße - als Chance auf Entwicklung gesehen. Auch die kulturelle Dimension der Globalisierung wird positiv beurteilt.



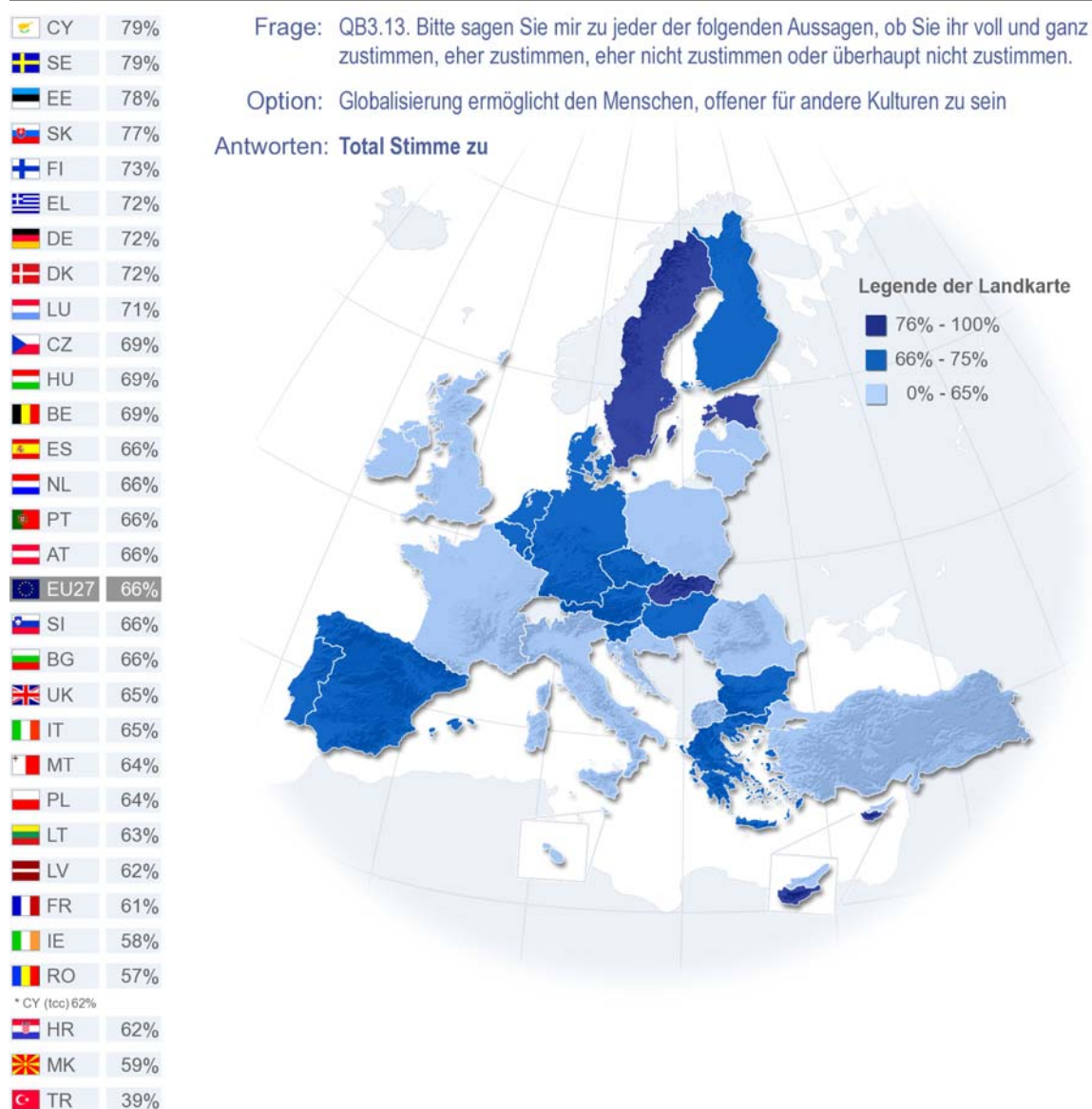
Ein Anteil von 66% der europäischen Bürger ist davon überzeugt, dass die Globalisierung es den Menschen ermöglicht, offener für andere Kulturen zu sein¹¹, und nur 23% sind mit dieser Aussage nicht einverstanden. 11% äußern sich nicht zu diesem Thema. Wenn wir dies im Detail analysieren, so wählen 16% der europäischen Bürger die Antwort «Stimme voll und ganz zu» und 50% wählen «Stimme eher zu». Die Antwort «Stimme überhaupt nicht zu» wird nur von 6% der Befragten gewählt, während sich 17% für «Stimme eher nicht zu» entscheiden.

Im Vergleich zum Frühjahr 2009 hat sich bei dem Anteil der Befragten, die die Globalisierung als Chance sehen, offener für andere Kulturen zu sein, dieser Eindruck verfestigt: Der Wert ist um 4 Punkte angestiegen. Diese Entwicklung geht nicht mit einer Verringerung des Anteils europäischer Bürger einher, die mit der Aussage nicht einverstanden sind (dieser bleibt gleich), sondern mit einem vierprozentigen Rückgang des Anteils der Befragten, die mit «Weiß nicht» antworten.

¹¹ QB3.13 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung ermöglicht den Menschen, offener für andere Kulturen zu sein

In 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat eine Mehrheit diese Vorstellung von der Globalisierung gewonnen: Die höchsten Anteile können wir auf Zypern (79%) und in Schweden (79%) und die niedrigsten in Rumänien (57%), Irland (58%) und in Frankreich (61%) feststellen.

Bezüglich der Kandidatenländer muss die besondere Situation in der Türkei hervorgehoben werden: Hier sind nur 39% der Befragten mit der Aussage einverstanden, dass die Globalisierung es den Menschen ermöglicht, offener für andere Kulturen zu sein. Dieses Ergebnis geht allerdings nicht mit einem entsprechend hohen Anteil der Befragten einher, die dieser Aussage nicht zustimmen (27%), sondern ist bedingt durch einen erhöhten Anteil an Personen, die sich nicht äußern (34%).

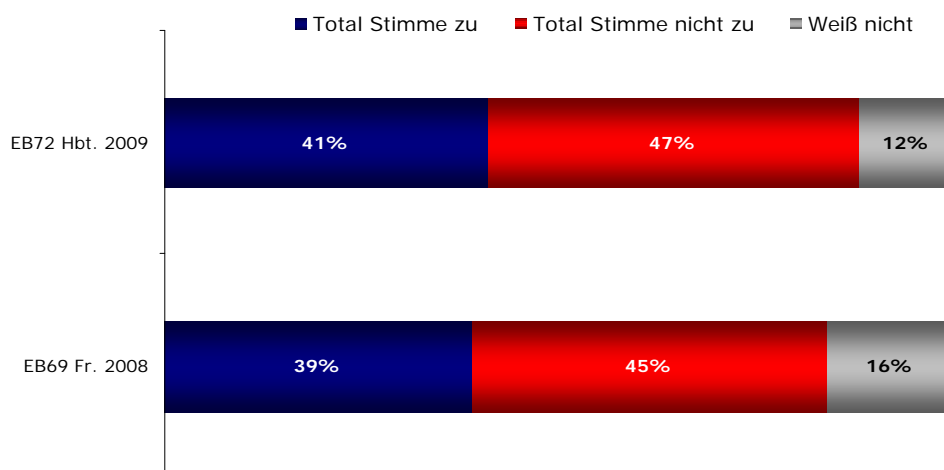


Die Meinung, dass Globalisierung eine kulturelle Öffnung mit sich bringt, wird in allen sozialen Schichten von einer Mehrheit unterstützt. Allerdings gibt es in Abhängigkeit von den schon genannten sozialen Merkmalen den einen oder anderen Unterschied hinsichtlich des Ausmaßes. So steigt die Intensität, mit der diese Aussage unterstützt wird, mit zunehmendem Ausbildungsniveau der Befragten an: Dies gilt für 58% derjenigen Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder davor beendet haben, für 67% derjenigen, die ihre Ausbildung zwischen 16 und 19 Jahren beendet haben und für 72% derjenigen, die die Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgesetzt haben. Auch die Studenten vertreten diese Ansicht zu 71%.

Die andere Seite derselben Münze ist, dass ein nicht unerheblicher Teil der europäischen Bürger durch diese kulturelle Öffnung beunruhigt ist, da in der Globalisierung eine Bedrohung ihrer nationalen Kultur gesehen wird¹². Während also 47% der europäischen Bürger nicht mit der Aussage einverstanden sind, dass Globalisierung eine Bedrohung ihrer nationalen Kultur bedeutet, stimmen auf der anderen Seite 41% der Befragten dieser Aussage zu und 12% äußern keine Meinung.

Wenn wir uns den Ergebnissen im Detail zuwenden, können wir feststellen, dass 34% der befragten Personen mit «Stimme eher nicht zu» antworten und 13% mit «Stimme überhaupt nicht zu». Ein Anteil von 11% der Befragten hat demgegenüber mit «Stimme voll und ganz zu» und 30% mit «Stimme eher zu» geantwortet. Der 6-Punkte-Unterschied zwischen dem Anteil derjenigen, die keine und derjenigen, die sehr wohl eine Bedrohung sehen, ist identisch mit dem Unterschied, der hierfür im Frühjahr 2008 gemessen wurde (45% gegenüber 39%). Auch hier sinkt der Anteil der Befragten, die keine Meinung äußern, erheblich (-4 Punkte). Möglicherweise gibt es in der europäischen öffentlichen Meinung zu der Frage über die Globalisierung einen Trend zur Polarisierung.

QB3.7 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen. - Globalisierung stellt eine Bedrohung für die (NATIONALITÄT) Kultur dar - % EU



¹² QB3.7 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung stellt eine Bedrohung für die (NATIONALITÄT) Kultur dar

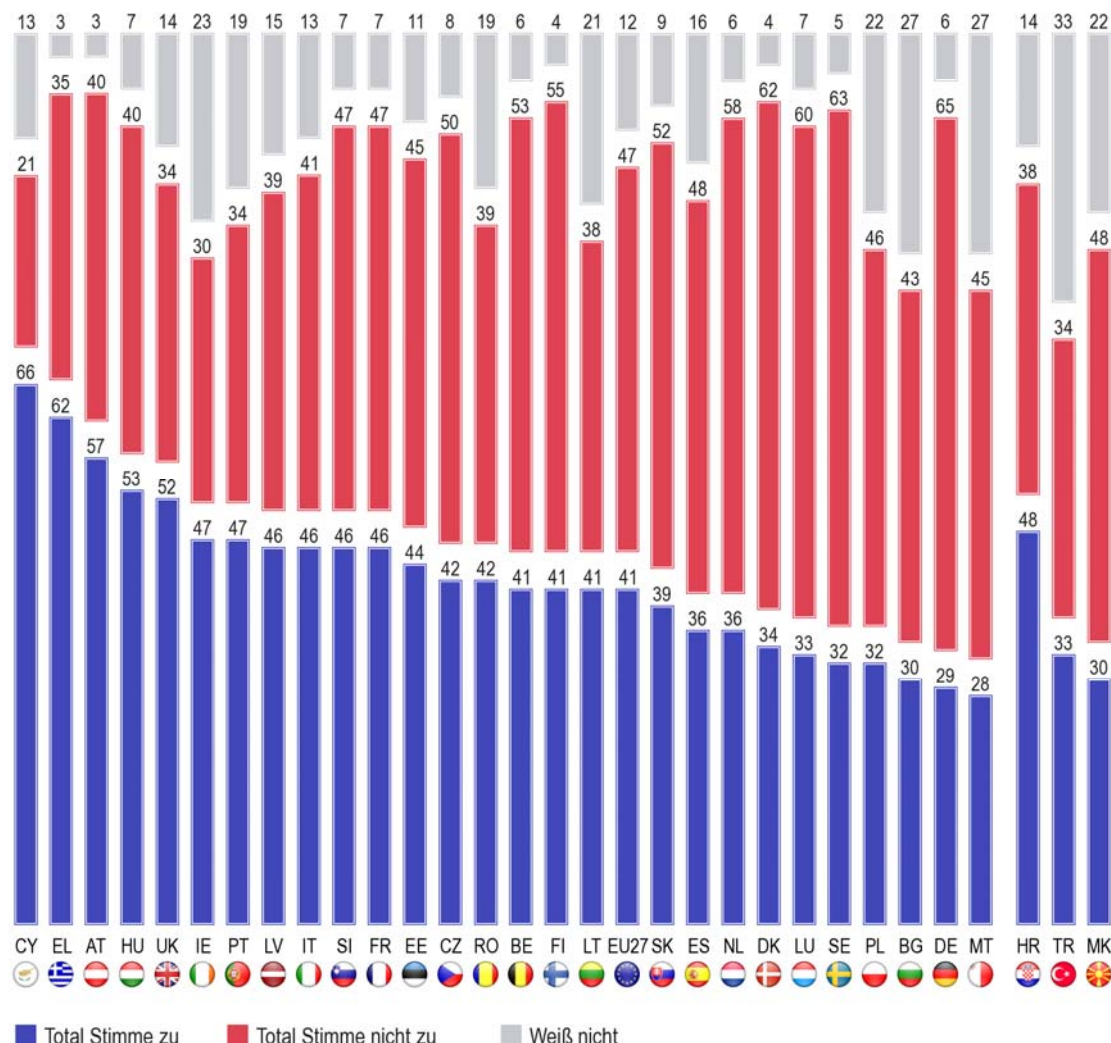
Die Frage, ob Globalisierung eine Bedrohung für die eigene Kultur ist, spaltet die Mitgliedstaaten schließlich in erheblichem Maße. In 13 Mitgliedstaaten sieht eine Mehrheit der Befragten keine Bedrohung aufgrund der kulturellen Konsequenzen der Globalisierung. Die Befragten in Schweden (63%), in Deutschland (65%) und Dänemark (62%) zum Beispiel zeigen sich am seltensten beunruhigt, dass ihre Kultur durch die Globalisierung bedroht sei.

In 11 Mitgliedstaaten hingegen überwiegt die Angst um die nationale Kultur. Dies gilt auf Zypern (66% gegenüber 21%), in Griechenland (62% gegenüber 35%), Österreich (57% gegenüber 40%), Ungarn (53% gegenüber 40%), im Vereinigten Königreich (52% gegenüber 34%), in Irland (47% gegenüber 30%), Portugal (47% gegenüber 34%), Lettland (46% gegenüber 39%), Italien (46% gegenüber 41%), Rumänien (42% gegenüber 39%) und Litauen (41% gegenüber 38%). In diesen Ländern sieht eine Mehrheit der Befragten die Globalisierung als eine Bedrohung der nationalen Kultur.

In drei Mitgliedstaaten schließlich sind die Befragten in diese Frage in zwei nahezu gleichstarke Lager geteilt: Die Meinungen differieren in erheblichem Maße in Frankreich (47% sehen in der Globalisierung eine Bedrohung gegenüber 46%, die entgegengesetzter Ansicht sind), Estland (44% gegenüber 45%) und Slowenien (46% gegenüber 47%).

QB3.7. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.





Globalisierung stellt eine Bedrohung für die (NATIONALITÄT)Kultur dar



Die Sorge, dass die nationale Kultur durch die Globalisierung bedroht sei, ist in den einfacheren Bevölkerungsschichten stärker ausgeprägt als in den oberen Schichten der europäischen Gesellschaft. Ein Anteil von 53% derjenigen Befragten, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung höher positionieren, sieht in der Globalisierung keine Bedrohung der nationalen Kultur, während dies für nur 40% derjenigen gilt, die sich gesellschaftlich eher auf einer niedrigen Position einstufen. Für 52% der Befragten, die keine Schwierigkeiten mit dem Bezahlen ihrer Rechnungen am Ende des Monats haben, stellt die Globalisierung keine Bedrohung dar. Dies gilt andererseits nur für 38% derjenigen, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ein Anteil von 56% derjenigen Befragten, die Vertrauen in die EU setzen, hat keine Sorgen um die kulturelle Identität. Demgegenüber stehen 39% derjenigen, die kein Vertrauen in die EU haben.

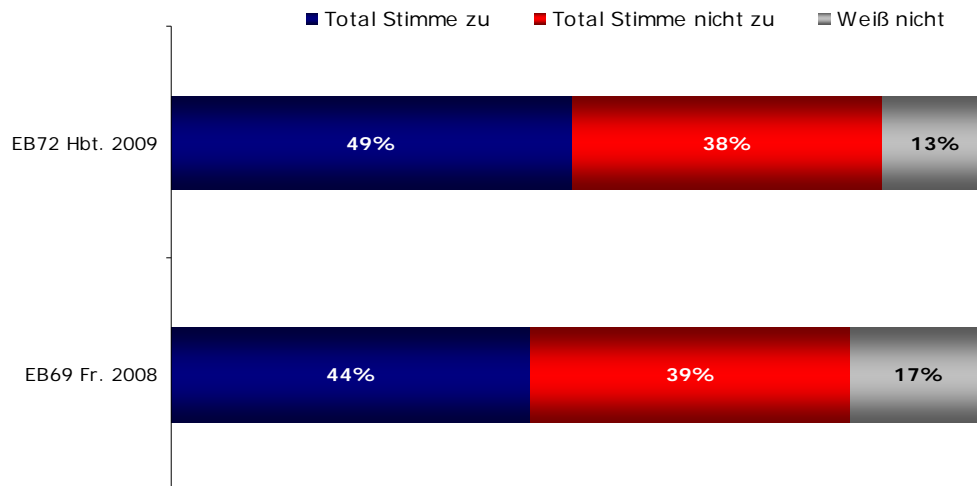
QB3.7 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Globalisierung stellt eine Bedrohung für die (NATIONALITÄT) Kultur dar

	Total stimme zu	Total stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	41%	47%	12%
Geschlecht			
 Männlich	42%	49%	9%
Weiblich	41%	45%	14%
Alter			
 15-24	38%	51%	11%
25-39	42%	49%	9%
40-54	42%	50%	8%
55 +	41%	43%	16%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	43%	38%	19%
16-19	43%	46%	11%
20+	39%	56%	5%
Studiert noch	37%	53%	10%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	43%	49%	8%
Leitende(r) Angestellte(r)	37%	60%	3%
Andere(r) Angestellte(r)	42%	51%	7%
Sonstige Arbeiter	41%	47%	12%
Hausfrauen / Hausmänner	40%	42%	18%
Arbeitslos	44%	43%	13%
Rentner / Pensionäre	43%	41%	16%
Studenten	37%	53%	10%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	46%	38%	16%
Gelegentlich	45%	41%	14%
Nahezu nie/ nie	39%	52%	9%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	45%	40%	15%
Mitte (5-6)	41%	48%	11%
Hoch (7-10)	40%	53%	7%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	36%	56%	8%
Eher nicht vertrauen	50%	39%	11%
Euro			
Dafür	37%	55%	8%
Dagegen	51%	36%	13%

3.1.5. Globalisierung hilft dem Frieden in der Welt

QB3.6 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen. - Globalisierung hilft dem Frieden in der Welt - % EU



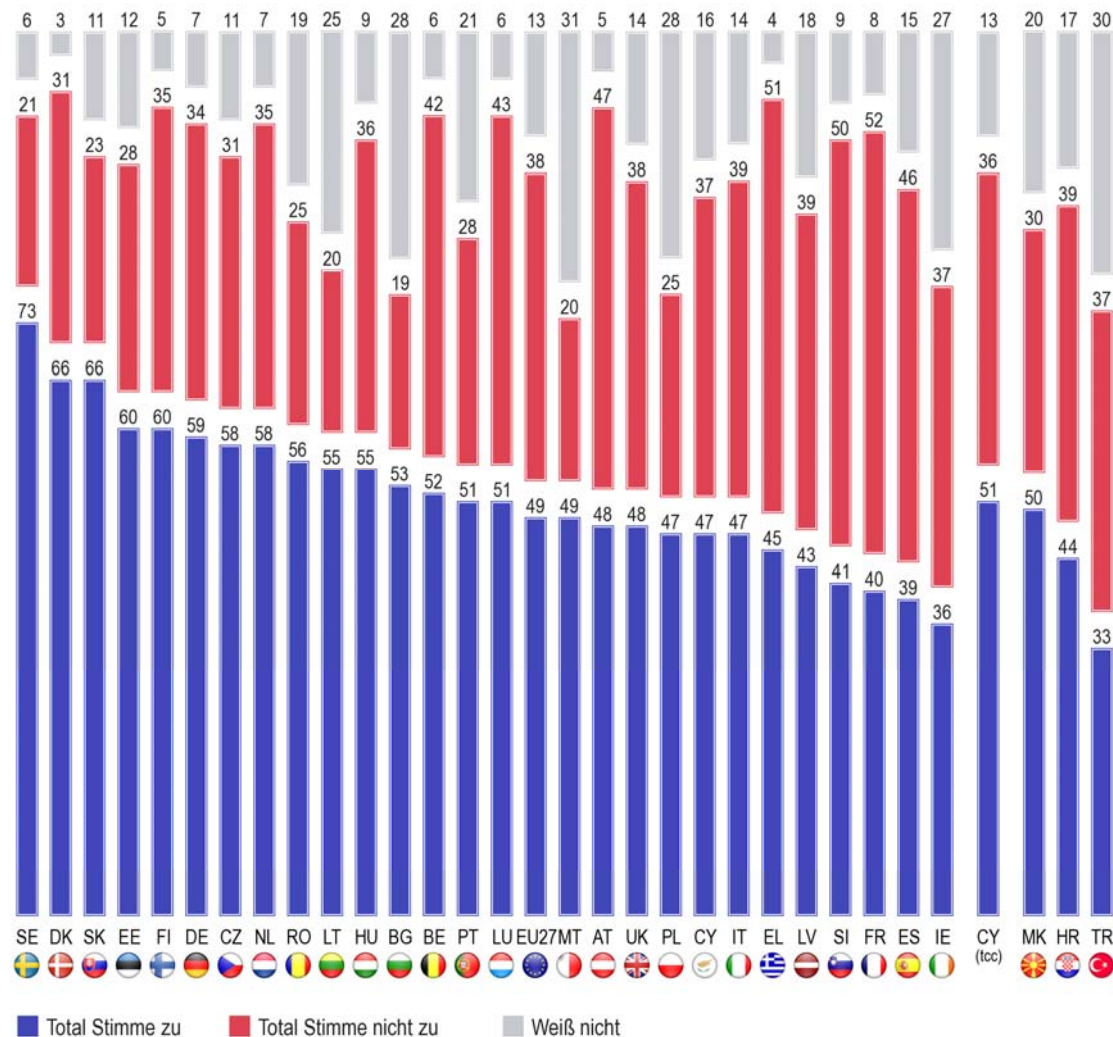
Die Ansichten darüber, welche Rolle die Globalisierung für den Frieden in der Welt spielt, unterscheiden sich recht deutlich. Im Vergleich zum Frühjahr 2008 ist die Entwicklung allerdings sichtbar positiv. 49% der europäischen Bürger sind der Ansicht, dass die Globalisierung dem Frieden in der Welt hilft¹³. Im Vergleich zum Frühjahr 2008 ist dieser Anteil um 5 Punkte angestiegen. 38% der Befragten vertreten eine gegenteilige Ansicht, wobei dieser Anteil im Verhältnis zum Jahr 2008 um einen Punkt gesunken ist. 13% der Befragten möchten sich hierzu nicht äußern (-4 Punkte). Wenn die Ergebnisse genauer betrachtet werden, zeigt sich, dass sich der Anteil der Befragten, die mit dieser Aussage einverstanden sind, in 10% für die Antwort «Stimme voll und ganz zu» und 39% für die Antwort «Stimme eher zu» aufteilt. Der Anteil der Befragten, die nicht zustimmen, verteilt sich auf 26% für die Antwort «Stimme eher nicht zu» und 12% für «Stimme überhaupt nicht zu».

Die Ansicht, dass Globalisierung kein friedensstiftender Faktor sei, wird in 4 Mitgliedstaaten von einer Mehrheit unterstützt: Dies gilt für Frankreich (52%), Griechenland (51%) - wobei es sich bei diesen beiden Ländern mit Sicherheit um diejenigen handelt, die die Globalisierung am kritischsten beurteilen –, Slowenien (50%) und Spanien (46%). Auch in Österreich (48% gegenüber 47%) in Irland (36% gegenüber 37%) sind die Meinungen sehr gegensätzlich. In Schweden (73%), der Slowakei (66%), Dänemark (66%), Estland (60%), Finnland (60%) und Deutschland (59%) sind die Europäischen Bürger am stärksten von den positiven Auswirkungen der Globalisierung auf den Frieden in der Welt überzeugt.

¹³ QB3.6 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung hilft dem Frieden in der Welt

QB3.6. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Globalisierung hilft dem Frieden in der Welt

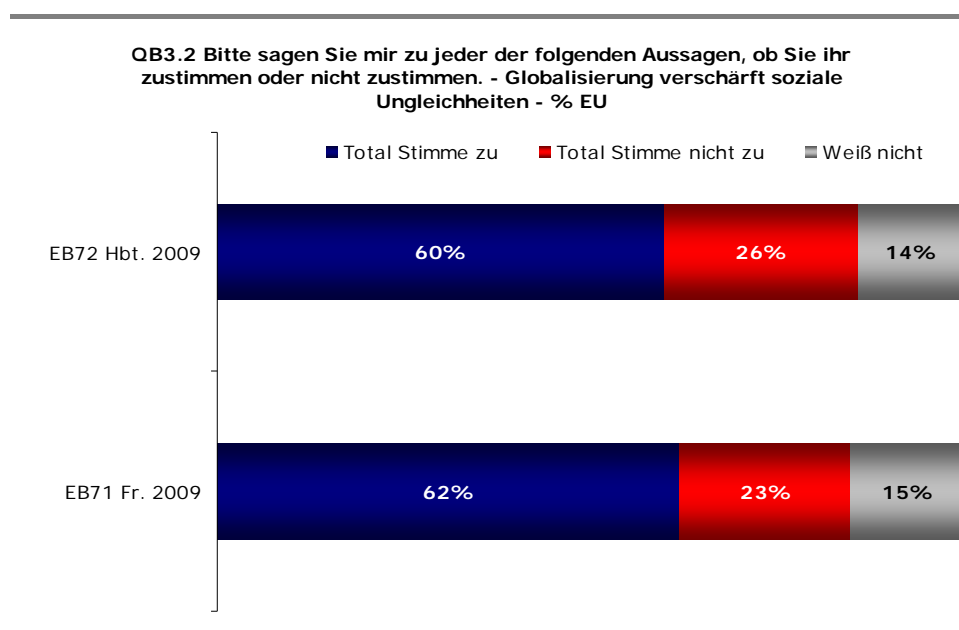


Bezüglich der Wahrnehmung der Globalisierung durch die Bürger gilt hier, was auch schon im Hinblick auf andere Aspekte deutlich wurde: Je besser die Befragten in die Gesellschaft integriert sind, je zufriedener sie sind, je besser ihre Ausbildung und je größer ihr Vertrauen in die eigene Zukunft und in jene der Europäischen Union ist, desto eher nehmen die Bürger auch den positiven Beitrag der Globalisierung zum Frieden in der Welt wahr.

3.2. Die negativen Sichtweisen der Globalisierung

Während die Globalisierung im Großen und Ganzen aufgrund ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Auswirkungen positiv beurteilt wird, gibt es andererseits negative Wahrnehmungen aufgrund ihrer sozialen Konsequenzen. Die europäischen Bürger sehen Globalisierung als soziale Bedrohung und fühlen sich von den positiven Auswirkungen ausgeschlossen, da diese nur den großen Unternehmen vorbehalten seien.

3.2.1. Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten



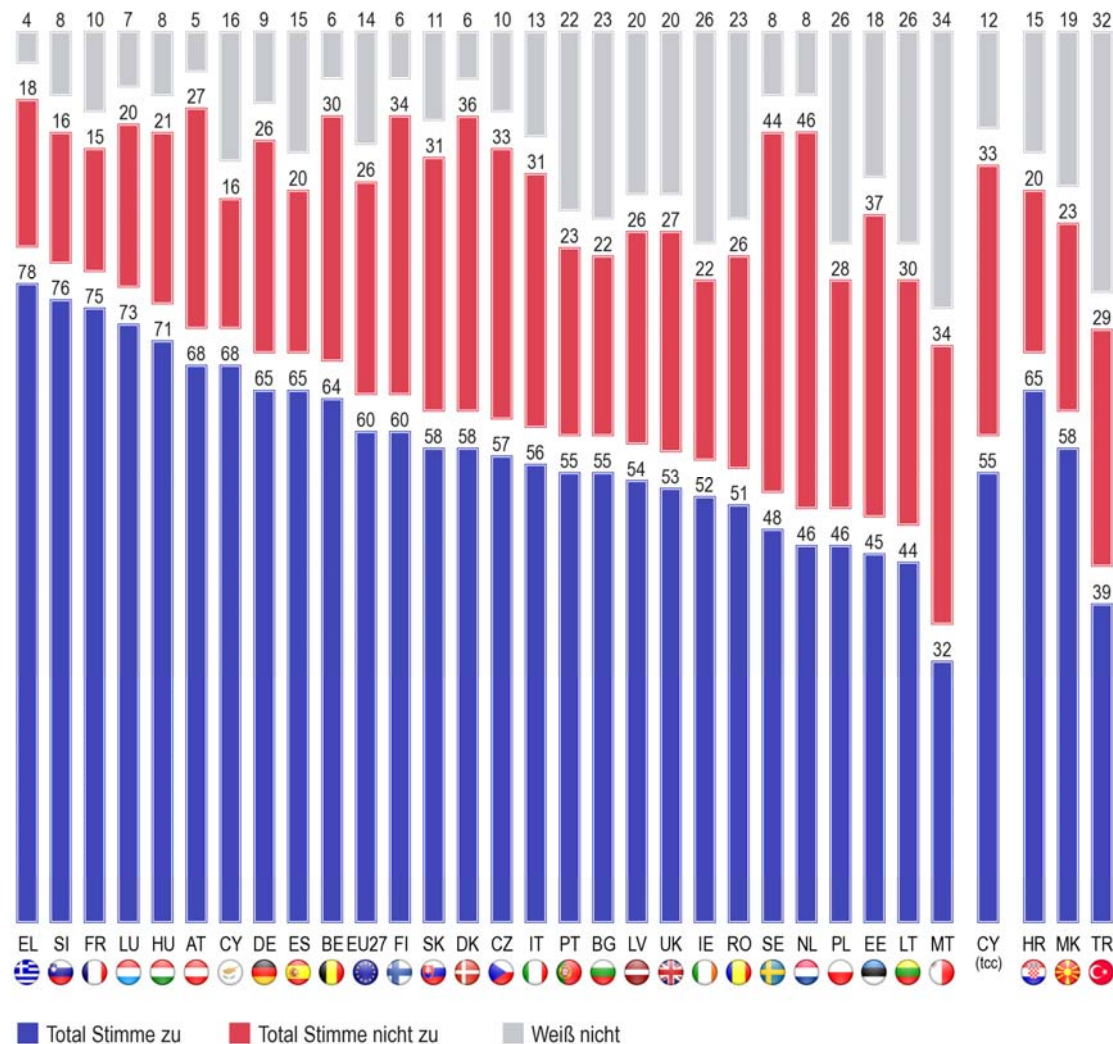
Ein Anteil von 60% der europäischen Bürger ist mit der Aussage einverstanden, dass die Globalisierung soziale Ungleichheiten verschärft (19% «Stimme voll und ganz zu» und 41% «Stimme eher zu»)¹⁴. Auch wenn dieser Anteil im Vergleich zu dem im Frühjahr 2009 gemessenen Wert gesunken ist, bleibt er immer noch 4 Punkte höher als derjenige, der im Frühjahr 2008 ermittelt wurde. Ein Anteil von 26%, +3 Punkte im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009, ist mit dieser Aussage nicht einverstanden (22% «Stimme eher nicht zu» und 4% «Stimme überhaupt nicht zu»); 14% äußern hierzu keine Meinung.

Der Unterschied zu dem im Frühjahr 2008 gemessenen Wert lässt sich vielleicht durch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise erklären, durch die die negative Wahrnehmung der Globalisierung möglicherweise verstärkt wurde.

¹⁴ QB3.2 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten

QB3.2. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten







Die Sichtweise der Globalisierung als Faktor, der soziale Ungleichheiten verstärkt, herrscht in fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor. Es gibt hierin zwei Ausnahmen: In den Niederlanden (46% gegenüber 46%), und auf Malta (32% gegenüber 34%), mit einem besonders hohen Anteil von 34% für „Weiß nicht“ – Antworten, sind die Ansichten ausgeglichen. Die Spitzenwerte für diese Antwort können in Griechenland (78%), Slowenien (76%), Frankreich (75%) und in Luxemburg (73%) festgestellt werden.

Diese Wahrnehmung der Globalisierung zieht sich durch alle sozialen Bevölkerungsschichten der Union, einschließlich derjenigen Befragtengruppen, die im bisherigen Text als besonders globalisierungsfreundlich beschrieben wurden. Ein Anteil von 63% der Personen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben, 65% der Führungskräfte sowie 57% derjenigen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung weiter oben positionieren, erklären beispielsweise, dass die Globalisierung eine Quelle zunehmender sozialer Ungleichheiten ist.

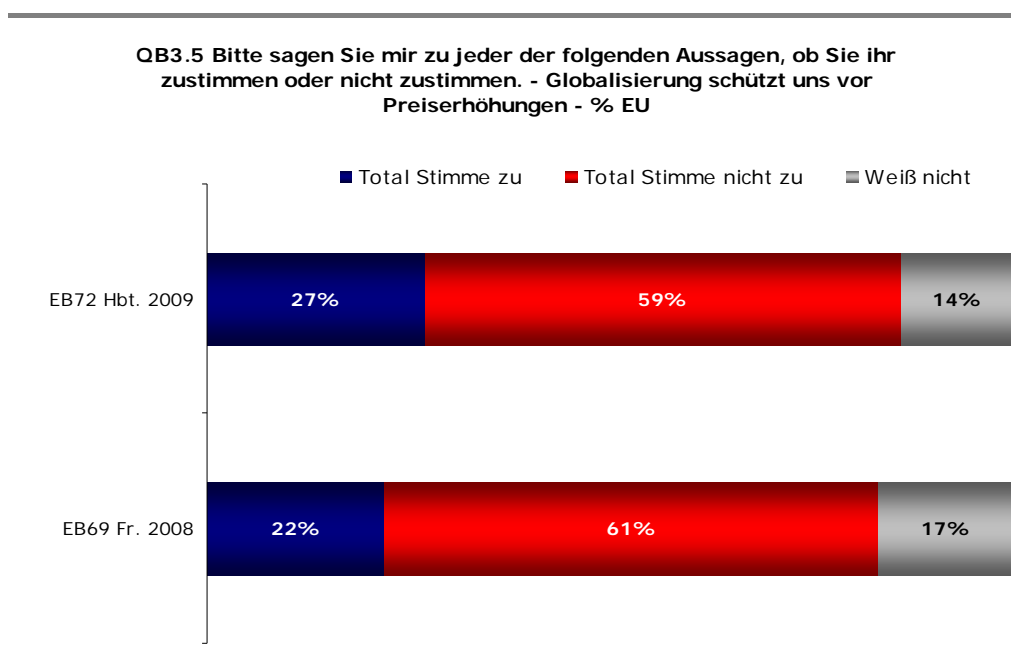
Es herrscht also in der europäischen öffentlichen Meinung ein breiter Konsens hinsichtlich der Einschätzung, dass die Globalisierung ein soziales Risiko darstellt. Diese Sichtweise hängt nur geringfügig von den sozialen Bedingungen der jeweiligen Bürger ab. Was die politische Einstellung anbelangt, ist zwar festzustellen, dass diese Sichtweise unter den Befragten, die sich eher der politischen Linken zurechnen, weiter verbreitet ist; unter den Befragten, die sich politisch eher rechts einordnen, ist allerdings ebenfalls eine Mehrheit dieser Ansicht.

QB3.2 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Globalisierung verschärft soziale Ungleichheiten

	Total Stimme zu	Total Stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	60%	26%	14%
Geschlecht			
 Männlich	61%	28%	11%
Weiblich	58%	25%	17%
Alter			
 15-24	54%	30%	16%
25-39	62%	27%	11%
40-54	63%	26%	11%
55 +	58%	24%	18%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	58%	21%	21%
16-19	60%	26%	14%
20+	63%	30%	7%
Studiert noch	56%	29%	15%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	63%	29%	8%
Leitende(r) Angestellte(r)	65%	30%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	60%	31%	9%
Sonstige Arbeiter	60%	26%	14%
Hausfrauen / Hausmänner	57%	22%	21%
Arbeitslos	62%	21%	17%
Rentner / Pensionäre	58%	23%	19%
Studenten	56%	29%	15%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	65%	25%	10%
(5-6) Mitte	63%	25%	12%
(7-10) Rechts	57%	30%	13%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	60%	21%	19%
Gelegentlich	60%	24%	16%
Nahezu nie/ nie	60%	28%	12%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	62%	21%	17%
Mitte (5-6)	60%	26%	14%
Hoch (7-10)	57%	34%	9%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	59%	30%	11%
Eher nicht vertrauen	65%	23%	12%
Euro			
Dafür	61%	29%	10%
Dagegen	61%	23%	16%

3.2.2. Globalisierung schützt uns nicht vor Preiserhöhungen



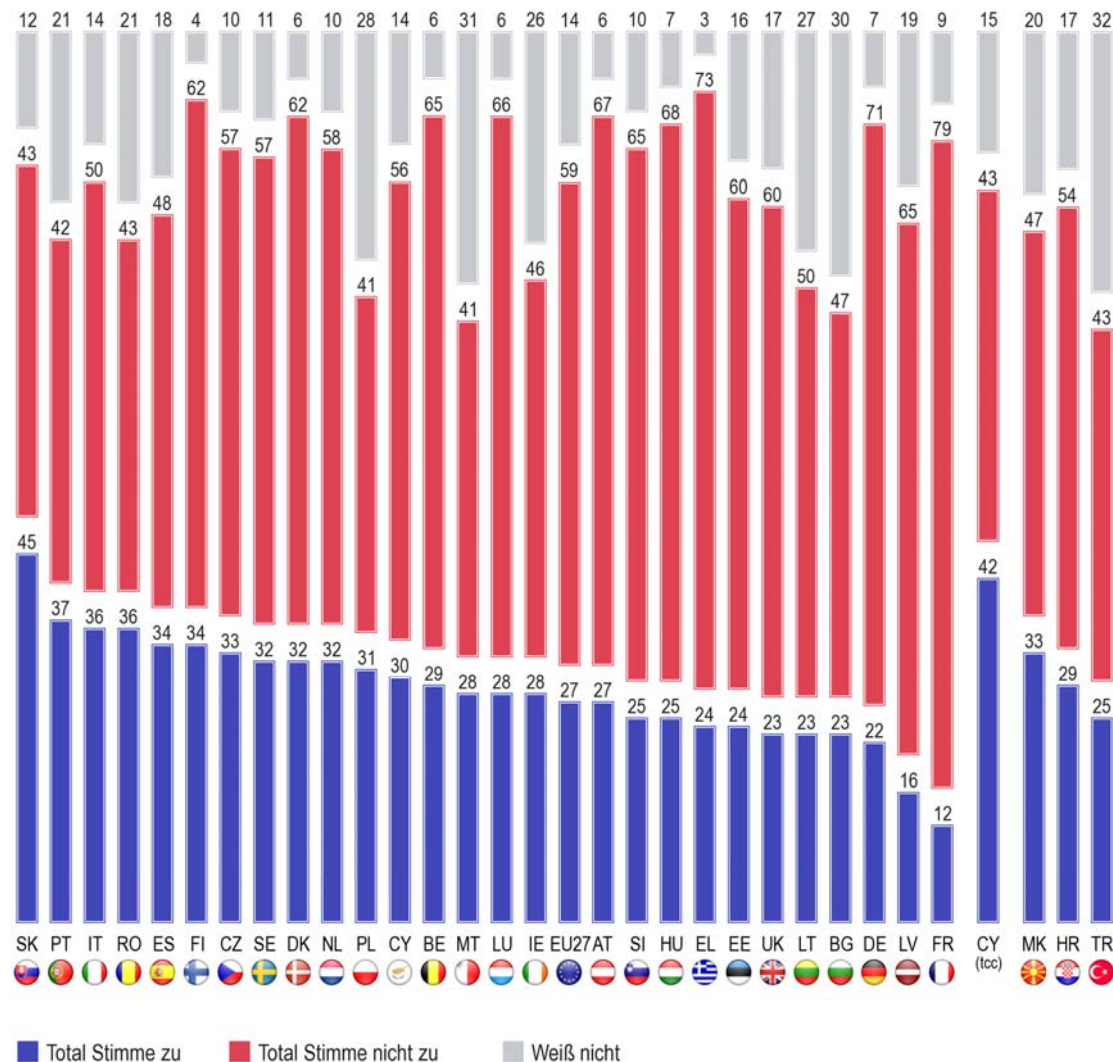
Ein Anteil von 59% der europäischen Bürger ist nicht mit der Aussage einverstanden, nach der die Globalisierung vor einer Erhöhung der Preise schützt. Dieser Anteil ist allerdings seit dem Frühjahr 2008 um 2 Punkte gesunken. Demgegenüber sind 27% der Befragten der Ansicht, dass Globalisierung sie vor Inflation schütze. Dieser Wert ist um 5 Punkte angestiegen. Ein Anteil von 14% schließlich äußert hierzu keine Meinung (-3 Punkte).¹⁵

Im Detail gesehen, teilt sich der Anteil der Befragten, die dieser Aussage nicht zustimmen, in 36% für die Antwort «Stimme eher nicht zu» und 23% für «Stimme überhaupt nicht zu» auf. Demgegenüber antworten 5% mit «Stimme voll und ganz zu» und 22% mit «Stimme eher zu».

¹⁵ QB3.5 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung schützt uns vor Preiserhöhungen

QB3.5. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Globalisierung schützt uns vor Preiserhöhungen



Mit Ausnahme der Befragten in der Slowakei (45% stimmen zu gegenüber 43%, die nicht zustimmen) ist der Eindruck, die Globalisierung schütze nicht vor der Inflation, in allen Mitgliedstaaten der EU die Mehrheitsmeinung. Besonders deutlich zeigt sich dies in Frankreich (79%), Griechenland (73%) und Deutschland (71%).

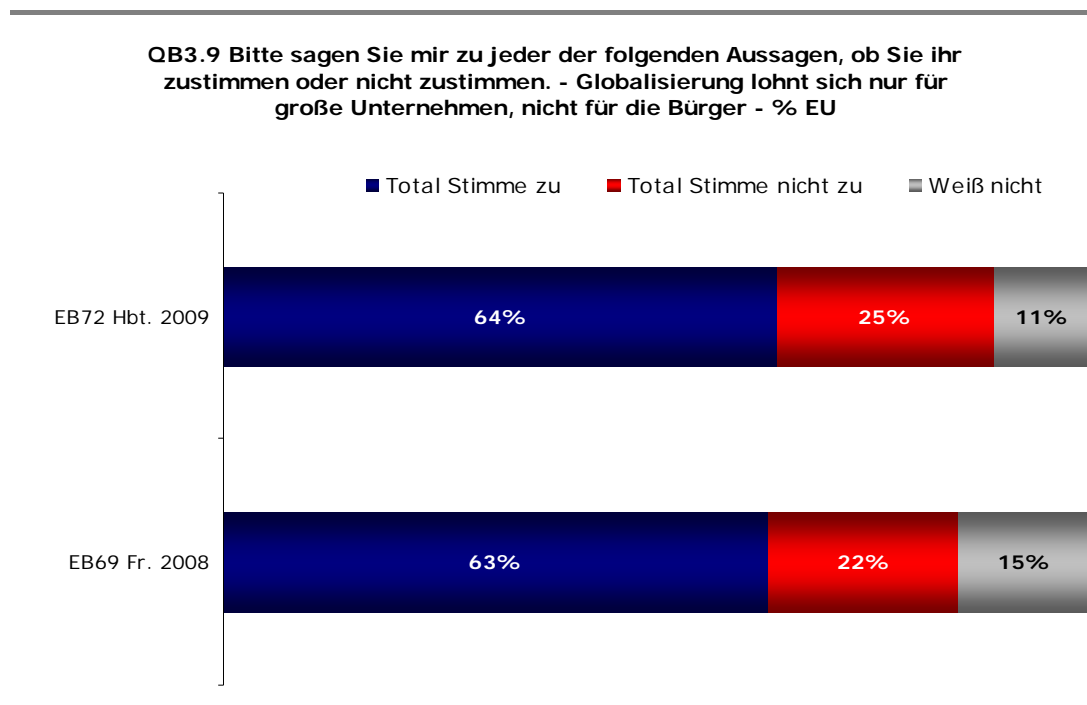
Auch wenn die Personen, die in sozialer (Befragte, die sich gesellschaftlich höher positionieren, 35%) und wirtschaftlicher (Führungskräfte, 29% ; Selbstständige, 34%) Hinsicht besser gestellt sind, geringfügig häufiger die Ansicht vertreten, dass die Bürger durch Globalisierung vor Preiserhöhungen geschützt würden, so wird diese Aussage selbst in diesen Gruppen der Bevölkerung nur von einer kleinen Minderheit unterstützt. Wie schon im Falle des negativen Sozialimages der Globalisierung, erreicht auch die Überzeugung, dass die Globalisierung nicht vor Preiserhöhungen schützt, in der Europäischen Union einen Konsens.

3.2.3. Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger

- Die europäischen Bürger fühlen sich von den positiven Auswirkungen der Globalisierung ausgeschlossen -

Nahezu zwei Drittel der europäischen Bürger (64%, +1 Punkt im Vergleich zum Frühjahr 2008) sind der Ansicht, dass sich die Globalisierung nur für große Unternehmen, aber nicht für die Bürger lohnt. Ein Anteil von 25% (+3 Punkte) der Befragten ist mit dieser Aussage einverstanden und 11% (-4 Punkte) äußern hierzu keine Meinung.¹⁶

Genauer betrachtet antworten 26% der Befragten mit «Stimme voll und ganz zu» und 38% mit «Stimme eher zu». Der Anteil von 25%, der mit dieser Aussage nicht einverstanden ist, teilt sich auf in 20%, die mit «Stimme eher nicht zu» und 5%, die mit «Stimme überhaupt nicht zu» antworten.

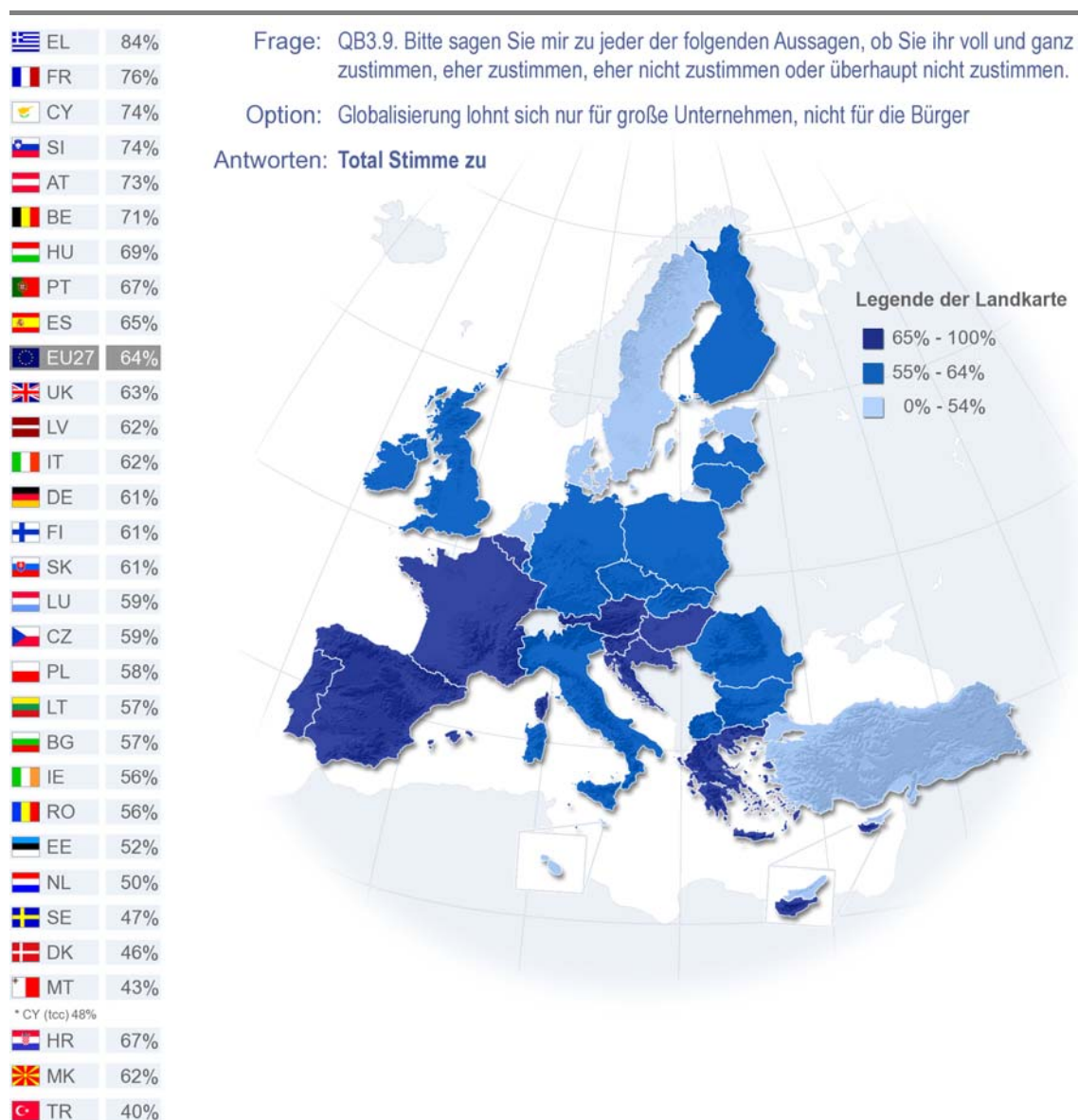


Besonders in Griechenland (84%), Frankreich (76%), Slowenien und auf Zypern (jeweils 74%) sowie in Österreich (73%) macht sich die Überzeugung bemerkbar, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung ausgeschlossen zu sein. Dänemark (46% sind einverstanden gegenüber 50%, die nicht einverstanden sind) und Schweden (47% gegenüber 48%) sind die einzigen Länder, in denen die Anteile beider Gruppen vergleichbar groß sind.

¹⁶ QB3.9 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger

Zu dieser Frage finden wir dieselben nationalen Unterschiede, die wir schon in der Analyse der anderen Wahrnehmungen bezüglich der Globalisierung gefunden haben. Hierzu kann eine Gruppe von Mitgliedstaaten ausgemacht werden, zu der Frankreich, Griechenland, Slowenien und Österreich gehören, die der Globalisierung eher ablehnend gegenüberstehen und ihr mit großem Misstrauen begegnen.





Im Gegensatz hierzu zeigen die Befragten in den nord- und mitteleuropäischen Ländern wie Dänemark, Schweden, die Niederlande, aber auch in der Slowakei und selbst in Estland häufiger eine eher positive Einstellung zur Globalisierung.



Auch in diesem Punkt kann ein deutlicher Konsens in der europäischen öffentlichen Meinung festgestellt werden: Selbst die Personen, die wirtschaftlich und sozial gesehen besser gestellt sind, vertreten in Anteilen, die nahe am Durchschnitt liegen, die Ansicht, dass sich die Globalisierung nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger lohnt.

QB3.9 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

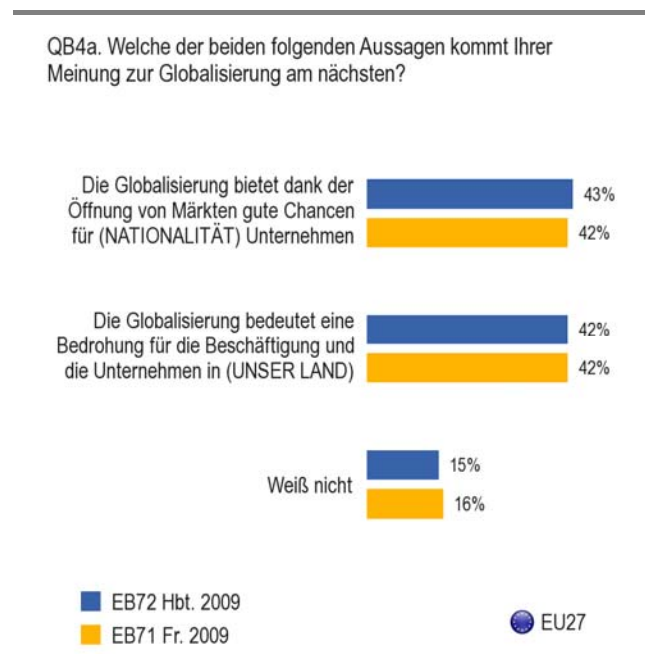
Globalisierung lohnt sich nur für große Unternehmen, nicht für die Bürger

	Total stimme zu	Total stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	64%	25%	11%
Geschlecht			
 Männlich	65%	27%	8%
Weiblich	62%	23%	15%
Alter			
 15-24	58%	29%	13%
25-39	64%	27%	9%
40-54	67%	25%	8%
55 +	63%	22%	15%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	66%	17%	17%
16-19	65%	24%	11%
20+	62%	32%	6%
Studiert noch	56%	33%	11%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	63%	30%	7%
Leitende(r) Angestellte(r)	62%	34%	4%
Andere(r) Angestellte(r)	63%	30%	7%
Sonstige Arbeiter	67%	22%	11%
Hausfrauen / Hausmänner	61%	21%	18%
Arbeitslos	66%	22%	12%
Rentner / Pensionäre	65%	20%	15%
Studenten	56%	33%	11%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	67%	26%	7%
(5-6) Mitte	65%	26%	9%
(7-10) Rechts	60%	31%	9%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	66%	18%	16%
Gelegentlich	65%	22%	13%
Nahezu nie/ nie	62%	28%	10%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	68%	18%	14%
Mitte (5-6)	64%	25%	11%
Hoch (7-10)	60%	33%	7%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	60%	31%	9%
Eher nicht vertrauen	71%	20%	9%
Mitgliedschaft in der EU			
Gute Sache	60%	31%	9%
Schlechte Sache	73%	18%	9%
Neutral	68%	19%	13%
Euro			
Dafür	63%	29%	8%
Dagegen	69%	19%	12%

3.3. Globalisierung: Chance oder Bedrohung?

- Die öffentliche europäische Meinung ist in zwei Lager gespalten, wenn es darum geht, den wirtschaftlichen Nutzen und die sozialen Konsequenzen der Globalisierung gegeneinander abzuwägen -

Wenn wir die europäischen Bürger darum bitten, den wirtschaftlichen Nutzen und die sozialen Risiken der Globalisierung gegeneinander abzuwägen¹⁷, dann sind 43% der Befragten der Ansicht, dass sich dank der Öffnung von Märkten gute Chancen für die Unternehmen des eigenen Landes bieten, 42% der Befragten sind jedoch davon überzeugt, dass die Globalisierung eine Bedrohung für die Beschäftigung und die Unternehmen des eigenen Landes darstellt. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind im Vergleich zum vorherigen Bericht (Frühjahr 2009) praktisch unverändert, was nur noch einmal bestätigt, dass die europäische Meinung zu dieser Frage in zwei Lager gespalten ist.

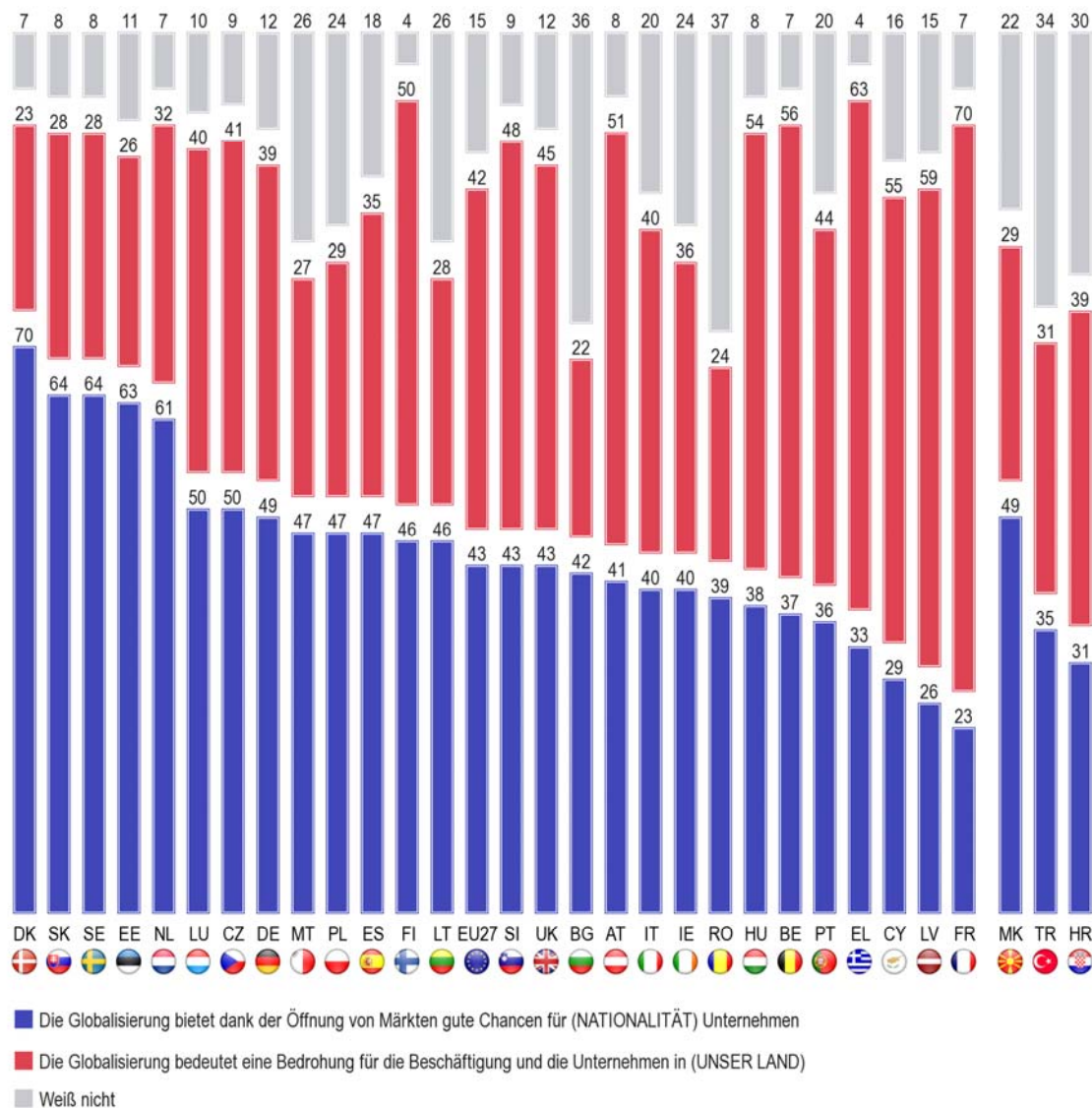


Vor allem in Dänemark (70%), Schweden (64%), der Slowakei (64%), Estland (63%) und den Niederlanden (61%) wird die Globalisierung mehrheitlich als Chance für die nationalen Unternehmen gesehen. In Frankreich (70%), Griechenland (63%), Lettland (59%) und Belgien (56%) wird sie vorrangig als Bedrohung für die Beschäftigung wahrgenommen.

Insgesamt wird die Globalisierung in 14 Mitgliedstaaten der Europäischen Union mehrheitlich als wirtschaftliche Chance, in 10 Mitgliedstaaten der Union jedoch mehrheitlich als Bedrohung wahrgenommen. In 4 Mitgliedstaaten schließlich sind die Meinungen deutlich geteilt: Dies gilt für Irland, Italien, Finnland und das Vereinigte Königreich.

¹⁷ QB4a Welche der beiden folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung zur Globalisierung am nächsten? Die Globalisierung bietet dank der Öffnung von Märkten gute Chancen für (NATIONALITÄT) Unternehmen. Die Globalisierung bedeutet eine Bedrohung für die Beschäftigung und die Unternehmen in (UNSER LAND).






QB4a. Welche der beiden folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung zur Globalisierung am nächsten?



Die sozialen Merkmale machen sich bei dieser Frage sehr deutlich bemerkbar: Geschlecht, Alter, Ausbildungsniveau, sozialer Rang oder auch der Wohnort beeinflussen die Meinungen in hohem Maße. Männer (46% gegenüber 41%) sind eher als Frauen (40% gegenüber 43%) der Ansicht, dass die Globalisierung eine Chance für die Wirtschaft darstelle. Der Anteil der Befragten, die Globalisierung als wirtschaftliche Chance sehen, nimmt außerdem linear mit zunehmendem Alter ab: Von 50% unter den 15- bis 24-jährigen bis 38% bei den Befragten im Alter von 55 Jahren oder darüber. Auch die Personen mit einem hohen Ausbildungsniveau sehen vor allem die wirtschaftlichen Möglichkeiten (52% gegenüber 39%), die sich durch die Globalisierung ergeben, während sie von den Befragten, die ihre Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben, vorrangig als Bedrohung empfunden wird (46% gegenüber 32%).

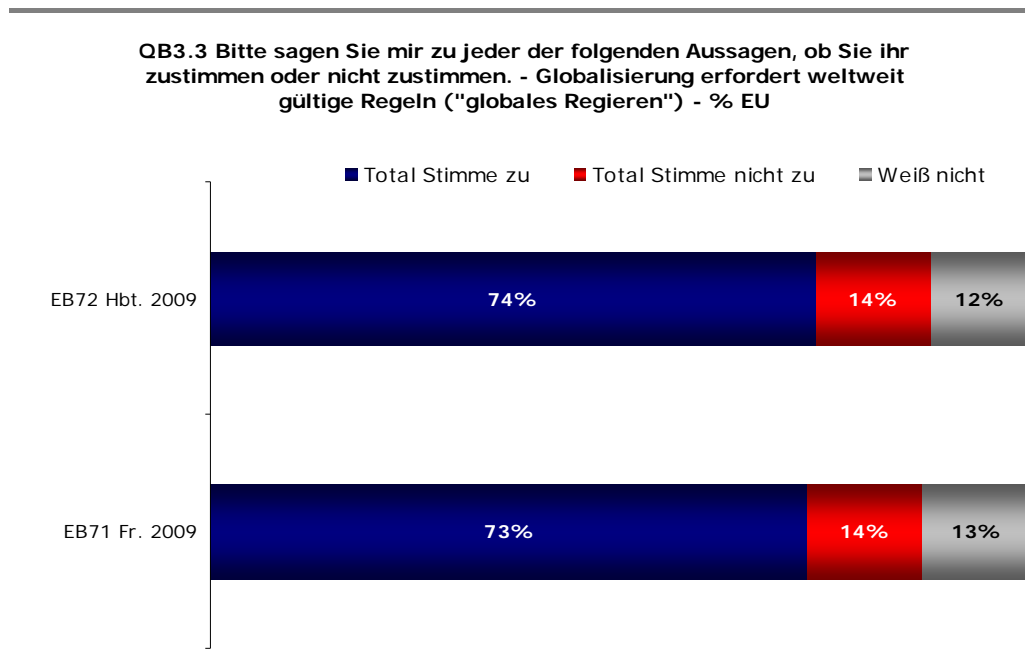
Die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen sehen die Globalisierung eher als Bedrohung für die Beschäftigung denn als Chance für die Unternehmen. Dies gilt für einen Anteil von 50% derjenigen Personen, die sich selbst in der gesellschaftlichen Rangordnung weiter unten einstufen, im Gegensatz zu nur 34% derjenigen, die sich gesellschaftlich auf einer hohen Stufe positionieren.

Die Stadtbewohner schließlich (47% gegenüber 38%) sehen die Globalisierung eher als Chance, während sie von den Bewohnern ländlicher Gegenden eher als Bedrohung wahrgenommen wird (46% gegenüber 38%).

QB4a Welche der beiden folgenden Aussagen kommt Ihrer Meinung zur Globalisierung am nächsten?			
	Die Globalisierung bietet dank der Öffnung von Märkten gute Chancen für (NATIONALITÄT) Unternehmen	Die Globalisierung bedeutet eine Bedrohung für die Beschäftigung und die Unternehmen in (UNSER LAND)	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	43%	42%	15%
Geschlecht			
 Männlich	46%	41%	13%
Weiblich	40%	43%	17%
Alter			
 15-24	50%	36%	14%
25-39	45%	42%	13%
40-54	43%	44%	13%
55 +	38%	44%	18%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	32%	46%	22%
16-19	41%	45%	14%
20+	52%	39%	9%
Studiert noch	54%	32%	14%
Verstädterung			
 Ländliche Gegend	38%	46%	16%
Kleine und mittelgroße Stadt	44%	42%	14%
Großstadt	47%	38%	15%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	49%	40%	11%
Leitende(r) Angestellte(r)	57%	35%	8%
Andere(r) Angestellte(r)	46%	40%	14%
Sonstige Arbeiter	40%	46%	14%
Hausfrauen / Hausmänner	33%	46%	21%
Arbeitslos	39%	46%	15%
Rentner / Pensionäre	36%	45%	19%
Studenten	54%	32%	14%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	30%	50%	20%
Gelegentlich	37%	46%	17%
Nahezu nie/ nie	47%	40%	13%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	31%	50%	19%
Mitte (5-6)	43%	43%	14%
Hoch (7-10)	56%	34%	10%

3.4. Der Wunsch nach Regulierung und Ordnungspolitik

Auch wenn sie ihren weltweiten wirtschaftlichen und kulturellen Nutzen wahrnehmen, zeigen sich die europäischen Bürger angesichts der Globalisierung beunruhigt. Diese Beunruhigung löst innerhalb der Bevölkerung den deutlichen Wunsch nach einer besseren Regulierung der Globalisierung aus. Zweifellos reflektiert dieser Wunsch auch die zahllosen, von politischen und wirtschaftlichen Akteuren in der Folge der Krise geäußerten Kommentare, in denen eine bessere Regulierung des Finanzsystems gefordert wurde.



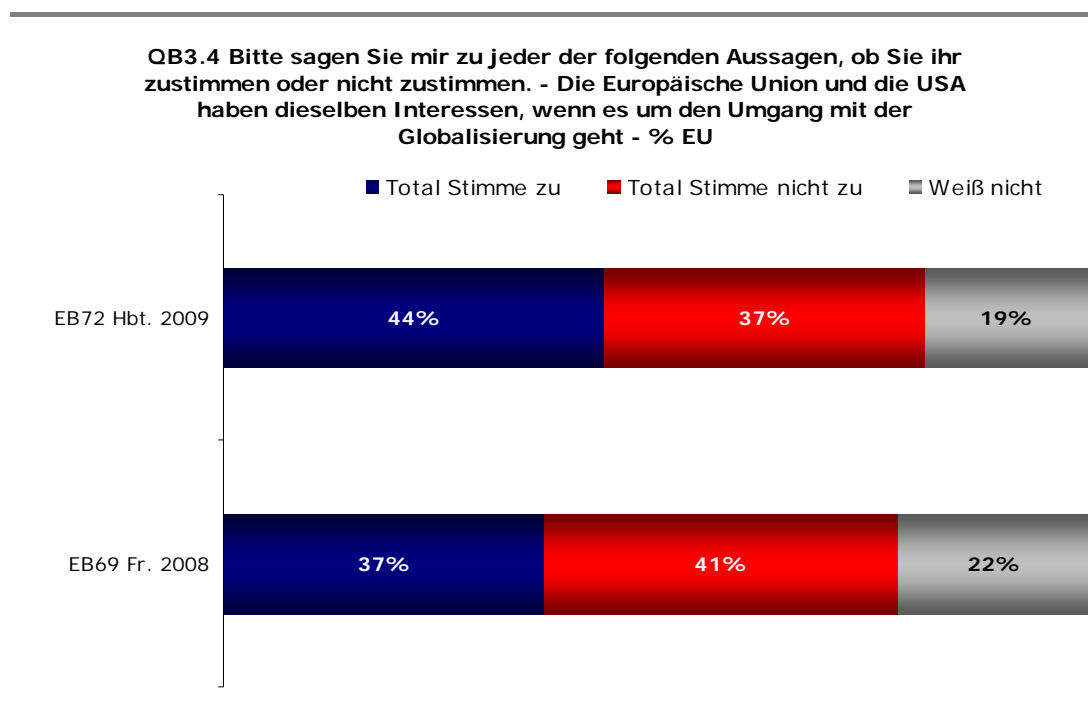
Nahezu drei Viertel der europäischen Bürger (74%) sind davon überzeugt, dass die Globalisierung die Einführung von weltweit gültigen Regeln und ein „globales Regieren“ erfordert¹⁸. Nur 14% sehen diese Notwendigkeit nicht und 12% äußern sich nicht hierzu. Der Anteil der Befragten, die den Wunsch nach einer globalen Ordnungspolitik äußern, steigt im Vergleich zum Frühjahr 2009 um einen Punkt an. Dieser Anteil ist in allen Mitgliedstaaten der Union ausgesprochen hoch und erreicht Werte bis 85% in der Slowakei und in Deutschland sowie 80% in Slowenien und Spanien. Die Werte lassen sich insbesondere mit sozialen Charakteristika der Befragten erklären.

Der Wunsch nach Regulierung wird möglicherweise durch ein erst in letzter Zeit entstandenes Gefühl verstärkt, welches von der Wahrnehmung einer **gemeinsamen Interessenlage der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika im Rahmen der Globalisierung herrührt**.

¹⁸ QB3.3 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Globalisierung erfordert weltweit gültige Regeln ("globales Regieren").

Während eine knappe Mehrheit der europäischen Bürger im Frühjahr 2008 (41% gegenüber 37%) der Ansicht war, dass die Interessen der EU und der USA nicht übereinstimmen¹⁹, hat sich mittlerweile das Verhältnis umgekehrt: 44% der europäischen Bürger sind davon überzeugt, dass die EU und die USA im Umgang mit der Globalisierung dieselben Interessen haben. Ein Anteil von 37% ist gegenteiliger Ansicht und 19% geben keine Antwort.

Die Wahl von Barack Obama hat möglicherweise zu dieser Entwicklung in der öffentlichen Meinung beigetragen, da die letzte Umfrage bezüglich dieses Themas zu einem Zeitpunkt durchgeführt worden war, als die Bush-Administration noch im Amt war.

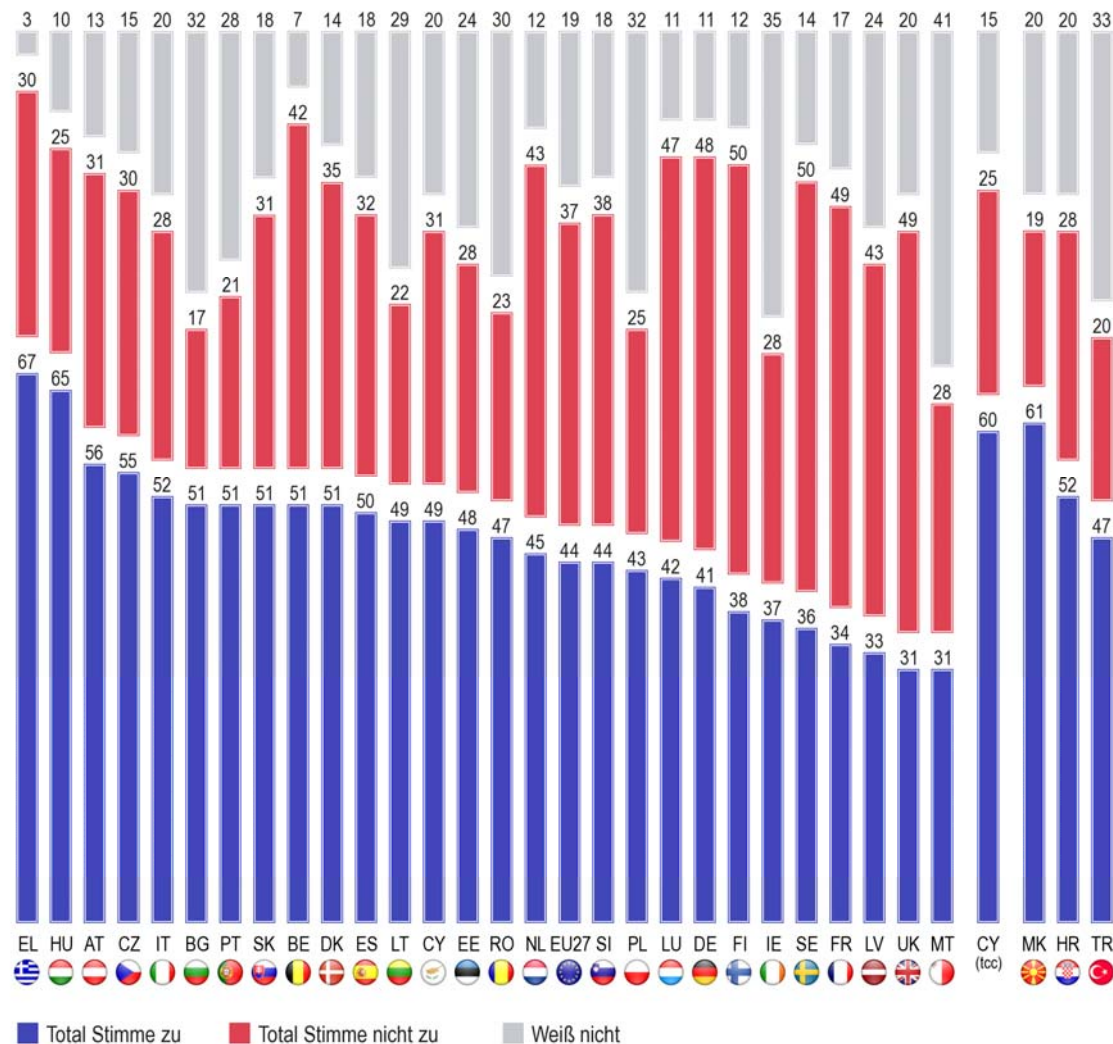


Je nach Mitgliedstaat variiert die Beurteilung der europäischen und amerikanischen Interessen stark. Die Befragten in Ungarn (65%), Griechenland (67%) und Österreich (56%) sind deutlich davon überzeugt, dass die jeweiligen Interessen übereinstimmen. Im Gegensatz dazu sind die Befragten in Schweden (50%), Finnland (50%) und Frankreich (49%) der Ansicht, dass die Interessen der Europäer und der Amerikaner auseinandergehen. Auch im Vereinigten Königreich (49% gegenüber 31%), dem besonders privilegierten und historisch relevanten Partner der Vereinigten Staaten, ist die Überzeugung stark ausgeprägt, dass die europäischen und amerikanischen Interessen im Umgang mit der Globalisierung auseinandergehen.

¹⁹ QB3.4 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Die Europäische Union und die USA haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht

QB3.4. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die Europäische Union und die USA haben dieselben Interessen, wenn es um den Umgang mit der Globalisierung geht



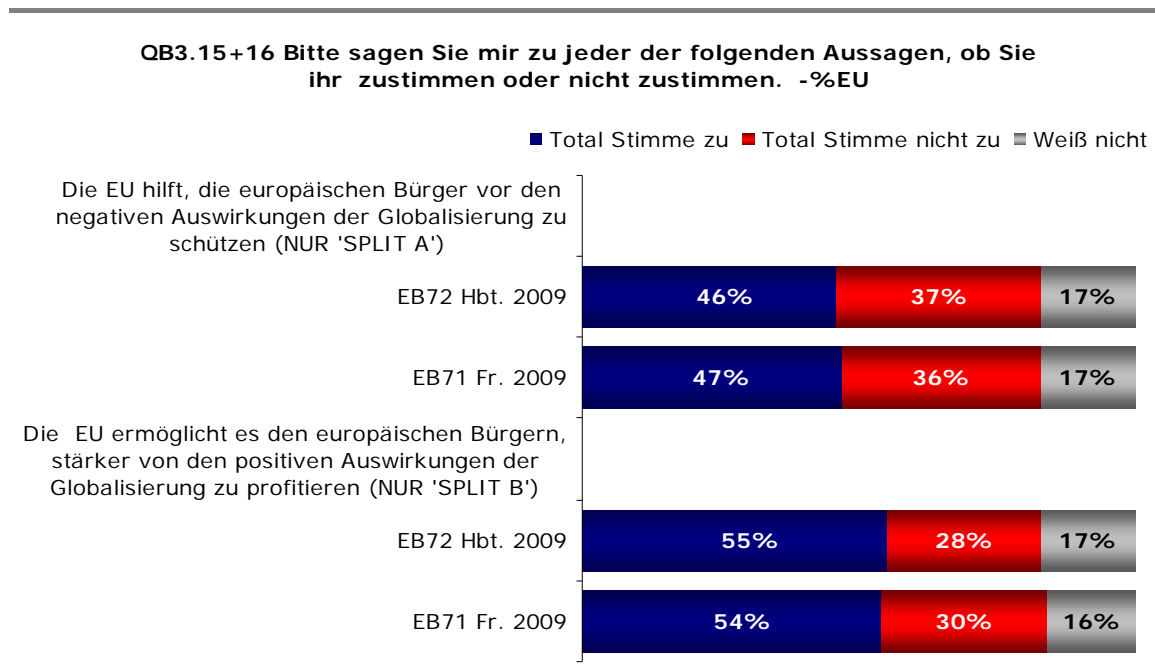
In Abhängigkeit von den soziodemografischen Gruppen können wir nur wenige Unterschiede bei dieser Frage feststellen. Der Faktor, der sich hier am deutlichsten bemerkbar macht, ist die Frage, welche Auffassung die Befragten von der Europäischen Union haben. Je positiver sie der Europäischen Union gegenüber eingestellt sind, desto größer ist ihre Überzeugung, dass die EU im Umgang mit der Globalisierung nicht dieselben Interessen wie die Vereinigten Staaten hat. Ein Anteil von 52% derjenigen, die Vertrauen in die EU haben, und von 50% derjenigen, die den Euro unterstützen, vertreten diese Ansicht. Demgegenüber gilt dies nur für 37% der Befragten, die kein Vertrauen in die EU haben und für 36% derjenigen, die den Euro nicht unterstützen.

3.5. Die Einschätzung der Rolle der Europäischen Union im Umgang mit der Globalisierung

Um die Vielschichtigkeit der Globalisierung zu erfassen, wurde die gesamte Stichprobe der Befragten in zwei gleich große Gruppen aufgeteilt. Jeder Gruppe wurde eine Frage zur Fähigkeit der EU gestellt, ihre Bürger wirksam vor den Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. Eine der Fragen wurde positiv formuliert, die andere negativ²⁰. Nach Aufteilung der Stichprobe wird jeder Hälfte der Befragten eine der beiden unterschiedlich formulierten Fragen gestellt²¹.

SPLIT A: "Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen".

SPLIT B: "Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren".



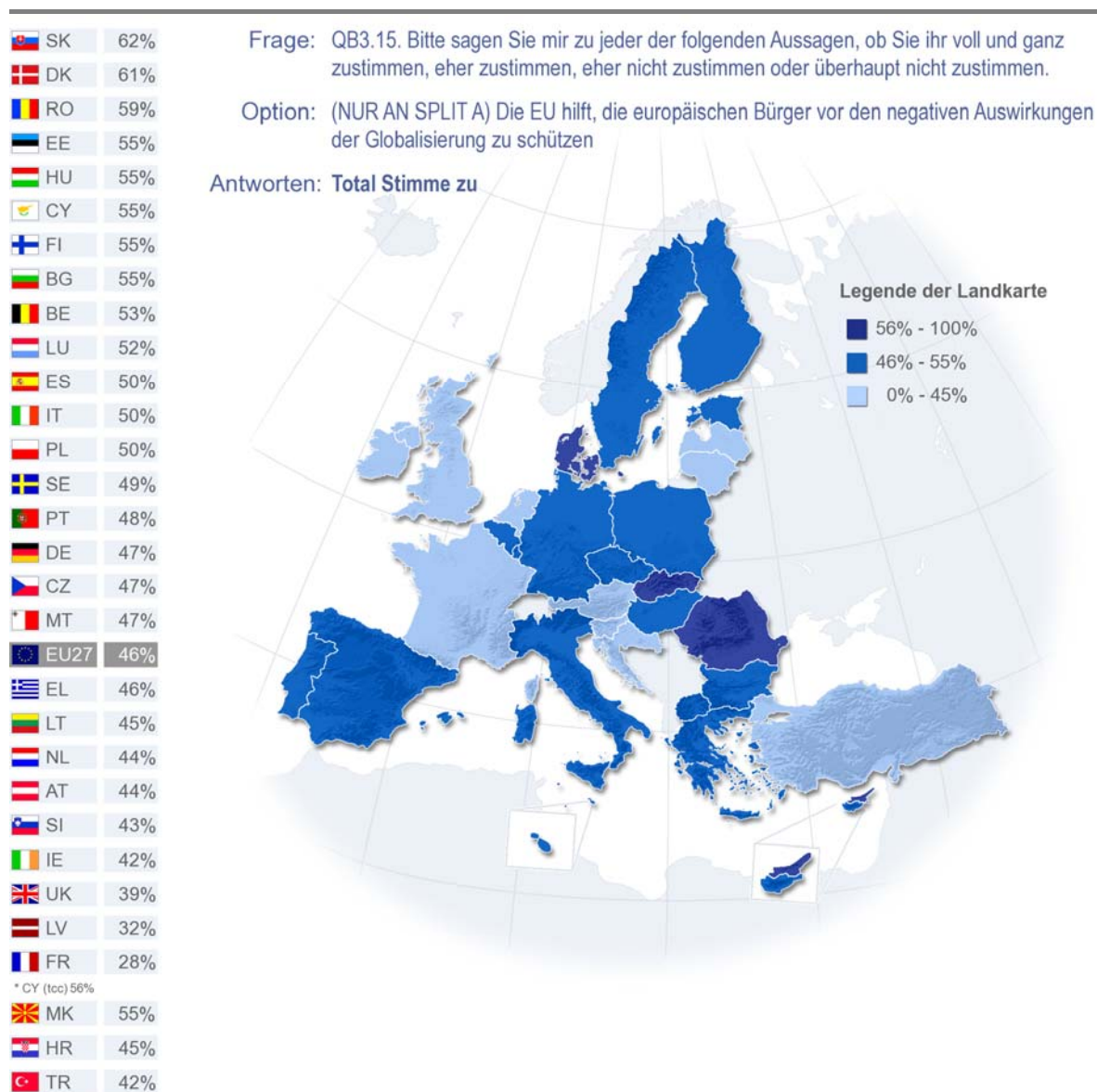
3.5.1. Die negativ formulierte Frage (SPLIT A)

Wenn die Frage negativ formuliert wird, antworten 46% der europäischen Bürger, dass die Union die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützt. 37% der Befragten sind mit dieser Aussage nicht einverstanden und 17% geben hierauf keine Antwort. Diese Zahlen haben sich im Vergleich zu der im Frühjahr 2009 durchgeführten vorherigen Umfrage nur geringfügig verändert.

²⁰ QB3.15 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. Split A: Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. Split B: Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren.

²¹ Diese Befragungsmethode heißt in der Meinungsforschung *Split ballot*, „gegabelte Befragung“.

In der Slowakei (62%) und in Dänemark (61%) weisen die Befragten der Union am häufigsten eine schützende Rolle zu. Im Gegensatz hierzu ist die französische (55%) und die Griechen (49%) von dieser Fähigkeit der Union deutlich weniger überzeugt.







Zudem kann festgestellt werden, dass die Schutzfunktion der EU von den unteren Gesellschaftsschichten wesentlich schwächer wahrgenommen wird als von den oberen. Ein Anteil von nur 37% derjenigen Befragten, die sich selbst in der gesellschaftlichen Rangordnung eher niedrig positionieren, sind der Ansicht, dass die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen, während dies für 52% derjenigen gilt, die sich selbst gesellschaftlich weiter oben auf der Skala einordnen.

Ein Anteil von 37% derjenigen Befragten, die ihre Ausbildung früh beendet haben, und von 35% derjenigen, die angeben, finanzielle Schwierigkeiten zu haben (das heißt, sie haben die meiste Zeit Schwierigkeiten ihre Rechnungen zu bezahlen) hat den Eindruck, durch die EU geschützt zu werden. Dies gilt im Vergleich dazu für 51% der Personen, die ihre Ausbildung länger fortgesetzt haben, und für 48%, die keine Schwierigkeiten mit dem Bezahlen ihrer Rechnungen haben. Anders ausgedrückt: Je schutzbedürftiger die Befragten sind, umso weniger sind sie davon überzeugt, dass die EU sie vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützt.

QB3.15 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

(NUR AN SPLIT A) Die EU hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen

	Total Stimme zu	Total Stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	46%	37%	17%
Geschlecht			
 Männlich	48%	39%	13%
Weiblich	44%	36%	20%
Alter			
 15-24	52%	31%	17%
25-39	47%	39%	14%
40-54	46%	40%	14%
55 +	43%	36%	21%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	37%	38%	25%
16-19	46%	38%	16%
20+	51%	40%	9%
Studiert noch	53%	30%	17%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	48%	37%	15%
Leitende(r) Angestellte(r)	51%	40%	9%
Andere(r) Angestellte(r)	52%	35%	13%
Sonstige Arbeiter	45%	40%	15%
Hausfrauen / Hausmänner	39%	38%	23%
Arbeitslos	42%	39%	19%
Rentner / Pensionäre	42%	37%	21%
Studenten	53%	30%	17%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	45%	43%	12%
(5-6) Mitte	48%	38%	14%
(7-10) Rechts	49%	34%	17%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	35%	44%	21%
Gelegentlich	45%	37%	18%
Nahezu nie/ nie	48%	37%	15%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	37%	42%	21%
Mitte (5-6)	47%	37%	16%
Hoch (7-10)	52%	35%	13%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	61%	27%	12%
Eher nicht vertrauen	33%	52%	15%
Euro			
Dafür	54%	33%	13%
Dagegen	34%	48%	18%

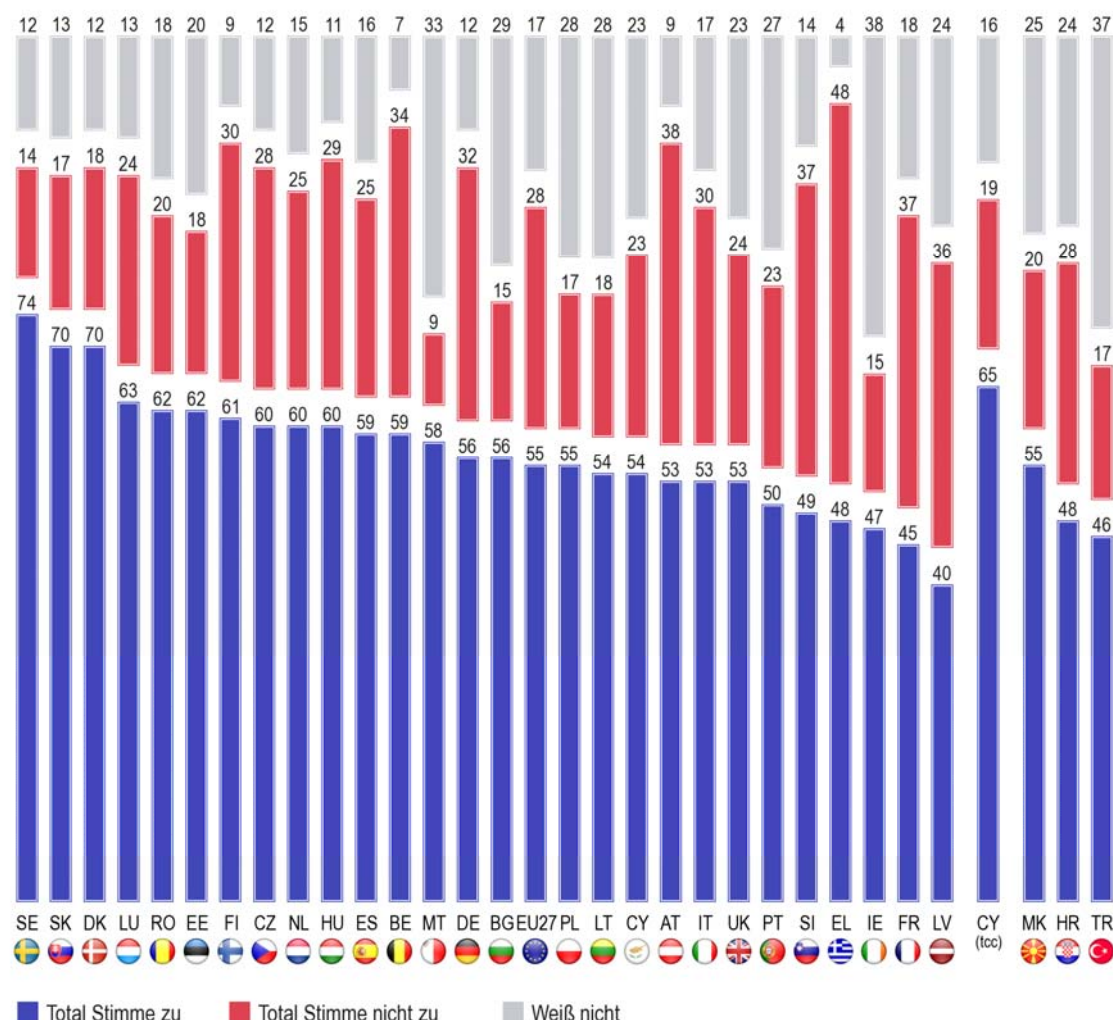
3.5.2. Die positiv formulierte Frage (SPLIT B)

Sobald die Frage positiv formuliert wird, fallen die Meinungsunterschiede in Bezug auf die Bewertung der positiven Rolle der EU angesichts der Globalisierung erheblich größer aus. So sind 55% der europäischen Bürger davon überzeugt, dass die EU es den europäischen Bürgern ermöglicht, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren. 28% der Befragten lehnen diese Aussage ab und 17% äußern keine Meinung. Der Anteil der europäischen Bürger, die die Rolle der Union positiv bewerten, steigt im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009 (EB71) um einen Punkt, im Vergleich zum Herbstbericht 2008 (EB70) sogar um 7 Punkte an. Dies zeigt, dass es für diese Ansicht eine steigende Tendenz gibt.

Die Befragten in Schweden (74%), der Slowakei (70%) und Dänemark (70%) sind am häufigsten von der positiven Rolle der EU überzeugt. Im Gegensatz hierzu zeigen sich die Befragten in Griechenland (48%), Irland (47%), Frankreich (45%) und Lettland (40%) sehr viel skeptischer. Die positive Rolle der EU wird gleichwohl in allen Mitgliedstaaten der Union von einer Mehrheit anerkannt. Die einzige Ausnahme ist Griechenland, wo sich die Meinungen in zwei gleichgroße Lager aufspalten (48% gegenüber 48%).

QB3.16. Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

(NUR AN SPLIT B) Die EU ermöglicht es den europäischen Bürgern, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren



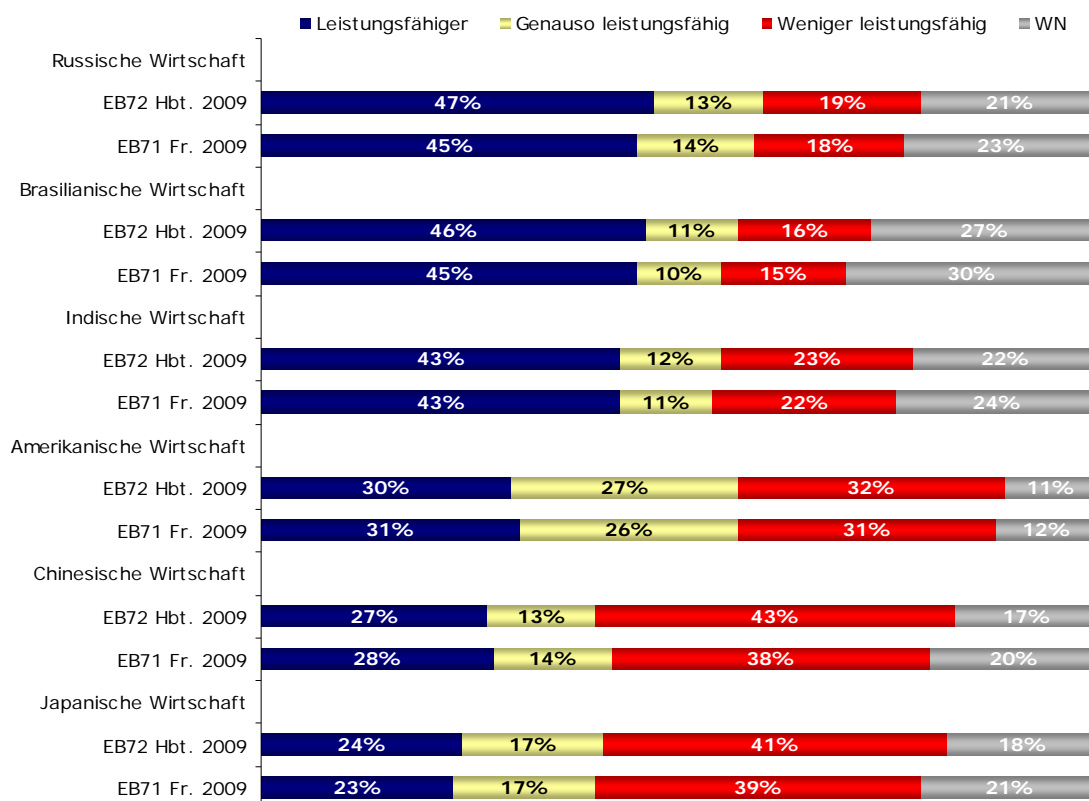
Wie schon im bisherigen Text gesehen, beurteilen die sozial und wirtschaftlich Benachteiligten die Rolle der EU seltener positiv, obwohl die Idee eines Europa, das es seinen Bürgern ermöglicht, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren. Unabhängig davon, ob die Frage positiv oder negativ formuliert wird, zeichnet sich in der europäischen Bevölkerung eine Mehrheit für die Ansicht ab, dass die Rolle der EU im Hinblick auf die Globalisierung positiv zu beurteilen sei. Der Anteil der europäischen Bürger, die diese Meinung äußern, ist allerdings deutlich höher, wenn gefragt wird, ob die EU es ihnen ermöglicht, stärker von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren, als wenn gefragt wird, ob sie dabei hilft, sie vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen.

4. DIE EU IM VERGLEICH MIT DER WELTWEITEN WIRTSCHAFTSKONKURRENZ

4.1. Die Leistungsfähigkeit der Europäischen Wirtschaft im Vergleich mit den Vereinigten Staaten, Japan und den BRIC-Staaten

Es wird behauptet, die Globalisierung sei ein Wettbewerb unter den großen Volkswirtschaften des Planeten. Es ist also sowohl interessant als auch relevant zu untersuchen, wie die europäischen Bürger die europäische Wirtschaft im Verhältnis zu ihren wichtigsten Konkurrenten einschätzen, also im Vergleich mit den aufstrebenden Volkswirtschaften der BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) und mit den Industrienationen (den Vereinigten Staaten und Japan). Wir können feststellen, dass die europäischen Bürger die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft als höher einschätzen als jene ihrer brasilianischen, russischen und indischen Konkurrenz²² und sie auf annähernd demselben Niveau sehen wie jene der amerikanischen Wirtschaft. Gegenüber ihren asiatischen Rivalen, also der chinesischen und der japanischen Wirtschaft, ist die europäische Wirtschaft nach Ansicht ihrer Bürger im Hintertreffen.

QB5 Würden Sie sagen, dass die europäische Wirtschaft derzeit leistungsfähiger, weniger leistungsfähig oder genauso leistungsfähig ist wie die ... ? % EU



²² QB5 Würden Sie sagen, dass die europäische Wirtschaft derzeit leistungsfähiger, weniger leistungsfähig oder genauso leistungsfähig ist wie die ...

Annähernd einer von 2 europäischen Bürgern ist der Ansicht, dass die europäische Wirtschaft leistungsfähiger sei als die **russische** (47%, +2 Punkte im Vergleich zum Frühjahrsbericht 2009), **die brasilianische** (46%, +1 Punkt) und die **indische** Wirtschaft (43%, ohne Veränderung). Nur eine kleine Minderheit (19% für die russische, 16% für die brasilianische, 23% für die indische Wirtschaft) stellt eine gegenteilige Diagnose. Für diese drei Vergleiche verzeichnen wir auch bedeutende Anteile von «Weiß nicht»-Antworten: 27% der Befragten geben auf die Frage zum Vergleich der Leistungsfähigkeit der europäischen und der brasilianischen Wirtschaft keine Antwort. Gleiches gilt für 22%, die bezüglich der indischen und 21%, die bezüglich der russischen Wirtschaft keine Antwort geben.

Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise sind die Befragten also nach wie vor von der Überlegenheit der europäischen Wirtschaft über diese drei Volkswirtschaften überzeugt.

Der Vergleich mit der **amerikanischen** Wirtschaft fördert sehr gegensätzliche Ansichten zutage. Ein Anteil von 30% der Bürger schätzt die europäische Wirtschaft als leistungsfähiger ein (-1 Punkt im Vergleich zum Frühjahr 2009 und -6 Punkte im Vergleich zum Frühjahr 2008), während 32% (jeweils +1 Punkt; +4 Punkte) die entgegengesetzte Ansicht vertreten.

Anhand der Entwicklungen, die sich seit dem Frühjahr 2008 ergeben haben, können wir feststellen, dass die Befragten die europäische Wirtschaft im Vergleich mit der amerikanischen mittlerweile als tendenziell weniger leistungsfähig einschätzt.

Auch im Hinblick auf den Vergleich mit der **chinesischen** Wirtschaft gibt es derartige Tendenzen. Der Anteil europäischer Bürger, die der Meinung sind, dass die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft im Vergleich zur jener der chinesischen ins Hintertreffen gerät, steigt seit dem letztem Frühjahr um 5 Punkte auf 43%. Während das Verhältnis zwischen der Befragtengruppe, die die europäische Wirtschaft als leistungsfähiger einschätzt als die chinesische und derjenigen, die die entgegengesetzte Meinung vertritt, im Frühjahr 2008 bei 30% zu 39% lag, so liegt es mittlerweile bei 27% zu 43%. Es handelt sich hierbei sicherlich um einen Effekt der Wirtschafts- und Finanzkrise, die in der öffentlichen Meinung das Gefühl eines Rückstands der europäischen Wirtschaft gegenüber des chinesischen Wirtschaftswachstums verstärkt hat.

Der Anteil der Befragten, die davon überzeugt sind, dass die europäische Wirtschaft weniger leistungsfähig sei als die **japanische**, steigt im Vergleich zum Frühjahr 2009 um 2 Punkte auf 41% an. Das Verhältnis zwischen den Befragten, die die europäische Wirtschaft als weniger leistungsfähig einstufen, und jenen, die gegenteiliger Meinung sind, bleibt im Vergleich zum Frühjahr 2008 etwa gleich (42% gegenüber 23% im Vergleich zu heute 41% gegenüber 24%).

Die Auffassung, dass die europäische Wirtschaft der **brasilianischen** und der **indischen** Wirtschaft überlegen sei, wird in allen Mitgliedstaaten geteilt, wobei manche Länder, nämlich Rumänien, Irland, Malta, Portugal, Lettland, Polen und Bulgarien, sich von den anderen Ländern vor allem durch ihren ausgesprochen hohen Anteil von „Weiß nicht“-Antworten unterscheiden. Gleiches gilt für den Vergleich mit der **russischen** Wirtschaft, wobei es auch in diesem Fall in folgenden Mitgliedstaaten zu deutlich erhöhten Anteilen von „Weiß nicht“-Antworten kommt: Malta (60%), Irland (44%), dem Vereinigten Königreich (39%) und Portugal (36%).

Was den Vergleich mit der **amerikanischen** Wirtschaft anbelangt, werden in Spanien (50%), Litauen (45%), Lettland (40%) und Ungarn (41%) die höchsten Werte für die Auffassung festgestellt, dass die europäische Wirtschaft weniger leistungsfähig sei. Demgegenüber dominiert in den nördlichen Mitgliedstaaten (65% in Dänemark, 62% in Finnland, 66% in Schweden) und den Niederlanden (64%) deutlich die Überzeugung, dass die europäische Wirtschaft der amerikanischen überlegen sei.

Der Vergleich mit der **chinesischen** Wirtschaft fällt nur in 5 Mitgliedstaaten der Union positiv für die europäische Wirtschaft aus: in Finnland (47% der Befragten sind der Meinung, die europäische Wirtschaft sei leistungsfähiger, während 34% gegenteiliger Meinung sind), Österreich (44% gegenüber 29%), der Slowakei (44% gegenüber 29%), Estland (42% gegenüber 34%) und Litauen (40% gegenüber 33%).

Schließlich fällt der Vergleich mit der **japanischen** Wirtschaft überwiegend positiv für letztere aus. Nur in 5 Mitgliedstaaten sind die Meinungen in zwei Lager geteilt. Es handelt sich um Österreich (38% sind überzeugt, dass die europäische Wirtschaft leistungsfähiger sei als die japanische, 28% denken das Gegenteil), Dänemark (33% gegenüber 25%), Finnland (35% gegenüber 31%), Deutschland (35% gegenüber 32%) und Schweden (31% gegenüber 30%).

Insgesamt wird im Laufe der Lektüre dieser Analysen deutlich, dass die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft besonders in den drei nördlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie den Niederlanden als hoch eingeschätzt wird.




Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Befragten aus allen sozialen Schichten die Ansicht teilen, die europäische Wirtschaft sei der indischen, brasilianischen und russischen Konkurrenz überlegen. Der Anteil von „Weiß nicht“-Antworten ist allerdings bei Frauen und Personen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 20 Jahren beendet haben, sowie bei Personen, die sich in der gesellschaftlichen Hierarchie eher niedrig einstufen, deutlich höher.

Es ist interessant festzustellen, dass bezüglich der Bewertung des Vergleichs mit der chinesischen Wirtschaft soziale Unterschiede kaum ins Gewicht fallen, während dies bei der Bewertung des Vergleichs mit der amerikanischen Wirtschaft durchaus der Fall ist.

So ist beispielsweise der Anteil derjenigen Befragten, die die chinesische Wirtschaft als leistungsfähiger einschätzen, bei den Personen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung weiter oben sehen (45%), nahezu identisch mit dem Anteil derer, die sich gesellschaftlich niedrig positionieren (42%). Auch in Abhängigkeit vom Ausbildungsniveau können keine bedeutenden Unterschiede festgestellt werden.

Demgegenüber macht sich der soziale Unterschied beim Vergleich mit der amerikanischen Wirtschaft sehr viel deutlicher bemerkbar: Ein Anteil von 37% der Befragten, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung weiter oben positionieren, und 38% derjenigen, die ein hohes Ausbildungsniveau haben, sind der Ansicht, dass die europäische Wirtschaft leistungsfähiger sei. Diese Ansicht vertreten im Vergleich hierzu nur 24% der Befragten, die sich selbst gesellschaftlich niedrig einstufen und die keine längeren Ausbildungszeiten hatten. Die Auffassung, dass die chinesische Wirtschaft leistungsfähiger sei, wird alles in allem von sämtlichen Bevölkerungsschichten geteilt. Demgegenüber wird die Ansicht, die amerikanische Wirtschaft sei überlegen, eher von den niedrigeren Bevölkerungsschichten als von den höheren sozialen Schichten vertreten.

QB5 Würden Sie sagen, dass die europäische Wirtschaft derzeit leistungsfähiger, weniger leistungsfähig oder genauso leistungsfähig ist wie die ...

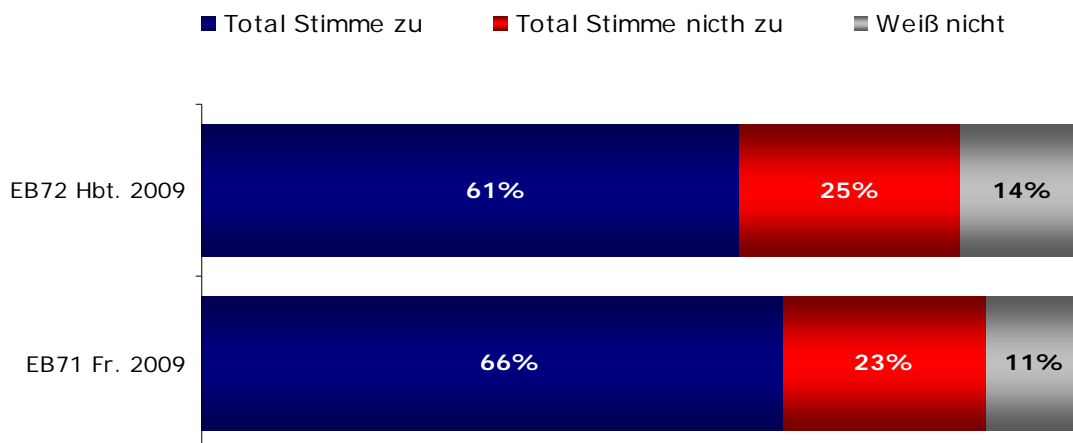
		Leistungsfähiger					
		russische Wirtschaft	brasilianische Wirtschaft	indische Wirtschaft	amerikanische Wirtschaft	chinesische Wirtschaft	japanische Wirtschaft
EU27		47%	46%	43%	30%	27%	24%
Geschlecht							
	Männlich	51%	51%	46%	32%	29%	27%
	Weiblich	42%	42%	41%	28%	25%	21%
Ausbildung (Ende der)							
	15-	38%	38%	38%	24%	26%	22%
	16-19	44%	44%	42%	29%	26%	23%
	20+	57%	55%	48%	38%	28%	26%
	Studiert noch	51%	55%	53%	33%	32%	28%
Berufliche Tätigkeit							
	Selbständig	51%	50%	47%	33%	29%	23%
	Leitende(r) Angestellte(r)	57%	56%	46%	38%	26%	29%
	Andere(r) Angestellte(r)	46%	46%	43%	34%	26%	23%
	Sonstige Arbeiter	45%	47%	44%	29%	27%	23%
	Hausfrauen / Hausmänner	41%	39%	39%	25%	27%	23%
	Arbeitslos	46%	48%	47%	27%	29%	22%
	Rentner / Pensionäre	44%	40%	37%	27%	24%	23%
	Studenten	51%	55%	53%	33%	32%	28%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen							
Meistens		37%	37%	39%	21%	25%	22%
Gelegentlich		43%	44%	42%	26%	27%	21%
Nahezu nie/ nie		51%	50%	45%	34%	27%	25%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe							
Niedrig (1-4)		43%	45%	42%	24%	25%	22%
Mitte (5-6)		47%	46%	44%	30%	27%	23%
Hoch (7-10)		51%	51%	45%	37%	29%	27%
Vertrauen in die EU							
Eher vertrauen		54%	54%	50%	35%	31%	26%
Eher nicht vertrauen		41%	41%	38%	27%	24%	23%
Mitgliedschaft in der EU							
Gute Sache		56%	56%	50%	37%	30%	27%
Schlechte Sache		35%	34%	36%	25%	25%	23%
Neutral		38%	38%	37%	23%	23%	19%
Euro							
Dafür		53%	53%	48%	34%	29%	26%
Dagegen		39%	38%	38%	25%	25%	22%

4.2. Die Macht und Mittel der EU zur Verteidigung der eigenen Interessen

Auch wenn Europa im Vergleich zum asiatischen Wachstum als wirtschaftlich zurückstehend angesehen wird, ist es nach Ansicht seiner Bürger dennoch gut gerüstet, um sich gegen seine Konkurrenz zu behaupten. Ein Anteil von 61% der europäischen Bürger ist der Meinung, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft verfügt²³. Ein Anteil von 25% vertritt die entgegengesetzte Meinung und 14% äußern sich hierzu nicht.

Der Anteil der Europäer, die davon überzeugt sind, dass die Europäische Union über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer Interessen verfügt, sinkt im Vergleich zur vorherigen Eurobarometer-Umfrage um 5 Punkte. Der Anteil derjenigen, die im Gegenteil behaupten, die Union sei nicht ausreichend gewappnet, steigt um 3 Punkte. Diese Entwicklung hängt zweifellos mit der vorherigen Frage zusammen, in der der Eindruck deutlich wurde, dass die chinesische Wirtschaft der europäischen zunehmend überlegen sei. Dies zeigt, dass nach Ansicht der Bürger die Wirtschafts- und Finanzkrise in gewissem Maße die Fähigkeit der EU beeinträchtigt, sich gegenüber der internationalen Wirtschaftskonkurrenz, und insbesondere gegenüber der in China stattfindenden Entwicklung, zu behaupten.

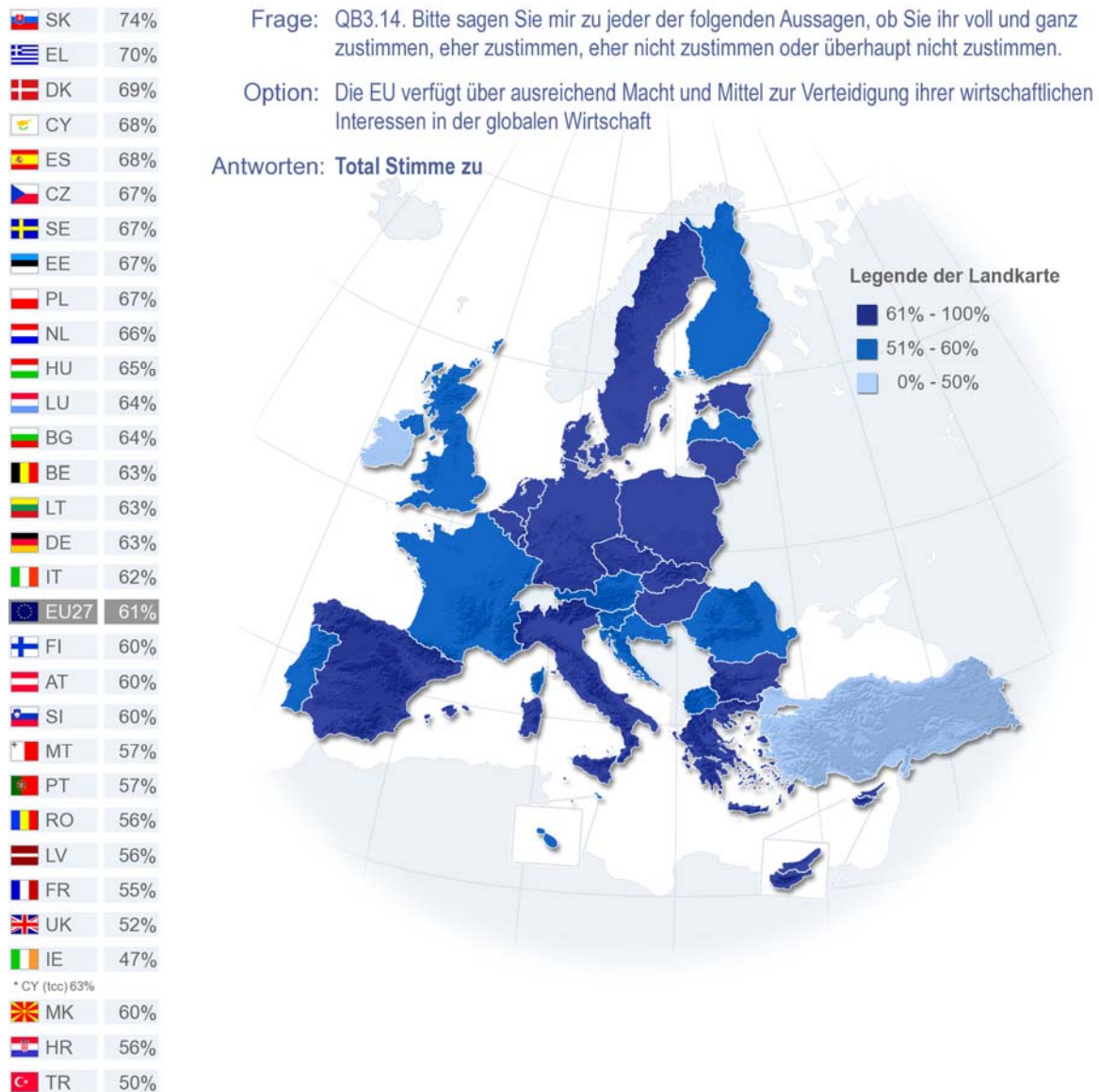
QB3.14 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen. - Die EU verfügt über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft - %EU



Die Überzeugung, dass die Europäische Union über ausreichend Macht und Mittel verfügt, um ihre wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft zu verteidigen, wird in allen 27 Mitgliedstaaten der Union in hohem Maße vertreten.

²³ QB3.14 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Die EU verfügt über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft

In der Slowakei (74%), Griechenland (70%) und in Dänemark (69%) können diesbezüglich die höchsten Werte gemessen werden. In Irland (47%), dem Vereinigten Königreich (52%) und Frankreich (55%) hingegen ist die Öffentlichkeit hiervon weniger überzeugt.







In allen sozialen Gruppen der europäischen Gesellschaft können deutliche Mehrheiten für die Meinung festgestellt werden, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegenüber der globalen Wirtschaft verfügt. Es ist allerdings auch zu beobachten, dass die gehobeneren Klassen diese Ansicht häufiger vertreten als die Bevölkerungsschichten am unteren Ende der gesellschaftlichen Skala. Ein Anteil von 70% derjenigen Befragten, die sich auf der gesellschaftlichen Skala weiter oben positionieren, 64% derjenigen, die keine finanziellen Schwierigkeiten haben, 67% derjenigen mit einer höheren Ausbildung und 69% der Führungskräfte sind der Ansicht, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen gegenüber der globalen Wirtschaft verfügt.

Hingegen gilt dies für nur 53% der Befragten, die sich auf der gesellschaftlichen Skala weiter unten einordnen, 52% derjenigen, die mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfen und die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren beendet haben, sowie für 58% der Arbeiter und Arbeitslosen.

Eine weitere Determinante bei dieser Frage ist nachvollziehbarerweise die Einstellung, die die Befragten gegenüber der Union haben: 75% derjenigen, die ein positives Bild der EU haben, und 72% derjenigen, die die Zukunft der EU optimistisch beurteilen, sind davon überzeugt, dass die EU über ausreichend Macht und Mittel verfügt, um sich gegen die Konkurrenz zu behaupten. Demgegenüber sind hiervon nur 41% derjenigen Befragten überzeugt, die ein negatives Bild der EU haben, und 42% derer, die die Zukunft der EU pessimistisch sehen.

QB3.14 Bitte sagen Sie mir zu jeder der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Die EU verfügt über ausreichend Macht und Mittel zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft

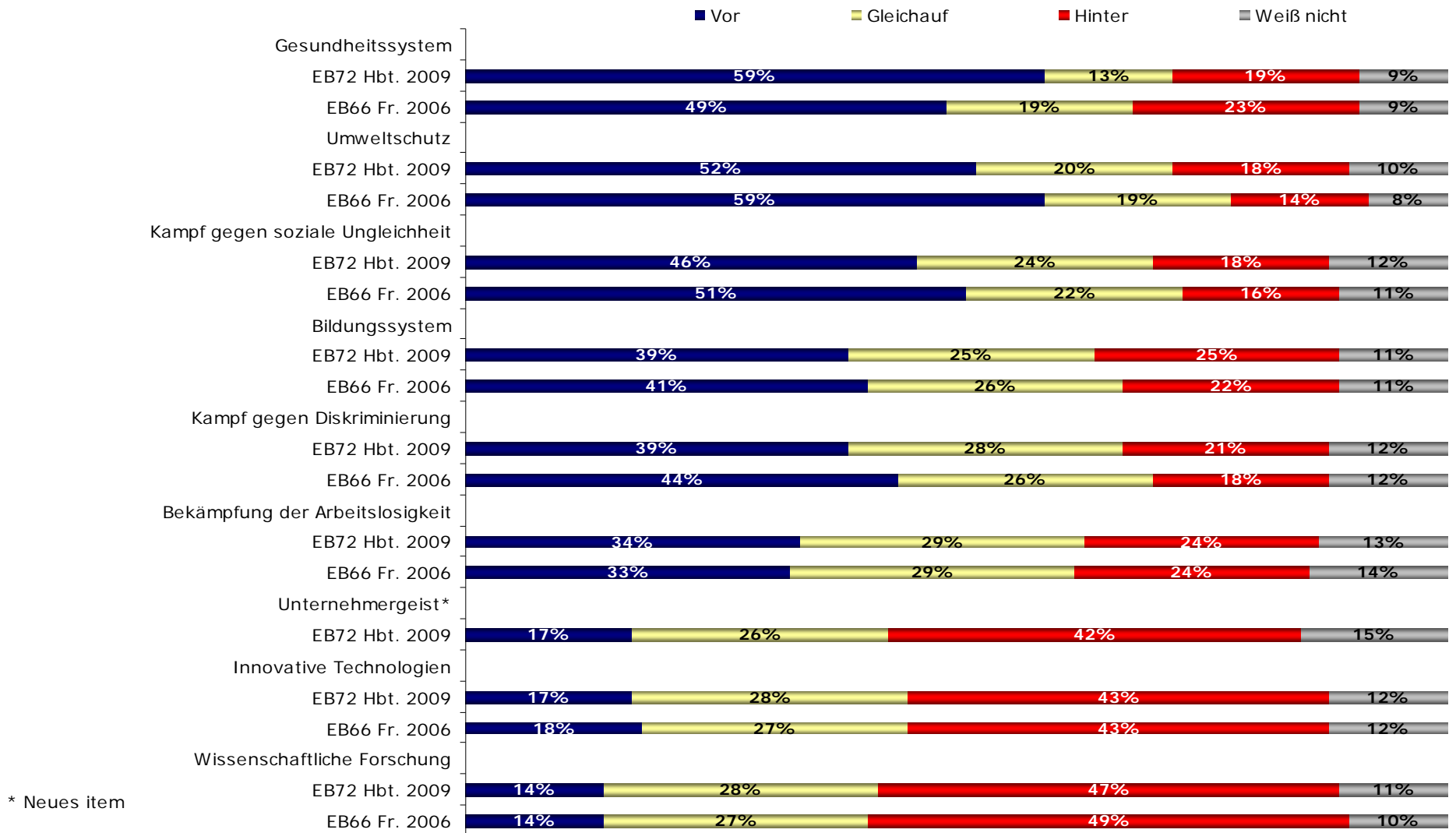
	Total stimme zu	Total stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	61%	25%	14%
Geschlecht			
 Männlich	65%	25%	10%
Weiblich	58%	25%	17%
Alter			
 15-24	65%	21%	14%
25-39	66%	24%	10%
40-54	62%	27%	11%
55 +	56%	26%	18%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	52%	26%	22%
16-19	61%	26%	13%
20+	67%	26%	7%
Studiert noch	71%	17%	12%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	67%	24%	9%
Leitende(r) Angestellte(r)	69%	25%	6%
Andere(r) Angestellte(r)	68%	24%	8%
Sonstige Arbeiter	58%	27%	15%
Hausfrauen / Hausmänner	55%	26%	19%
Arbeitslos	58%	26%	16%
Rentner / Pensionäre	55%	26%	19%
Studenten	71%	17%	12%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	52%	29%	19%
Gelegentlich	59%	26%	15%
Nahezu nie/ nie	64%	24%	12%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	53%	29%	18%
Mitte (5-6)	62%	25%	13%
Hoch (7-10)	70%	22%	8%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	74%	17%	9%
Eher nicht vertrauen	49%	37%	14%
Bild der EU			
Positiv	75%	17%	8%
Neutral	54%	28%	18%
Negativ	41%	44%	15%
Zukunft der EU			
Optimistisch	72%	19%	9%
Pessimistisch	42%	42%	16%

5. DER VERGLEICH ZWISCHEN DER EUROPÄISCHEN UNION UND DEN VEREINIGTEN STAATEN

Die europäischen Bürger sind in Bezug auf alle sozialen Bereiche sowie auf das Thema Umweltschutz davon überzeugt, dass die Europäische Union einen Vorsprung gegenüber den Vereinigten Staaten habe. Im Hinblick auf Innovation, Forschung und Unternehmergeist hingegen sehen sie die EU im Hintertreffen.

Es zeichnet sich also insgesamt ein sozial kompetenteres und gerechteres Bild für die Europäische Union ab, in den Zukunftsbereichen wie Forschung und Innovation jedoch punktet die EU weniger. Eine absolute bzw. relative Mehrheit der europäischen Bürger ist der Meinung, dass die EU den Vereinigten Staaten in den Bereichen Gesundheitssystem, Bildungssystem, Kampf gegen soziale Ungleichheit und Diskriminierung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Umweltschutz überlegen ist. Demgegenüber ist eine relative Mehrheit der europäischen Bürger davon überzeugt, dass die EU in den Bereichen wissenschaftliche Forschung, innovative Technologien und Unternehmergeist hinter den USA zurückliegt.

QF2 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.



Unter den Befragten, die aus den 6 Gründerländern der Europäischen Union (mit Ausnahme von Italien) und den nördlichen Mitgliedstaaten (Schweden, Finnland, Dänemark) kommen, ist die Auffassung, dass die Europäische Union in den Sozial- und Umweltbereichen einen Vorsprung vor den USA habe, deutlich verbreiteter als bei den Befragten aus den Ländern, deren Mitgliedschaft in der EU jüngeren Datums ist.

Wir werden zuerst die Bereiche untersuchen, in denen die EU nach Ansicht der europäischen Bürger einen Vorsprung hat. Als nächstes analysieren wir die Bereiche, in denen die Bürger den Vereinigten Staaten den Vorzug geben. Die Fragen, in denen die EU und die USA in Bezug auf eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Themen miteinander verglichen werden, waren auch Bestandteil der Herbstumfrage 2006 (EB66). Dies ermöglicht uns interessante Entwicklungen aufzuzeigen, insbesondere da die vorherige Umfrage noch unter der Bush-Administration durchgeführt worden war.

Im Hinblick auf einige andere Bereiche hingegen ist der Anteil der Befragten, die einen europäischen Vorsprung sehen, rückläufig: Dies gilt für den Umweltschutz (-7 Punkte), den Kampf gegen soziale Ungleichheit (-5), den Kampf gegen Diskriminierung (-5) und das Bildungssystem (-2).

5.1. Der Vorsprung der Europäischen Union im Sozial- und Umweltbereich

5.1.1. Das Gesundheitssystem

Zu dem Zeitpunkt, als Präsident Obama auf die ersten Hindernisse bei der Verabschiedung der Reform des amerikanischen Gesundheitssystems traf, waren 59% der europäischen Bürger der Meinung, dass die EU in diesem Bereich einen Vorsprung vor den USA habe, 19% waren hingegen der Meinung, dass die EU zurückliege, und 13% erklärten, sie liege mit den USA gleichauf²⁴.

Im Vergleich zum Herbstbericht 2006 hat sich der Eindruck eines europäischen Vorsprungs vor den USA deutlich verstärkt (+10 Punkte). Der Anteil der Befragten, die die Ansicht vertreten, die EU liege hinter den USA zurück, sinkt um 4, und der Anteil der Befragten, die einen Gleichstand sehen, geht um 6 Punkte zurück. Möglicherweise gibt es hier einen Zusammenhang mit den Nachrichten über die Versorgungslücken des amerikanischen Gesundheitssystems, da die Umfrage zum Zeitpunkt der politischen und parlamentarischen Auseinandersetzung über die Reform des Gesundheitssystems in den USA durchgeführt wurde.

Am stärksten macht sich der Eindruck eines Vorsprungs der EU im Bereich des Gesundheitssystems in den Gründerländern der Europäischen Union (80% in Belgien, 81% in Luxemburg, 85% in den Niederlanden, 87% in Deutschland, 77% in Frankreich, aber nur 40% in Italien) sowie den nördlichen Mitgliedstaaten (89% in Finnland, 90% in Schweden und 85% in Dänemark) bemerkbar.

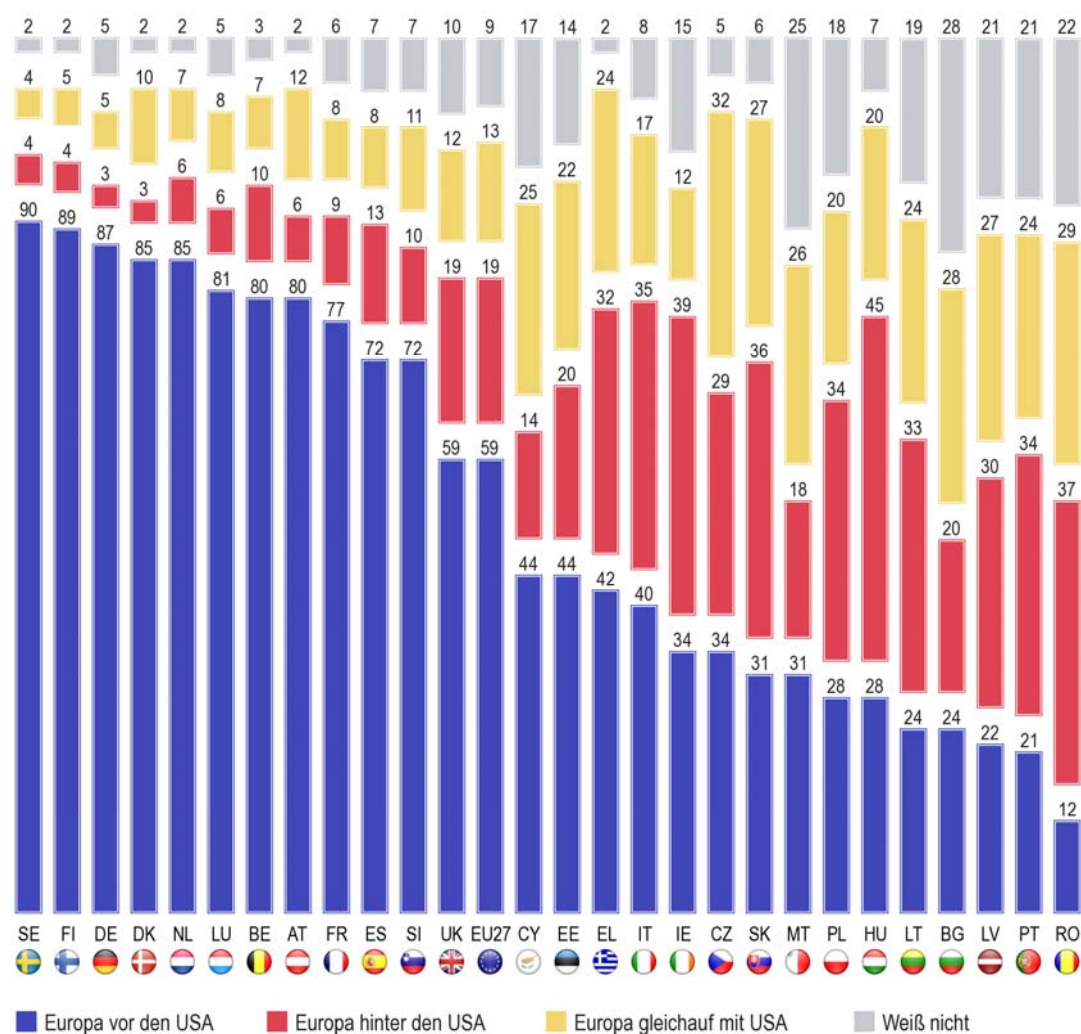
²⁴ QF2 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Demgegenüber wird diese Ansicht in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten und dem Baltikum (28% in Ungarn, 28% in Polen, 12% in Rumänien, 22% in Lettland, 24% in Litauen) nur von einer kleinen Minderheit vertreten. Eine bemerkenswerte Ausnahme hiervon ist Slowenien (72%).

Somit können wir bei diesem Punkt eine sehr große Differenz zwischen den 15 älteren Mitgliedstaaten (68%, die einen Vorsprung sehen, im Vergleich zu 15%, die gegenteiliger Meinung sind) und den neueren Mitgliedstaaten (26% gegenüber 33%) feststellen.























QF2.4. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Gesundheitssystem



Die Entwicklungen, die sich in den einzelnen Ländern im Vergleich zum Herbst 2006 zu dieser Frage ergeben haben, sind insofern sehr interessant, als sie ganz allgemein aufzeigen, in welchem Maße sich der Eindruck eines europäischen Vorsprungs in denjenigen Mitgliedstaaten verstärkt hat, in denen er auch schon vorher ausgeprägt war. Dieser Anteil steigt z.B. in Spanien um 30 Punkte, in Schweden um 20, in Österreich um 19, in den Niederlanden um 15, in Slowenien um 15, in Deutschland um 14, in Dänemark um 12, in Griechenland um 11 und in Luxemburg um 10 Punkte. In den Mitgliedstaaten, die erst später Teil der Union geworden sind, werden demgegenüber deutlich geringere Veränderungen beobachtet.

Der Eindruck, dass Europa einen Vorsprung habe, sinkt in Rumänien um 10 Punkte. In Bulgarien bleibt der Wert stabil, in Litauen (+1), Lettland (+4), der Slowakei (+5), Ungarn (+5) und Polen (+7) steigen die Werte zwar an, dies aber weniger stark als im europäischen Durchschnitt. In Estland (+11) sowie in der Tschechischen Republik (+9) ist der Anstieg nahezu genau so hoch wie im europäischen Durchschnitt.

QF2.4 Sagen Sie mir bitte, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist. - Gesundheitssystem								
VOR					HINTER			
		EB66 Fr. 2006	EB72 Hbt. 2009	Unt.		EB66 Fr. 2006	EB72 Hbt. 2009	Unt.
 EU27		49%	59%	+10	 EU27	23%	19%	-4
 ES		42%	72%	+30	 RO	23%	37%	+14
 SE		70%	90%	+20	 LT	26%	33%	+7
 AT		61%	80%	+19	 PL	29%	34%	+5
 SI		57%	72%	+15	 IE	34%	39%	+5
 NL		70%	85%	+15	 HU	40%	45%	+5
 UK		44%	59%	+15	 BG	16%	20%	+4
		
 IE		35%	34%	-1	 SI	18%	10%	-8
 CY		46%	44%	-2	 DE	11%	3%	-8
 MT		33%	31%	-2	 UK	28%	19%	-9
 RO		22%	12%	-10	 ES	24%	13%	-11

Es muss aber darauf hingewiesen werden, dass der Eindruck, die Europäische Union habe im Bereich des Gesundheitswesens einen Vorsprung, großen Konsens erreicht, und von allen Befragten, unabhängig von Geschlecht, Alter, beruflicher Tätigkeit oder Ausbildungsniveau der befragten Bürger, vorherrschend ist.

Trotzdem ist festzustellen, dass der Eindruck eines europäischen Vorsprungs in den oberen Schichten der europäischen Gesellschaft noch stärker ist: Dies gilt für 71% der Personen, die lange Ausbildungszeiten hatten, und für 65% derjenigen, die sich gesellschaftlich höher positionieren, im Vergleich zu 53% derjenigen, die ihre Ausbildung früher beendet haben, und denjenigen, die sich am unteren Ende der gesellschaftlichen Rangordnung positionieren.

5.1.2. Der Kampf gegen soziale Ungleichheit

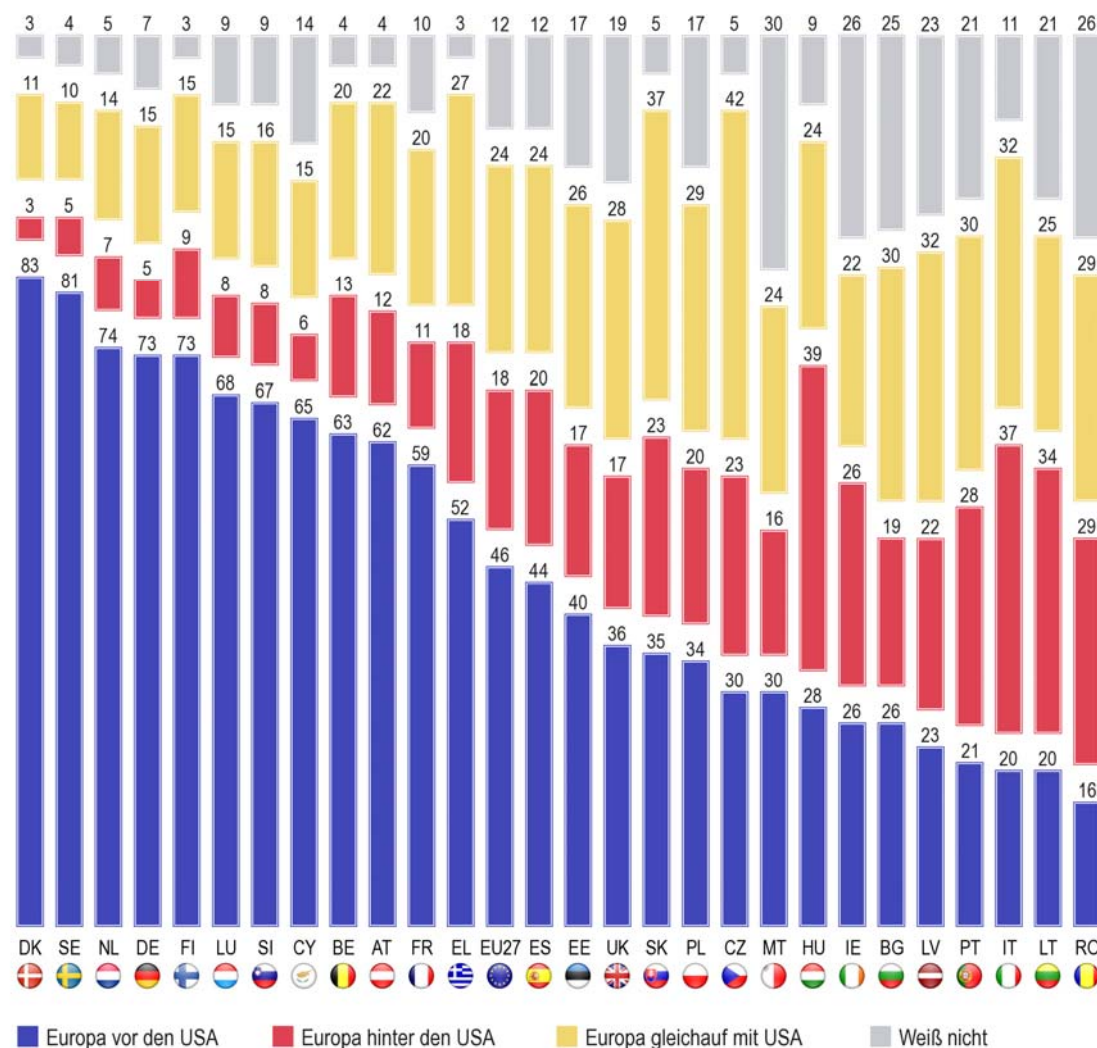
Ein Anteil von 46% der europäischen Bürger ist davon überzeugt, dass die Europäische Union im Kampf gegen soziale Ungleichheit einen Vorsprung vor den Vereinigten Staaten hat. Ein Anteil von 18% hingegen ist der Ansicht, dass sie hinter den USA zurückliegt, und 24% geben an, dass sie mit den USA gleichauf liegt.

Der Anteil der Befragten, die die Auffassung vertreten, die EU habe einen Vorsprung vor den USA, verringert sich im Vergleich zum Herbst 2006 um 5 Punkte. Die Meinungen, die davon ausgehen, dass sie zurückliege, nehmen ihrerseits um 2 Punkte zu. Dasselbe gilt für die Ansicht, dass die EU und die USA gleichauf liegen. Zweifellos ist hier ein gewisser «Obama-Effekt» spürbar, der die europäischen Bürger veranlasst zu denken, die USA würden sich mittlerweile verstärkt um dieses Thema kümmern.

Die Länderergebnisse folgen hier demselben Muster, das sich schon bezüglich des Gesundheitssystems abgezeichnet hat. In den Gründerstaaten und den skandinavischen Ländern ist der Eindruck, dass die Europäische Union einen Vorsprung habe, deutlich verbreiteter als in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten sowie im Baltikum. Eine Ausnahme bildet Slowenien mit 67%. Für diesen Indikator ist eine außergewöhnliche Situation in Italien festzustellen, wo nur 20% der Befragten der Ansicht sind, dass die Europäische Union in diesem Bereich einen Vorsprung vor den USA habe, und das sich somit am Ende der Skala findet.

QF2.6. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Kampf gegen soziale Ungleichheit





Die überraschendste Entwicklung, die sich zu dieser Frage seit 2006 ergeben haben, bezieht sich auf Irland, wo der Anteil der Befragten, die von einem Vorsprung der EU überzeugt sind, um 15 Punkte, sowie auf Rumänien und Italien, wo der Anteil um jeweils 10 Punkte sinkt. Das Verhältnis dreht sich in diesen beiden Ländern buchstäblich um: Während im Jahr 2006 eine Mehrheit von einem Vorsprung der EU überzeugt war, sind jetzt die Befragten in der Mehrheit, die von einem Rückstand der EU ausgehen.

Auch wenn die Meinung, dass die EU einen Vorsprung in diesem Bereich hat, von den Befragten aus allen gesellschaftlichen Schichten unterstützt wird, können wir doch erhebliche Unterschiede in Abhängigkeit vom sozialen Niveau feststellen. Die Personen, die eine längere Ausbildung absolviert haben (59%), diejenigen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung weiter oben positionieren (51%), diejenigen, die erklären am Ende des Monats keine finanziellen Schwierigkeiten zu haben (53%), sowie die Führungskräfte (61%) sind deutlich häufiger davon überzeugt, dass die EU im Kampf gegen soziale Ungleichheit einen Vorsprung hat, als jene, die keine längere Ausbildung hinter sich haben (37%), die sich selbst in der sozialen Rangordnung niedrig einstufen (42%), die finanzielle Schwierigkeiten haben (33%) und als die Arbeiter (44%). Auch die Befragten, die der Ansicht sind, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache sei, sind deutlich häufiger vom europäischen Vorsprung überzeugt als jene, die die Zugehörigkeit zur EU als eine schlechte Sache ansehen (38%).

QF2.6 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Kampf gegen soziale Ungleichheit

Kampf gegen soziale Ungleichheit					
	Vor	Gleichauf	Hinter	Weiß nicht	
	EU27	46%	24%	18%	12%
Ausbildung (Ende der)					
	15-	37%	24%	22%	17%
	16-19	44%	26%	19%	11%
	20+	59%	21%	13%	7%
	Studiert noch	47%	25%	18%	10%
Berufliche Tätigkeit					
	Selbständig	47%	26%	19%	8%
	Leitende(r) Angestellte(r)	61%	21%	12%	6%
	Andere(r) Angestellte(r)	47%	27%	20%	6%
	Sonstige Arbeiter	44%	25%	19%	12%
	Hausfrauen / Hausmänner	36%	24%	25%	15%
	Arbeitslos	42%	25%	19%	14%
	Rentner / Pensionäre	45%	22%	17%	16%
	Studenten	47%	25%	18%	10%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen					
	Meistens	33%	24%	25%	18%
	Gelegentlich	37%	27%	23%	13%
	Nahezu nie/ nie	53%	22%	15%	10%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe					
	Niedrig (1-4)	42%	22%	20%	16%
	Mitte (5-6)	47%	24%	18%	11%
	Hoch (7-10)	51%	25%	18%	6%
Mitgliedschaft in der EU					
	Gute Sache	54%	23%	15%	8%
	Schlechte Sache	38%	23%	26%	13%
	Neutral	38%	28%	19%	15%
Vorteil von EU Mitgliedschaft					
	Land hat profitiert	52%	24%	16%	8%
	Land hat nicht profitiert	41%	26%	22%	11%

5.1.3. Das Bildungssystem

Ein Anteil von 39% der europäischen Bevölkerung ist überzeugt, dass die Europäische Union im Bereich des Bildungssystems gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika einen Vorsprung hat. Hingegen erklären 25%, dass sie hinter den USA zurückliegt, und 25%, dass beide gleichauf liegen. Das Ausmaß, in dem die Befragten den europäischen Vorsprung für den Bereich des Bildungssystems anerkennen, fällt weniger deutlich aus als hinsichtlich des Gesundheitssystems oder des Kampfes gegen soziale Ungleichheit. Die Differenz zwischen dem Anteil der Befragten, die «Europa vor den USA» und jenen, die «Europa hinter den USA» wählen, fällt aber dennoch zugunsten der Europäischen Union aus. Im Vergleich zum Herbst 2006 sinkt der Anteil der Befragten, die die Auffassung vertreten, die EU habe einen Vorsprung, um 2 Punkte, und der Anteil derjenigen, die beide gleichauf sehen, um einen Punkt. Der Anteil der Befragten, die Europa mit einem Rückstand zu den USA sehen, steigt seinerseits um 3 Punkte an.

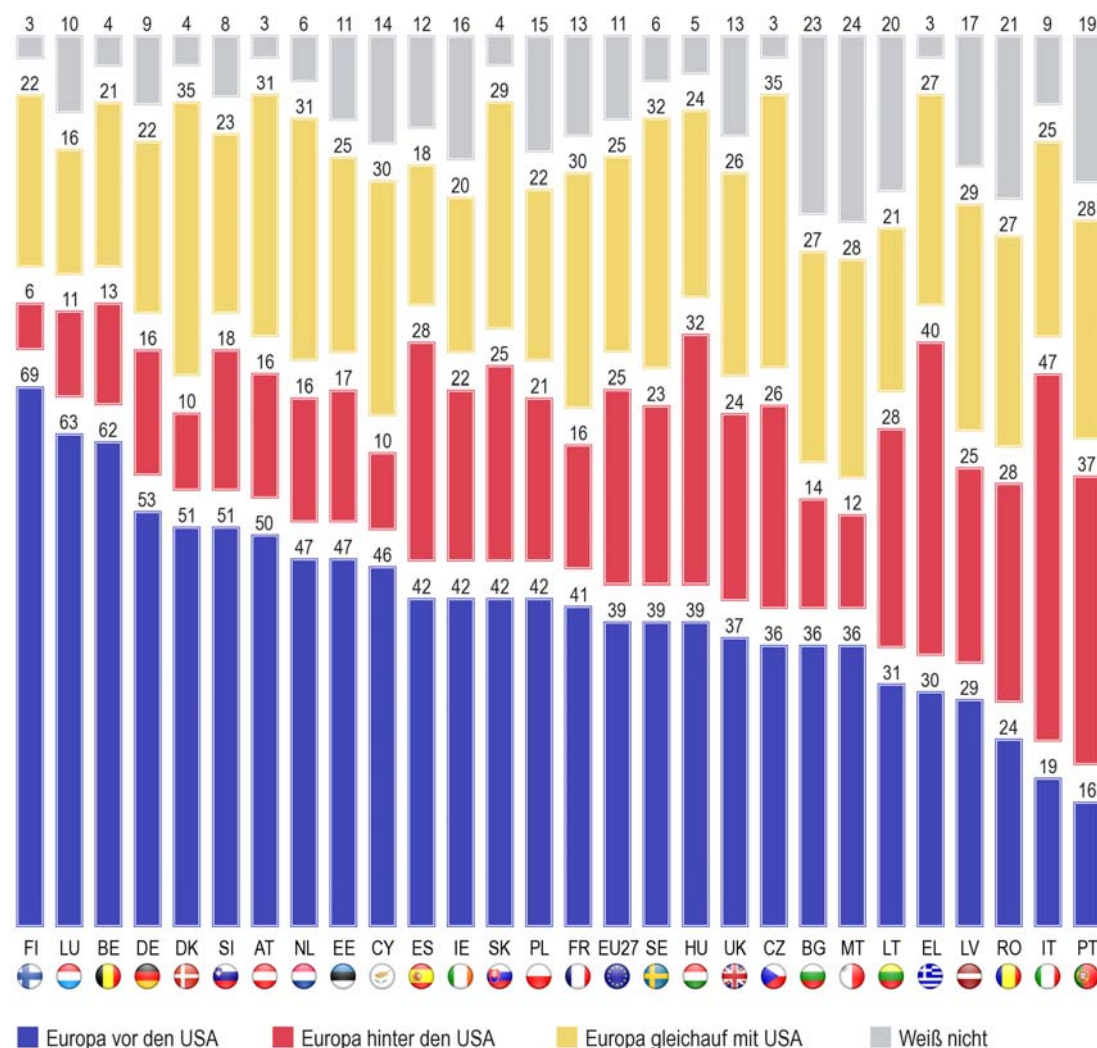
Die Befragten in Finnland (69%), Luxemburg (63%) und Belgien (62%) zeigen sich vom Vorsprung Europas im Bereich des Bildungssystems am deutlichsten überzeugt. Die Befragten in Italien (19%) und in Portugal (16%) hingegen äußern sich am skeptischsten. Mit Ausnahme von Rumänien, wo nur 24% der Befragten einen Vorsprung der EU vor den USA erkennen, können wir für die östlichen Mitgliedstaaten Ergebnisse feststellen, die zu dieser Frage ähnlich ausfallen wie die europäischen Durchschnittswerte, d.h. zu diesem Punkt können wir nicht die Differenzen zum Rest der EU erkennen, die in den Bereichen Gesundheitssystem oder Kampf gegen soziale Ungleichheit beobachtet wurden.

Die deutlichsten Entwicklungen betreffen auch in diesem Punkt die Länder Irland und Italien: Hier gehen die Anteile der Befragten, die von einem europäischen Vorsprung im Bereich des Bildungssystems überzeugt sind, um 11 bzw. 8 Punkte zurück. Wir können diesbezüglich in Rumänien (-16 Punkte) eine noch deutlicher nach unten weisende Tendenz feststellen. Hier ist ein Großteil der öffentlichen Meinung erwartungsgemäß der Ansicht, dass die EU im Verhältnis zu den USA zurückliegt. Gleiches gilt auf Malta (-10 Punkte).

In Österreich hingegen können wir eine besonders deutliche Zunahme (+8 Punkte) für die Anteile der Befragten beobachten, die der Ansicht sind, die EU habe einen Vorsprung.

QF2.5. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Bildungssystem



Wenn wir die Ergebnisse unter sozialen Gesichtspunkten betrachten, erkennen die Führungskräfte (50%) und die Personen mit einem hohen Bildungsniveau (48%) in diesem Bereich am häufigsten einen Vorsprung der Europäischen Union an. Einfluss nimmt hierauf auch das Bild, das die Befragten von der EU haben: 44% derjenigen Befragten, die ein positives Bild der EU haben, sind im Vergleich zu 33%, die ein negatives Bild von ihr haben, der Ansicht, dass die Union einen Vorsprung habe.

5.1.4. Der Kampf gegen Diskriminierung

Ein Anteil von 39% der Bürger ist davon überzeugt, dass die Europäische Union im Kampf gegen Diskriminierung einen Vorsprung gegenüber den USA habe. 21% erklären, sie liege hinter den USA zurück und 28% sehen beide auf demselben Niveau. Der Anteil der Befragten, die überzeugt sind, dass die EU einen Vorsprung habe, geht im Vergleich zum Herbst 2006 deutlich zurück (um 5 Punkte), während der Anteil der Befragten, die die EU hinter den USA sehen, um 3 Punkte ansteigt. Der Anteil der Befragten, die beide gleichauf sehen, steigt um 2 Punkte an.

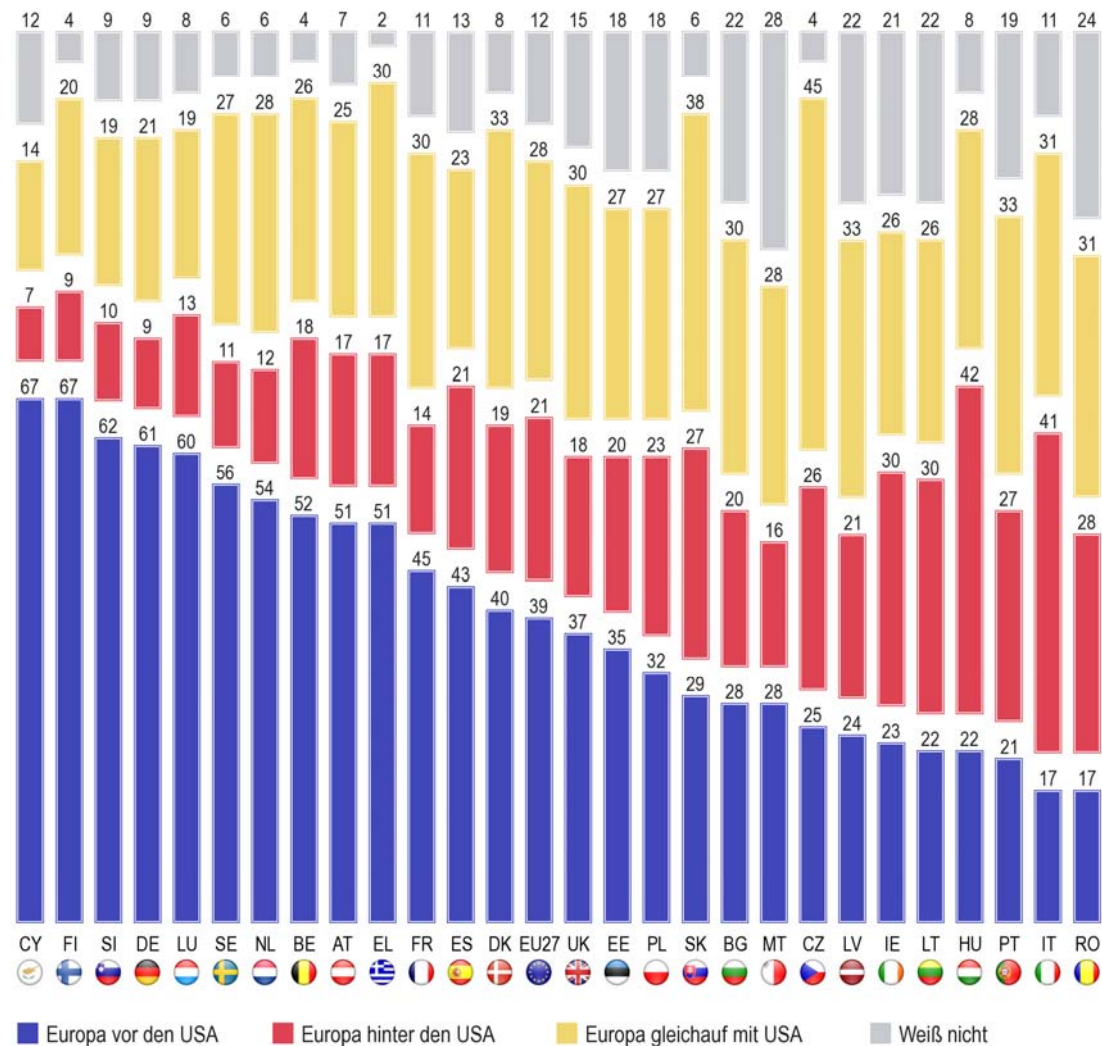
Möglicherweise ist dies eine Auswirkung der Wahl des ersten afroamerikanischen Präsidenten in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika, die den europäischen Bürgern suggeriert, dass der Kampf gegen Diskriminierung nun eines der wichtigsten amerikanischen Themen ist oder sein wird.

Bei diesem Indikator können wir dieselben Differenzen zwischen den Ländern feststellen, die schon im bisherigen Text beschrieben wurden. In Belgien, Luxemburg, Deutschland, den Niederlanden, Finnland und Schweden ist eine Mehrheit der Befragten davon überzeugt, dass die EU einen Vorsprung vor den USA habe. Im Gegensatz hierzu ist in Italien, Portugal, den mittel- und osteuropäischen Ländern (wiederum mit Ausnahme von Slowenien) und den baltischen Staaten nur eine Minderheit dieser Ansicht. Wie es schon bei der Einschätzung des Gesundheitssystems oder des Kampfes gegen soziale Ungleichheiten der Fall war, so finden wir auch hier deutliche Unterschiede zwischen den 15 älteren Mitgliedstaaten der Union (43% sind der Ansicht, die EU habe einen Vorsprung, gegenüber 19%, die erklären, sie liege zurück) und denjenigen, die nach 2004 beigetreten sind (27% gegenüber 26%). Portugal, Italien und Slowenien sind auch hier Ausnahmen von der Regel.

In Irland (-16) und Italien (-13) stellen wir wiederum die stärksten Rückgänge für die Anteile der Befragten fest, die der Ansicht sind, die EU habe einen Vorsprung. Durch diese Entwicklungen werden im Vergleich zum Jahr 2006 die Mehrheiten in diesen beiden Ländern ins Gegenteil verkehrt. Auch in Rumänien (-11 Punkte) stellen wir einen erheblichen Rückgang für diesen Wert fest.

QF2.8. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Kampf gegen Diskriminierung



Die soziodemografische Analyse zeigt kaum Unterschiede im Hinblick auf die sozialen oder wirtschaftlichen Merkmale der Befragten.

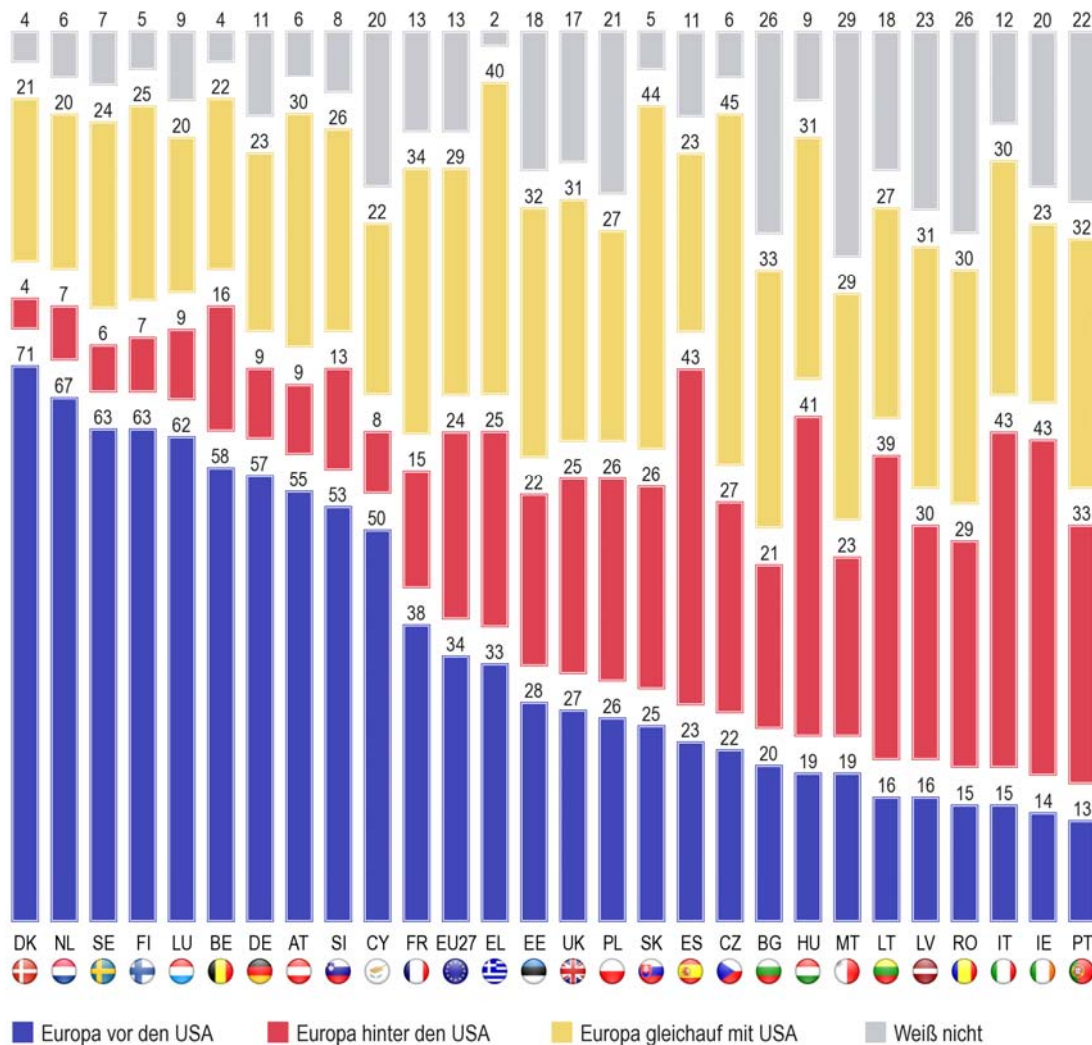
5.1.5. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

In Bezug auf die Frage nach der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind 34% der europäischen Bürger der Ansicht, dass Europa in diesem Bereich einen Vorsprung gegenüber den USA habe. Ein Anteil von 29% sieht beide auf demselben Niveau und 24% erklären, die Union liege hinter den USA zurück. Anders als bei den anderen Fragepunkten, können hierzu keine bemerkenswerten Veränderungen im Vergleich zur Umfrage im Jahr 2006 festgestellt werden.

Die Länderergebnisse zeigen zu dieser Frage ein ähnliches Bild wie schon beschrieben, insbesondere was die Kluft zwischen den 15 Gründerländern der Europäischen Union und den neueren Mitgliedstaaten anbelangt.

QF2.7. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit



Die Arbeitslosen sind vom Vorsprung der EU in Bezug auf dieses Thema weniger überzeugt (29%) als der Durchschnitt der Befragten (34%). Ein Anteil von 30% der Arbeitslosen sieht die Europäische Union in diesem Bereich eher im Rückstand, und 27% erklären, sie liege gleichauf mit den Vereinigten Staaten. Im Allgemeinen kann festgestellt werden, dass die schutzbedürftigeren Personengruppen (22% derjenigen Befragten, die zugeben finanzielle Schwierigkeiten zu haben, und 28% derjenigen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung unten positionieren) seltener der Ansicht sind, die EU habe in diesem Bereich einen Vorsprung als die oberen Gesellschaftsschichten (40% derjenigen Befragten, die keine finanziellen Schwierigkeiten haben, und 42% derjenigen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung weiter oben positionieren).

5.1.6. Umweltschutz

Diese Umfrage wurde einige Wochen vor dem Klimagipfel in Kopenhagen durchgeführt. In einem Kontext, in dem sich alle gefragt haben, welche Rolle die Vereinigten Staaten übernehmen, und in dem ein Teil der öffentlichen europäischen Meinung nach wie vor kritisch gegenüber den Vereinigten Staaten bezüglich dieses Themas eingestellt war, stellt der Umweltschutz – neben dem Gesundheitssystem – den Bereich dar, in dem der Vorsprung der Europäischen Union gegenüber den USA von den meisten Befragten (52%) anerkannt wird. Ein Anteil von 20% der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass EU und USA in diesem Bereich gleichauf liegen, und nur 18% vertreten die Auffassung, die EU liege zurück. Es ist aber festzustellen, dass die Meinung, die EU habe einen Vorsprung, mit -7 Punkten im Vergleich zum Herbst 2006 stark an Rückhalt verloren hat. Die Auffassung, die EU liege zurück, gewinnt 4 Punkte dazu, und die eines Gleichstands einen Punkt. Nach Auffassung der Bürger hat die Union also weiterhin einen Vorsprung, dieser ist aber in den letzten drei Jahren geringer geworden, wobei der Wechsel der amerikanischen Regierung und die von Barack Obama angekündigte Bereitschaft sich um den Umweltschutz zu kümmern, sicherlich Auswirkungen gehabt hat. Zwischen den Ländern gibt es zu dieser Frage erhebliche Unterschiede, wobei die Anteile der Befragten, die von einem Vorsprung der EU überzeugt sind, von 88% in Schweden bis zu lediglich 24% in Portugal, 22% in Italien und 18% in Rumänien reichen.

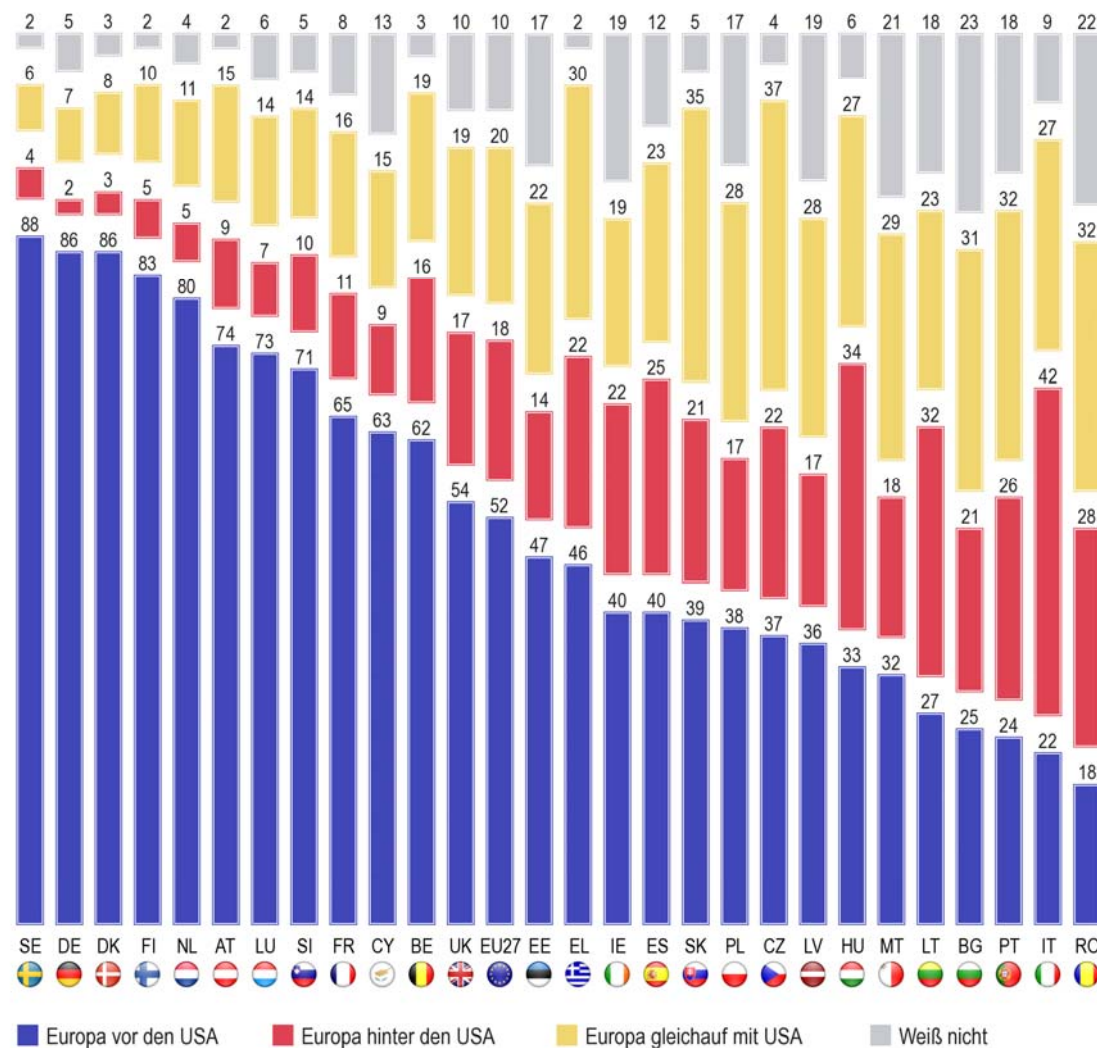
Zusammen mit den Befragten in Portugal und Italien zeigen sich die Bürger der mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten (z.B. 25% in Bulgarien, 33% in Ungarn) am skeptischsten, was den europäischen Vorsprung anbelangt. In Dänemark hingegen sind 86% der Befragten - möglicherweise zeigen sie aufgrund des Kopenhagener Klimagipfels mehr Engagement - vom Vorsprung der EU vor den Vereinigten Staaten beim Thema Umweltschutz überzeugt.

Wenn wir die Ergebnisse im Allgemeinen betrachten, können wir an der Spitze derjenigen Länder, die vom Vorsprung der Europäischen Union am deutlichsten überzeugt sind, die Mitgliedstaaten wiederfinden, die traditionell der Umweltschutzproblematik am aufgeschlossensten gegenüberstehen: Schweden, Deutschland, Dänemark, Finnland und die Niederlande.

Hinsichtlich der Entwicklungen können wir feststellen, dass in Ungarn (-12 Punkte), auf Zypern (-12 Punkte), Malta (-10 Punkte), in Irland (-10 Punkte), im Vereinigten Königreich (-10 Punkte), in Frankreich (-8 Punkte) und Italien (-8 Punkte) der Anteil an Bürgern, die die Auffassung vertreten, die Europäische Union habe in Sachen Umweltschutz einen Vorsprung gegenüber den USA, deutlich zurückgegangen ist.

QF2.2. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Umweltschutz



In allen Bevölkerungsschichten der Europäischen Union wird in hohem Maße die Auffassung vertreten, dass Europa einen Vorsprung in Sachen Umweltschutz hat. In den oberen Gesellschaftsschichten ist dies noch ausgeprägter: Es gilt für 67% der Führungskräfte, 64% der Befragten, die lange Ausbildungszeiten hatten, und 59% derjenigen, die sich in der gesellschaftlichen Rangfolge eher oben positionieren.

Wir können also immer häufiger beobachten, dass die gesellschaftlich höherstehenden Gruppen (kaufkräftig, mit Universitätsabschluss und gut in der sozialen Schichtung integriert) mit höherer Wahrscheinlichkeit der Ansicht sind, die EU habe in Bezug auf all diese sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen einen Vorsprung gegenüber den USA, als Personen mit einem niedrigeren sozialem Status, d.h. die Personen mit niedrigerem Schulabschluss, die weniger zahlungskräftig und weniger gut in die Gesellschaft integriert sind.

Dies hat zweifellos eher mit der Kenntnislage und dem Informationsstand über Umweltfragen an sich zu tun als mit den Maßnahmen der EU in diesem Bereich, da die höheren sozialen Schichten über mehr Möglichkeiten verfügen, dieses Thema zu beurteilen.

Es gibt bei denjenigen Personen, die sich in einer schwierigen Lage befinden, auch eine nachvollziehbare Tendenz zu der Ansicht, dass es "bei den anderen besser sei". Schließlich zählen auch unterschiedliche kulturelle Verhaltensweisen, und die Hypothese sei erlaubt, dass die volkstümlichen und einfacheren Bevölkerungsschichten deutlich empfänglicher für die amerikanische, sprich Fernseh-Kultur sind, als dies für die höheren und besser ausgebildeten Befragten gilt.

5.2. Die Europäische Union ist in den Bereichen Innovation, Forschung und Unternehmergeist im Rückstand





























In drei Bereichen sind die europäischen Bürger hingegen der Ansicht, dass die Union hinter den Vereinigten Staaten zurückliegt: Dies gilt für die wissenschaftliche Forschung, die Innovation und den Unternehmergeist.

5.2.1. Wissenschaftliche Forschung

Ein Anteil von 47% der europäischen Bürger ist überzeugt, dass die EU im Bereich der wissenschaftlichen Forschung einen Rückstand gegenüber den Vereinigten Staaten hat. Ein Anteil von 28% hingegen ist der Auffassung, die beiden lägen gleichauf, und nur 14% sind davon überzeugt, die EU habe einen Vorsprung. Im Vergleich zum Herbst 2006 können keine besonderen Veränderungen zu diesem Punkt festgestellt werden. Die Meinungen hierzu sind stabil geblieben.

In allen 27 Mitgliedstaaten und insbesondere in Spanien und Italien (hier steigen die Werte auf 57% bzw. 55%) wird die Auffassung vertreten, die EU liege hinter den USA zurück. Die Tschechische Republik ist die einzige Ausnahme, da hier die Antwort «Europa gleichauf mit USA» am häufigsten gewählt wird (44%).

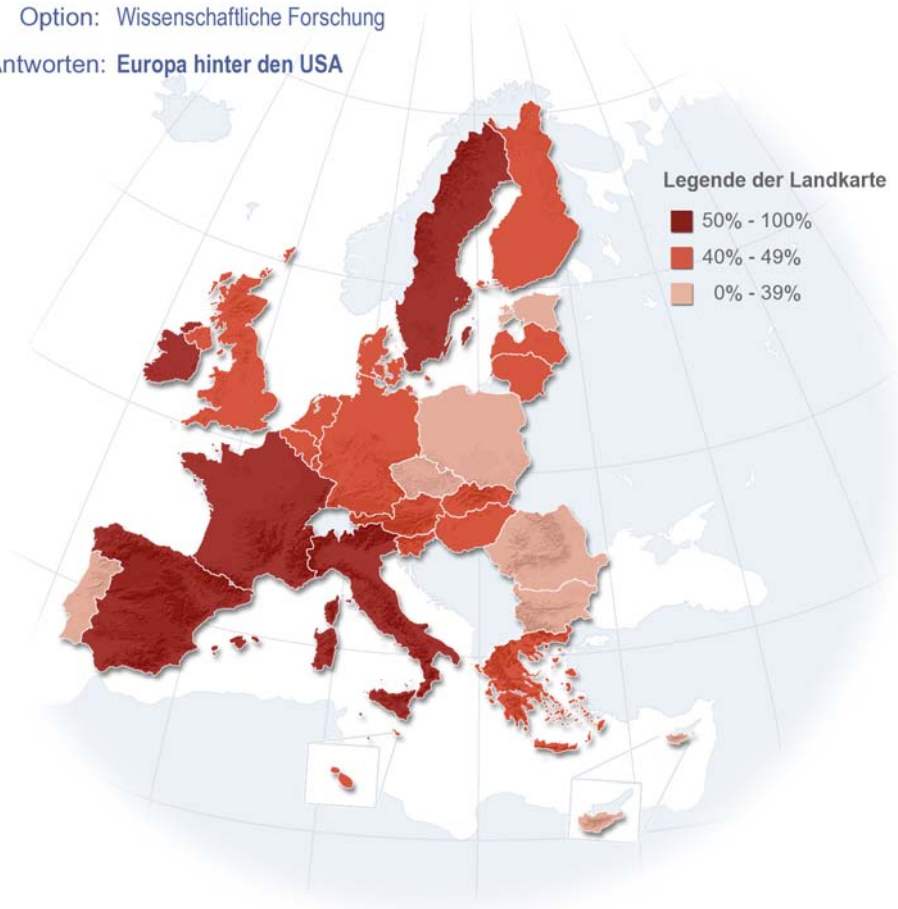
In Bulgarien (33% für «Europa hinter den USA» im Vergleich zu 31% für «Europa gleichauf mit den USA») und in Dänemark (40% im Vergleich zu 36%) sind die Meinungen geteilt zwischen den Auffassungen, die EU habe im Bereich der wissenschaftlichen Forschung einen Rückstand bzw. liege gleichauf mit den USA.

 ES	57%
 IT	55%
 FR	54%
 IE	51%
 SE	50%
 LU	49%
 SI	49%
 EU27	47%
 HU	47%
 AT	46%
 EL	46%
 UK	46%
 SK	46%
 BE	45%
 LT	44%
 NL	44%
 FI	43%
 MT	42%
 DE	40%
 LV	40%
 DK	40%
 CY	39%
 PT	39%
 PL	38%
 CZ	37%
 RO	37%
 EE	36%
 BG	33%

Frage: QF2.1. Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Option: Wissenschaftliche Forschung

Antworten: Europa hinter den USA

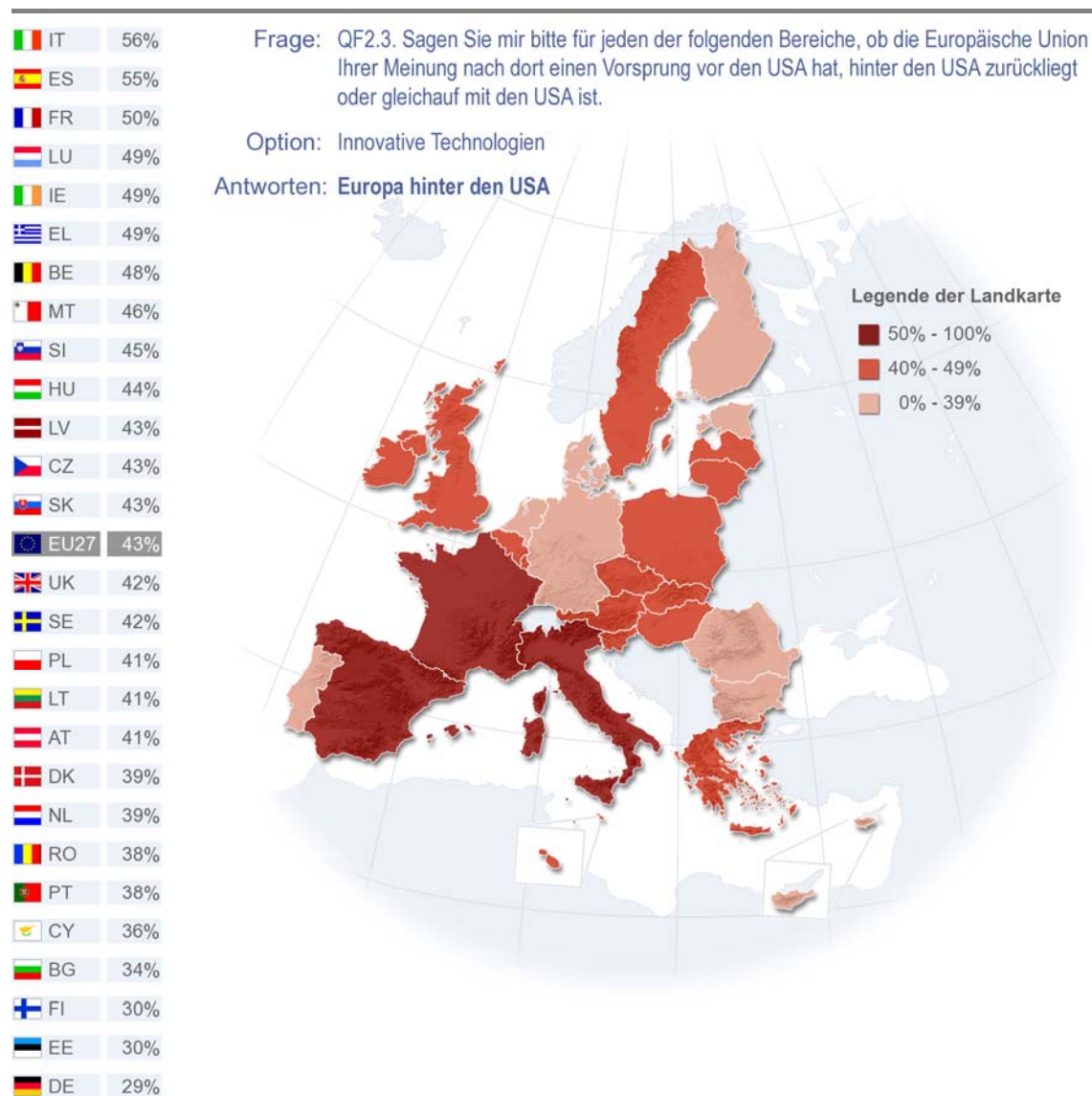


Die Ansicht, dass die EU im Bereich der wissenschaftlichen Forschung zurückliegt, wird von allen Bevölkerungsschichten geteilt, unabhängig von den sozialen Merkmalen der Befragten.

5.2.2. Innovative Technologien

Ein Anteil von 43% der europäischen Bürger ist davon überzeugt, dass die Europäische Union im Bereich der innovativen Technologien hinter den USA zurückliegt. Nur 17% sind der Auffassung, sie habe einen Vorsprung, und 28%, sie liege gleichauf mit den Vereinigten Staaten. Im Vergleich zum Jahr 2006 ist die Tendenz ähnlich derjenigen, die wir in Bezug auf die wissenschaftliche Forschung feststellen konnten, d.h. die Meinungen sind sehr stabil geblieben.

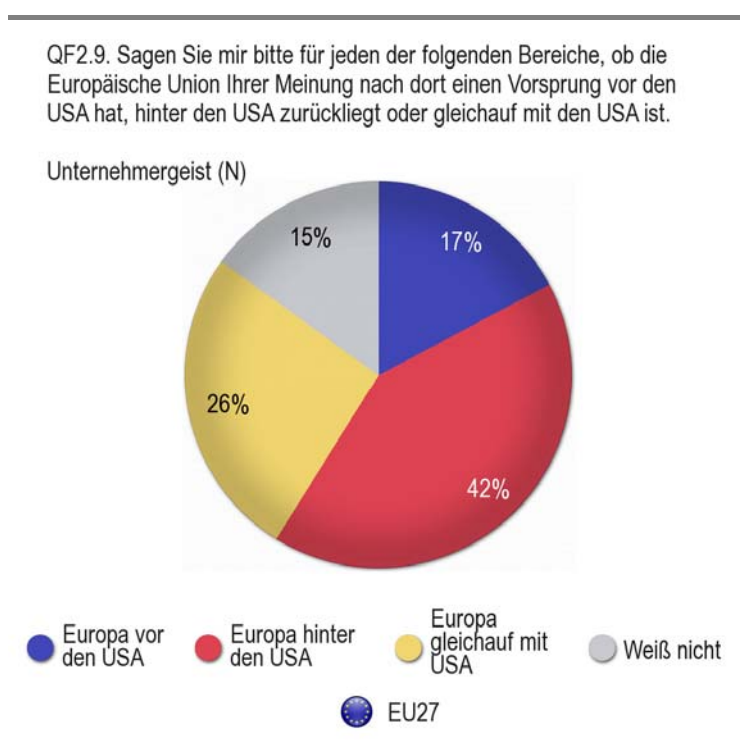
In 26 von den 27 Mitgliedstaaten wird in hohem Umfang die Meinung vertreten, dass die EU im Bereich der innovativen Technologien hinter den USA zurückliege. Deutschland ist bei diesem Indikator die einzige Ausnahme. Hier sind die Meinungen sehr viel geteilter: 31% der Befragten in Deutschland sind davon überzeugt, dass die EU in diesem Bereich einen Vorsprung habe, während 29% die Ansicht vertreten, sie liege zurück. Dies kann zweifellos auf die positive Meinung zurückgeführt werden, die die Deutschen vom Innovationsniveau ihrer Industrie haben.



Wie wir schon für die wissenschaftliche Forschung feststellen konnten, wird auch im Bereich der innovativen Technologie von der europäischen Bevölkerung, und zwar unabhängig von ihrer sozialen Positionierung, vorrangig die Auffassung vertreten, dass die EU hinter den USA zurückliege.

5.2.3. Unternehmergeist

Es kann kaum überraschen, dass wir hinsichtlich des emblematischsten aller amerikanischen Werte feststellen können, dass 42% der befragten Personen hierfür die EU im Rückstand hinter den USA sehen. 26% der europäischen Bürger sehen die Union in diesem Bereich gleichauf mit den USA und 17% können sogar einen Vorsprung der EU erkennen.







In nahezu allen 27 Mitgliedstaaten der Union wird von einer Mehrheit die Auffassung vertreten, die EU liege in diesem Bereich hinter den USA zurück. Zypern ist hiervon eine Ausnahme. Es herrschen dort sehr gegensätzlichen Ansichten (24% für Rückstand, 24% für Vorsprung und 32% für gleiches Niveau). In Italien (55%), Ungarn (49%), der Tschechischen Republik (47%) und Irland (46%) wird diese Ansicht von besonders vielen Befragten vertreten.

Die soziodemografische Analyse zeigt wenige Unterschiede, die sich zu dieser Frage ergeben. Bemerkenswert ist immerhin, dass mehr als die Hälfte der Führungskräfte in der EU die Auffassung vertritt, die Union habe gegenüber den USA einen Rückstand (52%), während dies für 39% der Arbeiter und 41% der Arbeitslosen gilt. Erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse hat auch der Umstand, ob die Befragten objektive Kenntnisse über die Union haben: Während 39% derjenigen, die nur schlechte Kenntnisse bezüglich der EU haben, der Ansicht sind, die EU27 liege in Bezug auf Unternehmergeist hinter den USA zurück, wird diese Auffassung von 49% derjenigen vertreten, die über gute Kenntnisse über die Union verfügen. Wir möchten darauf hinweisen, dass diese hohe Differenz vor allem auf den Anteil an "Weiß nicht"-Antworten zurückzuführen ist. Dieser Anteil ist bei den Befragten, die wenige Kenntnisse bezüglich der Union haben, deutlich erhöht (33% im Vergleich zu nur 9% bei den Befragten, die über gute Kenntnisse verfügen).

Trotz dieser Gegensätze wird die Meinung, dass die Union in Bezug auf den Unternehmergeist hinter den Vereinigten Staaten zurückliege, in allen Gruppen der befragten Bürger von einer Mehrheit vertreten.

QF2.9 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob die Europäische Union Ihrer Meinung nach dort einen Vorsprung vor den USA hat, hinter den USA zurückliegt oder gleichauf mit den USA ist.

Unternehmergeist		Europa vor den USA	Europa gleichauf mit USA	Europa hinter den USA	Weiß nicht
EU27		17%	26%	42%	15%
Geschlecht					
	Männlich	18%	26%	44%	12%
	Weiblich	16%	26%	39%	19%
Alter					
	15-24	16%	30%	38%	16%
	25-39	17%	26%	44%	13%
	40-54	17%	26%	44%	13%
	55+	16%	24%	40%	20%
Ausbildung (Ende der)					
	15-	17%	24%	38%	21%
	16-19	17%	27%	41%	15%
	20+	16%	25%	48%	11%
	Studiert noch	17%	30%	38%	15%
Berufliche Tätigkeit					
	Selbständig	17%	25%	47%	11%
	Leitende(r) Angestellte(r)	14%	25%	52%	9%
	Andere(r) Angestellte(r)	16%	27%	46%	11%
	Sonstige Arbeiter	19%	27%	39%	15%
	Hausfrauen / Hausmänner	15%	25%	43%	17%
	Arbeitslos	17%	25%	41%	17%
	Rentner / Pensionäre	16%	24%	39%	21%
	Studenten	17%	30%	38%	15%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen					
Meistens		15%	22%	42%	21%
Gelegentlich		15%	27%	42%	16%
Nahezu nie/ nie		18%	26%	42%	14%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe					
Niedrig (1-4)		15%	23%	41%	21%
Mitte (5-6)		17%	27%	41%	15%
Hoch (7-10)		19%	27%	45%	9%
Vertrauen in die EU					
Eher vertrauen		18%	28%	42%	12%
Eher nicht vertrauen		16%	25%	45%	14%
EU-Wissen					
Schlecht		12%	22%	33%	33%
Durchschnitt		18%	28%	41%	13%
Gut		17%	25%	49%	9%

Abschließend ist festzustellen, dass die Union von ihren Bürgern als Raum wahrgenommen wird, der in sozialer Hinsicht mehr Schutz bietet und im Bereich der Umwelt einen Vorsprung gegenüber den Vereinigten Staaten hat. In Bezug auf die wichtigen Herausforderungen der Zukunft allerdings, wie Forschung, Innovation und Unternehmergeist, sind die Bürger der Auffassung, dass es der EU noch nicht gelungen ist, die Vereinigten Staaten einzuholen. Diese Einschätzungen haben sich seit Herbst 2006 verändert, was möglicherweise eine Auswirkung der Wahl von Barack Obama ist. Die Unzulänglichkeiten des amerikanischen Gesundheitssystems und die Notwendigkeit einer Reform unter Führung des amerikanischen Präsidenten haben den Eindruck eines europäischen Vorsprungs in diesem Bereich verstärkt. Demgegenüber hat nach den Jahren der Bush-Administration der erklärte Wille des amerikanischen Präsidenten, sich vorrangig um die Herausforderungen des Sozial- und Umweltbereichs zu kümmern, dazu geführt, dass die Auffassung, die EU habe vor den USA einen Vorsprung, seltener vertreten wird, ohne dabei jedoch grundsätzlich in Frage gestellt zu werden. Und was die Herausforderungen im Bereich der Forschung und Innovation anbelangt, so ist es der EU noch nicht gelungen, ihren Rückstand seit 2006 aufzuholen.

II. DIE EUROPÄISCHEN BÜRGER, DIE EUROPÄISCHE UNION UND DIE KRISE

Am 15. September 2008 meldete die amerikanische Geschäftsbank Lehman Brothers Insolvenz an und riss durch ihren Zusammenbruch das internationale Bankensystem mit sich. Dieses Ereignis war die Folge von Spannungen auf den Finanzmärkten, die sich über mehrere Monate hinweg aufgestaut hatten, und sollte das erste Ereignis großen Ausmaßes der Wirtschafts- und Finanzkrise sein, welche die internationale Wirtschaft seit Herbst 2008 erschüttert. In einem Kontext eingefrorener Kredite und einer Schwächung der Bankeninstitute, breitete sich die Finanzkrise daraufhin wie ein Lauffeuer in Europa aus und hatte die uns allen bekannten schwerwiegenden Auswirkungen auf Produktion und Arbeitsmarkt²⁵. Während der 15. September 2008 häufig mit dem «Schwarzen Donnerstag» des Jahres 1929 verglichen wurde, hat uns das Jahr 2009 gezeigt, dass die Mitgliedstaaten offenbar die Lektion aus der Krise der 1930er Jahre gelernt und ohne Zögern massiv eingegriffen haben. Seit Herbst 2008 haben die Regierungen öffentliche Gelder in Finanzinstitute fließen lassen, die von der Insolvenz bedroht waren. Darüber hinaus hat man weitgreifende Konjunkturprogramme ins Leben gerufen, mit denen die wirtschaftliche Aktivität am Laufen gehalten, Arbeitsplätze gesichert, die Nachfrage angekurbelt und das Vertrauen wiederhergestellt werden sollte. Die Europäische Union hat mit annähernd 400 Milliarden Euro – oder auch 3,3% des BIP - den ehrgeizigsten Aktionsplan ihrer Geschichte durchgeführt, der während seiner zwei Jahre Laufzeit die Wirtschaftstätigkeit ankurbeln und den Bürgern helfen soll, die Krise zu meistern.

Eine weitere Lektion, die während der Periode der Finanz- und Wirtschaftskrise gelernt werden musste, betrifft die Notwendigkeit, lösungsorientiert und gemeinsam vorzugehen. Schließlich hat die Krise deutlich gezeigt, in welchem Maße die Märkte miteinander verknüpft sind. Die Art und Weise, in der innerhalb der EU mit dieser besonderen Situation umgegangen wurde, hat ganz offensichtlich gemeinsame Strategien begünstigt. Die Europäische Union hat sowohl in Europa als auch in der restlichen Welt versucht, die verschiedenen nationalen Positionen miteinander zu vereinbaren. Sie spielte auch in den diversen internationalen Treffen, die seit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte stattgefunden haben, eine äußerst aktive und engagierte Rolle²⁶.

²⁵ Ein Jahr nach der Krise, sind nach den Schätzungen von Eurostat in der **EU27** 22.123 Millionen Männer und Frauen im September 2009 arbeitslos gemeldet; davon 15.324 Millionen in der **Eurozone**. Im Vergleich zum September 2008 ist die Arbeitslosenrate in der **EU27** um 5.011 Millionen und um 3.204 Millionen in der **Eurozone** angestiegen. **Eurostat-Pressemitteilung, Euroindikatoren, 30. Oktober 2009:**
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-30102009-AP/FR/3-30102009-AP-FR.PDF

²⁶ Wie z.B. auf den seit September 2008 abgehaltenen G20-Gipfeln: Washington (Mitte November 2008), London (April 2009) und Pittsburgh (September 2009).

Ein Jahr nach Beginn der Krise zeigen die Herbstprognosen 2009 der Europäischen Kommission, dass die Wirtschaft der EU mittlerweile an einem Wendepunkt angelangt ist: Die Europäische Kommission schätzt, dass das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes der EU und der Eurozone im Laufe der zweiten Jahreshälfte wieder in den positiven Bereich gelangen und damit eine konstante Steigerung des Wachstums für die Jahre 2010 und 2011²⁷ in Gang setzen könnte. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und das Haushaltsdefizit bleiben nichtsdestoweniger besorgniserregend.

Wie positionieren sich die europäischen Bürger angesichts dieser Krise? Hat die umfangreiche Mobilisierung von Mitteln Auswirkungen auf die Stimmung der Bürger, auf ihre kurz- und langfristige Zukunftsvision bzw. auf die Wahrnehmung ihrer aktuellen Lage? Der Standard-Eurobarometer hat nach eineinhalb schwierigen Jahren für Wirtschaft und Bürger im Herbst 2009 (EB72) versucht, ein Bild der öffentlichen Meinung der europäischen Bevölkerung zu zeichnen.

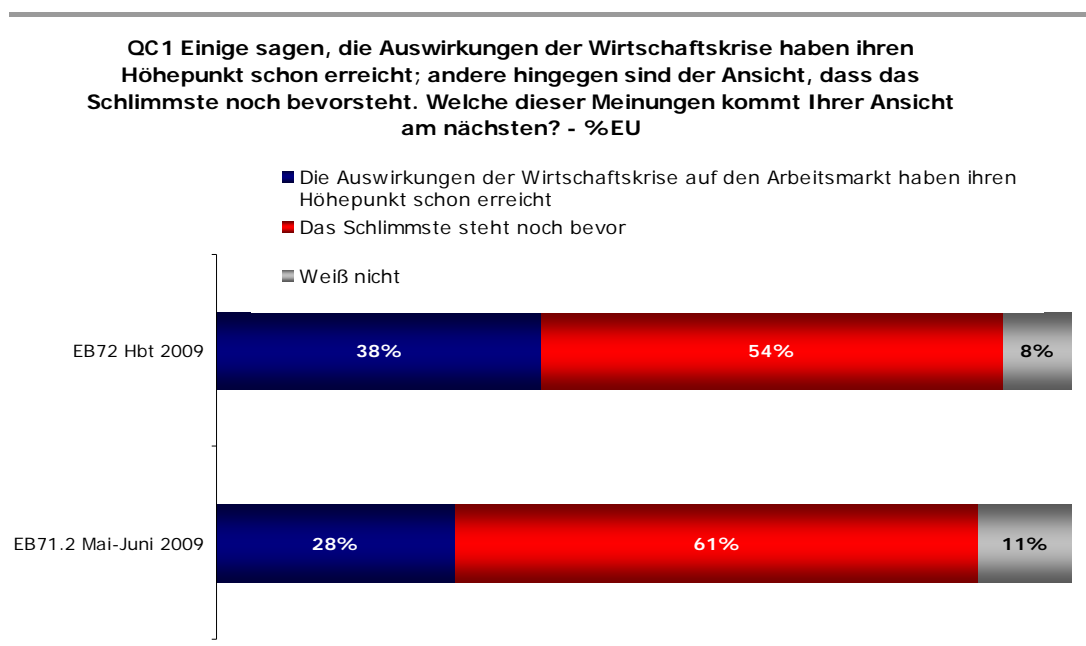
²⁷ Europäische Kommission, Pressemitteilung: Herbstprognose für 2009-2011: EU-Wirtschaft auf dem Weg zu allmählicher Erholung, 3. November 2009.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1663&format=HTML&aged=0&language=fr&q uiLanguage=en>

1. HAT DIE KRISE IHREN HÖHEPUNKT ERREICHT?

Auch wenn die Wirtschaftstätigkeit offenbar wieder zunimmt, so bleibt der Indikator, der die Stimmungslage und das Vertrauen der Bürger am deutlichsten beeinflusst, zweifelsohne die Lage am Arbeitsmarkt. In diesem Sinne zeigen die neuesten Ergebnisse des Eurobarometers einen deutlichen Anstieg der Optimismuswerte unter den europäischen Bürgern.

Die Meinung, dass das Schlimmste noch bevorsteht, ist unter den Befragten immer noch sehr verbreitet. Allerdings sind im Vergleich zur Situation im Mai-Juni 2009 mittlerweile **mehr europäische Bürger davon überzeugt, dass die Krise und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt erreicht haben und die Dinge nach und nach beginnen, wieder besser zu werden**²⁸ (38% im Vergleich zu 28%). Der Anteil pessimistischer Einschätzungen sinkt um 7 Punkte (54% im Vergleich zu 61% im Mai-Juni 2009).

Übereinstimmend mit den Zukunftsprognosen²⁹ der Europäischen Kommission ist allerdings auch unter den europäischen Bürgern die Meinung, dass das Schlimmste noch bevorsteht, nach wie vor die am weitesten verbreitete: Eine Mehrheit der Befragten (54%) äußert sich in diesem Sinne.



²⁸ QC1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

²⁹ In ihren Wirtschaftsprognosen von Herbst 2009 sieht die Europäische Kommission einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote für 2010 und 2011 vor: diese soll mindestens 10,25% erreichen.
http://ec.europa.eu/economy_finance/pdf/2009/autumnforecasts/overview_en.pdf

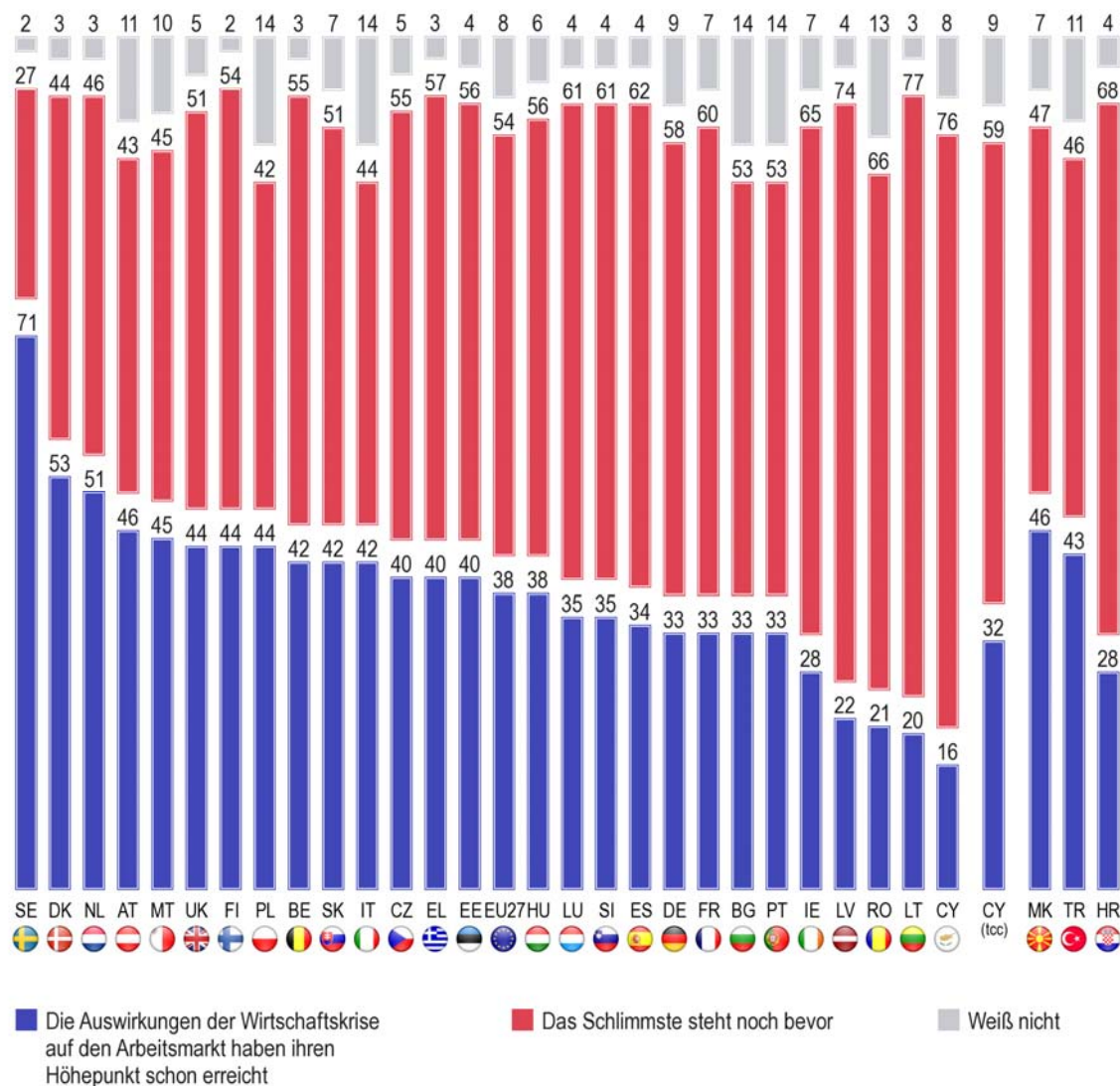
Die Analyse bezüglich der Länder zeichnet ein ausgeglichenes Bild, in dem die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten von den unterschiedlichen Auswirkungen abhängen, die die Krise auf die Wirtschaft und die Arbeitsmärkte der jeweiligen Länder hat. So hebt sich eine Gruppe von drei Ländern, in denen die Einschätzung der Arbeitsmarktlage durchgehend positiv ist, deutlich vom Durchschnitt der Europäischen Union ab: Es handelt sich um die Niederlande und Dänemark, wo mehr als einer von 2 Befragten der Ansicht ist, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt ihren Höhepunkt schon erreicht haben (51% und 55%), und insbesondere Schweden, wo diese Meinung von einer sehr großen Mehrheit geteilt wird (71%).

In Österreich und auf Malta gehen die Ansichten deutlich auseinander: Hier sind 43%, bzw. 45% der Befragten pessimistisch eingestellt, während 46% bzw. 45% eine optimistische Meinung vertreten. Ähnlich ist es in Polen und Italien (ein Anteil von 42% bzw. 44% der Bevölkerung vertritt eine eher negative Ansicht, während die eher positiven Meinungen einen Anteil von 44% bzw. 42% ausmachen).

Im Rest der Europäischen Union liegt der Anteil der Befragten, die erklären, dass das Schlimmste noch bevorsteht, bei Werten zwischen 51% (im Vereinigten Königreich und der Slowakei), 53% in Portugal und annähernd drei Vierteln der Befragten in Lettland (74%), Litauen (77%) und auf Zypern (76%).

Was die Kandidatenländer anbelangt, so steht die pessimistische Einstellung einer deutlichen Mehrheit der Befragten in Kroatien (68%) im Gegensatz zu einer geteilten Meinung in der Türkei (46% der Befragten sind negativer Ansicht im Vergleich zu 43%, die positiver Meinung sind) und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (47% bzw. 46%).

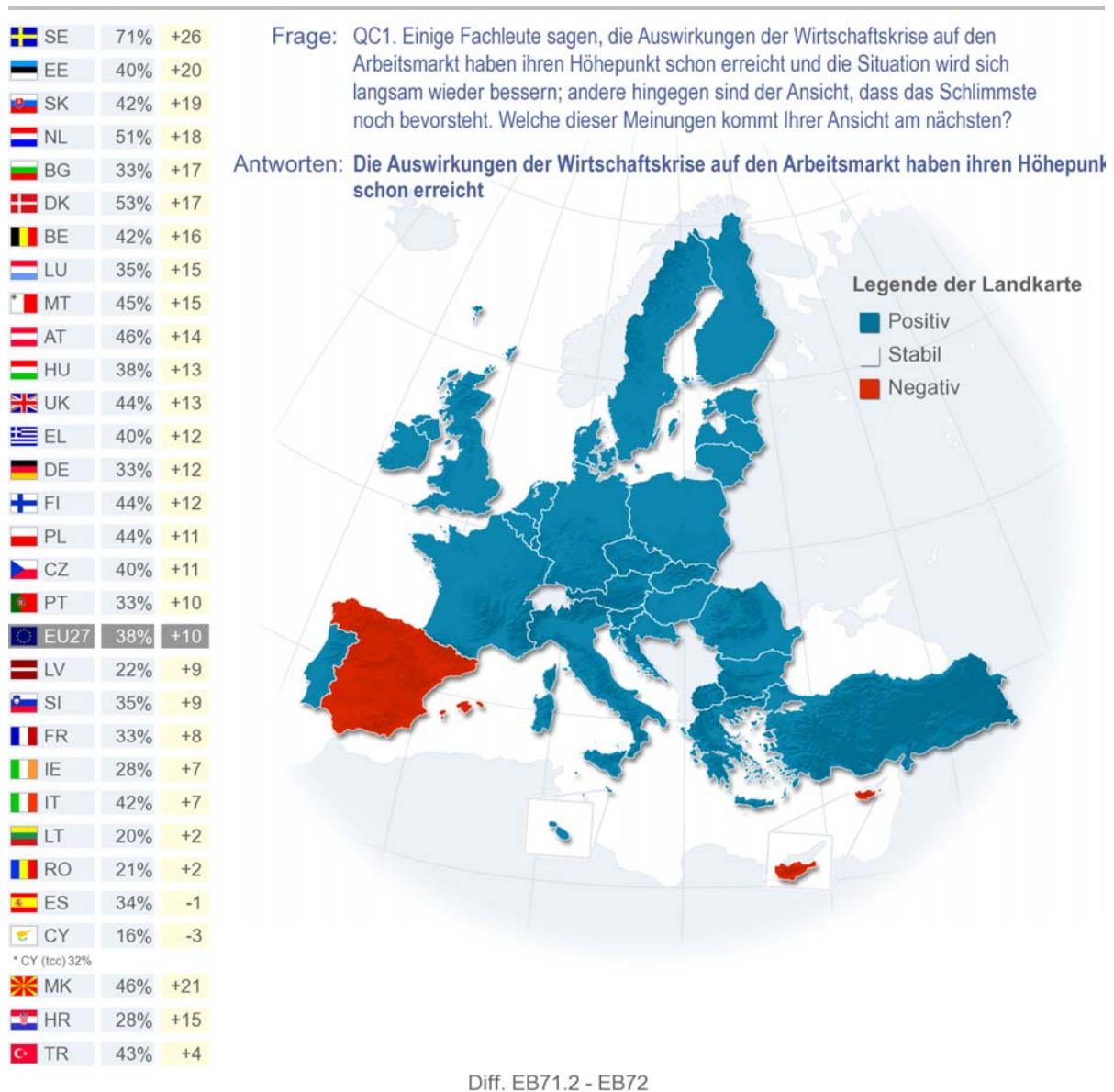
QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?



Wenn wir die Entwicklungen auf Länderebene mit den Ergebnissen vom Mai-Juni 2009 vergleichen, wird die Zunahme der Vertrauenswerte im europäischen Durchschnitt noch deutlicher: In 25 Mitgliedstaaten nimmt der Anteil der Befragten, die erklären, das Schlimmste sei vorbei, stetig zu und verzeichnet in Schweden (+26 Punkte), Estland (+20), der Slowakei (+19), den Niederlanden (+18), Bulgarien und Dänemark (jeweils +17 Punkte), in Belgien (+16) sowie auf Malta und in Luxemburg (jeweils +15 Punkte) beeindruckende Zuwächse.

Sogar in Lettland (+9) und – etwas weniger ausgeprägt – in Litauen (+2) nehmen die Optimismuswerte langsam zu, wobei es sich hier um zwei Mitgliedstaaten handelt, die die potentiellen Entwicklungen des Arbeitsmarktes als eher schlecht einschätzen. Auf Zypern und in Spanien ist hingegen diese Tendenz nicht zu verzeichnen.

In diesen beiden Mitgliedstaaten bestätigt sich eine pessimistische Haltung im Hinblick auf die Krise und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt (jeweils +3 und +5 Punkte für die Aussage «das Schlimmste steht noch bevor»).







Einige der soziodemografischen Merkmale der Befragten sowie die jeweilige Haltung der Befragten gegenüber der Union – sei es im Hinblick auf ihr Vertrauen in die EU, ihr Bild von der EU bzw. die Bewertung der Zugehörigkeit zur EU - beeinflussen die Antworten, wenn es darum geht, sich über die Krise und den Arbeitsmarkt zu äußern.

- So fällt die Beurteilung bei den Männern und bei den Befragten im Alter von unter 40 Jahren, insbesondere bei den jüngsten Befragten (von 15 bis 24 Jahren), positiver aus.

- Auch die europäischen Bürger, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben, die Studenten und insbesondere bestimmte Berufsgruppen wie Selbstständige, Angestellte und Führungskräfte zeigen sich im Hinblick auf die Zukunft verhältnismäßig positiver eingestellt.
- Schließlich sind die optimistischen Einstellungen in denjenigen Bevölkerungsschichten deutlich häufiger anzutreffen, in denen im Hinblick auf das Bild von der EU, Vertrauen in die EU und Zugehörigkeit zur EU positive Meinungen vorherrschen. Dies gilt auch für diejenigen Befragten, die die Einheitswährung unterstützen.

QC1 Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

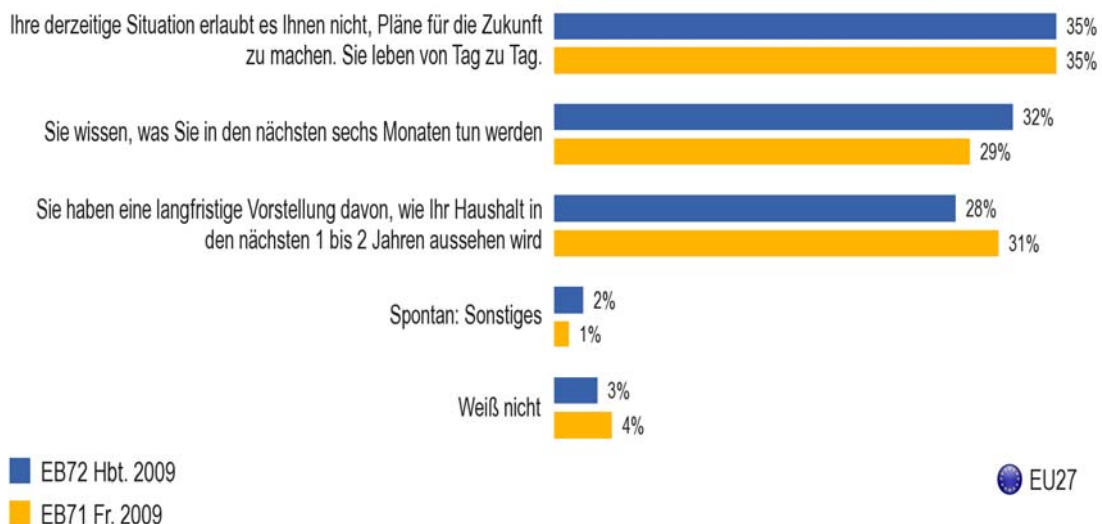
	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Das Schlimmste steht noch bevor	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	38%	54%	8%
Geschlecht			
 Männlich	40%	52%	8%
Weiblich	37%	54%	9%
Alter			
 15-24	44%	46%	10%
25-39	42%	51%	7%
40-54	38%	55%	7%
55 +	34%	57%	9%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	29%	62%	9%
16-19	37%	55%	8%
20+	46%	48%	6%
Studiert noch	45%	43%	12%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	43%	48%	9%
Leitende(r) Angestellte(r)	49%	46%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	44%	47%	9%
Sonstige Arbeiter	37%	55%	8%
Hausfrauen / Hausmänner	35%	56%	9%
Arbeitslos	32%	62%	6%
Rentner / Pensionäre	32%	59%	9%
Studenten	45%	43%	12%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	48%	45%	7%
Eher nicht vertrauen	29%	64%	7%
Mitgliedschaft in der EU			
Gute Sache	47%	45%	8%
Schlechte Sache	26%	68%	6%
Neutral	30%	61%	9%
Vorteil von EU Mitgliedschaft			
Land hat profitiert	45%	48%	7%
Land hat nicht profitiert	28%	65%	7%
Bild der EU			
Positiv	48%	44%	8%
Neutral	33%	58%	9%
Negativ	23%	72%	5%
Euro			
Dafür	44%	48%	8%
Dagegen	30%	63%	7%

2. DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DIE SITUATION DER HAUSHALTE

Parallel zu den Anzeichen für das steigende Vertrauen der Bürger in eine Wiederbelebung des Arbeitsmarktes und angesichts der Tatsache, dass die Krise die Prioritätenlage der Haushalte verändert hat, scheinen die europäischen Bürger mittlerweile wieder über einen geringfügig größeren Handlungsspielraum zu verfügen, was die mittelfristige Planung der Haushaltsausgaben anbelangt.

Wenn wir diesen Aspekt etwas detaillierter untersuchen, zeigt sich, dass für 35% der Befragten nach wie vor Schwierigkeiten bestehen. Diese Befragten erklären, dass es ihnen die aktuelle Situation nicht erlaubt, Pläne für die Zukunft zu schmieden und sie von einem zum anderen Tag leben. Mit den aktuell zur Verfügung stehenden Mitteln kann es sich hingegen ein Anteil von 32% erlauben, etwas weiter (6 Monate) in die Zukunft zu planen, während ein geringfügig kleinerer Anteil der Befragten (28%) längerfristig absehen kann, wie der eigene Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird³⁰. Auf Durchschnittsebene der EU27 bleiben die Meinungswerte konstant, auch wenn wir einen Zuwachs von 3 Punkten für den Anteil der Befragten feststellen, die mittelfristig planen, und einen äquivalenten Rückgang des Anteils an Befragten, die sich längerfristig organisieren können.

QC2. Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten?



³⁰QC2 Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten? Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag; Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden; Sie haben eine langfristige Vorstellung davon, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird.

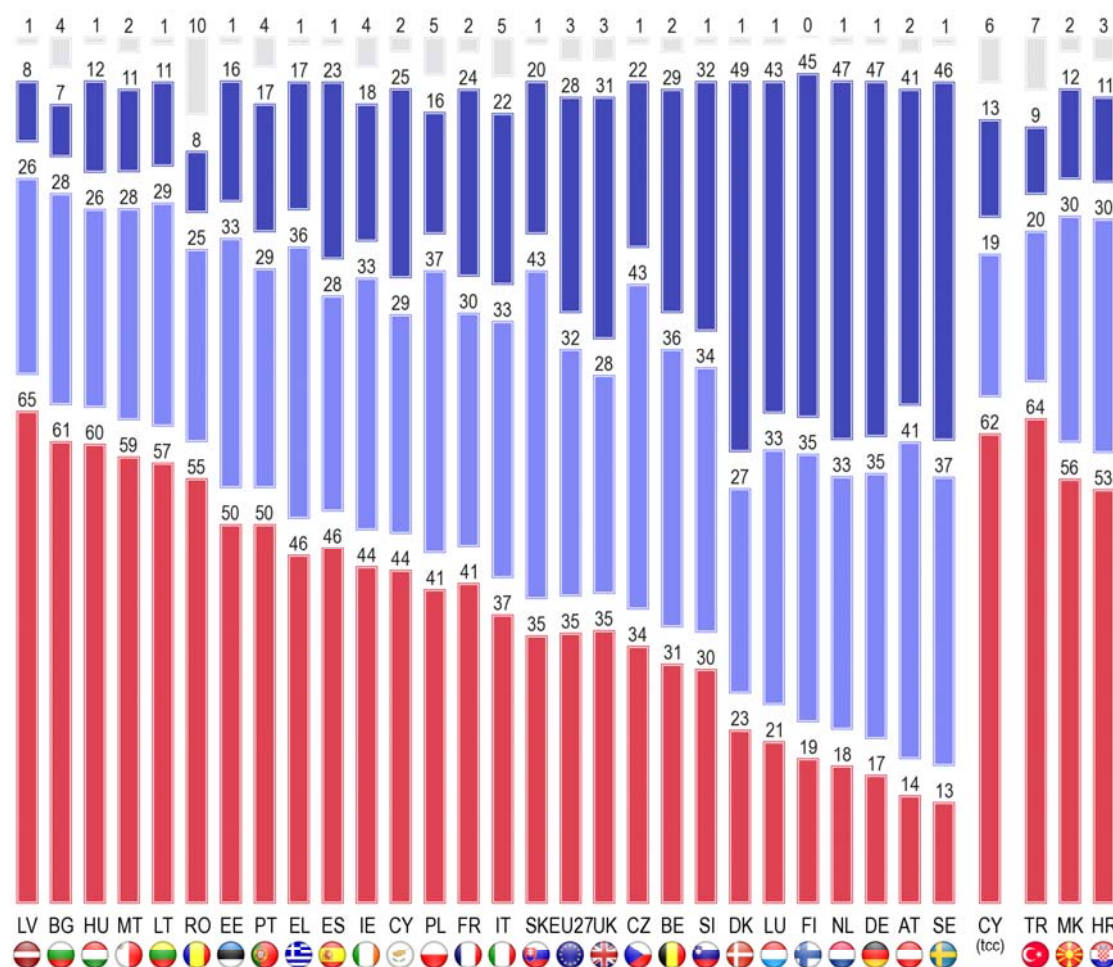
Eine Die Analyse bezüglich der Länder zeigt, dass die Auswirkungen der Krise auf die Situation der Haushalte äußerst heterogen ausfallen. Auch wenn wir hier «strukturelle» traditionelle Unterschiede, die noch dazu von der Krise verstärkt wurden, zwischen den nördlichen/südlichen bzw. „alten/neuen“ Mitgliedstaaten der EU wiederfinden, können wir aus den Ergebnissen doch einige unerwartete Erkenntnisse ziehen.

In 13 Mitgliedstaaten der Union ist es den Bürgern und ihren Familien nicht möglich, über das Leben von Tag zu Tag hinaus zu planen. Dies gilt insbesondere für die Länder, die im Rahmen der letzten beiden Erweiterungen Mitglied in der EU geworden sind, wie Lettland (65%), Bulgarien (61%), Ungarn (60%) und Malta (59%). In derselben Situation befindet sich auch eine Mehrheit der Befragten in den alten Mitgliedstaaten im Süden Europas, wie in Portugal (50%), Griechenland oder Spanien (46%); aber auch in Frankreich, einem der Länder, in dem die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt der Krise deutlich mehr entgegengesetzt hätten, ist der Anteil der Befragten hoch (41%)³¹.

Für die Zukunft zu planen scheint für die Haushalte in der Tschechischen Republik und der Slowakei verhältnismäßig einfacher zu sein: Hier sehen sich jeweils 43% der Befragten in der Lage, darüber Auskunft zu geben, was sie in 6 Monaten tun werden. Aufgrund der gegebenen Umstände ist es darüber hinaus für eine Mehrheit der Befragten in den nördlichen Mitgliedstaaten der EU und den skandinavischen Ländern möglich, eine langfristige Vorstellung der Situation ihres Haushaltes zu haben: In Dänemark (49%), Deutschland (47%), den Niederlanden (47%) sowie in Schweden (46%) und Finnland (45%) gibt nahezu jeder zweite Befragte diese Antwort. In den drei Kandidatenländern, hier insbesondere in der Türkei (64%), lebt eine Mehrheit der Befragten «von Tag zu Tag».

³¹ Nach den im September 2009 veröffentlichten Prognosen der OECD, beläuft sich der Rückgang des BIP in Frankreich im Jahre 2009 auf 2,1%. Dies im Vergleich zu den Prognosen für Deutschland (-4,8), dem Vereinigten Königreich (-4,7) und Italien (-5,2).

QC2. Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten?



■ Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag.

■ Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden

■ Sie haben eine langfristige Vorstellung davon, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird





■ Weiß nicht

Wenn wir die Ergebnisse mit jenen des Frühlings 2009 (EB71) vergleichen, ist die Zahl der Haushalte, die längerfristig planen können, in 20 Mitgliedstaaten zurückgegangen, wobei die Rückgänge vor allem auf Malta (-12 Punkte), aber auch in Deutschland (-9), in Irland (-9) und in Belgien (-9) besonders hoch ausfallen. In 16 Mitgliedstaaten, aber insbesondere in Deutschland (+12 Punkte), geht dieser Rückgang mit einer Zunahme der mittelfristigen Planbarkeit einher. Gleichzeitig steigt der Anteil derjenigen Haushalte, die «von Tag zu Tag» leben, in 16 Mitgliedstaaten, wobei dies auf Malta (+14), in Bulgarien (+10 Punkte) oder auch in Ungarn und Irland (jeweils +7) besonders ausgeprägt ist.

Aus soziodemografischer Sicht können wir vor allem zwischen den Arbeitslosen und den Führungskräften Unterschiede feststellen: Die Mittel der ersten Bevölkerungsgruppe erlauben es ihr nicht, über die Gegenwart hinaus zu planen (64%), während die Mehrheit der zweiten Bevölkerungsgruppe eine langfristige Vorstellung davon hat, wie ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird (48%).

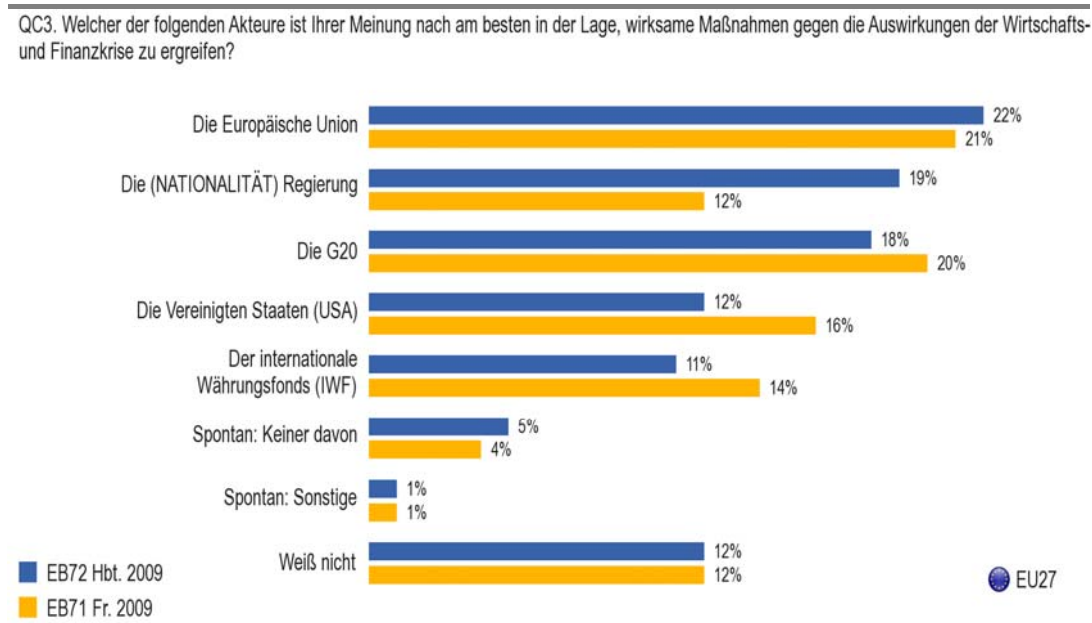
Aus diesem Blickwinkel heraus ist festzustellen, dass die europäischen Bürger, die der EU gegenüber am kritischsten eingestellt sind, aus persönlicher Sicht am meisten unter den Unwägbarkeiten der wirtschaftlichen Umstände leiden.

Es ist nachvollziehbar, dass sich diese Unterschiede in Abhängigkeit vom Ausbildungsniveau der Befragten bemerkbar machen: Diejenigen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben, erklären häufiger eine langfristige Vorstellung davon zu haben, wie ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird (38%), als diejenigen, die die Schule schon früher, vor dem 16. Lebensjahr, verlassen haben (23%).

QC2 Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre derzeitige Haushaltssituation am besten?				
	Ihre derzeitige Situation erlaubt es Ihnen nicht, Pläne für die Zukunft zu machen. Sie leben von Tag zu Tag.	Sie wissen, was Sie in den nächsten sechs Monaten tun werden	Sie haben eine langfristige Vorstellung davon, wie Ihr Haushalt in den nächsten 1 bis 2 Jahren aussehen wird	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27		32%	28%	3%
Geschlecht				
 Männlich	34%	32%	29%	3%
Weiblich	37%	32%	26%	3%
Alter				
 15-24	34%	35%	24%	4%
25-39	35%	34%	27%	3%
40-54	36%	33%	27%	2%
55 +	36%	29%	30%	3%
Ausbildung (Ende der)				
 15-	48%	26%	23%	2%
16-19	39%	33%	25%	2%
20+	23%	35%	38%	2%
Studiert noch	25%	38%	28%	6%
Berufliche Tätigkeit				
 Selbständig	29%	38%	30%	2%
Leitende(r) Angestellte(r)	14%	34%	48%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	28%	37%	31%	3%
Sonstige Arbeiter	36%	35%	25%	3%
Hausfrauen / Hausmänner	45%	29%	22%	3%
Arbeitslos	64%	22%	11%	2%
Rentner / Pensionäre	39%	28%	28%	3%
Studenten	25%	38%	28%	6%
Vertrauen in die EU				
Eher vertrauen	30%	35%	31%	2%
Eher nicht vertrauen	40%	29%	26%	3%
Vorteil von EU Mitgliedschaft				
Land hat profitiert	30%	35%	32%	2%
Land hat nicht profitiert	43%	29%	24%	2%
Bild der EU				
Positiv	28%	36%	32%	2%
Neutral	40%	31%	24%	3%
Negativ	47%	26%	23%	2%
Euro				
Dafür	30%	34%	32%	2%
Dagegen	44%	29%	23%	3%

3. DIE AKTEURE, DIE DIE AUSWIRKUNGEN DER KRISE AM WIRKSAMSTEN BEKÄMPFEN KÖNNEN

Der Eurobarometer hat die europäischen Bürger gefragt, auf welcher Ebene die Auswirkungen der Krise am wirksamsten bekämpft werden könnten³². Hierfür wurde den Befragten eine Liste mit drei supranationalen Ebenen (die Europäische Union, die G-20³³ und der Internationale Währungsfonds) und zwei nationalen Akteuren (die nationale Regierung und die Vereinigten Staaten) vorgelegt. Auch wenn die Antworten recht geteilt ausfallen, wird die Europäische Union doch am häufigsten als derjenige Akteur genannt, der am besten in der Lage sei, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen (22%), dicht gefolgt von der jeweiligen nationalen Regierung (19%) und den G-20 (18%). Wenn wir die Nennungen für den IWF (der von 11% der Bürger genannt wird), die G-20 und die Europäische Union zusammenzählen, so wählt einer von 2 europäischen Bürgern (51%) eine internationale Institution.



Wenn wir die Entwicklungen der Ergebnisse untersuchen, scheinen diese sich konsequenterweise parallel zur Krise und den damit verbundenen Entscheidungen zu verändern. Im letzten Frühjahr, als es vorrangig noch darum ging, die Finanzmärkte wieder zu stabilisieren und die Fundamente für neue Regelungen zu setzen, wählten die Befragten häufiger die G-20 (20%, -2 Punkte) als Akteur, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

³² QC3 Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen? Nur eine Nennung möglich.

³³ Die **Gruppe der 20** wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (**G-20**) ist ein Wirtschaftsforum für internationale Kooperation und Konsultation, in dem das Prinzip des erweiterten Dialogs Anwendung findet, der dem zunehmenden wirtschaftlichen Gewicht einer Reihe von Ländern Rechnung trägt. In der G-20 erwirtschaften zwei Drittel der Weltbevölkerung rund 90 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (Summe des BIP von allen Ländern der Welt).

Zu diesem Zeitpunkt wandte sich die Aufmerksamkeit auch der neuen Regierung der Vereinigten Staaten zu, die ihr Konjunkturprogramm entwickelte und immer häufiger intervenierte, um ein Abgleiten des amerikanischen Finanzmarktes zu vermeiden (16%, - 4 Punkte). Mittlerweile können wir für die Bedeutung, die den nationalen Regierungen beigemessen wird (+7 Punkte), eine Zunahme feststellen. Dies erfolgt allerdings zu einem Zeitpunkt, in dem von den Regierungen vor allem erwartet wird, die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft und insbesondere auf den Arbeitsmarkt unter Kontrolle zu bringen. Die Bedeutung der Europäischen Union nimmt, wenn auch in geringerem Maße, ebenfalls zu (+1) und bleibt auf Platz 1 der Nennungen.
































Aus nationaler Sicht wird in Griechenland (44%), Luxemburg (34%), Polen (34%), auf Zypern (32%) sowie in der Slowakei und in Portugal (jeweils 30%) die **Europäische Union** als derjenige Akteur gesehen, der nach Meinung der Befragten am besten in der Lage wäre, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen. Insgesamt ist die EU in 10 Mitgliedstaaten die erste Wahl der Befragten.

Die jeweilige **nationale Regierung** wird auf Malta (39%), in Rumänien (38%), Bulgarien (32%) sowie in Irland (29%), im Vereinigten Königreich und in Österreich (jeweils 21%) als Akteur gesehen, der am besten in der Lage ist, die Krise zu bekämpfen. In diesen sechs Ländern ist dies die am häufigsten genannte Option, und sie erhält auch in Spanien ein bemerkenswert gutes Ergebnis: Hier wählt einer von 4 Befragten diese Option (25%).

Was die **G-20** anbelangt, so wird ihr eine bedeutende Rolle insbesondere in der Tschechischen Republik (43%) und den Niederlanden (41%) beigemessen. An erste Stelle wird sie überdies von den Befragten in Lettland (31%), Ungarn (29%), Schweden (28%), Deutschland (26%), Estland (25%) sowie in Frankreich (23%) und Slowenien (21%) gewählt.

Die **Vereinigten Staaten** werden am häufigsten in Dänemark genannt (26%). Aber auch in Portugal und Spanien können für die USA gute Ergebnisse festgestellt werden: In diesen Ländern ist einer von 5 Befragten (jeweils 19%) der Ansicht, dass es sich hierbei um denjenigen Akteur handelt, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen.

Der **Internationale Währungsfonds**, dicht gefolgt vom G-20 (22%), wird schließlich in Finnland (23%) an die erste Stelle gewählt.

QC3 Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen?								
		Die Europäische Union	Die (NATIONALITÄT) Regierung	Die G20	Die Vereinigten Staaten (USA)	Der internationale Währungsfonds (IWF)	Spontan: Keiner davon	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	22%	19%	18%	12%	11%	5%	12%
	BE	24%	11%	25%	12%	13%	5%	9%
	BG	26%	32%	15%	5%	6%	4%	12%
	CZ	16%	6%	43%	13%	12%	2%	8%
	DK	19%	12%	20%	26%	13%	1%	9%
	DE	24%	16%	26%	7%	10%	7%	10%
	EE	25%	15%	25%	7%	13%	3%	11%
	IE	21%	29%	8%	15%	11%	2%	14%
	EL	44%	23%	8%	8%	8%	6%	2%
	ES	26%	25%	6%	19%	11%	6%	5%
	FR	15%	19%	23%	11%	16%	6%	10%
	IT	25%	17%	11%	17%	11%	5%	13%
	CY	32%	20%	14%	8%	14%	6%	6%
	LV	19%	14%	31%	9%	8%	9%	8%
	LT	26%	14%	17%	10%	13%	3%	16%
	LU	34%	20%	20%	8%	9%	2%	5%
	HU	21%	13%	29%	13%	13%	5%	6%
	MT	22%	39%	8%	10%	11%	1%	9%
	NL	14%	16%	41%	9%	12%	1%	6%
	AT	19%	21%	14%	11%	14%	8%	11%
	PL	34%	13%	7%	9%	9%	5%	22%
	PT	30%	17%	8%	19%	5%	3%	18%
	RO	26%	38%	12%	4%	10%	2%	8%
	SI	20%	12%	21%	16%	16%	8%	4%
	SK	30%	11%	28%	7%	14%	3%	6%
	FI	20%	15%	22%	13%	23%	1%	6%
	SE	15%	25%	28%	9%	9%	2%	11%
	UK	10%	21%	16%	14%	12%	6%	21%
	CY (tcc)	29%	14%	7%	15%	18%	4%	13%
	MK	24%	22%	8%	21%	13%	5%	6%
	HR	13%	32%	8%	11%	17%	7%	10%
	TR	19%	29%	7%	11%	8%	7%	18%





* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Was die drei Kandidatenländer anbelangt, so wählen die Befragten in Kroatien (32%) und der Türkei (29%) vorrangig die nationale Regierung, während die Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien im Verhältnis häufiger die Europäische Union als Akteur sehen, der am besten in der Lage ist, wirksam gegen die Krise vorzugehen (24%).

Bei einer Analyse unter Berücksichtigung der soziodemografischen Variablen können wir Unterschiede in Abhängigkeit vom Alter, dem Ausbildungsniveau und der beruflichen Tätigkeit der Befragten feststellen. Die jüngsten Befragten und die Studenten zeigen sich häufiger als andere Befragte davon überzeugt, dass die EU die effizienteste Ebene wäre. Gleiches gilt für die Befragten mit der besten Ausbildung, wohingegen die Führungskräfte am häufigsten die G-20 wählen.

Im Gegensatz hierzu erklären diejenigen europäischen Bürger, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder vorher abgeschlossen haben, die Hausfrauen und –männer sowie die Bevölkerungsgruppen, die gegenüber der Union und dem Euro eine besonders kritische Einstellung an den Tag legen, dass ihrer Ansicht nach die nationale Regierung am besten in der Lage sei, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Krise zu ergreifen.

QC3 Welcher der folgenden Akteure ist Ihrer Meinung nach am besten in der Lage, wirksame Maßnahmen gegen die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu ergreifen? (ROTIEREN)

	Die Europäische Union	Die (NATIONALITÄT) Regierung	Die G20	Die Vereinigten Staaten (USA)	Der internationale Währungsfonds (IWF)	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	22%	19%	18%	12%	11%	12%
Geschlecht						
 Männlich	23%	17%	21%	13%	12%	8%
Weiblich	22%	20%	15%	11%	11%	15%
Alter						
 15-24	26%	17%	17%	14%	9%	13%
25-39	23%	19%	19%	12%	11%	9%
40-54	21%	18%	20%	11%	13%	11%
55 +	21%	20%	15%	12%	12%	14%
Ausbildung (Ende der)						
 15-	20%	23%	11%	13%	10%	16%
16-19	22%	19%	17%	12%	12%	12%
20+	22%	15%	25%	11%	13%	8%
Studiert noch	28%	14%	19%	14%	10%	10%
Berufliche Tätigkeit						
 Selbständig	24%	18%	21%	11%	12%	8%
Leitende(r) Angestellte(r)	20%	14%	28%	12%	14%	7%
Andere(r) Angestellte(r)	25%	15%	20%	13%	13%	9%
Sonstige Arbeiter	22%	19%	18%	13%	11%	12%
Hausfrauen / Hausmänner	20%	28%	11%	11%	8%	16%
Arbeitslos	19%	22%	14%	13%	9%	14%
Rentner / Pensionäre	20%	20%	15%	11%	12%	15%
Studenten	28%	14%	19%	14%	10%	10%
Vertrauen in die EU						
Eher vertrauen	30%	16%	20%	12%	12%	7%
Eher nicht vertrauen	14%	21%	17%	13%	12%	13%
Vorteil von EU Mitgliedschaft						
Land hat profitiert	28%	16%	20%	12%	12%	8%
Land hat nicht profitiert	14%	23%	16%	13%	12%	12%
Bild der EU						
Positiv	30%	16%	20%	12%	12%	7%
Neutral	17%	21%	16%	12%	11%	16%
Negativ	10%	21%	16%	14%	12%	14%
Euro						
Dafür	26%	16%	21%	12%	13%	8%
Dagegen	16%	23%	14%	13%	11%	14%

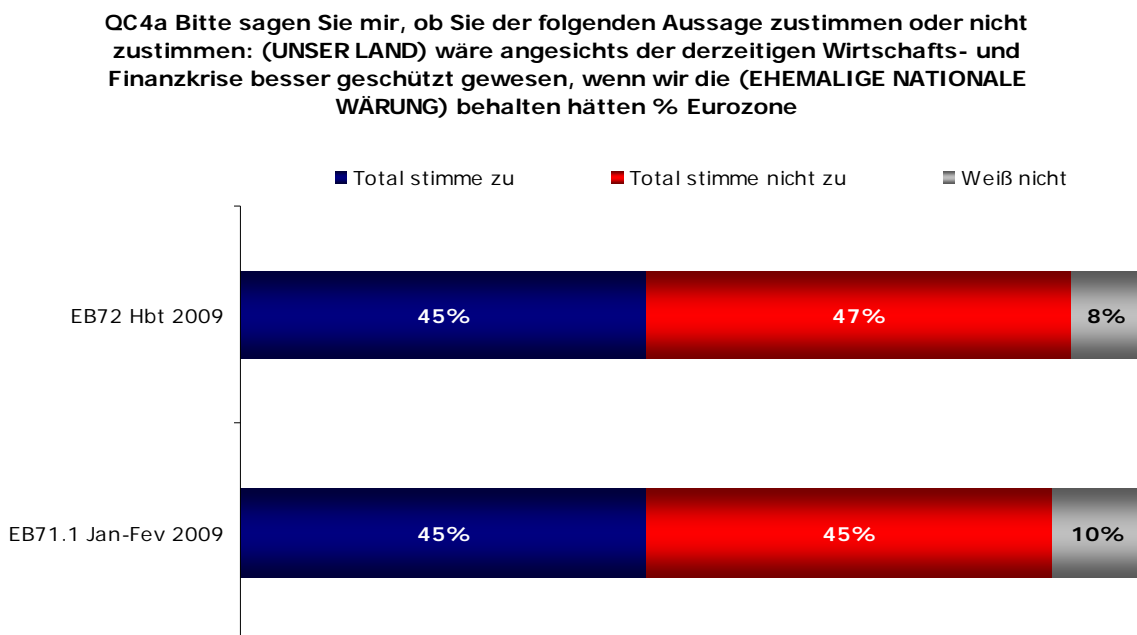
4. DIE ROLLE DES EURO IN DER KRISE

Einige Experten sind davon überzeugt, dass die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ohne den Euro – der namentlich ins Leben gerufen wurde, um die Fortdauer und den reibungslosen Ablauf des Binnenmarktes zu garantieren – Maßnahmen wie Zinsanstiege und einen noch deutlich größeren Schaden auf dem Arbeitsmarkt verursacht hätte³⁴.

Es stellt sich die Frage, wie die europäischen Bürger die Rolle sehen, die die Einheitswährung während der Wirtschafts- und Finanzkrise gespielt hat.

4.1. Die Meinung der europäischen Bürger der Eurozone: Wäre ihr Land besser geschützt gewesen, wenn sie die ehemalige nationale Währung behalten hätten?

Innerhalb der Eurozone³⁵ sind die Ansichten geteilt: 45% der Befragten sind davon überzeugt, dass ihr Land angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen wäre, wenn sie die ehemalige, nationale Währung beibehalten hätten, während im Vergleich dazu 47% mit dieser Aussage nicht einverstanden sind. Dieses Ergebnis ist im Vergleich zum Januar/Februar 2009 um zwei Punkte angestiegen.







³⁴ Siehe u.a. den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments «Zehn Jahre Wirtschafts- und Währungsunion – Errungenschaften und Herausforderungen», 28. Oktober 2008: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2008-0420+0+DOC+PDF+V0//FR>

³⁵ QC4a Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die (EHEMALIGE NATIONALE WÄHRUNG) behalten hätten.

Aus einem soziodemografischen Blickwinkel können folgende Unterschiede festgestellt werden:

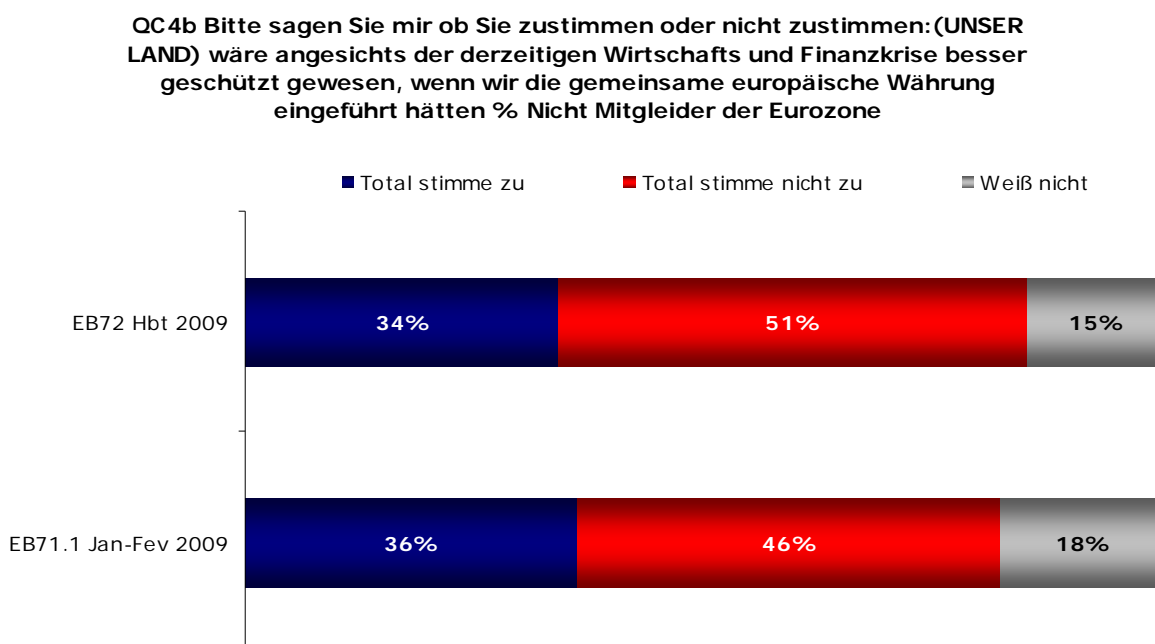
- Die Skepsis gegenüber der Einheitswährung und die Sehnsucht nach der ehemaligen nationalen Währung wird von einer Mehrheit der Frauen geteilt (49% sind einverstanden gegenüber 42%, die nicht einverstanden sind); dies steht im Gegensatz zu den männlichen Befragten, bei denen die Mehrheit im Gegenteil eindeutig nicht mit der Aussage einverstanden ist, nach der ihr Land besser geschützt gewesen wäre, wenn es die ehemalige nationale Währung behalten hätte (53% erklären sich nicht einverstanden im Vergleich zu 40%, die einverstanden sind).
- Das Ausbildungsniveau der Befragten spielt hier neuerlich eine bestimmende Rolle: Diejenigen Befragten, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben, sind mehrheitlich nicht mit dieser Aussage einverstanden, während die entgegengesetzte Meinung bei denjenigen europäischen Bürgern mehrheitlich vertreten ist, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher abgeschlossen haben.
- Führungskräfte, Selbstständige, Angestellte und Studenten zählen zu den Bevölkerungsgruppen, die im Rahmen der aktuellen Krise am seltensten die ehemalige nationale Währung vermissen.
- Verständlicherweise beeinflussen wirtschaftliche Probleme eines Haushalts, die anhand der Schwierigkeiten ermittelt werden, am Ende des Monats die Rechnungen zu zahlen, die Ansichten der Befragten hinsichtlich der Rolle, die die Einheitswährung spielt: Diejenigen europäischen Bürger, die diesbezüglich mit mehr Schwierigkeiten zu kämpfen haben, zeigen sich mehrheitlich mit der Aussage einverstanden, dass ihr Land besser geschützt gewesen wäre, wenn sie die ehemalige nationale Währung behalten hätten.
- Die Antworten, die auf diese Frage gegeben werden, stimmen mit den allgemeineren Ansichten der Bürger über der Union überein, sei es in Bezug auf das Vertrauen in die EU, das Bild der EU oder logischerweise hinsichtlich der Unterstützung des Euro.

QC4a Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die (EHMALIGE NATIONALE WÄHRUNG) behalten hätten.
(NUR EUROZONE)

(NUR EUROZONE)				
	Total timme zu	Total stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe	
	EUROZONE	45%	47%	8%
	Geschlecht			
	Männlich	40%	53%	7%
	Weiblich	49%	42%	9%
	Alter			
	15-24	40%	47%	13%
	25-39	43%	51%	6%
	40-54	44%	49%	7%
	55 +	47%	45%	8%
	Ausbildung (Ende der)			
	15-	58%	32%	10%
	16-19	48%	45%	7%
	20+	30%	65%	5%
	Studiert noch	31%	57%	12%
	Berufliche Tätigkeit			
	Selbständig	39%	54%	7%
	Leitende(r) Angestellte(r)	25%	71%	4%
	Andere(r) Angestellte(r)	42%	52%	6%
	Sonstige Arbeiter	49%	43%	8%
	Hausfrauen / Hausmänner	59%	31%	10%
	Arbeitslos	55%	36%	9%
	Rentner / Pensionäre	46%	45%	9%
	Studenten	31%	57%	12%
	Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
	Meistens	61%	32%	7%
	Gelegentlich	53%	38%	9%
	Nahezu nie/ nie	38%	55%	7%
	Vertrauen in die EU			
	Eher vertrauen	35%	58%	7%
	Eher nicht vertrauen	56%	37%	7%
	Vorteil von EU Mitgliedschaft			
	Land hat profitiert	33%	61%	6%
	Land hat nicht profitiert	63%	30%	7%
	Bild der EU			
	Positiv	34%	60%	6%
	Neutral	51%	39%	10%
	Negativ	65%	28%	7%
	Euro			
	Dafür	31%	62%	7%
	Dagegen	76%	18%	6%

4.2. Die Meinung der europäischen Bürger, deren Land nicht zur Eurozone gehört: Wäre ihr Land durch die Einheitswährung besser geschützt gewesen?

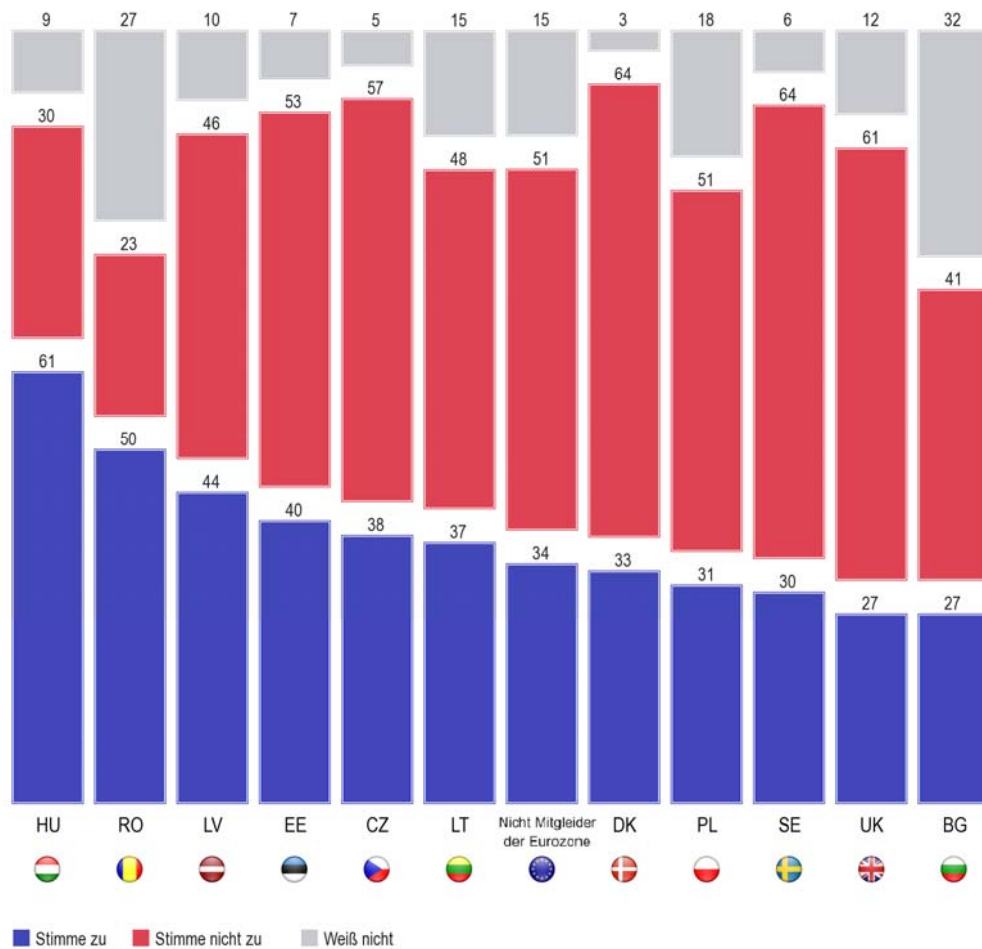
Außerhalb der Eurozone wird die Einheitswährung nach wie vor verhältnismäßig kritisch gesehen: Die Hälfte der Befragten (51%) ist mit der Aussage nicht einverstanden, nach der ihr Land angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen wäre, wenn es die gemeinsame europäische Währung, den Euro, eingeführt hätte. Demgegenüber ist ein Drittel der Befragten (34%) der Ansicht, dass die Einheitswährung die nationale Wirtschaft vor allem unterstützt hätte³⁶. Im Vergleich zur Umfrage vom Januar/Februar 2009 (EB71.1) ist der Anteil der Befragten, die nicht einverstanden sind, um 5 Punkte angestiegen, während der Anteil der Befragten, deren Meinung über den Euro eher positiv ausfällt, um zwei Punkte gesunken ist.



Eine Die Analyse bezüglich der Länder macht deutlich, dass nur Rumänien und - insbesondere – Ungarn Ausnahmen von dieser allgemeinen Tendenz sind: Hier erklären 50% bzw. 61% der Bevölkerung, dass der Euro in der aktuellen Situation eine Schutzfunktion hätte einnehmen können. Unter den Mitgliedstaaten, die dem Euro gegenüber am kritischsten eingestellt sind, bzw. jenen Ländern, die besonders stark an ihrer nationalen Währung hängen, finden wir Dänemark (64%), Schweden (64%) und das Vereinigte Königreich (61%).

³⁶ QC4b Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die gemeinsame europäische Währung, den Euro, eingeführt hätten.

QC4b. Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die gemeinsame europäische Währung, den Euro, eingeführt hätten.







Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Überzeugung, der Euro hätte eine Schutzfunktion angesichts der Krise übernommen, vor allem von den jüngeren Befragten, denjenigen, die am längsten in Ausbildung waren, den Führungskräften und den Selbstständigen vertreten wird.

Es handelt sich hierbei auch um die Antwort, die am häufigsten von denjenigen Bevölkerungsgruppen gewählt wird, die besonders positiv gegenüber der Union eingestellt sind. Es sollte allerdings darauf hingewiesen werden, dass selbst in dieser Gruppe der Anteil der Befragten, die nicht einverstanden sind, recht hoch ist.

QC4b Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage zustimmen oder nicht zustimmen: (UNSER LAND) wäre angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser geschützt gewesen, wenn wir die gemeinsame europäische Währung, den Euro, eingeführt hätten.

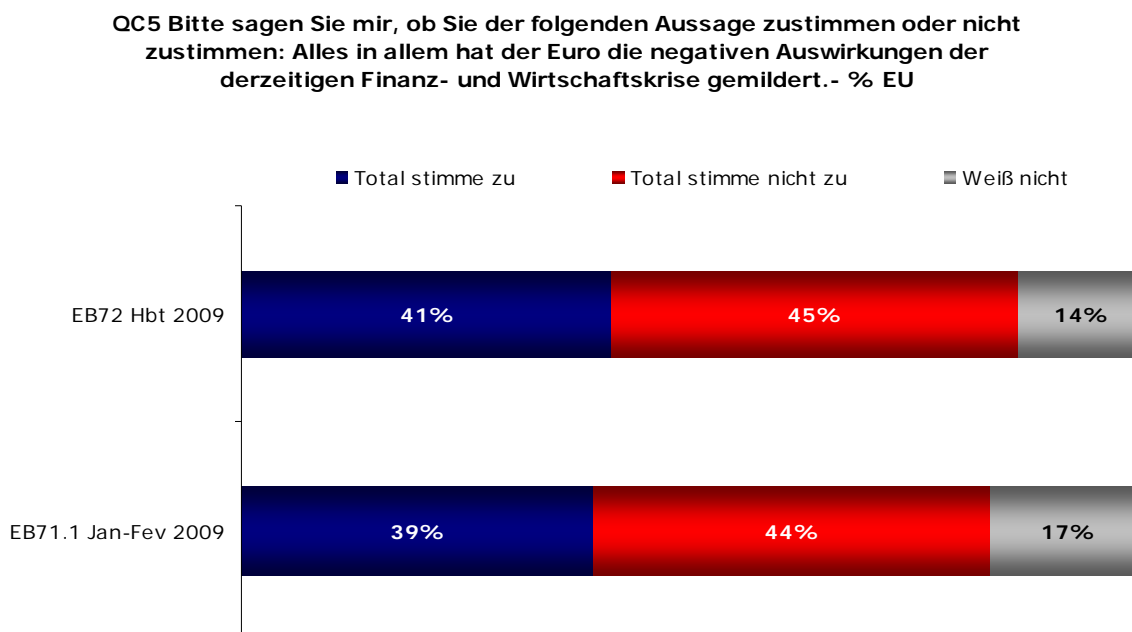
('MITGLEIDER DER EU27 ABER NICHT DER EUROZONE')

	Total stimme zu	Total stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
NICHT MITGLEIDER DER EUROZONE	34%	51%	15%
Geschlecht			
 Männlich	37%	51%	12%
Weiblich	32%	51%	17%
Alter			
 15-24	40%	47%	13%
25-39	37%	49%	14%
40-54	34%	54%	12%
55 +	30%	52%	18%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	25%	54%	21%
16-19	35%	50%	15%
20+	37%	53%	10%
Studiert noch	42%	45%	13%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	41%	47%	12%
Leitende(r) Angestellte(r)	41%	53%	6%
Andere(r) Angestellte(r)	35%	56%	9%
Sonstige Arbeiter	33%	52%	15%
Hausfrauen / Hausmänner	40%	36%	24%
Arbeitslos	33%	50%	17%
Rentner / Pensionäre	29%	52%	19%
Studenten	42%	45%	13%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	47%	40%	13%
Eher nicht vertrauen	24%	65%	11%
Mitgliedschaft in der EU			
Gute Sache	47%	40%	13%
Schlechte Sache	17%	75%	8%
Neutral	27%	56%	17%
Vorteil von EU Mitgliedschaft			
Land hat profitiert	45%	42%	13%
Land hat nicht profitiert	22%	67%	11%
Bild der EU			
Positiv	49%	38%	13%
Neutral	30%	54%	16%
Negativ	16%	74%	10%
Euro			
Dafür	58%	30%	12%
Dagegen	14%	75%	11%

4.3. Die Pufferfunktion des Euro

- Die europäischen Bürger sind sich uneins in der Beurteilung der Rolle , die der Euro gespielt hat, um die Auswirkungen der Krise zu mildern -

Wenn wir den Befragten die Aussage vorlegen – "Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert" – erklären 45% von ihnen, dass sie hiermit einverstanden sind und 41%, dass sie gegenteiliger Ansicht sind³⁷. Im Vergleich zum Januar/Februar 2009 haben die Anteile der Befragten, die diese Aussage unterstützen, moderat zugenommen (+2)³⁸.































Innerhalb der Eurozone bleibt die Meinung fast gleichgewichtig geteilt, wobei eine knappe Mehrheit mit der Aussage, der Euro habe eine die Krise abschwächende Wirkung, einverstanden ist (46% im Vergleich zu 44%, die nicht einverstanden sind). Demgegenüber zeigt sich eine Mehrheit der Befragten in den Ländern außerhalb der Eurozone mit dieser Aussage nicht einverstanden: Ein Bürger von 3 unterstützt sie (33%), während 46% nicht der Ansicht sind, dass der Euro alles in allem die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert habe.

³⁷QC5 Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert.

³⁸ Spezial-Eurobarometer 308, *les Européens en 2009*.

QC5 Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage zustimmen oder nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert





























		Total stimme zu	Total stimme nicht zu	Diff. Total stimme zu-Total stimme nicht zu	Weiß nicht
	EU27	41%	45%	-4	14%
	SK	68%	26%	42	6%
	FI	60%	33%	27	7%
	PT	55%	31%	24	14%
	IE	48%	24%	24	28%
	AT	55%	35%	20	10%
	HU	54%	34%	20	12%
	EL	58%	39%	19	3%
	MT	54%	36%	18	10%
	BE	56%	40%	16	4%
	LU	56%	40%	16	4%
	IT	53%	38%	15	9%
	CY	51%	37%	14	12%
	SI	50%	45%	5	5%
	NL	49%	44%	5	7%
	RO	36%	32%	4	32%
	EE	43%	41%	2	16%
	ES	43%	47%	-4	10%
	BG	27%	32%	-5	41%
	FR	42%	48%	-6	10%
	LT	35%	42%	-7	23%
	LV	38%	46%	-8	16%
	PL	32%	45%	-13	23%
	DE	36%	51%	-15	13%
	DK	38%	55%	-17	7%
	CZ	37%	56%	-19	7%
	SE	32%	55%	-23	13%
	UK	27%	53%	-26	20%

In 13 der 16 Länder der Eurozone sind die Befragten mehrheitlich mit der Aussage einverstanden, dass der Euro eine schützende Wirkung gehabt hat. In der Slowakei (+42), Finnland (+27), Portugal und Irland (+24), in Griechenland (+19), auf Malta (+18), in Belgien und Luxemburg (+16), in Italien (+15) und auf Zypern (+14) können die höchsten Anteile positiver Ergebnisse für den Euro festgestellt werden. In den Niederlanden und Slowenien (+5) sind die Mehrheiten nicht ganz so groß. In drei Ländern der Eurozone überwiegt hingegen die Meinung derjenigen Befragten, die mit der Aussage, dass der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert habe, nicht einverstanden sind: Dies gilt für Spanien (-4), Frankreich (-6) und Deutschland (-15).

Demgegenüber sind die Befragten vor allem in den Ländern, die ihre nationale Währung behalten haben, am deutlichsten nicht mit dieser Aussage einverstanden: Im Vereinigten Königreich (-26 Punkte), Schweden (-23), der Tschechischen Republik (-19) und in Dänemark (-17). Auch in Polen (-13), Lettland (-8), Litauen (-7) und Bulgarien (-5) ist eine Mehrheit der Befragten – die allerdings weniger deutlich ausfällt – nicht mit der Aussage einverstanden, dass der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert habe. Die Befragten in drei Mitgliedstaaten schließlich, in denen die europäische Einheitswährung noch nicht eingeführt ist, erkennen mehrheitlich die nützlichen Auswirkungen des Euro während der Finanz- und Wirtschaftskrise an. In Estland (+2) und Rumänien (+4) sind die Meinungen eher noch geteilt, aber in Ungarn sind die Befragten sehr deutlich davon überzeugt (+20).

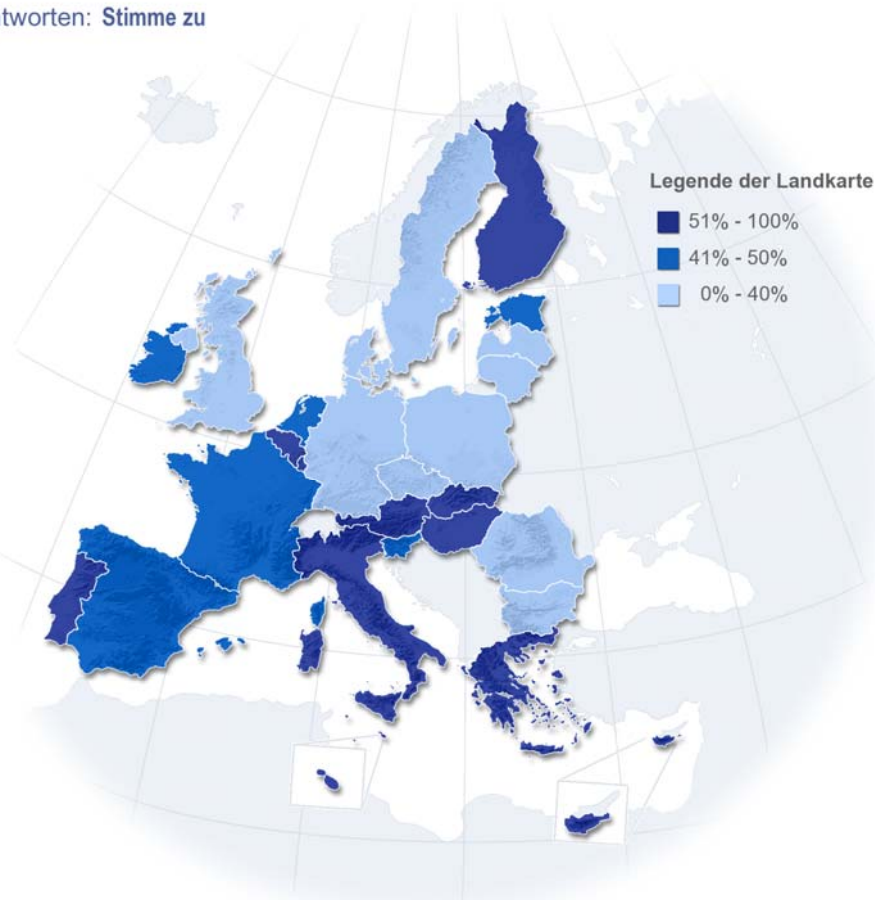
Es ist festzustellen, dass von den vier Mitgliedstaaten der Eurozone, in denen eine Mehrheit erklärt, dass das Land angesichts der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise besser durch die ehemalige nationale Währung geschützt gewesen wäre (Portugal, Spanien, Zypern, Italien)³⁹, drei (die schon genannten, mit Ausnahme von Spanien) mehrheitlich der Ansicht sind, dass der Euro alles in allem die negativen Auswirkungen der Krise gemildert hat.

³⁹ Siehe Abschnitt 2.4.1.





























 SK	68%
 FI	60%
 EL	58%
 LU	56%
 BE	56%
 AT	55%
 PT	55%
 HU	54%
 MT	54%
 IT	53%
 CY	51%
 SI	50%
 NL	49%
 IE	48%
 EE	43%
 ES	43%
 FR	42%
 EU27	41%
 DK	38%
 LV	38%
 CZ	37%
 DE	36%
 RO	36%
 LT	35%
 PL	32%
 SE	32%
 BG	27%
 UK	27%

Frage: QC5. Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert.

Antworten: **Stimme zu**



Wenn wir die Veränderungen untersuchen, die sich seit Januar/Februar 2009 ergeben haben, zeigt sich, dass die Anteile der Befragten, die von der Rolle des Euro als Abschwächungsfaktor der negativen Auswirkungen der Krise überzeugt sind, in 19 Mitgliedstaaten der Union zugenommen haben. Dies gilt besonders für Portugal (+12 Punkte), Lettland (+9), Österreich (+8), Ungarn sowie Griechenland (jeweils +7), wo der Anteil der Befragten, die mit dieser Aussage nicht einverstanden sind, seit Februar um 9 Punkte gesunken ist.





QC5 Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage zustimmen oder nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert Total Stimme zu				
		EB71.1 Jan/Feb. 2009	EB72 Hbt. 2009	Diff.
	EU27	39%	41%	+2
	PT	43%	55%	+12
	LV	29%	38%	+9
	AT	47%	55%	+8
	EL	51%	58%	+7
	HU	47%	54%	+7
	BG	21%	27%	+6
	CZ	32%	37%	+5
	LT	30%	35%	+5
	LU	51%	56%	+5
	MT	49%	54%	+5
	RO	31%	36%	+5
	IE	44%	48%	+4
	BE	54%	56%	+2
	DE	34%	36%	+2
	EE	41%	43%	+2
	ES	41%	43%	+2
	FR	40%	42%	+2
	CY	49%	51%	+2
	SK	66%	68%	+2
	IT	53%	53%	0
	UK	27%	27%	0
	DK	39%	38%	-1
	FI	61%	60%	-1
	NL	51%	49%	-2
	SI	53%	50%	-3
	SE	35%	32%	-3
	PL	39%	32%	-7

Demgegenüber verzeichnen die Anteile der Befragten, die von der Rolle des Euro als Abschwächungsfaktor der negativen Auswirkungen der Krise überzeugt sind, in Polen (-7 Punkte), Slowenien und Schweden (jeweils -3 Punkte) Rückgänge. Polen ist darüber hinaus das einzige Land, in dem sich die Mehrheitsmeinung seit Februar 2009 ins Gegenteil verkehrt hat: Damals erklärte sich eine knappe Mehrheit mit dieser Aussage einverstanden (39% einverstanden gegenüber 36% nicht einverstanden), mittlerweile ist die entgegengesetzte Meinung dominierend (32% einverstanden gegenüber 45% nicht einverstanden).

In Abhängigkeit vom Geschlecht, dem Alter, Ausbildungsniveau und der beruflichen Tätigkeit der Befragten können Unterschiede festgestellt werden:

- Männer, die jüngsten europäischen Bürger, diejenigen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren oder darüber hinaus fortgeführt haben, sowie Selbstständige, Führungskräfte und sonstige Angestellte haben im Allgemeinen positivere Ansichten, was die Rolle des Euro als Abschwächungsfaktor der negativen Auswirkungen der Krise anbelangt.
- Gleichermäßen wirkt sich das Vertrauen gegenüber der Union, ein positives Bild von ihr oder eine positive Beurteilung der Zugehörigkeit des eigenen Landes zur EU27 und – dementsprechend – der Einheitswährung positiv auf die Einschätzung der Rolle des Euro als Abschwächungsfaktor der negativen Auswirkungen der Krise aus.

QC5 Bitte sagen Sie mir, ob Sie der folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Alles in allem hat der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert.

	Total stimme zu	Total stimme nicht zu	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	41%	45%	14%
Geschlecht			
 Männlich	45%	44%	11%
Weiblich	37%	46%	17%
Alter			
 15-24	44%	39%	17%
25-39	43%	45%	12%
40-54	42%	47%	11%
55 +	39%	45%	16%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	34%	49%	17%
16-19	41%	45%	14%
20+	47%	43%	10%
Studiert noch	45%	38%	17%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	50%	40%	10%
Leitende(r) Angestellte(r)	49%	42%	9%
Andere(r) Angestellte(r)	46%	43%	11%
Sonstige Arbeiter	39%	48%	13%
Hausfrauen / Hausmänner	38%	47%	15%
Arbeitslos	35%	50%	15%
Rentner / Pensionäre	37%	46%	17%
Studenten	45%	38%	17%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	44%	46%	10%
(5-6) Mitte	40%	47%	13%
(7-10) Rechts	45%	43%	12%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	53%	36%	11%
Eher nicht vertrauen	30%	58%	12%
Mitgliedschaft in der EU			
Gute Sache	52%	36%	12%
Schlechte Sache	25%	65%	10%
Neutral	32%	52%	16%
Vorteil von EU Mitgliedschaft			
Land hat profitiert	52%	36%	12%
Land hat nicht profitiert	27%	62%	11%
Bild der EU			
Positiv	54%	35%	11%
Neutral	33%	50%	17%
Negativ	23%	66%	11%
Euro			
Dafür	54%	34%	12%
Dagegen	21%	67%	12%

5. DIE WIRKSAMSTEN MAßNAHMEN, DIE VON DER EUROPÄISCHEN UNION ERGRIFFEN WERDEN SOLLTEN

5.1. Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise

Die Krise stellt die Europäische Union vor große Herausforderungen in Bezug auf Koordination und Bekräftigung der Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander. Im Dezember 2008 hat die Union einen Plan entworfen, mit dem die Rezession begrenzt, die Nachfrage angekurbelt und das Vertrauen gestärkt, Klein- und Großunternehmen gerettet bzw. bis zu jenem Zeitpunkt gestützt werden sollen, in dem das Wirtschaftswachstum wieder greift⁴⁰.

Wie schon im Winter 2009 (EB71.1), hat der Eurobarometer die europäischen Bürger über die Wirksamkeit einer Reihe von Maßnahmen befragt, die derzeit in der EU diskutiert werden, um die Auswirkungen der Krise zu bekämpfen⁴¹. Die im Vergleich zum Frühjahr 2009 leicht positiver ausfallenden Antworten der europäischen Bürger bezeugen eine sehr starke Befürwortung der Maßnahmen, die darauf abzielen, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen (73%, +2 Punkte), dass die Europäische Union jeden Vorgang kontrolliert, bei dem öffentliche Gelder zur Rettung eines Finanzinstituts eingesetzt werden (69%, +2 Punkte), dass die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten Finanzkonzerne überwacht und kontrolliert (68%, +1) sowie, dass die Europäische Union bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielt (67%, +1).

⁴⁰ Siehe u.a.: «**Europäisches Konjunkturprogramm**», Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat, 26. November 2008 : http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/Comm_20081126_fr.pdf

⁴¹ QC6 Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie im Hinblick auf die Bekämpfung der Krise für wirksam halten oder nicht: Dass die Europäische Union bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielt; dass die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwacht und kontrolliert; dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen; dass die Europäische Union jeden Vorgang kontrolliert, bei dem öffentliche Gelder zur Rettung eines Finanzinstituts eingesetzt werden.

QC6. Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie im Hinblick auf die Bekämpfung der Krise für wirksam halten oder nicht.

Wirksam



■ EB72 Hbt. 2009

■ EB71.1 Jan/Feb. 2009

● EU27

Eine Die Analyse bezüglich der Länder zeigt, dass sich hinter dem scheinbaren Konsens eine Reihe von Differenzen verbergen: Auf Malta (76%), in Deutschland (78%), Dänemark (78%), den Niederlanden (79%), Belgien (80%), Slowenien (81%) und der Slowakei (83%), aber vor allem auf Zypern und in Griechenland wird besonders deutlich gefordert, dass **die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen**. Nahezu 9 von 10 Befragten sind in den letztgenannten Ländern der Ansicht, dass diese Maßnahme im Kampf gegen die Auswirkungen der Krise wirksam sei (jeweils 86%). Griechenland ist im Übrigen jener Mitgliedstaat, in dem der Anteil derjenigen Befragten am höchsten ausfällt, die sich positiv über alle abgefragten Maßnahmen äußern.





























Dass die Europäische Union jeden Vorgang kontrolliert, bei dem öffentliche Gelder zur Rettung eines Finanzinstituts eingesetzt werden, stellt für nahezu 9 von 10 Befragten in Griechenland und auf Zypern eine wirksame Maßnahme dar (jeweils 86%). Gleiches gilt für 8 von 10 Befragten in der Tschechischen Republik und in Bulgarien (79% bzw. 75%). Die Wirksamkeit der Maßnahme wird demgegenüber von 4 von 10 Befragten in Dänemark (42%) sowie von 3 von 10 Befragten in Finnland (30%), im Vereinigten Königreich (29%), in Schweden (29%) und in Ungarn (28%) in Frage gestellt.

Wiederum sind die Befragten in Griechenland und auf Zypern von der Idee, dass **die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwacht und kontrolliert**, deutlich überzeugter als ihre Mitbürger (83% und 81%). In der Slowakei (80%), in Spanien (79%), Luxemburg (77%) sowie in Slowenien und den Niederlanden (jeweils 76%) teilen gewichtige Anteile der Befragten diese Ansicht.

Demgegenüber sieht ein nicht unerheblicher Anteil der Bevölkerung in Finnland (34%), in Schweden (30%) sowie im Vereinigten Königreich (27%), Lettland (27%) und Ungarn (26%) diese Maßnahme mit Ablehnung.

Dass die Europäische Union bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielt, wird schließlich von annähernd 8 von 10 Befragten in Griechenland (81%), Luxemburg (80%), Spanien (79%), auf Zypern (79%), in der Slowakei (77%), in Slowenien (76%) und Belgien (75%) als wirksam im Kampf gegen die Auswirkungen der Krise angesehen. Die Befragten in Lettland (31%), Dänemark (29%), Finnland (29%), dem Vereinigten Königreich (28%) sowie Ungarn und Österreich (jeweils 26%) scheinen diese Maßnahme im Verhältnis als weniger wirksam zu betrachten.

QC6 Innerhalb der europäischen Institutionen werden derzeit bestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise diskutiert. Bitte sagen Sie mir für jede der folgenden Maßnahmen, inwieweit Sie sie im Hinblick auf die Bekämpfung der Krise für wirksam halten oder nicht.

		Dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre jeweilige Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker aufeinander abstimmen		Dass die Europäische Union jeden Vorgang kontrolliert, bei dem öffentliche Gelder zur Rettung eines Finanzinstituts eingesetzt werden		Dass die Europäische Union die Aktivitäten der wichtigsten weltweiten Finanzkonzerne überwacht und kontrolliert.		Dass die Europäische Union bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen auf internationaler Ebene eine wichtigere Rolle spielt	
		Wirksam	Nicht wirksam	Wirksam	Nicht wirksam	Wirksam	Nicht wirksam	Wirksam	Nicht wirksam
	EU27	73%	15%	69%	19%	68%	19%	67%	19%
	BE	80%	15%	74%	21%	74%	19%	75%	18%
	BG	75%	6%	75%	6%	74%	7%	70%	9%
	CZ	77%	16%	79%	15%	74%	18%	69%	20%
	DK	78%	16%	49%	42%	65%	29%	61%	29%
	DE	78%	15%	71%	23%	67%	26%	68%	23%
	EE	62%	19%	53%	27%	58%	21%	57%	23%
	IE	64%	9%	65%	9%	64%	11%	65%	10%
	EL	86%	11%	86%	12%	83%	14%	81%	15%
	ES	81%	9%	81%	9%	79%	12%	79%	11%
	FR	76%	11%	72%	15%	72%	14%	73%	14%
	IT	74%	17%	72%	18%	74%	16%	71%	16%
	CY	86%	5%	86%	5%	81%	8%	79%	8%
	LV	64%	21%	65%	21%	57%	27%	51%	31%
	LT	66%	16%	66%	18%	60%	20%	57%	23%
	LU	75%	14%	75%	13%	77%	12%	80%	9%
	HU	69%	23%	64%	28%	66%	26%	65%	26%
	MT	76%	2%	70%	4%	69%	4%	69%	6%
	NL	79%	15%	69%	26%	76%	17%	74%	18%
	AT	68%	25%	68%	25%	64%	28%	66%	26%
	PL	69%	11%	63%	17%	62%	18%	61%	17%
	PT	64%	19%	67%	20%	69%	17%	67%	16%
	RO	66%	11%	67%	10%	64%	12%	62%	11%
	SI	81%	12%	77%	16%	76%	17%	76%	16%
	SK	83%	10%	81%	12%	80%	13%	77%	13%
	FI	65%	24%	59%	30%	55%	34%	59%	29%
	SE	70%	22%	60%	29%	61%	30%	64%	24%
	UK	59%	22%	53%	29%	55%	27%	53%	28%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

5.2. Maßnahmen, mit denen die Leistungen der europäischen Wirtschaft verbessert werden könnten

Die Maßnahmen und Aktionen, die von der EU in die Tat umgesetzt werden, um einen Ausweg aus der Krise zu finden, zielen darauf ab, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern, indem insbesondere auf eine nachhaltig gestärkte und leistungsfähige Wirtschaft gesetzt wird.

Der Eurobarometer hat die Befragten um ihre Einschätzung gebeten, welche Maßnahmen am besten dazu geeignet sind, die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern⁴². Die Technik der gegabelten Befragung, des "split ballot", wurde verwendet, um den Einfluss zu ermitteln, den die Einführung neuer Punkte und geringfügig veränderter Formulierungen auf die Hierarchie der von den europäischen Bürgern gewünschten Maßnahmen haben. All dies wird im Vergleich zum letzten Mal untersucht, als diese Frage gestellt wurde⁴³.

Der einen, zufällig ausgewählten, Hälfte der Befragten – Split B – wurde dieselbe Liste vorgelegt, die schon im Frühjahr 2006 zum Einsatz kam. Die Liste, die der anderen Hälfte der Befragten – Split A – vorgelegt wurde, war um zwei neue Punkte ergänzt und ein Punkt war verändert worden.

Die zwei neu hinzugefügten Punkte der neuen Liste sind folgende:

- Unternehmen leichteren Zugang zu Krediten gewähren;
- in die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte oder Dienstleistungen investieren.

Darüber hinaus wurde der Punkt über die Dauer der Arbeitszeit für Split A folgendermaßen formuliert «Die Arbeitszeit verlängern», während der Punkt, der Split B vorgelegt wurde, genau dieselbe Formulierung hat, die schon im Frühjahr 2006 verwendet wurde: «Die gesetzliche Arbeitszeit verlängern».

Split B

Split B ermöglicht es zu untersuchen, inwieweit sich die Meinungen zu dieser Frage innerhalb der letzten 2 Jahren verändert haben, während es Split A ermöglicht, sowohl die Wirkung der neuen Punkte zu ermitteln, als auch – durch die neue Formulierung des dritten Punktes – die von den Befragten aufgestellte Hierarchie näher zu untersuchen.

Zuerst einmal werden wir die Ergebnisse von Split B untersuchen. So können wir die aktuelle Situation bewerten und die Entwicklung der Dinge seit Frühjahr 2006 verfolgen. Die Hierarchie der gewählten Punkte hat sich nicht verändert und die prozentualen Anteile der Nennungen sind stabil geblieben oder geringfügig in allen Punkten gesunken. Die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wird nach Ansicht der europäischen Bürger vorrangig durch Investitionen in Bildung und berufliche Weiterbildung garantiert (60%, -4 Punkte).

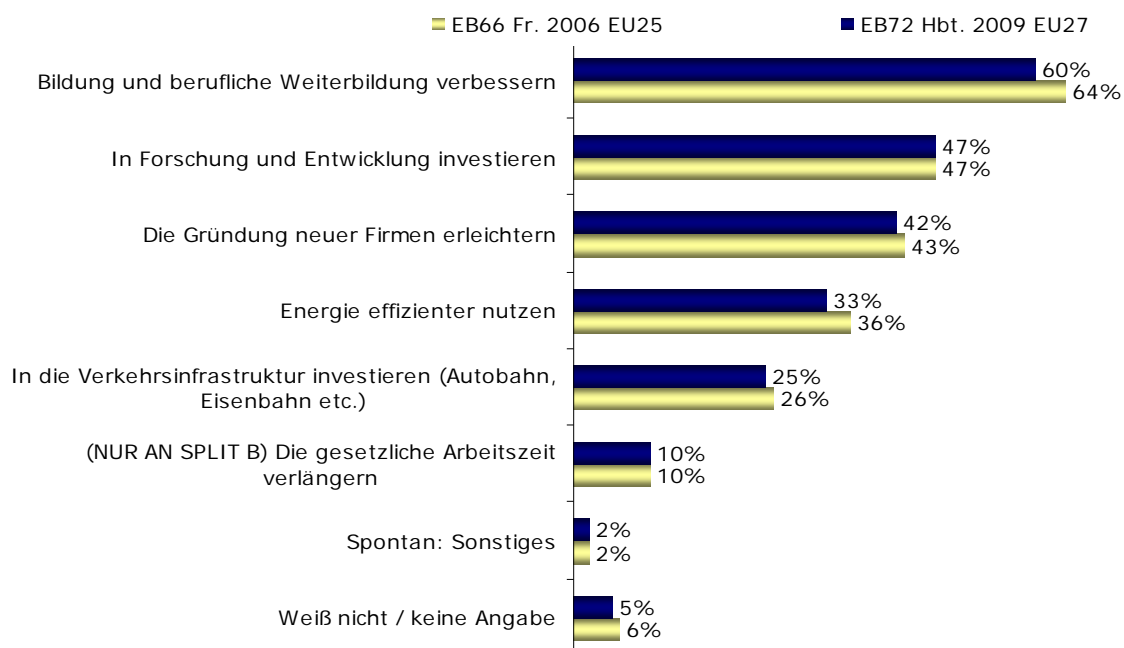
⁴² QC7 Welche der folgenden Vorschläge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern?

⁴³ Herbst 2007, EB66

Mit einigen Punkten Abstand unterstreichen die Bürger außerdem die Bedeutung von Investitionen in Forschung und Entwicklung (47% der Nennungen), gefolgt von «Die Gründung neuer Firmen erleichtern». Dieser Vorschlag wird von 42% der Befragten gewählt (-1 Punkt im Vergleich zur Umfrage von 2006).

Ein Drittel der Befragten nennt den Punkt „Energie effizienter nutzen“ (33%, -3 Punkte), während ein Viertel die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur (Autobahn, Eisenbahn etc.) wählt. Ein europäischer Bürger von 10 schließlich nennt die Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit.

QC7.2 (SPLIT B) Welche der folgenden Vorschläge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern? (MAX. 3 ANTWORTEN)



Split A

Die Analyse der von Split A gegebenen Antworten (mit zwei zusätzlichen Punkten und dem anders formulierten Punkt über die Dauer der Arbeitszeit) zeigt, dass die Hierarchie der von den Bürgern genannten Vorschläge im Grunde unverändert bleibt, auch wenn die Änderungen der Liste, insbesondere die beiden zusätzlichen Punkte, den Anteil der Nennungen der für beide Splits gleichlautenden Punkte nach unten drücken.

QC7.1 (SPLIT A) Welche der folgenden Vorschläge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern? (MAX. 3 ANTWORTEN)



Somit erklärt wenig mehr als die Hälfte der Befragten (52%), dass es dringend notwendig sei, die Bildung und berufliche Weiterbildung zu verbessern, um die europäische Wirtschaft leistungsfähiger zu machen. 40% der Antworten auf die Frage, wie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft verbessert werden kann, fallen auf den Punkt „In Forschung und Entwicklung investieren“, während ein Drittel der Befragten (34%) der Ansicht ist, dass es hilfreich wäre, die Gründung neuer Firmen zu erleichtern.





























Von den neuen Punkten erhält «Unternehmen leichteren Zugang zu Krediten gewähren» 27% der Nennungen. Dieser Anteil an Nennungen ist mit jenem vergleichbar, der für die effizientere Nutzung der Energie ermittelt wird (25%).

Der Punkt „In die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte oder Dienstleistungen investieren“ erhält mit 23% der Antworten einen Anteil, der im Vergleich geringfügig niedriger ausfällt, während 21% der Befragten die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur wählen.

Die Verlängerung der Arbeitszeit schließlich wird von 7% der europäischen Bürger genannt, vorausgesetzt, es wird nicht weiter präzisiert, ob es sich um die - wie für Split B angegebene - «gesetzliche» Arbeitszeit handelt.

In der folgenden nationalen Ergebnisanalyse werden wir die detailliertere Liste verwenden, die dem Split A vorgelegt wurde und einige wichtige Problematiken beinhaltet, mit denen die Unternehmen und das Wirtschaftsgefüge im Allgemeinen derzeit konfrontiert sind.

QC7.1 (SPLIT A) Welche der folgenden Vorschläge sind Ihrer Meinung nach am besten geeignet, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern? (MAX. 3 ANTWORTEN)

		Bildung und berufliche Weiterbildung verbessern	In Forschung und Entwicklung investieren	Die Gründung neuer Firmen erleichtern	(NUR AN SPLIT A) Unternehmen leichterem Zugang zu Krediten gewähren	Energie effizienter nutzen	(NUR AN SPLIT A) In die Entwicklung umweltfreundlicher Produkte oder Dienstleistungen investieren	In die Verkehrsinfrastruktur investieren (Autobahn, Eisenbahn etc.)	(NUR AN SPLIT A) Die Arbeitszeit verlängern	Spontan: Sonstiges	Weiß nicht / keine Angabe
	EU27	52%	40%	34%	27%	25%	23%	21%	7%	1%	5%
	BE	48%	41%	39%	23%	35%	19%	17%	7%	1%	2%
	BG	39%	29%	25%	35%	46%	32%	30%	11%	1%	6%
	CZ	38%	44%	29%	20%	36%	24%	31%	4%	0%	4%
	DK	70%	57%	32%	25%	44%	23%	14%	5%	0%	3%
	DE	65%	56%	28%	28%	23%	36%	13%	3%	0%	3%
	EE	58%	34%	44%	16%	32%	22%	17%	4%	1%	4%
	IE	60%	39%	35%	38%	31%	13%	23%	18%	1%	5%
	EL	59%	34%	54%	10%	31%	12%	29%	8%	1%	1%
	ES	48%	33%	41%	35%	14%	18%	16%	4%	3%	5%
	FR	59%	39%	50%	23%	27%	26%	17%	13%	1%	1%
	IT	40%	43%	35%	33%	17%	14%	17%	7%	2%	7%
	CY	78%	37%	30%	14%	28%	44%	21%	5%	0%	2%
	LV	42%	26%	62%	29%	17%	17%	20%	4%	1%	3%
	LT	41%	29%	44%	33%	31%	18%	9%	4%	3%	8%
	LU	70%	40%	32%	17%	28%	24%	10%	11%	0%	1%
	HU	44%	33%	31%	24%	45%	26%	22%	2%	0%	3%
	MT	47%	27%	34%	9%	47%	26%	16%	8%	0%	10%
	NL	69%	47%	18%	21%	26%	33%	37%	8%	1%	2%
	AT	58%	39%	35%	28%	34%	33%	19%	10%	3%	2%
	PL	32%	27%	41%	29%	20%	16%	28%	4%	1%	10%
	PT	59%	33%	36%	22%	19%	12%	8%	10%	1%	7%
	RO	53%	31%	43%	24%	18%	11%	31%	11%	1%	9%
	SI	38%	48%	30%	29%	26%	36%	21%	3%	4%	2%
	SK	35%	35%	27%	23%	37%	27%	44%	1%	2%	2%
	FI	60%	47%	34%	19%	44%	36%	12%	7%	1%	2%
	SE	55%	48%	47%	19%	23%	21%	31%	5%	2%	3%
	UK	54%	33%	15%	22%	35%	19%	25%	7%	2%	9%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Die wichtigsten Erkenntnisse, die wir aus der Analyse der Länderergebnisse ziehen können, sind Folgende:

Die Befragten, für die **Bildung und berufliche Weiterbildung** größte Priorität haben, um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern, sind auf Zypern, in Dänemark, Luxemburg, Deutschland und den Niederlanden zu finden.

In Forschung und Entwicklung zu investieren, erhält in den nördlichen Ländern Europas, wie Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Finnland und Schweden sowie in Slowenien im Allgemeinen einen höheren Anteil der Nennungen.

Die Gründung neuer Firmen wird vorrangig in Lettland, Spanien, Litauen und Griechenland gewünscht.

Sowohl die Spanier als auch die Iren nennen häufiger als der Durchschnitt, dass den **Unternehmen leichter Zugang zu Krediten** gewährt werden sollte.

Um die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern, sollte nach Ansicht der Befragten auf Malta, in Ungarn sowie in Finnland und Dänemark besonders die **effizientere Nutzung von Energie** als vorrangige Maßnahme verwirklicht werden.

Die Befragten auf Zypern messen der **Entwicklung umweltfreundlicher Produkte oder Dienstleistungen** verhältnismäßig mehr Bedeutung bei als ihre europäischen Mitbürger, während die Befragten in der Slowakei und den Niederlanden häufiger darauf hinweisen, dass in die **Verkehrsinfrastruktur** investiert werden sollte.

Die Befragten in Irland schließlich wählen häufiger die **Verlängerung der Arbeitszeit**. Hier muss hinzugefügt werden, dass dies auch für die Befragten in Bulgarien gilt, wenn spezifiziert wird, dass es sich um die «gesetzliche» Arbeitszeit wie im Split B handelt.

5.3. Maßnahmen, um den Bürgern zu helfen, die Auswirkungen der Krise zu bewältigen

Nach Ansicht des Präsidenten der Europäischen Kommission⁴⁴ beruht das gemeinsame europäische Konjunkturprogramm, das ins Leben gerufen wurde, um gegen die Auswirkungen der Krise zu kämpfen, auf dem Grundsatz von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit. Dies, um vor allem jenen zu helfen, die Unterstützung am meisten benötigen. Hierfür müssen Arbeitsplätze gesichert und die KMUs, die kleinen und mittelständischen Unternehmen, unterstützt werden.

Wenn wir die europäischen Bürger befragen, welche Maßnahmen am besten vorrangig ergriffen werden sollten, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen⁴⁵, erklären die Befragten als erstes, dass den KMUs Unterstützung gewährt werden sollte, da diese sowohl unter den Schwierigkeiten bestimmter Geschäftssparten als auch unter der Kreditverknappung zu leiden haben (37%). Um die im bisherigen Text angesprochenen Ziele zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu erreichen, wählen die Befragten mit 28% der Nennungen all jene Maßnahmen, die mit der Entwicklung einer auf Wissen basierenden Wirtschaft (Ausbildung, Innovation und Forschung) einhergehen.

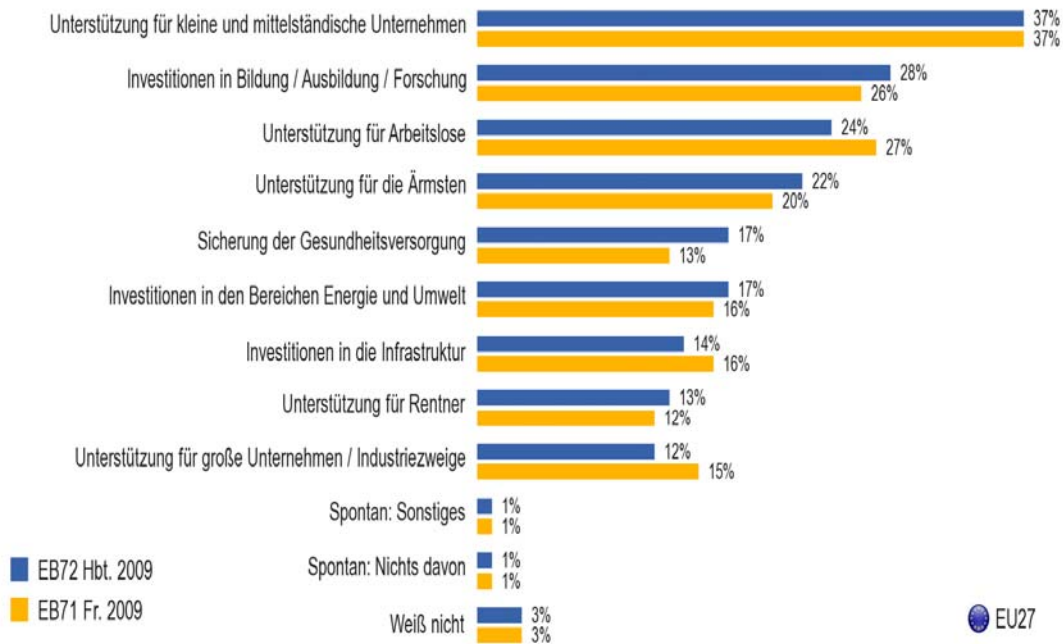
Zwischen einem Viertel und einem Fünftel der Befragten wählen solidarische Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen und der Ärmsten (24% bzw. 22% der Nennungen), während die Sicherung der Gesundheitsversorgung (17%), die Investitionen in die Bereiche Energie und Umwelt (17%) oder in die Infrastruktur (14%) von Anteilen, die unter denjenigen für die solidarischen Maßnahmen liegen, genannt werden. Geringfügig mehr als ein europäischer Bürger von 10 schließlich sieht die Unterstützung für Rentner (13%) und die Unterstützung für große Unternehmen und die Industrie (12%) als wichtigste Maßnahme.

⁴⁴ Siehe die Einleitung von José Manuel Durao Barroso zum Text mit dem Titel «Europäisches Konjunkturprogramm», 26. November 2008

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0800:FIN:FR:PDF>





























⁴⁵ QC8 Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union vorrangig ergreifen, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen?

QC8. Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union vorrangig ergreifen, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen?



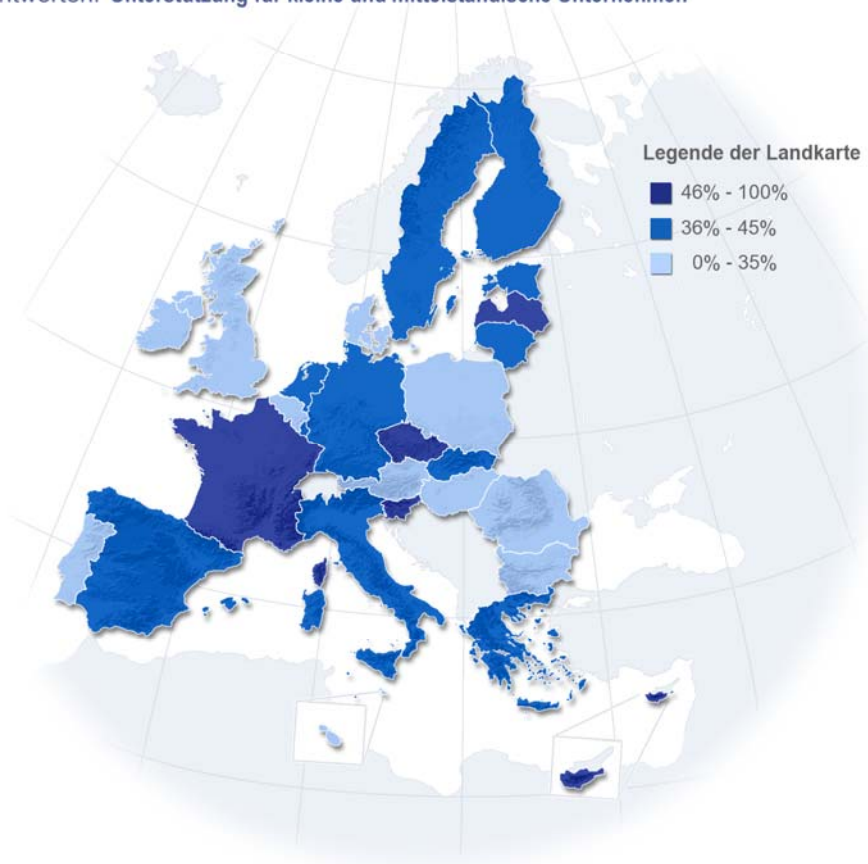
Die Ergebnisanalyse auf Länderebene bietet einige weitere interessante Informationen:

Die Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen wird in 17 von 27 Mitgliedstaaten auf den ersten Platz gewählt. Dieser Punkt wird in Lettland (53%), auf Zypern (51%) sowie in Frankreich und der Tschechischen Republik (jeweils 49%) und in Slowenien (46%) von annähernd einem von 2 Befragten genannt. Demgegenüber können die niedrigsten Werte hierfür auf Malta (18%), im Vereinigten Königreich (23%) und in Portugal (24%) festgestellt werden.

	LV	53%
	CY	51%
	CZ	49%
	FR	49%
	SI	46%
	FI	44%
	LT	42%
	EE	41%
	ES	41%
	DE	41%
	LU	40%
	EL	38%
	SE	38%
	IT	37%
	EU27	37%
	NL	36%
	SK	36%
	DK	35%
	AT	34%
	PL	33%
	IE	32%
	BE	32%
	RO	31%
	BG	31%
	HU	27%
	PT	24%
	UK	23%
	* MT	18%

Frage: QC8. Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union vorrangig ergreifen, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen?

Antworten: **Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen**



Investitionen in die wissensbasierte Wirtschaft – in Bildung / Ausbildung / Forschung - werden vorrangig in den nördlichen Mitgliedstaaten Europas gewählt: Dies gilt vor allem für Schweden (56%), Dänemark (51%) und die Niederlande (50%) sowie für Irland (47%) und Deutschland (45%). In diesen sechs Ländern wird diese Antwort am häufigsten gegeben. Gleiches gilt für das Vereinigte Königreich, allerdings mit einem Wert, der deutlich unter dem der anderen liegt (28%).





























In Spanien, auf Malta und in Griechenland werden mit deutlich mehr Nachdruck als in den anderen Ländern Maßnahmen verlangt, die sich auf die **Unterstützung für Arbeitslose** beziehen. Die jeweiligen Anteile hierfür belaufen sich auf 39%, 36% und 35%, während die **Unterstützung für die Ärmsten** vor allem von den Befragten in Frankreich (32%), Portugal (31%) und Polen (30%) reklamiert wird.

Um die Auswirkungen der Krise zu bewältigen, wird vor allem in Finnland (29%) und Belgien (25%) **die Sicherung der Gesundheitsversorgung** als vorrangige Maßnahme für die Europäische Union gewählt, während die Befragten in Portugal (20%) und dem Vereinigten Königreich (18%) häufiger als im Durchschnitt der Ansicht sind, dass die vorrangigste Maßnahme die **Unterstützung der Rentner** sein sollte.

Entsprechend den Antworten, die sie bezüglich der ihrer Ansicht nach vorrangigen Maßnahmen für eine nachhaltige Ankurbelung der europäischen Wirtschaft und eine Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit gegeben haben, erklären die Bürger in Dänemark am häufigsten, dass **Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt** vorrangig ergriffen werden sollten, um den Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen (33%). Wir stellen fest, dass auch zahlreiche Befragte auf Malta für diese Maßnahme optieren (26%).

Investitionen in die Infrastruktur werden insbesondere in Griechenland und Rumänien als vorrangig zu ergreifende Maßnahme angesehen (jeweils 29%) und schließlich erklären die Befragten in Rumänien und in Lettland (22% bzw. 24%), dass die **Unterstützung für große Unternehmen / Industriezweige** für den Schutz der Bürger vor den Auswirkungen der Krise von großer Bedeutung ist.





























QC8 Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union vorrangig ergreifen, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen? (MAX. 2 ANTWORTEN)

		Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen	Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung	Unterstützung für Arbeitslose	Unterstützung für die Ärmsten	Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt	Sicherung der Gesundheitsversorgung	Investitionen in die Infrastruktur	Unterstützung für Rentner	Unterstützung für große Unternehmen / Industriezweige	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	37%	28%	24%	22%	17%	17%	14%	13%	12%	3%
	BE	32%	29%	16%	24%	19%	25%	11%	17%	12%	2%
	BG	31%	23%	34%	22%	19%	17%	16%	16%	12%	3%
	CZ	49%	23%	26%	15%	10%	19%	15%	15%	17%	0%
	DK	35%	51%	16%	16%	33%	16%	13%	6%	10%	1%
	DE	41%	45%	17%	21%	19%	23%	11%	10%	5%	1%
	EE	41%	31%	31%	19%	9%	22%	8%	9%	10%	3%
	IE	32%	47%	24%	12%	14%	15%	18%	8%	16%	4%
	EL	38%	21%	35%	23%	18%	8%	29%	10%	9%	1%
	ES	41%	24%	39%	15%	14%	7%	17%	8%	17%	2%
	FR	49%	25%	20%	32%	15%	19%	5%	14%	11%	2%
	IT	37%	21%	24%	17%	21%	11%	19%	11%	17%	2%
	CY	51%	33%	30%	22%	20%	13%	16%	8%	4%	0%
	LV	53%	21%	22%	14%	5%	20%	12%	12%	24%	2%
	LT	42%	16%	26%	20%	17%	19%	11%	13%	15%	5%
	LU	40%	37%	20%	23%	13%	14%	16%	4%	15%	1%
	HU	27%	17%	31%	28%	18%	23%	13%	17%	14%	1%
	MT	18%	33%	36%	19%	26%	13%	9%	10%	18%	4%
	NL	36%	50%	20%	20%	10%	21%	16%	5%	12%	1%
	AT	34%	25%	18%	23%	23%	23%	18%	16%	9%	1%
	PL	33%	14%	27%	30%	10%	16%	11%	17%	11%	5%
	PT	24%	20%	25%	31%	12%	17%	12%	20%	9%	4%
	RO	31%	26%	18%	19%	12%	14%	29%	14%	22%	3%
	SI	46%	26%	21%	27%	14%	17%	7%	12%	17%	0%
	SK	36%	22%	30%	22%	16%	18%	15%	12%	16%	1%
	FI	44%	19%	33%	23%	17%	29%	9%	8%	13%	0%
	SE	38%	56%	19%	14%	21%	13%	19%	5%	10%	1%
	UK	23%	28%	25%	19%	18%	19%	12%	18%	7%	8%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Aus soziodemografischer Sicht ist es interessant, die Antworten in Abhängigkeit von den verschiedenen Berufsgruppen zu analysieren. Denn wenn es um die Unterstützung der großen Unternehmen / Industriezweige geht (mit 12%, 13% bzw. 10% der Nennungen), stimmen die Antworten der Arbeitslosen, der Selbstständigen und der Führungskräfte mit der allgemeinen Linie überein. Sobald es allerdings um die Unterstützung der kleinen/mittelständischen Unternehmen oder der Arbeitslosen geht, machen sich Unterschiede bemerkbar: 44% der Führungskräfte und insbesondere 50% der Selbstständigen wählen die Unterstützung der KMUs, im Vergleich zu 39% der Arbeiter oder 30% der Arbeitslosen. Demgegenüber wird die Unterstützung für Arbeitslose von 41% derjenigen Personen gewählt, die sich in eben dieser Situation befinden, während dies nur für 25% der Arbeiter, 22% der Angestellten und 17% der Kategorie der Führungskräfte und Selbstständigen gilt.

QC8 Welche zwei der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Union vorrangig ergreifen, um Menschen zu helfen, die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen? (ANTWORTEN)

		Unterstützung für kleine und mittelständische Unternehmen	Investitionen in Bildung / Ausbildung / Forschung	Unterstützung für Arbeitslose	Unterstützung für die Ärmsten	Investitionen in den Bereichen Energie und Umwelt	Sicherung der Gesundheitsversorgung	Investitionen in die Infrastruktur	Unterstützung für Rentner	Unterstützung für große Unternehmen / Industriezweige
	EU27	37%	28%	24%	22%	17%	17%	14%	13%	12%
	BE	32%	29%	16%	24%	19%	25%	11%	17%	12%
	BG	31%	23%	34%	22%	19%	17%	16%	16%	12%
	CZ	49%	23%	26%	15%	10%	19%	15%	15%	17%
	DK	35%	51%	16%	16%	33%	16%	13%	6%	10%
	DE	41%	45%	17%	21%	19%	23%	11%	10%	5%
	EE	41%	31%	31%	19%	9%	22%	8%	9%	10%
	IE	32%	47%	24%	12%	14%	15%	18%	8%	16%
	EL	38%	21%	35%	23%	18%	8%	29%	10%	9%
	ES	41%	24%	39%	15%	14%	7%	17%	8%	17%
	FR	49%	25%	20%	32%	15%	19%	5%	14%	11%
	IT	37%	21%	24%	17%	21%	11%	19%	11%	17%
	CY	51%	33%	30%	22%	20%	13%	16%	8%	4%
	LV	53%	21%	22%	14%	5%	20%	12%	12%	24%
	LT	42%	16%	26%	20%	17%	19%	11%	13%	15%
	LU	40%	37%	20%	23%	13%	14%	16%	4%	15%
	HU	27%	17%	31%	28%	18%	23%	13%	17%	14%
	MT	18%	33%	36%	19%	26%	13%	9%	10%	18%
	NL	36%	50%	20%	20%	10%	21%	16%	5%	12%
	AT	34%	25%	18%	23%	23%	23%	18%	16%	9%
	PL	33%	14%	27%	30%	10%	16%	11%	17%	11%
	PT	24%	20%	25%	31%	12%	17%	12%	20%	9%
	RO	31%	26%	18%	19%	12%	14%	29%	14%	22%
	SI	46%	26%	21%	27%	14%	17%	7%	12%	17%
	SK	36%	22%	30%	22%	16%	18%	15%	12%	16%
	FI	44%	19%	33%	23%	17%	29%	9%	8%	13%
	SE	38%	56%	19%	14%	21%	13%	19%	5%	10%
	UK	23%	28%	25%	19%	18%	19%	12%	18%	7%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

6. SOLL DAS WIRTSCHAFTS- UND FINANZSYSTEM REFORMIERT WERDEN?

Angesichts der Krise haben die Europäische Union, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Gemeinschaft der nationalen Regierungen Maßnahmen bisher ungekannten Ausmaßes ergriffen, um die Finanzmärkte zu stabilisieren und die Kredithähne wieder zu öffnen. Schnell wurde klar, dass diese Maßnahmen Hand in Hand mit Reformen gehen müssen, damit eine erneute Krise vermieden und das Vertrauen in den Bankensektor wieder hergestellt wird.

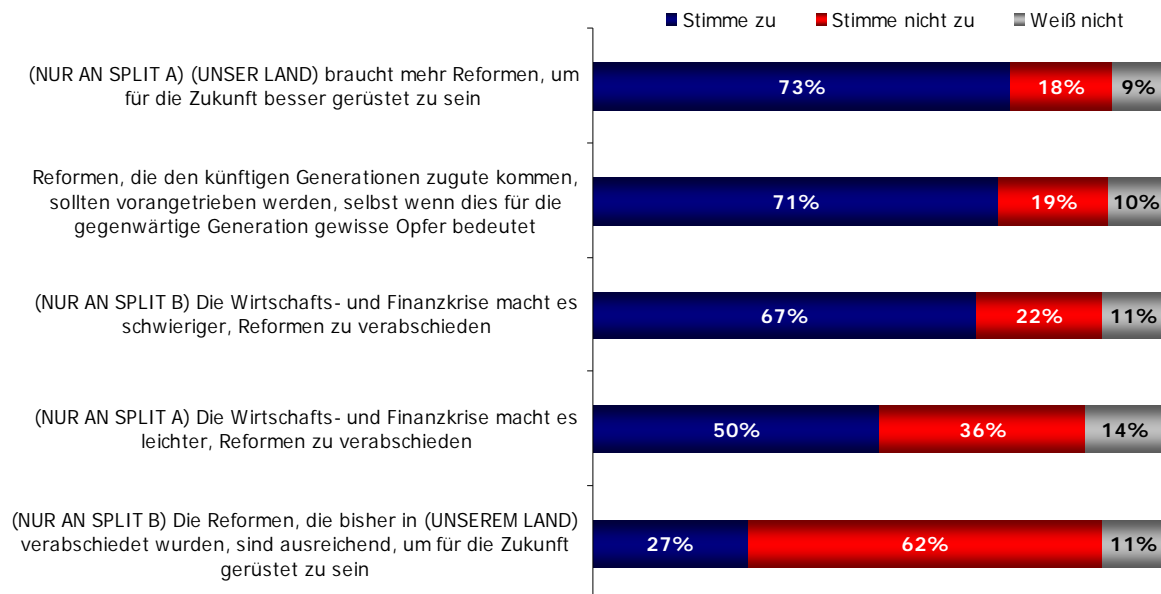
Die EU hat bereits Schritte unternommen⁴⁶, um eine wirksamere Regulierung zu erreichen und das System der Risikoüberwachung zu verbessern. Es gilt, moralisches Verhalten zu fördern und Missbräuche zu bestrafen.

Welche Haltung nehmen die europäischen Bürger angesichts der Entwicklungen ein, die die Welt seit Ende des Jahres 2008 erschüttern? Sind auch sie der Meinung, dass mittel- und langfristige Reformen durchgeführt werden müssen, oder sind sie, im Gegenteil, der Ansicht, dass die schon durchgeführten Reformen ausreichen, um der Zukunft die Stirn zu bieten? Sind sie davon überzeugt, dass der schwierige Kontext dazu beiträgt, die verschiedenen betroffenen Akteure zu einigen, oder erschwert der Kontext den Dialog und die Entscheidungsfindung?

Ein weiteres Mal wurde auf die gegabelte Befragung zurückgegriffen. Eine Hälfte der ausgewählten Personen bekam Aussagen vorgelegt, deren Schwerpunkt darin liegt, dass die Reformen fortgesetzt werden müssen und der gegebene Kontext dies auch verlangt (Split A). Die andere Hälfte der befragten Personen hat demgegenüber zu Aussagen Stellung genommen, die eine konservativere Sichtweise der Reformen zum Ausdruck bringen («Die Reformen, die bisher verabschiedet wurden, sind ausreichend, um für die Zukunft gerüstet zu sein») und die die Wirtschafts- und Finanzkrise als Katalysator für derartige Bestrebungen eher negativ beurteilen. Die beiden Untergruppen der Befragten haben sich schließlich zu ein und demselben Punkt geäußert, der sich auf den Bedarf an Reformen aufgrund von generationenübergreifender Solidarität bezieht: Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, sollten vorangetrieben werden, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet.

⁴⁶ Für mehr Informationen siehe: http://ec.europa.eu/financial-crisis/documentation/index_fr.htm

QC9 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.



Allgemein gesehen ist die wichtigste Erkenntnis, die aus dieser Frage abgeleitet werden kann, dass die europäischen Bürger die Notwendigkeit von Reformen zweifelsohne anerkennen⁴⁷.

Die europäischen Bürger scheinen darüber hinaus bereit zu sein, gewisse Opfer zu bringen, um dies zu erreichen: **7 von 10 europäischen Bürgern (71%) sind der Ansicht, dass die Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, vorangetrieben werden sollten, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet.**

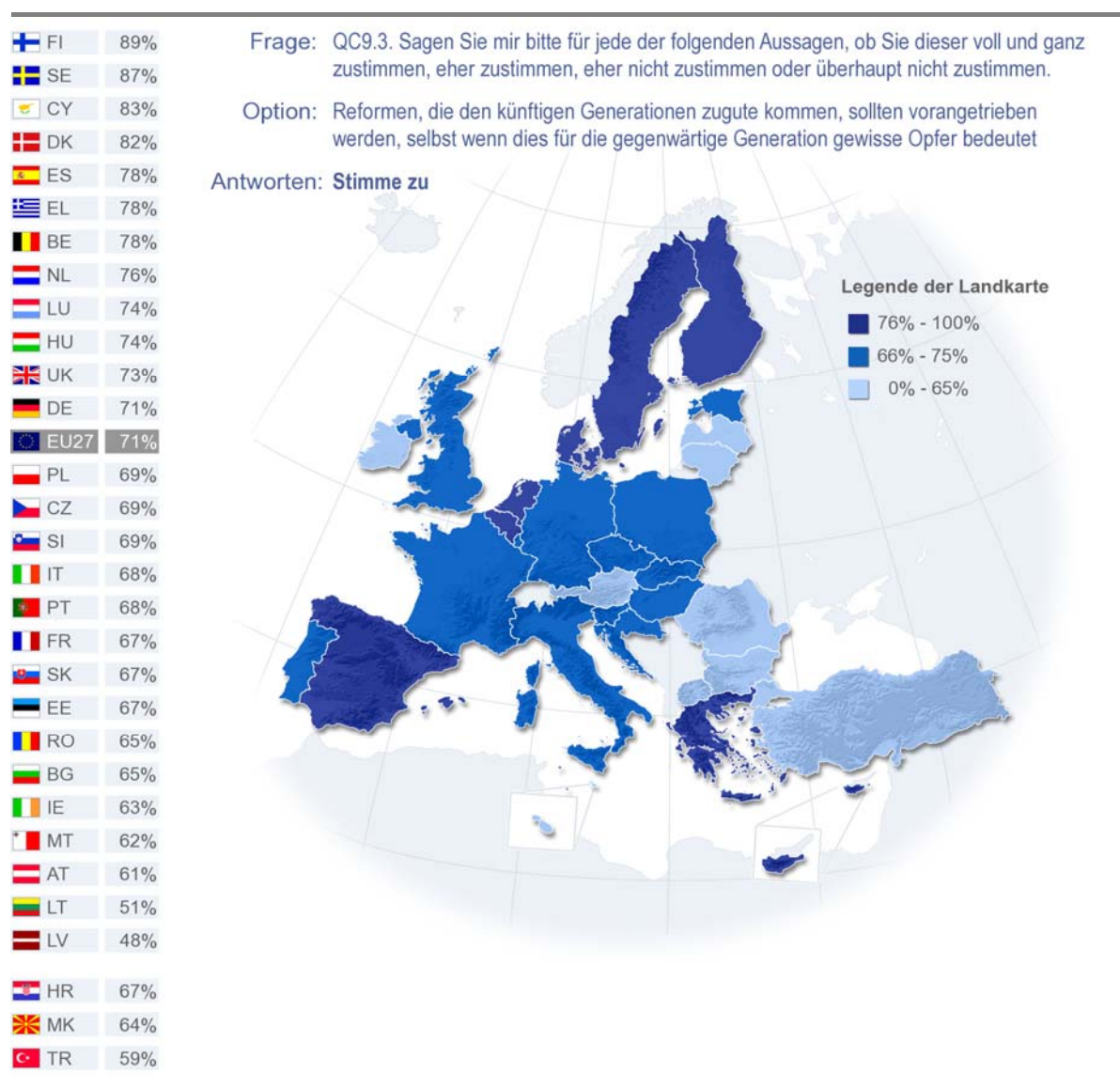
Die Bereitschaft, bis zu einem gewissen Grad generationenübergreifende Opfer zu bringen, um für die kommenden Generationen eine stabile wirtschaftliche Situation zu garantieren, ist mit der Überzeugung kohärent, dass die **verschiedenen Länder mehr Reformen brauchen, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein: Dies ist zumindest die Ansicht von mehr als 7 von 10 europäischen Bürgern (73%).**

Es handelt sich darüber hinaus um eine Überzeugung, an der keinerlei Zweifel gehegt werden, da sich die Werte auch durch eine andere Formulierung der Aussage nicht verändern. Dies zeigt sich deutlich anhand der Anteile, die im Split B für die gegenteilige Aussage festgestellt werden: **62% der europäischen Bürger sind mit der Aussage nicht einverstanden, dass die Reformen, die bisher verabschiedet wurden, ausreichend sind, um für die Zukunft gerüstet zu sein.**

⁴⁷ QC9 Pourriez-vous me dire si vous êtes tout à fait d'accord, plutôt d'accord, plutôt pas d'accord ou pas du tout d'accord avec chacune des propositions suivantes.







Auch wenn der Reformbedarf an sich nicht weiter hinterfragt wird, so ist die Rolle, die die Krise hierbei gespielt hat, durchaus eine Quelle von Differenzen: **Während der Anteil der Befragten, die mit einer "optimistischen" Einschätzung der Krise einverstanden sind, d.h. diese eher als Chance begreifen, um Reformen durchzuführen, bei 50% liegt, können für den Anteil der Befragten, die eine eher pessimistische Sichtweise der Krise haben, 67% festgestellt werden.**

Die Analyse bezüglich der Länder macht mit Übereinstimmungswerten, die in Finnland bis auf 89% und in Schweden auf 87% steigen, das Ausmaß dieser **generationenübergreifenden Solidarität** deutlich. Auch die Ergebnisse auf Zypern (83%) und in Dänemark (82%) übersteigen mit über 80% den europäischen Durchschnitt.



Was den **Bedarf an Reformen** anbelangt, sprechen vor allem die Ergebnisse der Split A-Gruppe insbesondere in Spanien (89%), Finnland (89%), Griechenland (88%) und auf Zypern (86%) eine deutliche Sprache. Auch die Analyse der Split B-Gruppe macht deutlich, dass eine Aussage, die ins Gegenteil verkehrt formuliert wird, (die Reformen, die bisher verabschiedet wurden, sind *ausreichend*, um für die Zukunft gerüstet zu sein) hohe Anteile für die gegenteiligen Ansichten in Lettland (8 von 10 Befragten), in Frankreich, Bulgarien, Deutschland und in Spanien (annähernd 7 von 10 Befragten) ergeben. Der Bedarf an Reformen ist dringend, unabhängig davon, wie die Aussage formuliert wird.

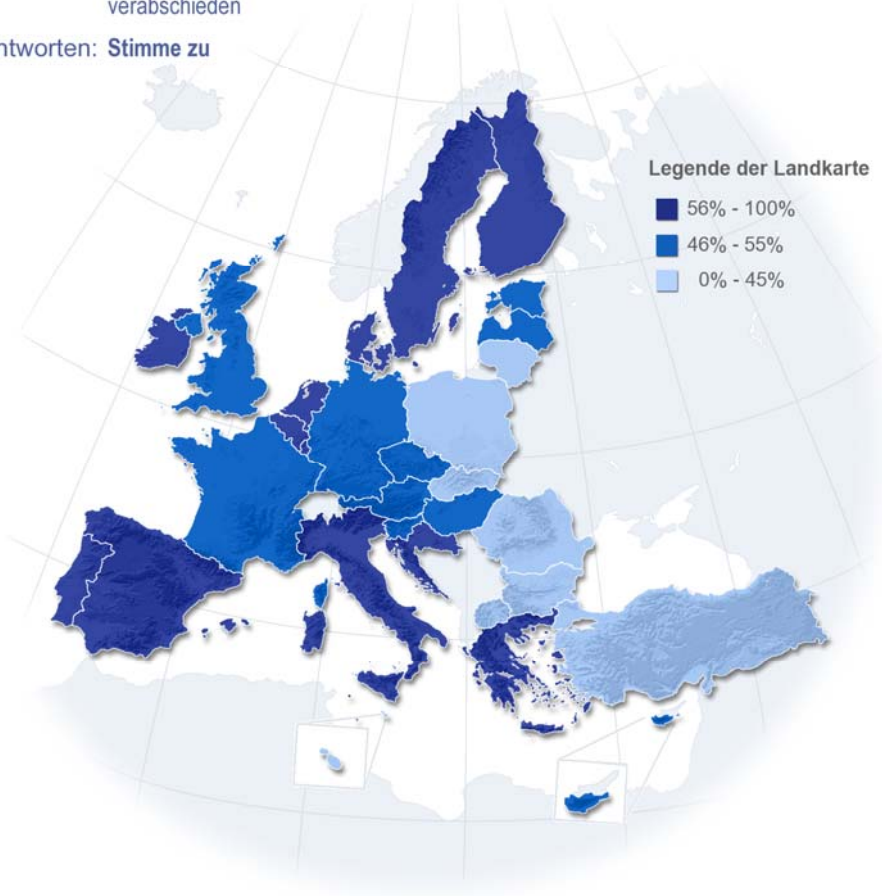
Eine Analyse des Aspekts, der die größten Differenzen hervorruft, bzw. der den Befragten die größten Schwierigkeiten bereitet (**ob die Wirtschafts- und Finanzkrise es schwieriger oder leichter macht, Reformen zu verabschieden**), verdeutlicht große Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern: In Bezug auf die positivere Sichtweise können wir insbesondere in Griechenland, Luxemburg, den Niederlanden und Finnland (alle mit einem Ergebnis von 64%) sowie in Spanien (63%) und in Schweden (62%) hohe Anteile der Zustimmung feststellen; in Ungarn (83%), Litauen (76%), Polen (75%), Schweden (75%) und – ein weiteres Mal – in Griechenland (76%) sind die Übereinstimmungswerte mit dem zweiten Szenario (in dem die Krise vor allem als ein Hindernis für die Durchführung von Reformen gesehen wird) die höchsten.

	NL	64%
	LU	64%
	EL	64%
	FI	64%
	ES	63%
	SE	62%
	BE	58%
	DK	57%
	PT	56%
	IE	56%
	IT	56%
	AT	55%
	CZ	52%
	LV	52%
	EE	50%
	EU27	50%
	UK	49%
	FR	49%
	SI	49%
	CY	48%
	HU	47%
	DE	46%
	SK	41%
	RO	40%
	LT	38%
	MT	37%
	PL	32%
	BG	28%
	HR	56%
	MK	42%
	TR	40%
































Frage: QC9.1. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Option: (NUR AN SPLIT A) Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es leichter, Reformen zu verabschieden

Antworten: **Stimme zu**



Die hier folgende Tabelle zeigt alle nationalen Ergebnisse:

QC9 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. - % Total zustimmen						
		(NUR AN SPLIT A) (UNSER LAND) braucht mehr Reformen, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein	Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, sollten vorangetrieben werden, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet	(NUR AN SPLIT B) Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es schwieriger, Reformen zu verabschieden	(NUR AN SPLIT A) Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es leichter, Reformen zu verabschieden	(NUR AN SPLIT B) Die Reformen, die bisher in (UNSEREM LAND) verabschiedet wurden, sind ausreichend, um für die Zukunft gerüstet zu sein
	EU27	73%	71%	67%	50%	27%
	BE	81%	78%	71%	58%	31%
	BG	83%	65%	73%	28%	18%
	CZ	65%	69%	71%	52%	31%
	DK	57%	82%	72%	57%	29%
	DE	70%	71%	66%	46%	21%
	EE	73%	67%	68%	50%	35%
	IE	72%	63%	61%	56%	26%
	EL	88%	78%	76%	64%	32%
	ES	89%	78%	63%	63%	24%
	FR	57%	67%	62%	49%	17%
	IT	75%	68%	66%	56%	27%
	CY	86%	83%	70%	48%	24%
	LV	80%	48%	73%	52%	18%
	LT	62%	51%	76%	38%	34%
	LU	63%	74%	67%	64%	35%
	HU	65%	74%	83%	47%	27%
	MT	72%	62%	69%	37%	15%
	NL	71%	76%	65%	64%	29%
	AT	67%	61%	65%	55%	40%
	PL	74%	69%	75%	32%	29%
	PT	76%	68%	63%	56%	33%
	RO	71%	65%	66%	40%	32%
	SI	70%	69%	64%	49%	27%
	SK	68%	67%	74%	41%	38%
	FI	89%	89%	71%	64%	34%
	SE	68%	87%	75%	62%	26%
	UK	81%	73%	68%	49%	36%
	HR	76%	67%	70%	56%	29%
	TR	55%	59%	50%	40%	21%
	MK	71%	64%	72%	42%	41%





* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Die soziodemografische Analyse zeigt je nach den Merkmalen der Befragten folgende Differenzen auf. Wir können z.B. beobachten, dass Männer (76%), junge Erwerbstätige (Befragte im Alter zwischen 25 und 39 Jahre, 78%), diejenigen, die ihre Ausbildung am längsten fortgeführt haben (77%), Führungskräfte (79%) und jene Befragten, die Vertrauen in die Europäische Union haben (80%) am häufigsten der Ansicht sind, dass **ihr Land mehr Reformen braucht, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein**. Dies im Vergleich zu Frauen (72%), den jüngsten, aber auch den ältesten Befragten (jeweils 72%), denjenigen, die die Schule am frühesten verlassen haben (69%), Arbeitern (72%) und den Befragten, die kein Vertrauen in die Europäische Union haben (69%).

Für alle gesellschaftlichen Gruppen gilt, dass sich eine große Mehrheit für mehr Reformen im eigenen Land ausspricht, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Das Ausbildungsniveau der Befragten scheint darüber hinaus erheblichen Einfluss darauf zu haben, ob nach Ansicht der Bürger **aufgrund der Krise Reformen leichter verabschiedet werden können**: 57% der Befragten, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben, sind der Ansicht, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise es leichter macht, Reformen zu verabschieden, im Vergleich zu 42% derjenigen, die ihre Ausbildung vor dem 16. Lebensjahr beendet haben. Die Einstellung gegenüber der Einheitswährung ist in diesem Zusammenhang ebenfalls ein diskriminierender Faktor: 57% derjenigen, die den Euro unterstützen, sind der Meinung, dass die Krise Reformen erleichtert, während dies nur für 42% derjenigen gilt, die gegen die Einheitswährung sind.

QC9 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. -
% Total zustimmen

	(NUR AN SPLIT A) (UNSER LAND) braucht mehr Reformen, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein	Reformen, die den künftigen Generationen zugute kommen, sollten vorangetrieben werden, selbst wenn dies für die gegenwärtige Generation gewisse Opfer bedeutet	(NUR AN SPLIT B) Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es schwieriger, Reformen zu verabschieden	(NUR AN SPLIT A) Die Wirtschafts- und Finanzkrise macht es leichter, Reformen zu verabschieden	(NUR AN SPLIT B) Die Reformen, die bisher in (UNSEREM LAND) verabschiedet wurden, sind ausreichend, um für die Zukunft gerüstet zu sein
EU27	73%	71%	67%	50%	27%
Geschlecht					
 Männlich	76%	74%	68%	52%	28%
Weiblich	72%	69%	66%	49%	26%
Alter					
 15-24	72%	68%	65%	48%	28%
25-39	78%	72%	67%	55%	27%
40-54	73%	72%	69%	51%	28%
55+	72%	71%	67%	47%	25%
Ausbildung (Ende der)					
 15-	69%	66%	65%	42%	25%
16-19	75%	70%	68%	50%	29%
20+	77%	79%	69%	57%	25%
Studiert noch	71%	70%	67%	53%	25%
Berufliche Tätigkeit					
 Selbständig	76%	76%	72%	57%	28%
Leitende(r) Angestellte(r)	79%	80%	65%	59%	26%
Andere(r) Angestellte(r)	77%	74%	69%	58%	27%
Sonstige Arbeiter	72%	70%	68%	50%	29%
Hausfrauen / Hausmänner	72%	67%	65%	48%	26%
Arbeitslos	76%	65%	65%	43%	27%
Rentner / Pensionäre	71%	70%	67%	43%	26%
Studenten	71%	70%	67%	53%	25%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen					
Meistens	73%	63%	66%	46%	25%
Gelegentlich	72%	65%	67%	48%	27%
Nahezu nie/ nie	75%	76%	68%	53%	27%
Vertrauen in die EU					
Eher vertrauen	80%	79%	70%	57%	30%
Eher nicht vertrauen	69%	66%	67%	47%	24%
Euro					
Dafür	78%	78%	70%	57%	29%
Dagegen	68%	64%	66%	42%	24%

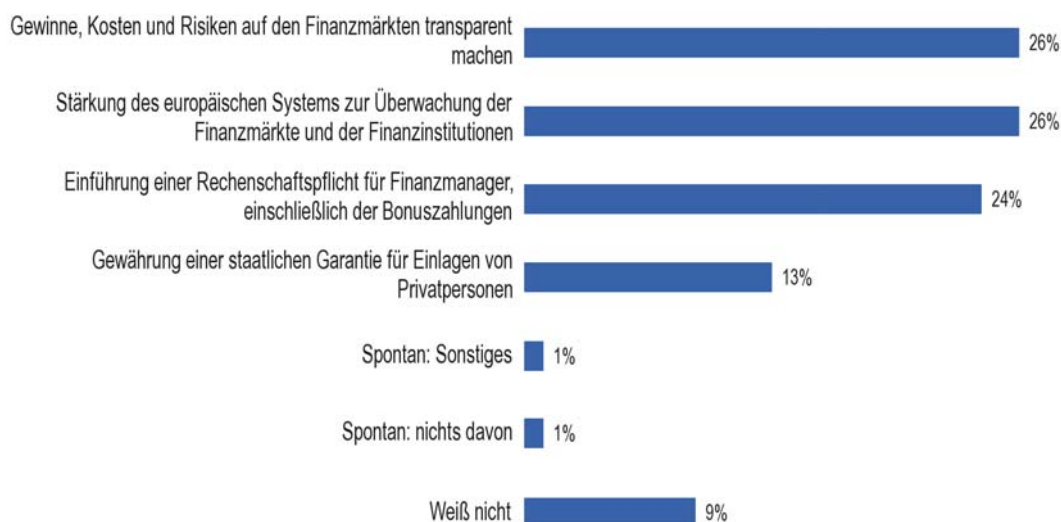
7. MAßNAHMEN, DIE VORRANGIG IM REFORMPROZESS ERGRIFFEN WERDEN SOLLTEN

Wir haben die Befragten gebeten, uns aus ihrer Sicht eine Einschätzung zu geben, welche Maßnahmen im Reformprozess des Finanzsystems der Europäischen Union vorrangig ergriffen werden sollten⁴⁸. Diesbezüglich können wir bei den europäischen Bürgern sehr unterschiedliche Ansichten feststellen, die ein Ausdruck der vielschichtigen Facetten dieser Krise sind und das Ausmaß der Debatte aufzeigen, die über das Thema der am besten geeigneten politischen Lösungen ausgelöst wurde. Im Allgemeinen sind **26% der europäischen Bürger der Meinung, dass als vorrangige Maßnahme Gewinne, Kosten und Risiken auf den Finanzmärkten transparenter gemacht werden sollten**, um die Reform des Finanzsystems auf den Weg zu bringen ; ein gleich großer Anteil der Befragten äußert sich dementsprechend in Bezug auf die Forderung nach einer **Stärkung des europäischen Systems zur Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen**.

Ein etwas niedrigerer Anteil von **24% der Befragten ist davon überzeugt, dass eine Reform des Wirtschafts- und Finanzsystems innerhalb der Europäischen Union vor allem durch die Einführung einer Rechenschaftspflicht für Finanzmanager, einschließlich der Bonuszahlungen, vorangetrieben werden würde**.

Schließlich erklären **13% der europäischen Bürger, dass die Gewährung einer staatlichen Garantie für Einlagen von Privatpersonen eine vorrangig zu berücksichtigende Maßnahme im Rahmen der Reformen sein sollte**.

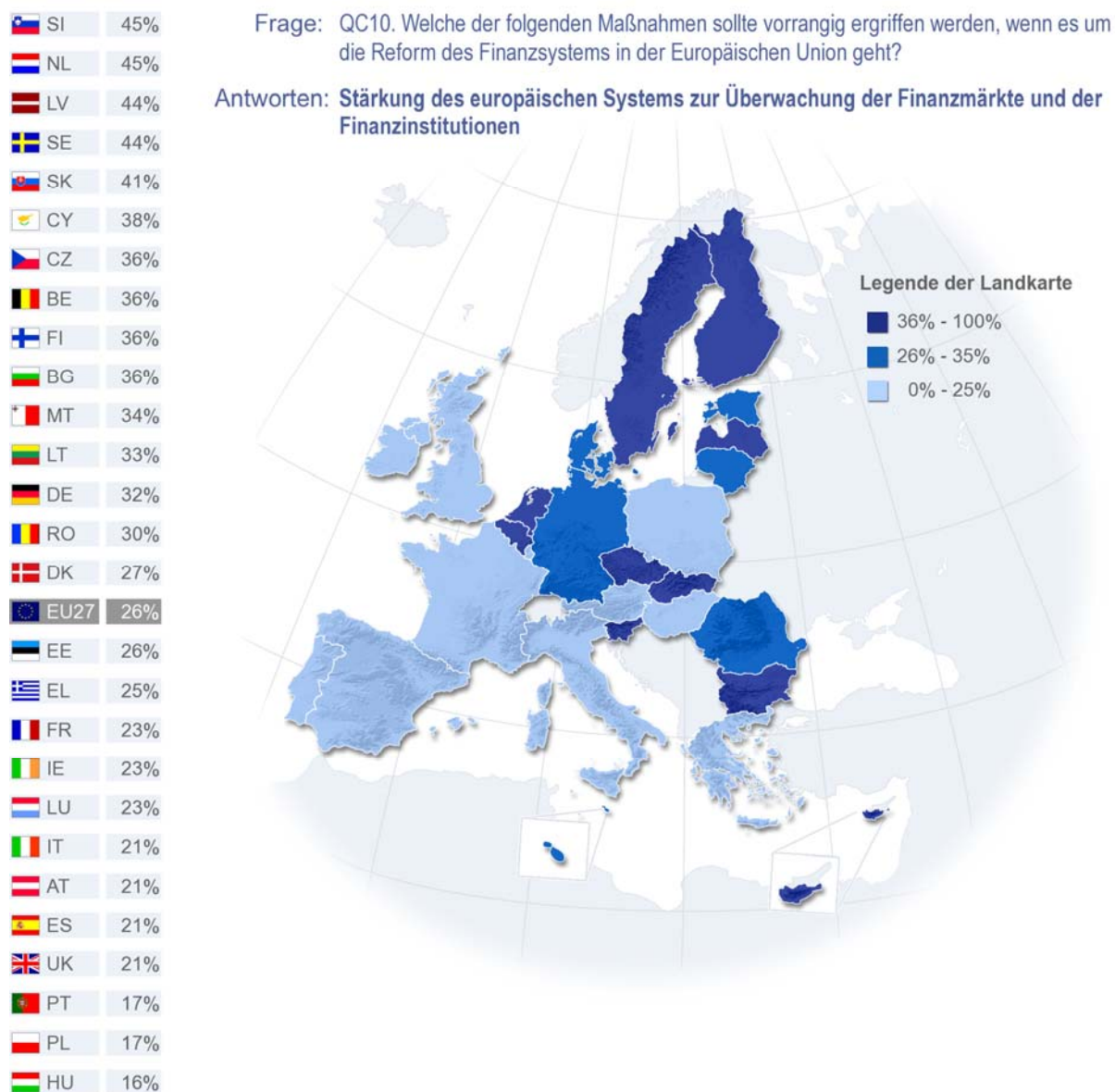
QC10. Welche der folgenden Maßnahmen sollte vorrangig ergriffen werden, wenn es um die Reform des Finanzsystems in der Europäischen Union geht?



EU27

⁴⁸ QC10 Welche der folgenden Maßnahmen sollte vorrangig ergriffen werden, wenn es um die Reform des Finanzsystems in der Europäischen Union geht?

Aus Ländersicht wird in Slowenien (45%), den Niederlanden (45%) und Lettland (44%) sowie in Schweden (44%) und der Slowakei (41%) besonders deutlich **eine Stärkung des europäischen Systems zur Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen** gefordert. Demgegenüber wird diese Maßnahme von den befragten Personen in Spanien (21%), dem Vereinigten Königreich (21%), Portugal (17%), Polen (17%) und Ungarn (16%) als weniger wichtig eingeschätzt.































Gewinne, Kosten und Risiken auf den Finanzmärkten transparent zu machen, wird in Griechenland (39%) sowie in Frankreich (37%), Estland (34%), Bulgarien (32%) und in Italien (29%) als vorrangige Maßnahme gesehen.

Im Gegensatz hierzu sind die Befragten in Ungarn der Ansicht, dass die **Einführung einer Rechenschaftspflicht für Finanzmanager, einschließlich der Bonuszahlungen**, die dringendste Reform sei: Einer von 2 Bürgern ist der Ansicht, dass dieser Punkt innerhalb der EU vorrangig berücksichtigt werden sollte. Auch in Irland (38%) Polen (32%) sowie im Vereinigten Königreich (31%) wird dieser Maßnahme besondere Dringlichkeit beigemessen.

Die **Gewährung einer staatlichen Garantie für Einlagen von Privatpersonen** wird schließlich in Österreich (28% der Befragten nennen diesen Punkt) als dringlichstes Reformvorhaben gesehen. Gleiches gilt für einen von 5 Befragten in Luxemburg (21%).

QC10 Welche der folgenden Maßnahmen sollte vorrangig ergriffen werden, wenn es um die Reform des Finanzsystems in der Europäischen Union geht?

		Gewinne, Kosten und Risiken auf den Finanzmärkten transparent machen	Stärkung des europäischen Systems zur Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen	Einführung einer Rechenschaftspflicht für Finanzmanager, einschließlich der Bonuszahlungen	Gewährung einer staatlichen Garantie für Einlagen von Privatpersonen	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	26%	26%	24%	13%	9%
	BE	21%	36%	21%	12%	5%
	BG	32%	36%	9%	10%	12%
	CZ	16%	36%	25%	18%	4%
	DK	29%	27%	27%	11%	5%
	DE	25%	32%	27%	9%	5%
	EE	34%	26%	7%	18%	14%
	IE	18%	23%	38%	8%	12%
	EL	39%	25%	20%	13%	2%
	ES	29%	21%	24%	15%	7%
	FR	37%	23%	14%	16%	9%
	IT	29%	21%	21%	17%	9%
	CY	18%	38%	11%	20%	13%
	LV	27%	44%	3%	10%	13%
	LT	31%	33%	11%	8%	15%
	LU	22%	23%	27%	21%	6%
	HU	17%	16%	50%	12%	4%
	MT	31%	34%	7%	13%	15%
	NL	22%	45%	26%	1%	5%
	AT	22%	21%	22%	28%	4%
	PL	21%	17%	32%	12%	16%
	PT	25%	17%	27%	15%	15%
	RO	20%	30%	9%	13%	26%
	SI	11%	45%	27%	9%	3%
	SK	18%	41%	19%	15%	5%
	FI	26%	36%	28%	6%	3%
	SE	18%	44%	20%	7%	11%
	UK	19%	21%	31%	13%	14%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

* * *

Abschließend kann im Rahmen dieses Eurobarometers festgestellt werden, dass sich die öffentliche Meinung im Vergleich zum letzten Frühjahr angesichts der Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt weniger angespannt hat. Auch wenn die Überzeugung, dass das Schlimmste noch bevorsteht, nach wie vor vorherrscht, **ist die Zahl derjenigen europäischen Bürger, die erklären, dass die Krise ihren Höhepunkt erreicht hat, seit Herbst 2009 deutlich angestiegen.**

Die Ergebnisse zeigen darüber hinaus, dass – während die G-20 und der IWF den Anstoß für die wirtschaftliche Erholung gegeben haben – es jetzt **Aufgabe der nationalen Regierungen und der Europäischen Union ist, gegen die Auswirkungen der Krise vorzugehen.** Auch wenn es nicht möglich ist, hinsichtlich der Strategie, die innerhalb der EU bei den Reformen des Finanzsystems ergriffen werden sollte, zu einem eindeutigen Konsens zu kommen, so zeigen die Antworten der europäischen Bürger, dass sie sowohl eine Stärkung des europäischen Systems zur Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen als auch eine größere Transparenz der Gewinne, Kosten und Risiken auf den Finanzmärkten und eine stärkere Rechenschaftspflicht für Finanzmanager befürworten würden.

III. DIE WERTE DER EUROPÄISCHEN BÜRGER

Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage des Standard-Eurobarometers ermöglichen uns eine Bestandsaufnahme der Werte der europäischen Bürger. Aus dieser Analyse ziehen wir folgende wichtigen Erkenntnisse:

- Die Krise blieb ohne Auswirkungen auf das Vertrauen, das die öffentliche europäische Meinung in die Marktwirtschaft setzt. Die europäischen Bürger befürworten weiterhin die Prinzipien der Marktwirtschaft, insbesondere das Prinzip des Unternehmertums, das Wettbewerbsprinzip und die Wettbewerbsfähigkeit: Alle drei Begriffe lösen bei mehr als 3 von 4 europäischen Bürgern positive Assoziationen aus, wobei die befürwortenden Anteile im Vergleich zu der im Frühjahr 2007 durchgeführten Umfrage, d.h. vor dem Beginn der letzten Wirtschafts- und Finanzkrise⁴⁹, sogar um einige Punkte angestiegen sind.
- Die Wirtschafts- und Finanzkrise stellte auch keinen Grund für die europäischen Bürger dar, die Globalisierung kritischer zu beurteilen. Auch wenn die Globalisierung weiterhin zu ambivalente Sichtweisen führt und die sozialen und nationalen Unterschiede in diesem Bereich hoch sind, erreicht der Anteil positiver Nennungen in Bezug auf den Begriff "Globalisierung" mittlerweile um 6 Punkte höhere Werte als in der Umfrage, die vor der Krise durchgeführt worden war.
- Allerdings ist nach Auffassung der europäischen Bürger ein Liberalismus ohne Regeln auch nicht wünschenswert. Sie beurteilen den Wohlfahrtsstaat positiv und fordern mehr Solidarität. Die europäischen Bürger sehen diesen Wert als wichtigsten Zukunftsaspekt, woraus wir die Folgerung ziehen können, dass die Bürger eine soziale Marktwirtschaft für erstrebenswert halten.
- Auch die Umweltthemen wurden durch die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in den Hintergrund gedrängt. Vielmehr haben sich die Befürchtungen der Bürger im Hinblick auf die Umweltprobleme in einem globalen Kontext, in dem häufig die Rede vom Kampf gegen den Klimawandel ist, weiter verstärkt. Die Umwelt ist nach der Solidarität der zweitwichtigste Themenbereich, auf den sich die zukünftigen Erwartungen der Bürger beziehen. Eine Mehrheit der befragten Bürger ist mittlerweile auch bereit, dem Umweltschutz Vorrang einzuräumen, selbst wenn es das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt.
- Die europäischen Bürger messen der technologischen Entwicklung und der Innovation große Bedeutung bei. Möglicherweise sehen sie hierin einen Weg, um das Wachstum wieder anzukurbeln und einen Ausweg aus der Krise zu finden.

⁴⁹ Eurobarometer 67, Frühjahr 2007.

- Die Europäische Union verkörpert für die Bürger die Werte des politischen Liberalismus (Demokratie, Menschenrechte, Frieden und Rechtsstaat). Es handelt sich hierbei auch um die Werte, denen sie höchste Priorität beimessen. Es handelt sich um eine Wertebasis, die in ganz Europa, in allen Mitgliedstaaten und über alle sozialen Schichten hinweg Zustimmung findet.
- Demgegenüber ist es für die Europäische Union schwieriger, die sozialen Aspekte, wie Solidarität und Gleichheit, zu verkörpern, obgleich es sich hierbei um jene sozialen Werte handelt, die den europäischen Bürgern - neben der Umweltproblematik - am meisten am Herz liegen.

1. BEGRIFFE AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT

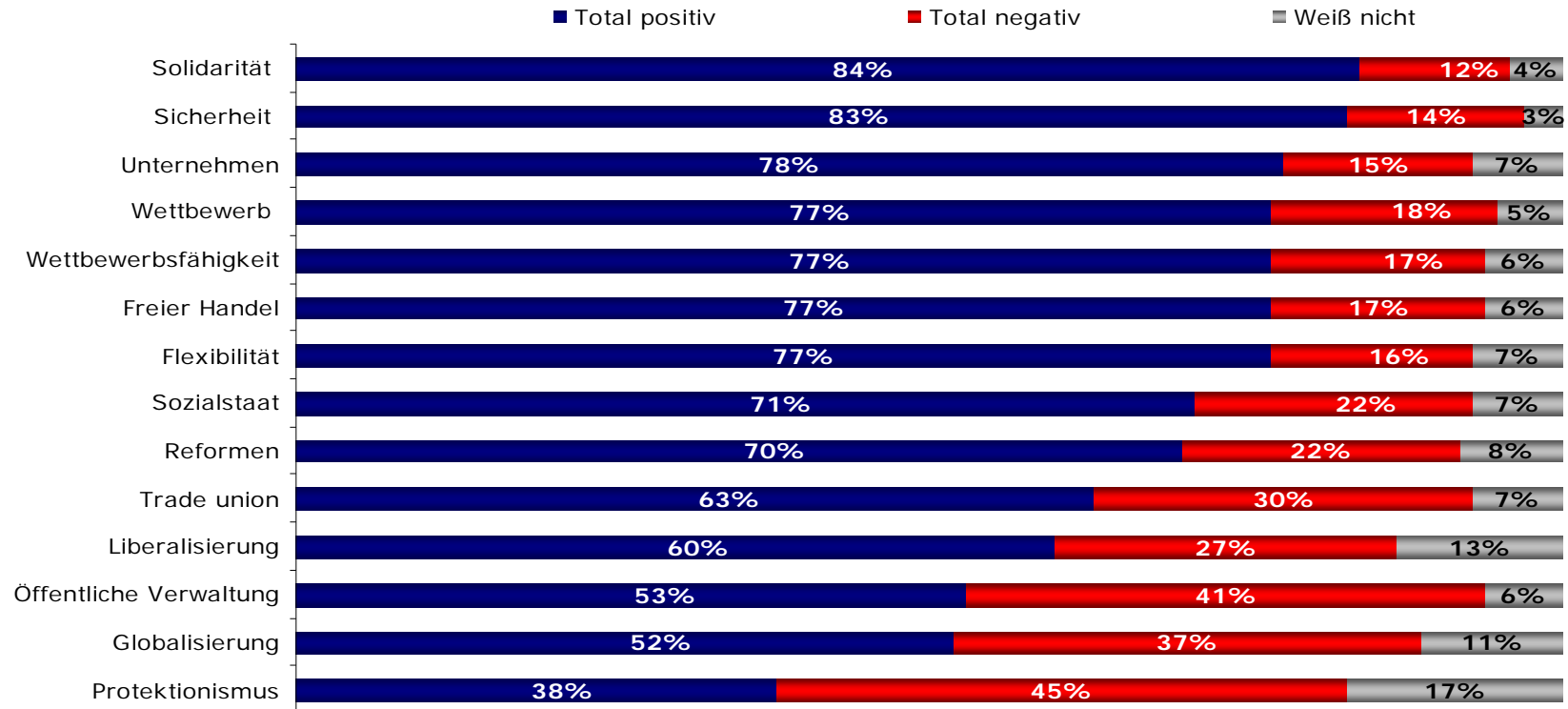
- Die Krise hat das Vertrauen der europäischen Bürger in die Prinzipien der Marktwirtschaft nicht beeinträchtigt -

In dieser Umfrage wurde eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Begriffe abgefragt. Die Befragten wurden gebeten, diese als «positiv» oder «negativ» zu beurteilen⁵⁰. Dieselbe Frage wurde auch schon im Frühjahr 2007 (EB67) gestellt und ermöglicht somit interessante Vergleiche. Die wichtigsten Erkenntnisse liegen darin, dass Solidarität und Sicherheit auf die ersten beiden Plätze der am positivsten beurteilten Begriffe gewählt werden und das, obwohl eine sehr große Mehrheit der Befragten alle auf die Marktwirtschaft bezogenen Begriffe (Wettbewerb, Wettbewerbsfähigkeit, Flexibilität, Unternehmen, freier Handel) ebenfalls mit etwas Positivem verbindet. Zudem sind die positiven Bewertungen im Vergleich zum Frühjahr 2007 angestiegen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat also keinerlei Auswirkungen auf das Vertrauen der Bürger in die Marktwirtschaft und deren Prinzipien gehabt und auch protektionistische Tendenzen nicht verstärkt. Vielmehr ist der Anteil der Befragten, die den Begriff "Protektionismus" positiv bewerten, im Vergleich zum Frühjahr 2007 gesunken. Angesichts der Tatsache, dass der Anteil europäischer Bürger, die den Begriff Globalisierung positiv beurteilen, um 6 Punkte angestiegen ist, hat die Krise auch in diesem Bereich keine kritischere Bewertung zur Folge.

In Europa besteht also ein breiter Konsens hinsichtlich der Prinzipien der Marktwirtschaft. Aufgrund der ebenfalls festgestellten positiven Beurteilungen der Begriffe "Solidarität", "Wohlfahrtsstaat", und in geringerem Ausmaß "Gewerkschaft", wird allerdings deutlich, dass die Marktwirtschaft nach Ansicht der Bürger gewissen Regeln unterworfen sein soll.

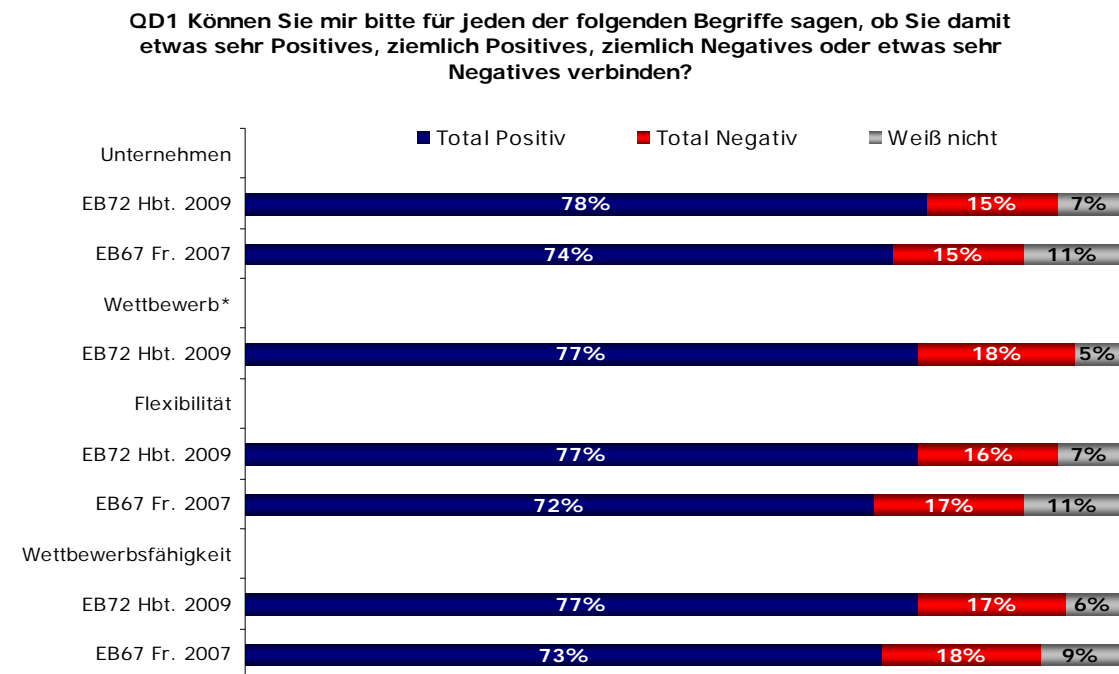
⁵⁰ QD1 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?

QD1 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?



1.1. Die Prinzipien der Marktwirtschaft

- Weitreichender Konsens für das Konzept der Marktwirtschaft -



* Neues item

Die grundlegenden Begriffe der Marktwirtschaft werden von mehr als drei Viertel der europäischen Bürger positiv beurteilt. Überdies steigen deren Anteile im Vergleich zum Frühjahr 2007. Wir können somit Folgendes feststellen:

- 78% der europäischen Bürger bewerten den Begriff "**Unternehmen**" positiv, wobei 19% mit «sehr positiv» und 59% mit «ziemlich positiv» antworten. Ein Anteil von 15% verbindet diesen Begriff dagegen mit etwas Negativem, wobei 2% auf die Antwort «sehr negativ» und 13% auf «ziemlich negativ» entfallen. 7% der befragten Personen äußern hierzu keine Meinung. Der Anteil europäischer Bürger, die den Begriff "Unternehmen" positiv bewerten, steigt im Vergleich zum Frühjahr 2007 um 4 Punkte.
- 77% der europäischen Bürger bewerten den Begriff "**Wettbewerbsfähigkeit**" positiv. Hiervon wählen 20% die Antwort «sehr positiv» und 57% «ziemlich positiv». Für einen Anteil von 17% der Befragten drückt der Begriff dagegen etwas Negatives aus, wobei 14% ihn mit «ziemlich negativ» und 3% mit «sehr negativ» beschreiben. 6% haben hierzu keine Meinung. Die positiven Beurteilungen des Begriffs "Wettbewerbsfähigkeit" haben im Vergleich zum Frühjahr 2007 um 4% zugenommen.

- 23% der europäischen Bürger bewerten den Begriff "**Flexibilität**" als «sehr positiv» und 54% als «ziemlich positiv», d.h. es ergibt sich ein Anteil von 77% für die positiven Nennungen. 13% nehmen den Begriff als «ziemlich negativ» wahr und 3% «sehr negativ», d.h. es ergibt sich insgesamt ein Anteil von 16% für die negativen Einschätzungen. 7% der Befragten geben keine Antwort. Die positiven Bewertungen des Begriffs "Flexibilität" steigen im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage vom Frühjahr 2007 um 5 Punkte an.
- 77% der europäischen Bürger verbinden mit dem Begriff "**Wettbewerb**" etwas Positives, wobei 19% der Ansicht sind, dieser sei «sehr positiv» und 58% dieser sei «ziemlich positiv». Für 18% der Befragten stellt der Begriff etwas Negatives dar (3% «sehr negativ» und 15% «ziemlich negativ»). 5% geben hierzu keine Bewertung ab. Im Frühjahr 2007 wurde der Begriff noch nicht abgefragt.

Das bedeutet, dass es zu den Prinzipien der Marktwirtschaft einen allgemeinen Konsens gibt. Wir stellen fest, dass eine sehr große Mehrheit der Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union diese 4 Begriffe positiv bewertet.

Der Anteil, den wir für eine positive Beurteilung des Begriffs "**Unternehmen**" festgestellt haben, schwankt zwischen 66% im Vereinigten Königreich und 96% in Finnland und Schweden. Der Anteil für "**Wettbewerbsfähigkeit**" variiert zwischen 69% in Frankreich und 91% in Finnland. Die positiven Nennungen für den Begriff "**Wettbewerb**" gehen von 68% in Italien bis 89% in Schweden. Schließlich ist bezüglich des Begriffs "**Flexibilität**" eine französische Besonderheit zu beobachten: Hier verbinden «nur» 57% der Befragten diesen Begriff mit etwas Positivem. In Schweden hingegen erreicht dieser Anteil auch diesmal seinen höchsten Wert (95%).

Was die Kandidatenländer anbelangt, können wir in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Kroatien für diese 4 Begriffe Anteile positiver Wertungen beobachten, die mit jenen des europäischen Durchschnitts vergleichbar sind. In der Türkei hingegen ist die Anzahl positiver Nennungen 10 bis 15 Punkte niedriger als im europäischen Durchschnitt, was allerdings weniger mit einer höheren Anzahl negativer Nennungen zusammen hängt als mit einem hohen Anteil an «Weiß nicht»-Antworten.

Die türkisch-zyprische Gemeinschaft unterscheidet sich dadurch, dass die Befragten dort am seltensten von allen in der Umfrage erfassten Ländern und Staaten die Begriffe "Wettbewerbsfähigkeit" (61%), "Wettbewerb" (59%) und "Flexibilität" (57%, auf gleicher Höhe mit Frankreich) positiv beurteilen.




Der oben angemerkte Konsens erstreckt sich auch auf den sozialen Bereich. Eine große Mehrheit der Befragten, unabhängig von ihrem sozialen Status, bewertet die 4 Begriffe, die sich auf die Marktwirtschaft beziehen, positiv. Nichtsdestoweniger werden sie von den am besten ausgebildeten, gutsituierten und am besten in die Gesellschaft integrierten Bevölkerungsschichten noch häufiger positiv eingeschätzt. Auch bei denjenigen Befragten, die Vertrauen in die Union haben und die die Einheitswährung unterstützen, erreichen die positiven Bewertungen höhere Anteile.

71% der Personen, die keinen höheren Abschluss haben, 70% derjenigen, die zugeben, finanzielle Schwierigkeiten zu haben und 71% derjenigen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung niedrig einordnen, beurteilen den Begriff **"Unternehmen"** positiv. Dies im Gegensatz zu 85% der Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder später abgeschlossen haben, 81% derjenigen, die keine finanziellen Probleme haben und 85% derjenigen, die sich selbst gesellschaftlich höher einschätzen. 86% der Befragten, die Vertrauen in die Union haben und 84% derjenigen, die den Euro unterstützen, sehen in diesem Begriff etwas Positives, während dies für 71% bzw. 70% derjenigen gilt, die kein Vertrauen in die Union haben und den Euro ablehnen. Die untenstehende Tabelle zeigt die Differenzen auf, die zwischen den soziodemographischen Merkmalen der Befragten in Bezug auf den Begriff **"Unternehmen"** festgestellt werden.

Im Gegensatz hierzu sind nur geringfügige Unterschiede hinsichtlich der politischen Einstellung der Befragten zu beobachten.

QD1.1 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?




Unternehmen

	Total Positiv	Total Negativ	Weiß nicht
EU27	78%	15%	7%
Geschlecht			
 Männlich	80%	15%	5%
Weiblich	76%	16%	8%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	71%	19%	10%
16-19	78%	16%	6%
20+	85%	11%	4%
Studiert noch	81%	14%	5%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	84%	12%	4%
Leitende(r) Angestellte(r)	84%	12%	4%
Andere(r) Angestellte(r)	80%	15%	5%
Sonstige Arbeiter	78%	16%	6%
Hausfrauen / Hausmänner	74%	18%	8%
Arbeitslos	74%	19%	7%
Rentner / Pensionäre	76%	15%	9%
Studenten	81%	14%	5%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	79%	16%	5%
(5-6) Mitte	79%	15%	6%
(7-10) Rechts	81%	15%	4%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	70%	21%	9%
Gelegentlich	75%	19%	6%
Nahezu nie/ nie	81%	13%	6%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	72%	20%	8%
Mitte (5-6)	79%	15%	6%
Hoch (7-10)	85%	11%	4%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	86%	10%	4%
Eher nicht vertrauen	71%	22%	7%
Euro			
Dafür	84%	12%	4%
Dagegen	70%	22%	8%

Auch bezüglich anderer Begriffe aus der Marktwirtschaft stellen wir diese Unterschiede fest; und zwar hinsichtlich "Flexibilität", "Wettbewerb" und "Wettbewerbsfähigkeit". Der Begriff "Wettbewerb" löst bei gut ausgebildeten Personen (84%), Führungskräften (86%), Befragten, die nahezu niemals Probleme haben, ihre Rechnungen zu bezahlen (80%), und denjenigen, die sich in der gesellschaftlichen Rangordnung höher positionieren (83%) mehr positive Reaktionen aus als bei Personen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben (72%), den Arbeitslosen (71%), den Befragten, die häufiger mit Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen kämpfen (66%), und denjenigen, die ihre gesellschaftliche Position eher niedrig einschätzen (71%). Die Haltung gegenüber der Europäischen Union zeigt ebenfalls einige Unterschiede auf: Wir können zum Beispiel beobachten, dass 84% derjenigen, die ein positives Bild der Europäischen Union haben, den Begriff "Wettbewerb" positiv besetzen, während dies für 65% der Befragten gilt, die ein negatives Bild der Gemeinschaft haben. Trotz dieser Unterschiede löst das Wort "Wettbewerb" bei einer deutlichen Mehrheit der Befragten eindeutig positive Reaktionen aus.

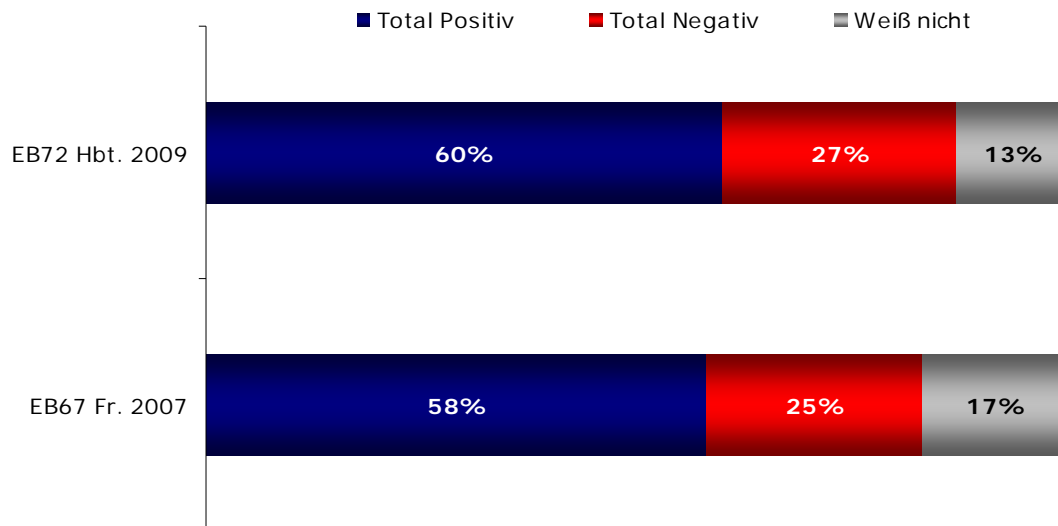
QD1.12 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?

Wettbewerb

	Total Positiv	Total Negativ	Weiß nicht
EU27	77%	18%	5%
Geschlecht			
 Männlich	79%	17%	4%
Weiblich	74%	19%	7%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	72%	20%	8%
16-19	77%	18%	5%
20+	84%	14%	2%
Studiert noch	74%	22%	4%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	82%	15%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	86%	12%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	78%	18%	4%
Sonstige Arbeiter	75%	20%	5%
Hausfrauen / Hausmänner	72%	20%	8%
Arbeitslos	71%	23%	6%
Rentner / Pensionäre	76%	17%	7%
Studenten	74%	22%	4%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	66%	25%	9%
Gelegentlich	73%	21%	6%
Nahezu nie/ nie	80%	16%	4%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	71%	22%	7%
Mitte (5-6)	77%	18%	5%
Hoch (7-10)	83%	14%	3%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	84%	13%	3%
Eher nicht vertrauen	71%	24%	5%
Mitgliedschaft in der EU			
Gute Sache	84%	13%	3%
Schlechte Sache	66%	28%	6%
Neutral	70%	23%	7%
Bild der EU			
Positiv	84%	13%	3%
Neutral	73%	20%	7%
Negativ	65%	29%	6%
Euro			
Dafür	82%	15%	3%
Dagegen	69%	25%	6%

Zunehmend positive Bewertungen stellen wir auch für das Wort "**Liberalismus**" fest, obwohl die Zustimmung für diesen Begriff weniger ausgeprägt ist, als bei den anderen 4 von uns untersuchten Begriffen.

QD1.7 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden - Liberalisierung



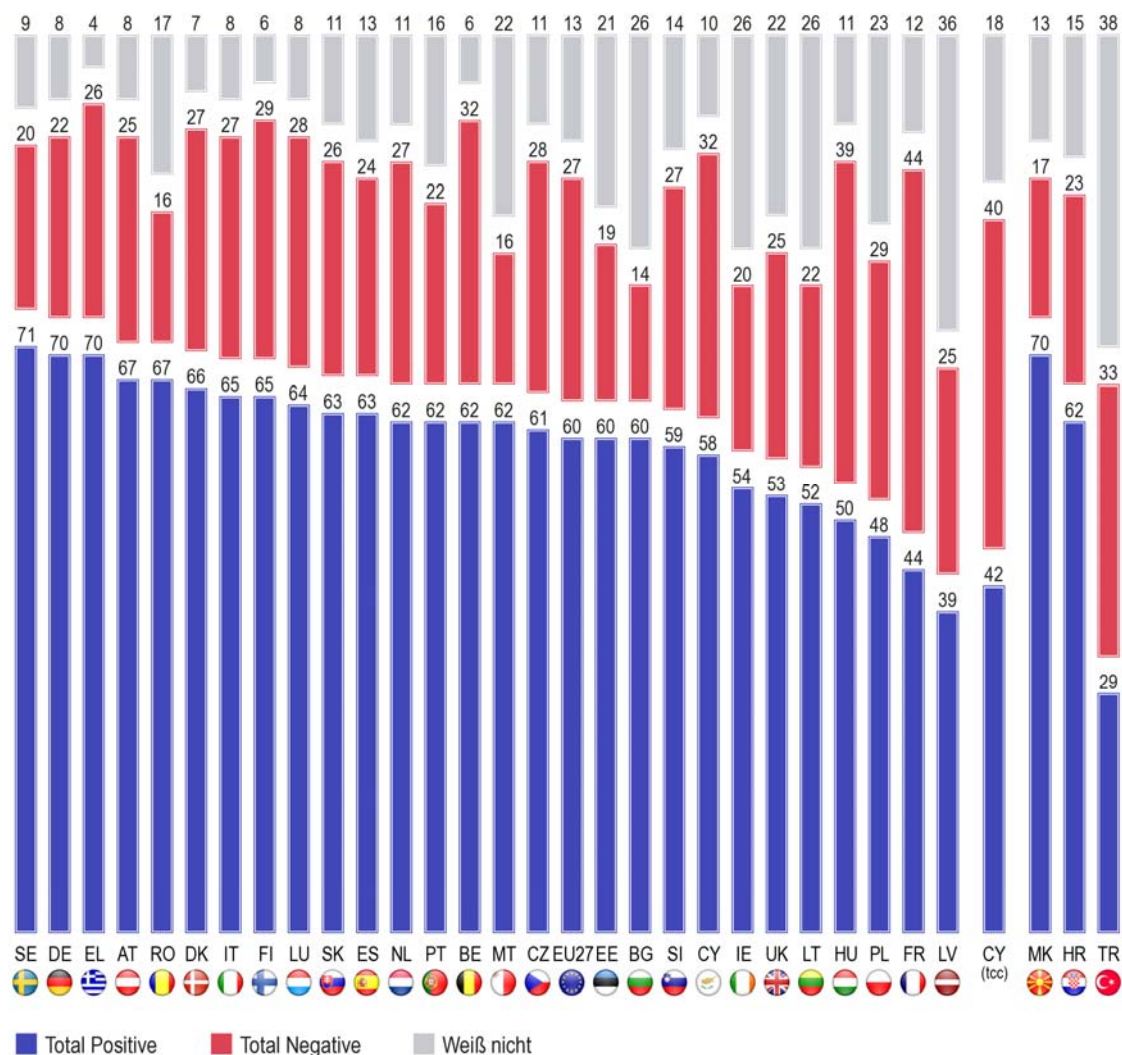
Ein Anteil von 60% der europäischen Bürger bewertet den Begriff positiv (11% «sehr positiv» und 49% «ziemlich positiv») während ihn 27% der Befragten negativ beurteilen (22% «ziemlich negativ» und 5% «sehr negativ»). 13% der befragten Bürger äußern sich hierzu nicht. Im Vergleich zum Frühjahr 2007 nimmt die Zahl der positiven Nennungen in Bezug auf den Begriff "Liberalismus" um 2 Punkte zu.

Der Begriff Liberalismus wird in 24 der 27 Mitgliedstaaten der Union äußerst positiv bewertet, wobei die höchsten Ergebnisse in Schweden (71%), Deutschland und Griechenland (je 70%), Rumänien und Österreich (je 67%) erzielt werden. In Frankreich (44% gegenüber 44%) sind die Meinungen geteilt. Dieses Land ist das einzige der "großen Mitgliedstaaten", in dem der Begriff eine echte Ablehnung erfährt. Im Vergleich zum Frühjahr 2007 nimmt der Anteil negativer Einschätzungen sogar um 10 Punkte zu. Litauen schließlich unterscheidet sich von den anderen Mitgliedstaaten dadurch, dass hier ein besonders hoher Anteil an „Weiß nicht“-Antworten festgestellt wird (36%), wodurch der Anteil positiver Nennungen zu diesem Begriff deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegt (39%).

Die Befragten in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft (42% positiver gegenüber 40% negativer Bewertungen) sind geteilter Meinung.

QD1.7. Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?

Liberalisierung





Auch wenn der Begriff in allen Befragtenkategorien von einer absoluten oder relativen Mehrheit positiv wahrgenommen wird, stellen wir trotzdem erhebliche Unterschiede in Abhängigkeit von der sozialen Situation der Befragten fest. Je weiter wir in der sozialen Rangfolge nach oben gehen, umso positiver wird der Begriff "Liberalismus" beurteilt. Zum Beispiel erklären 49% der Personen, die ihre gesellschaftliche Position als niedrig bezeichnen, dass sie mit diesem Wort etwas Positives verbinden, während dies für einen Anteil von 69% derjenigen Personen gilt, die ihre gesellschaftliche Position höher einschätzen.

Wie erwartet, hat auch die politische Einstellung der Befragten einen Einfluss darauf, wie die Bürger den Begriff "Liberalismus" bewerten. Ein Anteil von 64% der Personen, die politisch rechts stehen, bewertet diesen Begriff positiv, während dies für 57% derjenigen gilt, die sich politisch links einordnen.

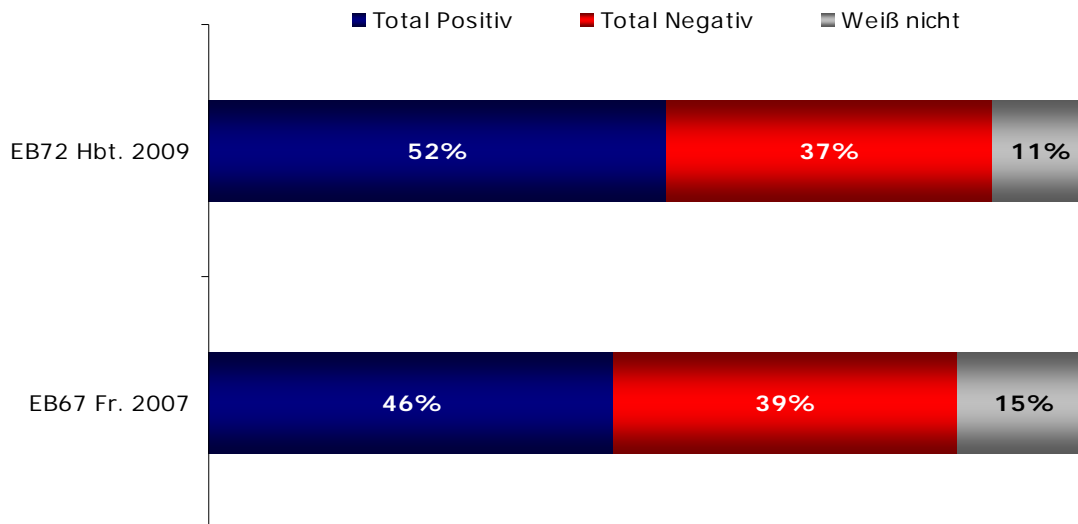
Auch das Alter und Ausbildungsniveau spielen eine Rolle: Der Liberalismus wird von den jüngeren Befragten (63% der 15- bis 24-Jährigen) und den Personen, die längere Ausbildungszeiten hatten (66%) positiver beurteilt als von den Älteren (56% der Personen im Alter von 55 und darüber) bzw. denjenigen, die ihre Ausbildung vor dem Alter von 16 Jahren abgeschlossen haben (52%).

Auch diejenigen, die Vertrauen in die Europäische Union haben, bewerten den Begriff positiver (70% im Vergleich zu 51% derjenigen, die kein Vertrauen haben).

QD1.7 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?			
Liberalisierung			
	Total Positiv	Total Negativ	Weiß nicht
EU27	60%	27%	13%
Alter			
 15-24	63%	23%	14%
25-39	62%	28%	10%
40-54	60%	29%	11%
55 +	56%	27%	17%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	52%	28%	20%
16-19	59%	28%	13%
20+	66%	27%	7%
Studiert noch	66%	21%	13%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	57%	34%	9%
(5-6) Mitte	62%	26%	12%
(7-10) Rechts	64%	26%	10%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	49%	32%	19%
Mitte (5-6)	61%	27%	12%
Hoch (7-10)	69%	23%	8%
Vertrauen in die EU			
Eher vertrauen	70%	21%	9%
Eher nicht vertrauen	51%	36%	13%

Schließlich gehen die Meinungen, die wir in Bezug auf den Begriff **Globalisierung** feststellen können, etwas mehr auseinander. Gleichwohl werden hier auch die positiven Nennungen mehrheitlich gewählt und verzeichnen die größten Zuwachsraten von allen in dieser Frage untersuchten Begriffen.

QD1.6 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden? - Globalisierung - % EU

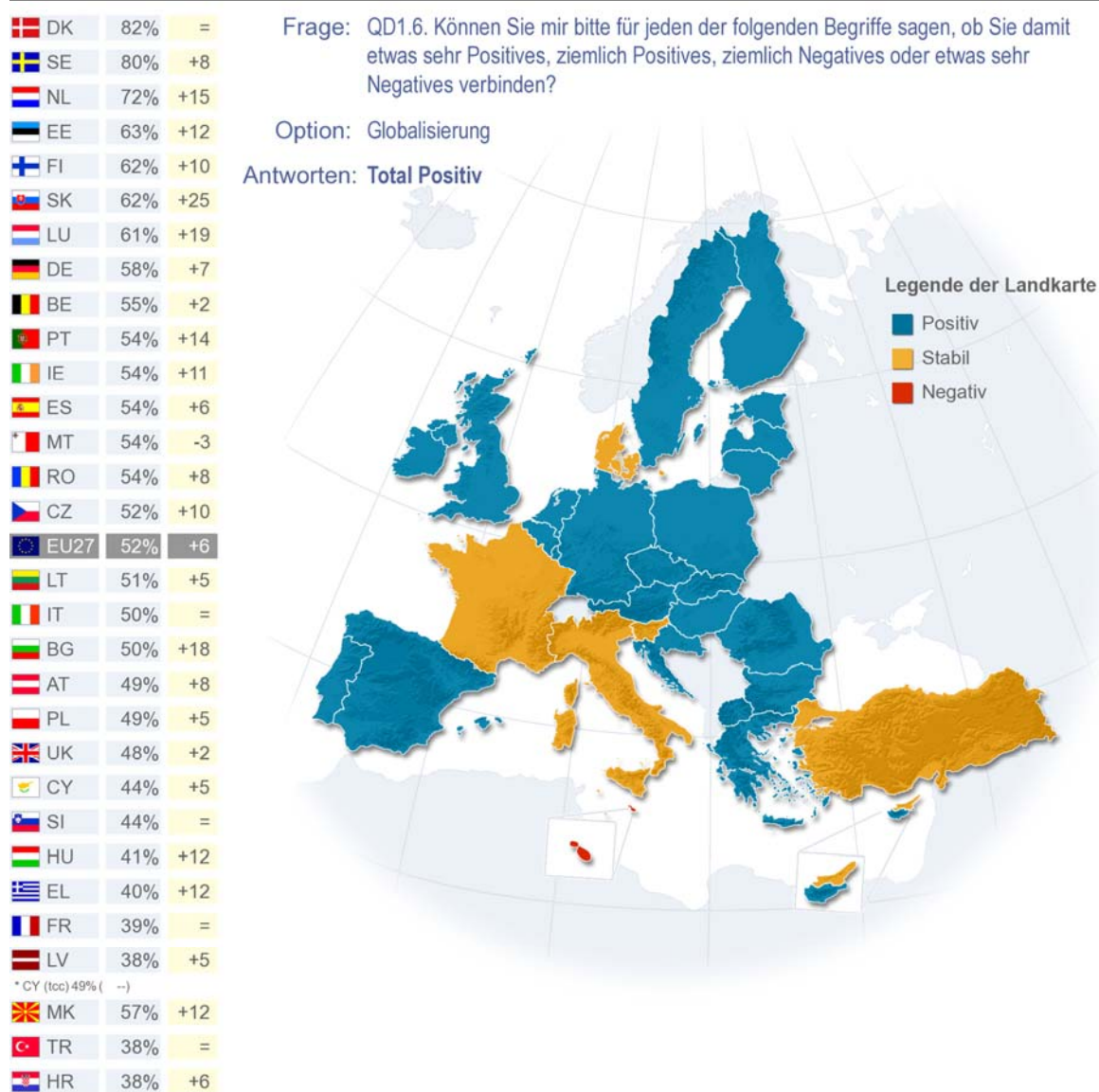


Der Begriff Globalisierung löst bei 52% der europäischen Bürger etwas Positives aus (wobei 8% auf die Antwort «sehr positiv» und 44% auf die Antwort «ziemlich positiv» entfallen). Demgegenüber wird dieses Wort von 37% der Befragten negativ bewertet («sehr negativ» für 9% und «ziemlich negativ» für 28%). Ein Anteil von 11% der befragten Personen gibt hierzu keine Antwort. Die positiven Bewertungen des Begriffs "Globalisierung" verzeichnen im Vergleich zum Frühjahr 2007 einen Zuwachs von 6 Punkten. Das bedeutet, dass sich innerhalb von 2 Jahren das Verhältnis der Anteile von 46%:39% (Differenz von 7 Punkten) auf 52%:37% (Differenz von 15 Punkten) verändert hat.

Zu dieser Frage werden erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern festgestellt. In Griechenland (58%), Ungarn (52%), Frankreich (51%), Slowenien (49%) und Lettland (46%) überwiegen die negativen Bewertungen. Insbesondere auf Zypern (44% für die positive, im Vergleich zu 43% für die negative Bewertung) und in Österreich (49% gegenüber 45%) sind die Meinungen sehr unterschiedlich. Am positivsten wird der Begriff in Dänemark (82%) und in Schweden (80%) bewertet.

Ein wichtiger Aspekt ist, dass in nahezu allen Mitgliedstaaten der Union ein zunehmend hoher Anteil der Befragten den Begriff der Globalisierung positiv beurteilt. Einzige Ausnahmen hierbei sind Frankreich, Slowenien, Italien, Dänemark (hier bleiben die Werte im Vergleich zum Frühjahr 2007 gleich) und Malta (hier geht dieser Anteil um 3 Punkte auf 54% zurück). Wie wir schon festgestellt haben, überwiegt in Ungarn und Griechenland der Anteil negativer Beurteilungen.

Trotzdem kann für die positive Sichtweise des Begriffs Globalisierung ein Zuwachs von 12 Punkten in diesen beiden Ländern verzeichnet werden. Auch in der Slowakei (+25 Punkte), Bulgarien (+18), den Niederlanden (+15 Punkte), Portugal (+14 Punkte), Estland (+12 Punkte) und in der Tschechischen Republik (+10 Punkte) können ebenfalls bedeutende Steigerungen der Anteile positiver Bewertungen beobachtet werden.



Diff. EB67 - EB72

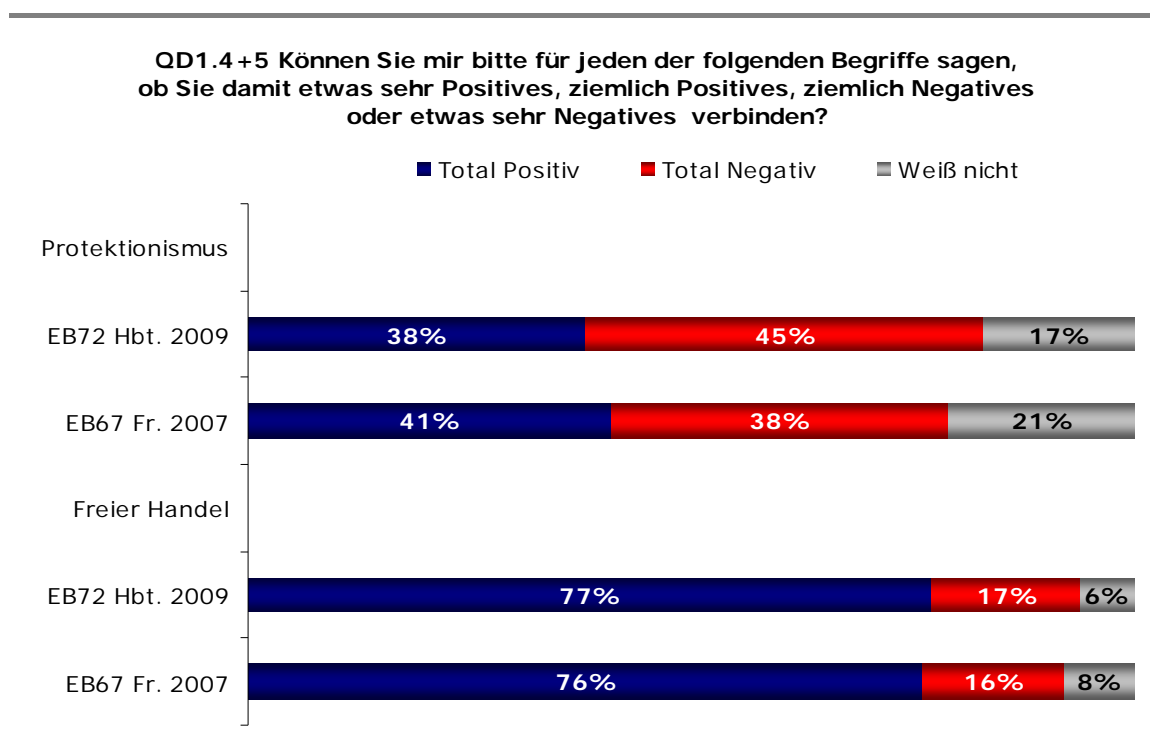
Die soziodemografischen Unterschiede, die sich hinsichtlich der Bewertung der **Globalisierung** ergeben, sind ebenfalls prägnant. Je jünger, besser ausgebildet und höher die gesellschaftliche Position der Befragten ist, umso positiver bewerten diese den Begriff der Globalisierung. Die untenstehende Tabelle verdeutlicht diese Ergebnisse noch einmal. Für eine eingehendere Analyse der Meinungen, die sich je nach den verschiedenen Ländern und den soziodemografischen Kriterien zu dem Thema Globalisierung ergeben haben, verweisen wir auf den Teilbericht, in dem dieses Thema noch spezifischer untersucht wird⁵¹.

⁵¹ Bericht: Die Europäische Union und die Globalisierung.

1.2. Freier Handel und Protektionismus

- Die europäischen Bürger sprechen sich in hohem Maße für den freien Handel aus -

Die öffentliche europäische Meinung steht dem freien Handel deutlich positiver gegenüber als dem Protektionismus. Selbst die Krise hat sich nicht verstärkend auf protektionistische Tendenzen ausgewirkt.



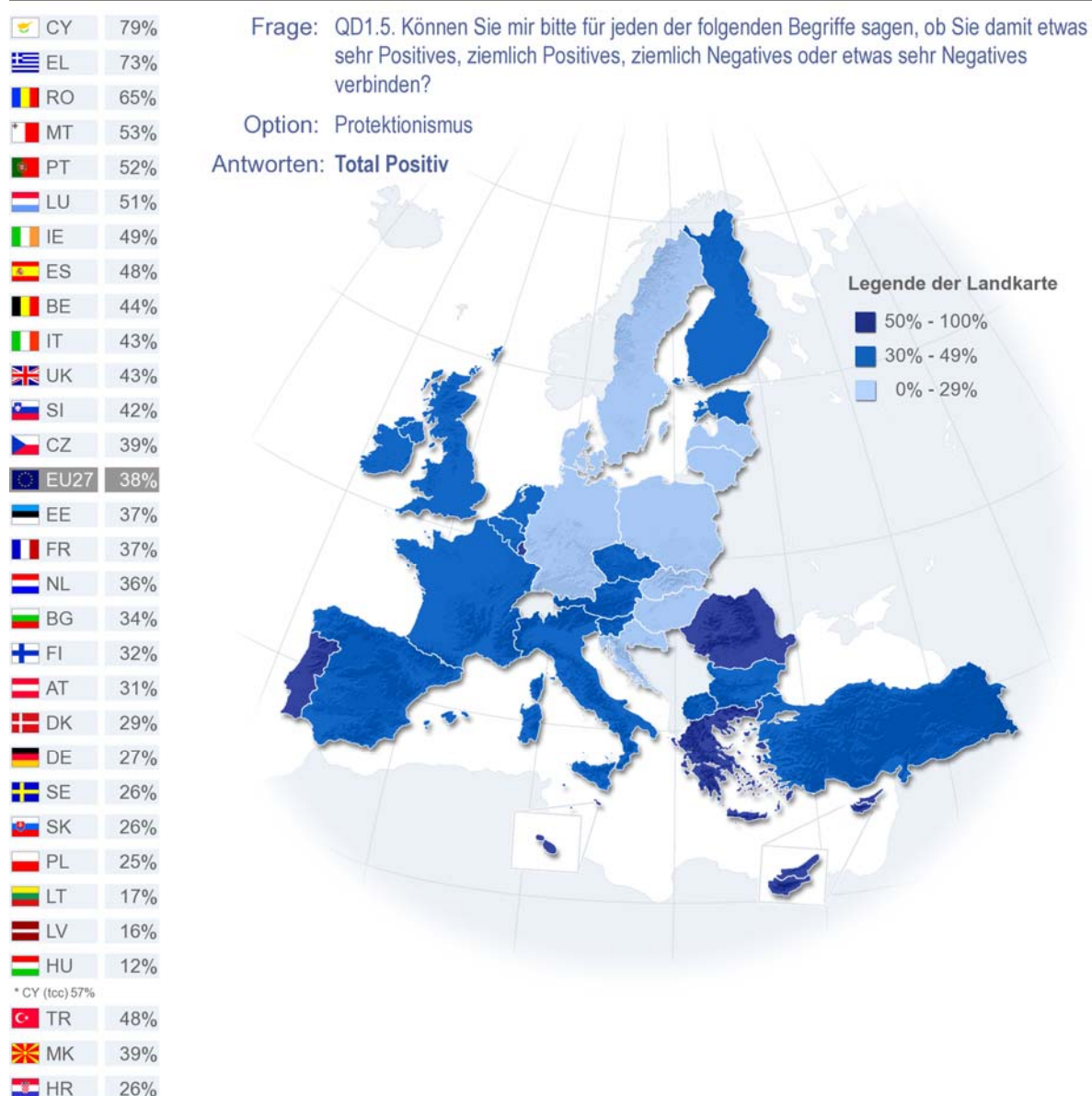
Ein Anteil von 77% der europäischen Bürger bewertet den Begriff „**freier Handel**“ positiv (21% «sehr positiv» und 56% «ziemlich positiv»), nur 17% bewerten den Begriff negativ (3% «sehr negativ» und 14% «ziemlich negativ»). 6% äußern hierzu keine Meinung. Im Vergleich zum Frühjahr 2007 ist der Anteil positiver Nennungen um einen Punkt angestiegen.

Im Vergleich hierzu wird der Begriff **Protektionismus** nur von einem Anteil von 38% der europäischen Bürger positiv beurteilt (davon 7% «sehr positiv» und 31% «ziemlich positiv»). Demgegenüber sehen 45% der Befragten den Begriff überwiegend negativ besetzt (13% «sehr negativ» und 32% «ziemlich negativ»). 17% antworten auf diese Frage nicht. Im Vergleich zum Frühjahr 2007 gehen die Anteile positiver Bewertungen um 3 Punkte zurück, während der Anteil negativer Nennungen im gleichen Zeitraum um 7 Punkte ansteigt. Die Anteile der Befragten, die keine Meinung äußern, sinken um 4 Punkte.

Das Verhältnis verkehrt sich daher ins Gegenteil: Während im Frühjahr 2007 eine sehr knappe Mehrheit der europäischen Bürger der Ansicht war, dass der Begriff Protektionismus etwas Positives ausdrückt (41% gegenüber 38%), wird die Meinung, dass es sich hierbei um etwas Negatives handelt, mittlerweile von einer deutlichen Mehrheit vertreten.

Der Begriff „**freier Handel**“ ruft bei einer großen Mehrheit der Befragten in allen Mitgliedstaaten der Union positive Reaktionen hervor. Die höchsten Werte werden in Deutschland (87%), die niedrigsten in Portugal (63%) festgestellt. Während der Begriff Liberalismus die öffentliche Meinung in Frankreich in zwei Lager spaltet, vereint der Begriff freier Handel in Frankreich stattdessen 70% der positiven Nennungen auf sich.

Die Unterschiede auf Länderebene sind in Bezug auf den Begriff **Protektionismus** sehr viel ausgeprägter. In 8 Mitgliedstaaten der Union bewertet eine Mehrheit der Befragten den Begriff positiv. Es handelt sich hierbei vor allem um Länder des Mittelmeerraums: Griechenland (73% gegenüber 25%), Zypern (79% gegenüber 15%), Malta (53% gegenüber 19%), Portugal (52% gegenüber 29%), Spanien (48% gegenüber 40%). Hinzu kommen Rumänien (65% gegenüber 21%), Luxemburg (51% gegenüber 41%) und Irland (49% gegenüber 27%). In Italien (43% gegenüber 47%) und Slowenien (42% gegenüber 42%) sind die Meinungen sehr geteilt. Der Begriff Protektionismus wird in Ungarn (78%) und der Slowakei (69%) am deutlichsten abgelehnt.





Die soziodemografische Analyse macht deutlich, dass der Begriff „**freier Handel**“ von den Befragten aus allen sozialen Gruppen positiv bewertet wird. Wie schon im bisherigen Text im Hinblick auf die anderen Konzepte der Marktwirtschaft angemerkt, ist diese positive Einschätzung bei den besser ausgebildeten, gutsituierten Befragten und jenen, die die europäische Integration unterstützen, am deutlichsten ausgeprägt.

Auch in Bezug auf den **Protektionismus** sind Unterschiede festzustellen, und zwar hinsichtlich des Alters: Die jüngeren Generationen bewerten den Begriff Protektionismus mit höherer Wahrscheinlichkeit positiv (43% bei den 15- bis 24-Jährigen) als die älteren Befragten (34% bei den Personen im Alter von 55 Jahren und darüber). Bei den Personen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben (57% bewerten diesen Begriff negativ) wird das Wort Protektionismus ebenfalls weniger geschätzt als von den Befragten, die ihre Ausbildung früher beendet haben (38%).

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Befragten beeinflusst die Ergebnisse demgegenüber nur geringfügig: Dieser Begriff wird von den Befragten, die einräumen, finanzielle Schwierigkeiten zu haben (38%), und denjenigen, die angeben, keine zu haben (37%), in gleich großen Anteilen positiv bewertet. Die Haltung gegenüber der Europäischen Union beeinflusst die Meinungen zum Protektionismus interessanterweise ebenfalls nur geringfügig.

Der Begriff „Protektionismus“ wird von den Befragten, die den Euro unterstützen (47% negativer gegenüber 40% positiver Bewertungen) in nahezu derselben Weise wahrgenommen, wie von denjenigen, die dem Euro ablehnend gegenüberstehen (44% gegenüber 37%). Dementsprechend fällt das Verhältnis zwischen negativer und positiver Beurteilungen bei den Befragten, die der Ansicht sind, ihr Land habe von der Zugehörigkeit zur Europäischen Union profitiert (47% negativer gegenüber 40% positiver Einschätzungen), und denjenigen, die im Gegensatz dazu erklären, ihr Land habe nicht profitiert (47% gegenüber 36%), annähernd gleich aus.

QD1.5 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?			
Protektionismus			
	Total Positiv	Total Negativ	Weiß nicht
EU27	38%	45%	17%
Alter			
 15-24	43%	38%	19%
25-39	41%	46%	13%
40-54	38%	48%	14%
55+	34%	46%	20%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	38%	38%	24%
16-19	41%	43%	16%
20+	33%	57%	10%
Studiert noch	42%	40%	18%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	38%	41%	21%
Gelegentlich	41%	42%	17%
Nahezu nie/ nie	37%	48%	15%
Vorteil von EU Mitgliedschaft			
Land hat profitiert	40%	47%	13%
Land hat nicht profitiert	36%	47%	17%
Euro			
Dafür	40%	47%	13%
Dagegen	37%	44%	19%

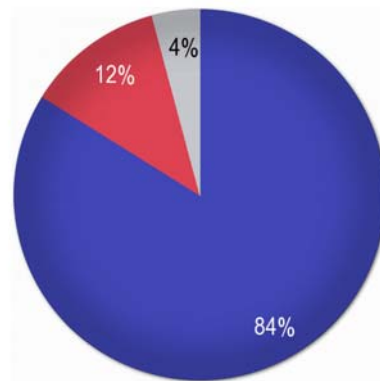
1.3. Wohlfahrtsstaat, Solidarität und Gewerkschaft

- Die europäischen Bürger wollen Marktwirtschaft und Solidarität miteinander in Einklang bringen -

Wenn die europäischen Bürger in großem Maße die Werte der Marktwirtschaft befürworten, so schätzen sie in gleicher Weise die Begriffe "Solidarität" und "Wohlfahrtsstaat". In der Umfrage wird deutlich, dass die soziale Problematik nach Ansicht der Bürger von großer Bedeutung ist. Die öffentliche Meinung in Europa scheint einerseits die Prinzipien der Marktwirtschaft zwar deutlich zu befürworten, andererseits fordert sie jedoch ein Wirtschaftssystem, in dem auch ein Platz für Regeln und Schutzfunktionen und nicht nur für «Laissez-faire» vorgesehen ist.

QD1.14. Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?

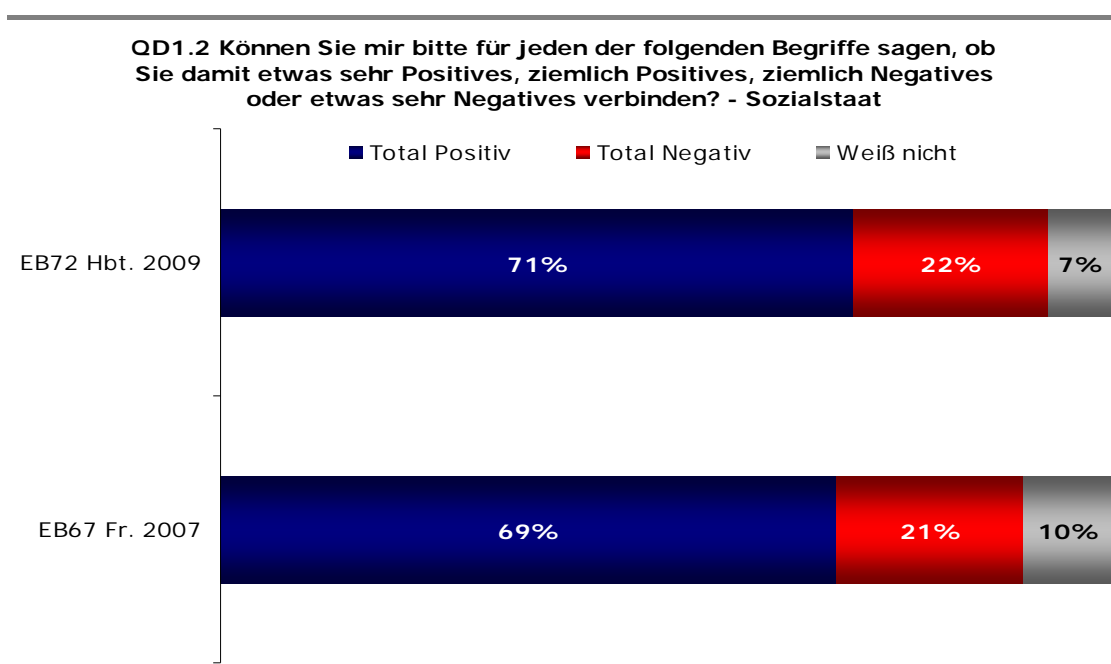
Solidarität



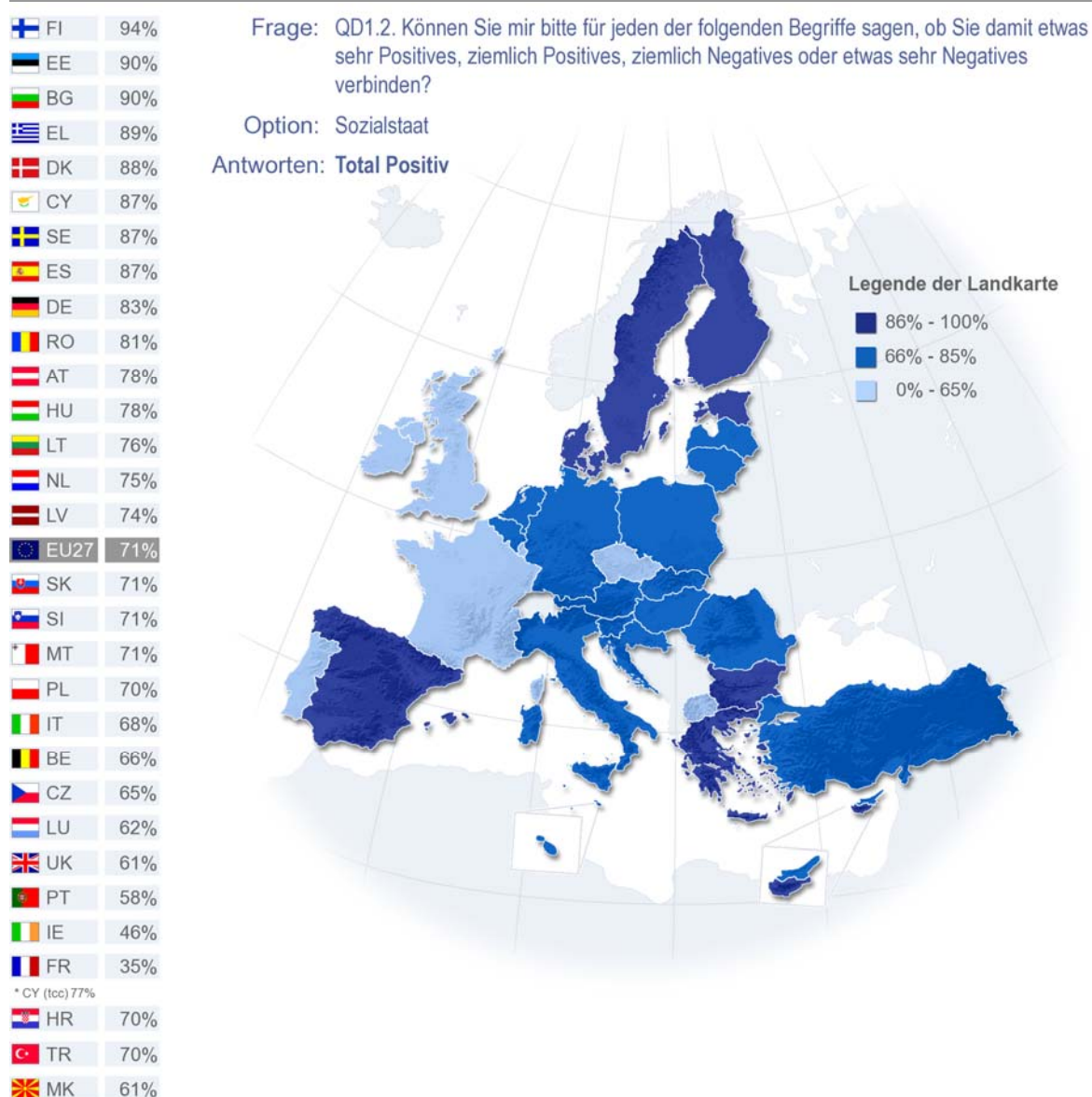
● Total Positive
 ● Total Negative
 ● Weiß nicht
● EU27

Ein Anteil von 84% der europäischen Bürger bewertet den Begriff "**Solidarität**" positiv. Mehr als ein Drittel (36%) hiervon entfallen auf die Antwort «sehr positiv» und 48% auf «ziemlich positiv». Für 12% der Befragten hat dieser Begriff eine negative Assoziation (2% für «sehr negativ» und 10% für «ziemlich negativ»). Ein Anteil von 4% gibt hierzu keine Antwort. Dieser Begriff wurde im Frühjahr 2007 noch nicht abgefragt. Von allen in dieser Umfrage abgefragten Begriffen erhält Solidarität die höchsten Anteile positiver Bewertungen. Dieser Terminus wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union besonders häufig positiv bewertet, wobei die befragten Personen im Vereinigten Königreich diesbezüglich die geringste Wertschätzung zeigen (64%). Große Zustimmung gibt es für dieses Wort in allen sozialen Schichtungen.

Für 71% der europäischen Bürger ist der Begriff "**Wohlfahrtsstaat**" etwas Positives («sehr positiv» für 22% und «ziemlich positiv» für 49%). Für 22% der Befragten ist dieser Begriff negativ besetzt («sehr negativ» für 4% und «ziemlich negativ» für 18%). 7% der Befragten äußern hierzu keine Meinung. Im Vergleich zum Frühjahr 2007 steigen die positiven Bewertungen um 2 Punkte an. Wir weisen allerdings darauf hin, dass hinter dieser moderaten Entwicklung auf europäischer Ebene sehr große Unterschiede auf Länderebene festzustellen sind. In Bulgarien (+17 Punkte, auf 90%), Portugal (+13 Punkte, 58%), Griechenland (+10 Punkte, 89%) und Deutschland (+10 Punkte, 83%) sind die positiven Beurteilungen sehr deutlich angestiegen. Im Gegensatz hierzu sind die Anteile in Lettland (-11 Punkte, 74%) und Irland (-10 Punkte, 46%) deutlich gesunken.



In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erklärt eine absolute Mehrheit der befragten Bürger, mit diesem Begriff etwas Positives zu verbinden. Ausnahmen sind Irland (46% gegenüber 42%) und – besonders interessant – Frankreich (35% gegenüber 37%; hier gibt es mit 28% einen hohen Anteil von Befragten, die mit „Weiß nicht“ antworten). In den nördlichen Mitgliedstaaten (94% in Finnland, 88% Dänemark, 87% Schweden) und in Griechenland (89%) wird dieser Begriff in besonders hohem Maße positiv beurteilt.





Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die europäische Bevölkerung in hohem Maße das positive Verständnis dieses Begriffs teilen. Es ist allerdings interessant zu beobachten, dass der Begriff Wohlfahrtsstaat von den gutsituierten, höheren Bevölkerungsschichten häufiger positiv beurteilt wird, als von den einfachen Bevölkerungsschichten.

Anders ausgedrückt, wird dieser Begriff von den Befragten, die den Wohlfahrtsstaat eher nötig hätten, etwas seltener positiv bewertet, als von den anderen. In Teilen kann dieses Ergebnis zweifellos durch das schlechtere Verständnis des Begriffs erklärt werden. Dies zeigt sich ebenfalls dadurch, dass in den bescheideneren Bevölkerungsschichten ein leicht über dem Durchschnitt liegender Anteil derjenigen Befragten festgestellt wird, die auf die Frage keine Antwort geben.

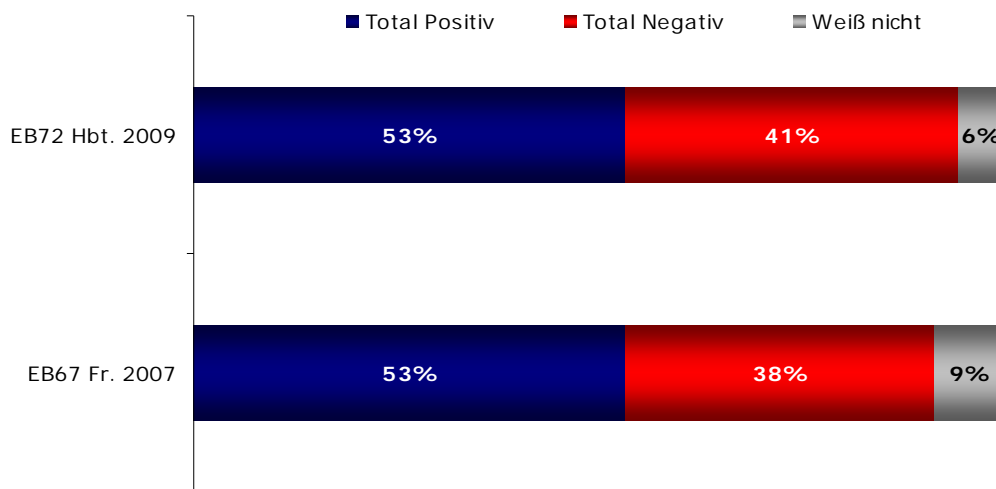
Dementsprechend wird der Begriff von 67% der Arbeitslosen, im Vergleich zu 71% der Führungskräfte positiv beurteilt. 62% derjenigen, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, nehmen den Begriff positiv wahr. Dies im Vergleich zu 73% derjenigen, die diese Schwierigkeiten nicht haben. Ein Anteil von 64% der Personen, die sich selbst auf gesellschaftlicher Ebene niedrig einschätzen, ist dieser Meinung, während dies für 75% derjenigen Befragten gilt, die ihre gesellschaftliche Position höher einschätzen. Dies bedeutet, dass die Meinungen zum Begriff des Wohlfahrtsstaates nicht von dem Nutzen abhängen, der daraus gewonnen werden kann. Sie begründen sich vielmehr auf die Werte, die dieser Begriff darstellt.

Das Ausbildungsniveau der Befragten beeinflusst nur geringfügig die persönliche Einschätzung hierzu.

QD1.2 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden?			
Sozialstaat			
	Total Positiv	Total Negativ	Weiß nicht
EU27	71%	22%	7%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	69%	21%	10%
16-19	69%	24%	7%
20+	74%	21%	5%
Studiert noch	74%	17%	9%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	75%	21%	4%
Leitende(r) Angestellte(r)	71%	25%	4%
Andere(r) Angestellte(r)	72%	23%	5%
Sonstige Arbeiter	68%	24%	8%
Hausfrauen / Hausmänner	71%	21%	8%
Arbeitslos	67%	25%	8%
Rentner / Pensionäre	70%	21%	9%
Studenten	74%	17%	9%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	62%	26%	12%
Gelegentlich	69%	23%	8%
Nahezu nie/ nie	73%	21%	6%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	64%	25%	11%
Mitte (5-6)	72%	21%	7%
Hoch (7-10)	75%	21%	4%

Während zur positiven Beurteilung des Begriffs Wohlfahrtsstaat weitgehend Übereinstimmung besteht, ruft der Begriff **öffentliche Verwaltung** sehr viel gegensätzlichere Reaktionen hervor. Ein Anteil von 53% der europäischen Bürger bewertet den Begriff positiv (8% «sehr positiv» und 45% «ziemlich positiv»). 41% hingegen beurteilen ihn negativ (8% «sehr negativ» und 33% «ziemlich negativ»). 6% der Befragten äußern hierzu keine Meinung. Das Verhältnis zwischen positiver und negativer Einschätzungen ist seit Frühjahr 2007 stabil geblieben.

QD1.10 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden? - Öffentliche Verwaltung

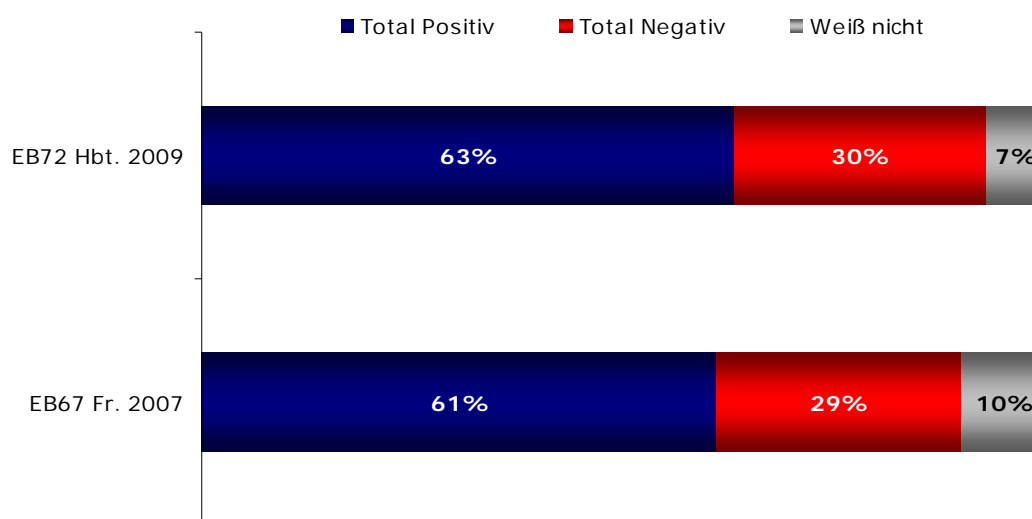


In 4 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vertritt eine Mehrheit der Befragten eine negative Einschätzung: Dies gilt für Lettland (66%), Italien (55%), Slowenien (55%) und Bulgarien (50%). In Belgien (49% positiver gegenüber 47% negativer Meinungen), Ungarn (48% gegenüber 48%), dem Vereinigten Königreich (46% gegenüber 42%) und Polen (44% gegenüber 47%) sind die Meinungen sehr gegensätzlich. In Estland (77%), auf Zypern (76%), in Luxemburg (73%) und Finnland (72%) wird der Begriff weitgehend positiv beurteilt.

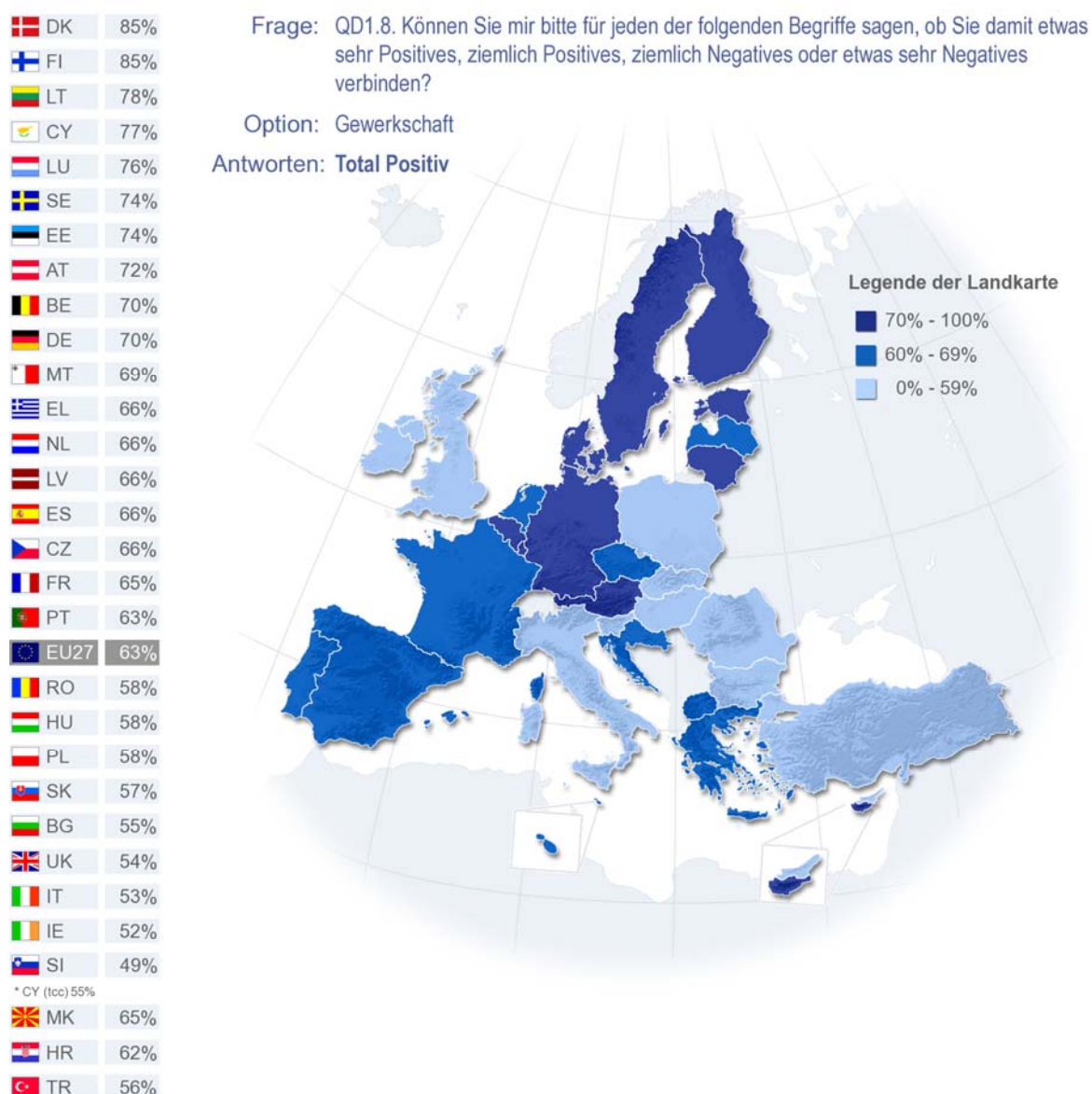
Wie wir schon für den Begriff „Wohlfahrtsstaat“ feststellen konnten, wird auch für den Ausdruck „öffentliche Verwaltung“ in den Bevölkerungsgruppen, die gutsituiert und gut ausgebildet sind, eine höhere Wertschätzung ermittelt, als in einfacheren Bevölkerungsschichten. So beurteilen beispielsweise 58% derjenigen, die ihre gesellschaftliche Position höher einschätzen, diesen Begriff positiv, während dies für 48% derjenigen gilt, die sich einem niedrigeren gesellschaftlichen Rang zuordnen. Das ist ebenso der Fall für 56% derjenigen, die keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben, im Vergleich zu 44% derjenigen, die angeben, mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

Schließlich wurde in dieser Umfrage - nach wie vor unter sozialen Gesichtspunkten - auch das Wort „Gewerkschaft“ abgefragt. Die Ergebnisse zeigen, dass der Begriff für 63% der europäischen Bürger etwas Positives darstellt («sehr positiv» für 13% und «ziemlich positiv» für 50%). Ein Anteil von 30% der europäischen Bevölkerung ordnet ihn negativ ein («sehr negativ» für 7% und «ziemlich negativ» für 23%). 7% der befragten Personen äußern hierzu keine Meinung. Die positiven Bewertungen des Begriffs Gewerkschaft nehmen im Vergleich zum Frühjahr 2007 um 2 Punkte zu.

QD1.8 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden? - Gewerkschaft



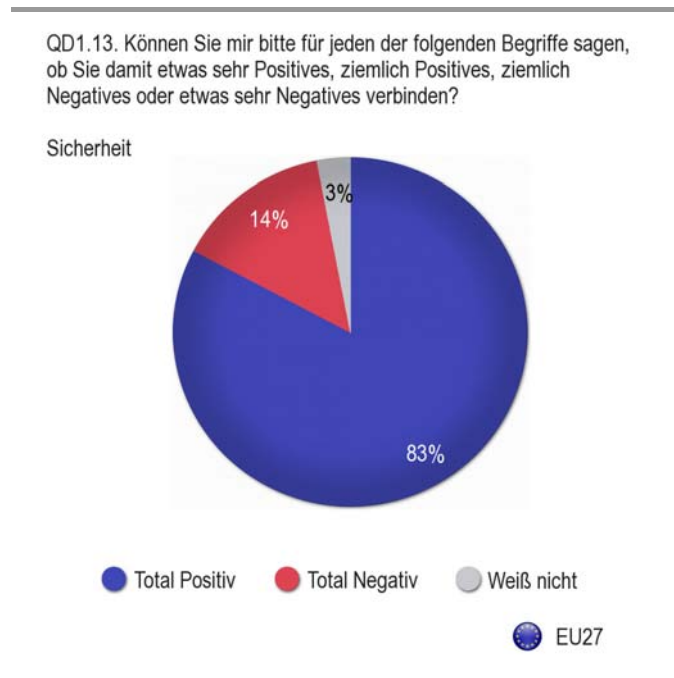
Auch wenn es auf Länderebene gewisse Unterschiede gibt, kann festgestellt werden, dass der Ausdruck Gewerkschaft in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mehrheitlich positive Einschätzungen hervorruft. Die Anteile dieser positiven Beurteilungen reichen von 49% in Slowenien und 52% in Irland bis 85% in Finnland und Dänemark.



67% der Führungskräfte, 66% der Arbeiter und 60% der Arbeitslosen und Pensionäre nehmen den Begriff als positiv wahr. Dies gilt für 68% derjenigen Befragten, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt und für 57% derjenigen, die die Schule vor dem Alter von 16 Jahren verlassen haben. Wir finden hier eine Tendenz wieder, die sich schon bei den Begriffen „Wohlfahrtsstaat“ und „öffentliche Verwaltung“ bemerkbar gemacht hat: Die höheren Bevölkerungsschichten beurteilen diese Begriffe häufiger positiv als die weniger gehobenen und einfacheren Bevölkerungsanteile.

1.4. Sicherheit und Reformen

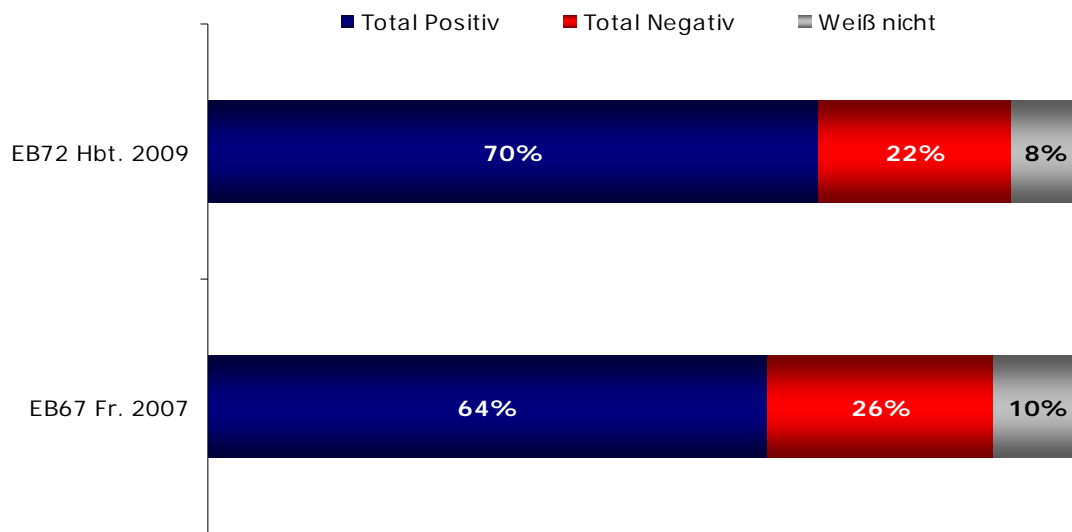
Die Begriffe "Sicherheit" und "Reformen" wurden in dieser Umfrage ebenfalls abgefragt. Sie werden von sehr hohen Anteilen der öffentlichen Meinung positiv beurteilt.



Ein Anteil von 83% der europäischen Bürger bewertet den Ausdruck **Sicherheit** positiv, wobei 38% auf «sehr positiv» und 45% auf «ziemlich positiv» entfallen. Für 14% der Befragten hingegen stellt der Begriff etwas Negatives dar («sehr negativ» für 3% und «ziemlich negativ» für 11%). Nur 3% äußern hierzu keine Meinung. Von den Begriffen, die die meisten positiven Bewertungen erhalten haben, besetzt der Begriff Sicherheit gleich hinter der Solidarität den zweiten Platz. Im Jahr 2007 wurde der Begriff noch nicht abgefragt.

Die Sicherheit stellt einen Wert dar, der in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union von allen Befragten, unabhängig von ihrem sozialen Status, in hohem Maße geschätzt wird.

QD1.9 Können Sie mir bitte für jeden der folgenden Begriffe sagen, ob Sie damit etwas sehr Positives, ziemlich Positives, ziemlich Negatives oder etwas sehr Negatives verbinden? - Reformen - % EU



Die europäischen Bürger sind dem Begriff **Reformen** sehr verbunden. Wenn wir den Begriff im Plural abfragen, erhält er de facto 70% positiver Bewertungen (16% «sehr positiv» und 54% «ziemlich positiv»). Ein Anteil von 22% der europäischen Bürger gibt an, dass für sie der Ausdruck «die Reformen» etwas Negatives darstellt («sehr negativ» für 4% und «ziemlich negativ» für 18%). Ein Anteil von 8% gibt hierzu keine Antwort. Der Anteil positiver Bewertungen dieses Begriffs ist im Vergleich zum Frühjahr 2007 um 6 Punkte angestiegen.

Abgesehen von der einzigen Ausnahme Lettland (mit geteilten Meinungen: 48%, die den Ausdruck positiv und 46%, die ihn negativ bewerten) wird dieser Begriff in allen Mitgliedstaaten mehrheitlich positiv beurteilt. Besonders hohe Werte können hierfür in Finnland (94%), Spanien (87%), auf Zypern (86%) und in Griechenland (83%) festgestellt werden.

Auch wenn der Begriff von allen Befragten als positiv wahrgenommen wird, so ist doch zu beobachten, dass er von den höheren Bevölkerungsschichten deutlich häufiger positiv bewertet wird, als von den einfacheren. Für eine eingehendere Analyse der Meinungen zum Aspekt der Reformen, kann der Teil dieses Berichtes eingesehen werden, der ausführlicher auf die Krise eingeht⁵².

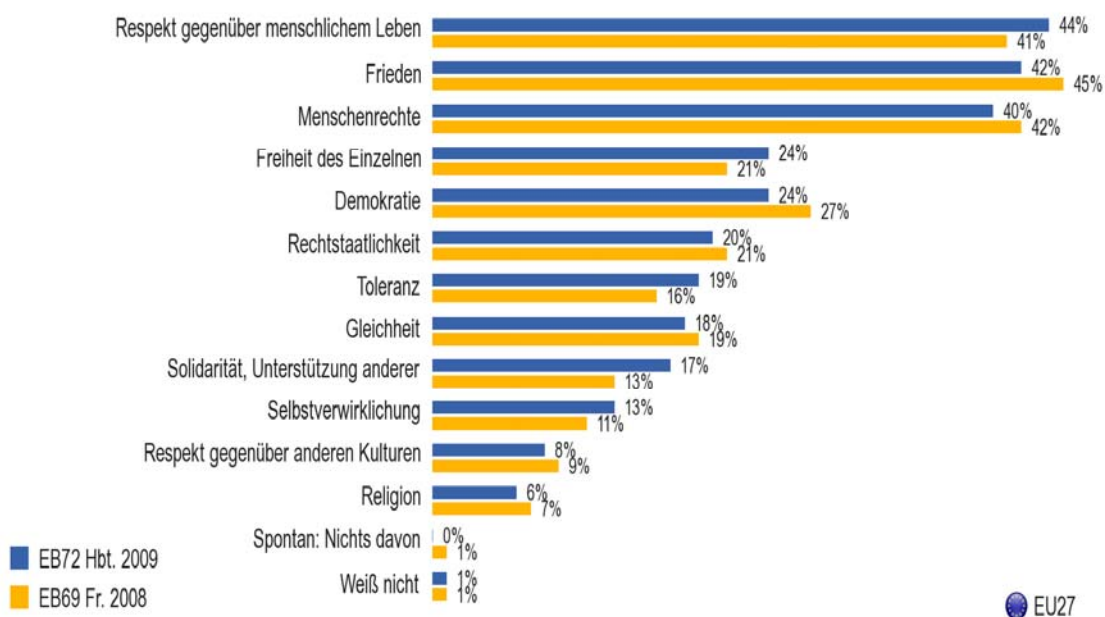
⁵² Bericht: Die europäischen Bürger und die Krise, die Europäische Union und die Krise. Kapitel 2.6: Soll das Wirtschafts- und Finanzsystems reformiert werden?

2. DIE GEMEINSAMEN WERTE DER EUROPÄISCHEN BÜRGER UND DIE WERTE, DIE AM BESTEN DIE EUROPÄISCHE UNION REPRÄSENTIEREN

2.1. Werte der europäischen Bürger

- *Der Respekt gegenüber dem menschlichen Leben, der Friede und die Menschenrechte stehen auf der Werteliste der europäischen Bürger ganz oben -*

QD7. Welche drei der folgenden Werte sind für Sie persönlich am wichtigsten?



Auf die Frage, welche drei Werte am wichtigsten für sie sind, nennen die europäischen Bürger zuerst den Respekt vor dem menschlichen Leben (44%), den Frieden (42%) und die Menschenrechte (40%)⁵³. Dieses Dreigespann rangiert weit vor allen anderen Werten, wie der Demokratie (24% der Nennungen), der Freiheit des Einzelnen (24%), der Rechtsstaatlichkeit (20%), der Toleranz (19%), der Gleichheit (18%), der Solidarität (17%), der Selbstverwirklichung (13%), der Respekt gegenüber anderen Kulturen (8%) und der Religion (6%).

Diese Wertehierarchie der Bürger hat eine solide Grundlage und bleibt seit geraumer Zeit verhältnismäßig konstant. Trotzdem beobachten wir einige Entwicklungen. Der Anteil der Nennungen für den Respekt gegenüber dem menschlichen Leben steigt seit dem Frühjahr 2008 um 3 Punkte, während gleichzeitig der Anteil, der sich für die Menschenrechte entscheidet, um 2 Punkte zurückgeht. Aufgrund dieser Veränderungen verschieben sich die Positionen in der Wertehierarchie.

⁵³ QD7 Welche drei der folgenden Werte sind für Sie persönlich am wichtigsten? (MAX. 3 ANTWORTEN)

Nachdem im Frühjahr 2008 die Menschenrechte an der Spitze standen, nimmt diesen Platz nunmehr der Respekt gegenüber dem menschlichen Leben ein.

Die Anteile für Demokratie und Frieden sinken um je 3 Punkte. Gleichzeitig steigen jene für Solidarität und Toleranz um 4 bzw. 3 Punkte. Auch wenn diese Entwicklung die Grundwerte der europäischen Bürger nicht wirklich erschüttert, so kann doch eine leichte Tendenz zu einem Anstieg der individuellen Werte (Respekt gegenüber dem menschlichen Leben, Solidarität, Toleranz) und einem geringfügigen Rückgang der allgemeineren und abstrakteren Werte (Menschenrechte, Frieden) festgestellt werden.

Zu dieser Frage gibt es keine nennenswerten Unterschiede auf Länderebene. Dies weist darauf hin, dass es sich hierbei um eine Wertebasis handelt, die allen europäischen Bürgern gemein ist. Die Kombination aus den drei Werten **Respekt gegenüber dem menschlichen Leben, Frieden und Menschenrechte** wird in 26 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union an die Spitze gewählt, wobei sich Unterschiede höchstens in der Rangfolge der drei Werte untereinander ergeben. Die Befragten in Österreich unterscheiden sich von den anderen darin, dass sie die **Freiheit des Einzelnen** an die Spitze der Liste setzen (52%).

Der **Respekt gegenüber dem menschlichen Leben** wird in besonderem Maße von den Befragten in Irland (60%) und auf Zypern (54%, auf dem zweiten Platz nach den Menschenrechten, 65%) gewählt. Schließlich ist dies der wichtigste Wert für die befragten Personen in den folgenden 11 Mitgliedstaaten: Irland (60%), Ungarn (53%), Vereinigtes Königreich (51%), Bulgarien (49%), Frankreich (48%), Portugal (46%), Spanien und den Niederlanden (jeweils 45%), Belgien (43%), der Tschechischen Republik (41%, Gleichstand mit den Menschenrechten) und in Italien (41%).

Der Frieden wird in Deutschland (61%) und in Slowenien (58%) auf den ersten Platz gewählt. Dieser Wert erreicht in 9 von 27 Mitgliedstaaten den obersten Platz der Liste. Neben Deutschland und Slowenien ist der Frieden auch für die Befragten in Finnland und in Luxemburg (54% für beide Länder), in Estland und in Griechenland (jeweils 51%), in Lettland (47%, gleichauf mit den Menschenrechten), auf Malta und in Dänemark (45% in beiden Fällen) der wichtigste Wert.

Die Menschenrechte werden am häufigsten auf Zypern (65%) und in Schweden (60%) genannt. Aber auch in den nachfolgenden 6 Mitgliedstaaten handelt es sich um den wichtigsten Wert: Dies sind Litauen (55%), Lettland (47%, gleich hoher Anteil wie für den Frieden), Polen (45%), Rumänien (44%), die Slowakei (42%) und die Tschechische Republik (41%, ein gleich hoher Anteil wie für den Respekt gegenüber dem menschlichen Leben).
































Weitere Besonderheiten, die wir auf Länderebene beobachten können, sind:

Die Freiheit des Einzelnen wird mehrheitlich von den Befragten in Österreich (52%) gewählt. Dieser Wert ist auch für die Befragten in Bulgarien von besonderer Bedeutung, die ihn mit 41% der Nennungen auf den zweiten Platz der Wertehierarchie wählen.

Die Demokratie wird in besonders hohem Maße von den Befragten in den skandinavischen Ländern Schweden (47%) und Dänemark (40%) geschätzt.

Die Rechtsstaatlichkeit erhält die höchsten Werte in Slowenien und Italien (jeweils 33%).

Die Toleranz wird von den Befragten in Belgien und Frankreich (28% für beide Fälle) häufiger gewählt als von der Gesamtheit der europäischen Bürger.

QD7 Welche drei der folgenden Werte sind für Sie persönlich am wichtigsten? (MAX. 3 ANTWORTEN)														
		Respekt gegenüber menschlichem Leben	Frieden	Menschenrechte	Freiheit des Einzelnen	Demokratie	Rechtsstaatlichkeit	Toleranz	Gleichheit	Solidarität, Unterstützung anderer	Selbstverwirklichung	Respekt gegenüber anderen Kulturen	Religion	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	44%	42%	40%	24%	24%	20%	19%	18%	17%	13%	8%	6%	1%
	BE	43%	41%	36%	23%	26%	12%	28%	19%	22%	18%	8%	4%	0%
	BG	49%	30%	40%	41%	15%	27%	14%	12%	20%	18%	3%	8%	1%
	CZ	41%	40%	41%	39%	26%	22%	19%	11%	16%	17%	2%	2%	0%
	DK	37%	45%	40%	26%	40%	25%	21%	29%	17%	2%	13%	3%	0%
	DE	38%	61%	39%	25%	31%	17%	23%	8%	17%	12%	10%	4%	0%
	EE	50%	51%	37%	16%	16%	25%	23%	14%	15%	18%	12%	2%	1%
	IE	60%	36%	27%	28%	20%	21%	14%	20%	13%	24%	8%	9%	2%
	EL	46%	51%	39%	23%	33%	27%	1%	18%	12%	9%	5%	13%	0%
	ES	45%	31%	44%	14%	25%	16%	17%	24%	26%	10%	9%	2%	0%
	FR	48%	47%	43%	25%	20%	7%	28%	23%	24%	14%	10%	4%	0%
	IT	41%	29%	40%	22%	28%	33%	11%	17%	14%	14%	4%	5%	1%
	CY	54%	45%	65%	20%	28%	19%	2%	16%	19%	3%	9%	18%	0%
	LV	43%	47%	47%	31%	13%	12%	14%	17%	15%	16%	12%	5%	0%
	LT	41%	30%	55%	34%	20%	25%	16%	14%	12%	9%	6%	8%	1%
	LU	43%	54%	41%	18%	24%	15%	21%	17%	22%	7%	13%	4%	1%
	HU	53%	51%	32%	28%	23%	12%	12%	19%	18%	23%	3%	6%	0%
	MT	42%	45%	39%	18%	26%	12%	12%	16%	24%	15%	7%	21%	1%
	NL	45%	42%	29%	27%	28%	9%	23%	18%	24%	20%	15%	9%	0%
	AT	40%	48%	34%	52%	28%	11%	16%	20%	12%	13%	3%	6%	0%
	PL	42%	38%	45%	15%	14%	16%	18%	18%	14%	9%	6%	13%	4%
	PT	46%	42%	38%	17%	20%	11%	11%	24%	24%	11%	5%	3%	2%
	RO	41%	35%	44%	19%	21%	19%	8%	18%	19%	26%	2%	18%	3%
	SI	41%	58%	42%	25%	12%	33%	20%	18%	19%	10%	4%	2%	0%
	SK	35%	39%	42%	27%	22%	22%	22%	14%	15%	19%	4%	17%	0%
	FI	45%	54%	42%	24%	15%	23%	19%	27%	15%	10%	4%	12%	0%
	SE	37%	52%	60%	16%	47%	14%	14%	21%	16%	7%	8%	1%	0%
	UK	51%	32%	33%	28%	18%	31%	21%	22%	6%	9%	14%	7%	2%
	CY (tcc)	38%	22%	44%	37%	29%	44%	11%	28%	11%	10%	4%	8%	2%
	MK	37%	47%	42%	17%	25%	35%	9%	22%	16%	6%	4%	6%	2%
	HR	45%	42%	50%	22%	17%	35%	12%	20%	21%	6%	3%	7%	1%
	TR	43%	31%	38%	18%	28%	14%	17%	29%	14%	2%	3%	25%	2%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Für das Dreigespann **Respekt gegenüber dem menschlichen Leben, Frieden und Menschenrechte** an der Spitze der Liste gibt es auch unabhängig von den soziodemographischen Merkmalen der befragten Personen eine große Übereinstimmung. Wir beobachten allerdings einen Generationeneffekt, d.h. die jüngeren Befragten zeigen sich empfänglicher für die Menschenrechte, während die älteren dem Frieden mehr Bedeutung beimessen. 47% der Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren nennen die Menschenrechte als einen Wert, der für sie große Bedeutung hat. Dies gilt für 36% der Befragten im Alter von 55 Jahren und darüber. Demgegenüber wählen 47% derjenigen, die 55 Jahre und älter sind, den Frieden, während dies für 37% der 15- bis 24-Jährigen gilt.

Zudem nennen die älteren Befragten den Respekt gegenüber dem menschlichen Leben (47%) häufiger, als die Befragten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren (37%). Die Bevölkerungsgruppe der 15- bis 24-Jährigen wählt ihrerseits deutlich häufiger als der europäische Durchschnitt die Gleichheit (26%) als bedeutenden Wert. Wir stellen für diese Frage nach den Werten fest, dass die politische Einstellung der Befragten nur geringfügig Einfluss auf die Ergebnisse nimmt (auch wenn die politisch links orientierten Befragten häufiger als die politisch rechts stehenden die Solidarität wählen) und dass sich die Unterstützer der politischen Linken und Rechten endlich auf einer gemeinsamen Basis treffen.

2.2. Werte, die die Europäische Union repräsentieren

- Demokratie, Frieden und Menschenrechte sind Werte, die die Europäische Union am besten repräsentieren -

Nachdem wir die Frage gestellt haben, in welcher Reihenfolge die europäischen Bürger die für sie wichtigsten Werte auflisten, ist es interessant, einen Blick auf die Hierarchie derjenigen Werte zu werfen, die nach Ansicht der Bürger die Europäische Union repräsentieren⁵⁴. Generell besteht zwischen den beiden Auflistungen eine Kohärenz, wobei allerdings der Respekt gegenüber dem menschlichen Leben, der bei den wichtigsten Werten der Befragten an erster Stelle kommt, mit einem Anteil von 15% der Nennungen kein Wert ist, der die Europäische Union in besonderem Maße repräsentiert. Dieses Ergebnis lässt sich zweifellos dadurch erklären, dass der Respekt gegenüber dem menschlichen Leben ein Wert ist, der eher individuelles Verhalten als einen von einer politischen Gemeinschaft verkörpert Wert beschreibt.

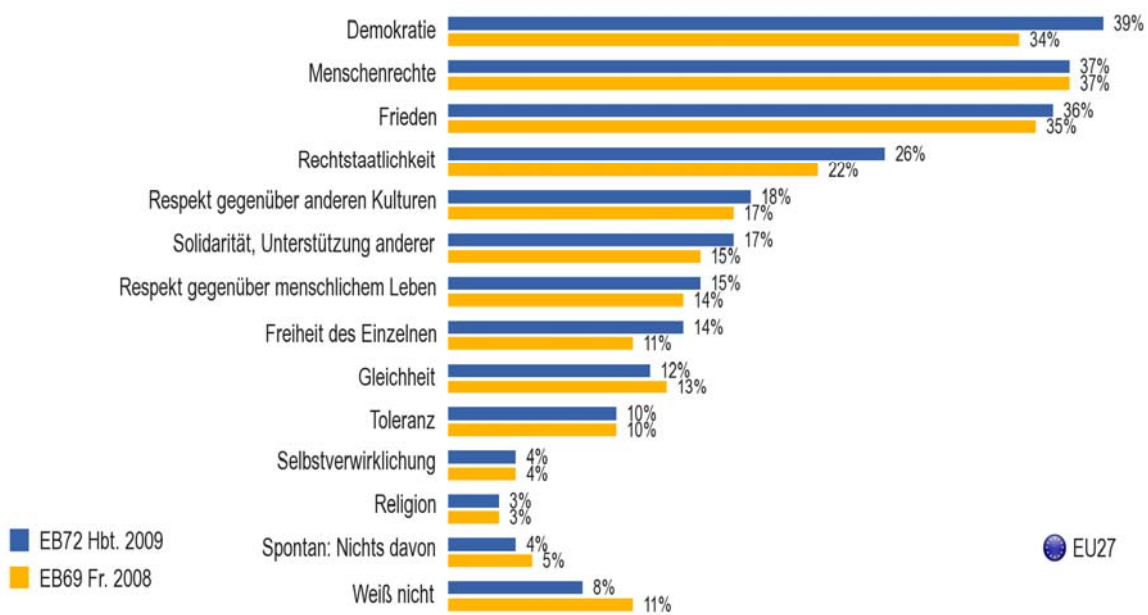
Von dieser Ausnahme einmal abgesehen, sind die Werte, die die Europäische Union repräsentieren, mit denjenigen deckungsgleich, die für die europäischen Bürger die größte Bedeutung haben: Demokratie, Frieden und Menschenrechte. Mit 39% der Nennungen wird die Demokratie auf den ersten Platz der Werte gewählt, die nach Ansicht der europäischen Bürger am besten die Europäische Union repräsentieren.

⁵⁴ QD8 Welche drei der folgenden Werte repräsentieren am besten die Europäische Union?

Die Demokratie liegt mit nur knappem Vorsprung vor den Menschenrechten (37%) und dem Frieden (36%).

Dieses Trio lässt die für die anderen Werte festgestellten Anteile weit hinter sich. Als nächstes finden wir die Rechtsstaatlichkeit (26%), den Respekt gegenüber anderen Kulturen (18%), die Solidarität (17%), den Respekt gegenüber dem menschlichen Leben (15%), die Freiheit des Einzelnen (14%), die Gleichheit (12%), die Toleranz (10%), die Selbstverwirklichung (4%) und die Religion (3%).

QD8. Welche drei der folgenden Werte repräsentieren am besten die Europäische Union?



Die drei Werte, die am besten die Europäische Union repräsentieren, sind dieselben wie schon im Frühjahr 2008. Allerdings können wir interessante Veränderungen in der Reihenfolge dieser Werte beobachten. Der Anteil der Nennungen für die Demokratie nimmt um 5 Punkte zu – dieses Ergebnis ist zweifellos den Europawahlen zuzuschreiben, die zwischenzeitlich stattgefunden haben. Der Anteil der Befragten, die den Frieden wählen, ist um einen Punkt gestiegen und der für die Menschenrechte ist gleich geblieben. Aufgrund dieser Veränderungen ist die Demokratie, die im Frühjahr 2008 auf dem zweiten Platz stand, mittlerweile auf den ersten Platz vorgerückt. Für die Rechtsstaatlichkeit (+4 Punkte) und die Solidarität (+2 Punkte) sind ebenfalls Zuwächse zu verzeichnen, während die Anteile für die anderen Werte stabil geblieben sind.
































Diese an der Spitze stehenden drei Werte finden wir in allen Mitgliedstaaten der Union, wobei die Unterschiede zwischen den Ländern nur im Hinblick auf die Reihenfolge der Werte untereinander bestehen. In Dänemark (55%), der Slowakei (52%), Deutschland (49%) und Spanien (48%) wird die Demokratie erheblich öfter als im europäischen Durchschnitt genannt. Für die Befragten auf Zypern (55%), in Litauen (48%), Rumänien (48%) und Dänemark (47%) ist es von besonderer Bedeutung, dass die Union durch die Menschenrechte repräsentiert wird.

In Deutschland (54%), Schweden (54%), Griechenland (53%), Slowenien (49%), Luxemburg (48%) und Frankreich (46%) wird die EU besonders durch den Frieden repräsentiert. Schließlich ist für die Niederländer (44%) und die Bulgaren (43%) die Rechtsstaatlichkeit als Merkmal der EU besonders wichtig.

Was die Befragten in den Kandidatenländern anbelangt, so sind die Kroaten der Ansicht, dass die EU noch vor der Demokratie (35%) und den Menschenrechten (31%) vor allem durch Rechtsstaatlichkeit (40%) repräsentiert wird. Die Öffentlichkeit in der Türkei misst den Menschenrechten (38%) mehr Bedeutung bei, als dem Respekt gegenüber dem menschlichen Leben (29%) und der Demokratie (28%). In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien werden der Frieden (38%), die Menschenrechte (37%) und die Demokratie (35%) auf die vordersten Plätze gewählt.

Die grundlegende Erkenntnis ist, dass das Trio **Demokratie - Menschenrechte - Frieden** in allen Bevölkerungsschichten der Europäischen Union Unterstützung findet, auch wenn sich zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen geringfügige Unterschiede ergeben. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Europäische Union von genau den demokratischen und humanistischen Werten repräsentiert wird, die in den Augen der europäischen Bürger auch die wichtigsten sind.

QD8 Welche drei der folgenden Werte repräsentieren am besten die Europäische Union? (MAX. 3 ANTWORTEN)

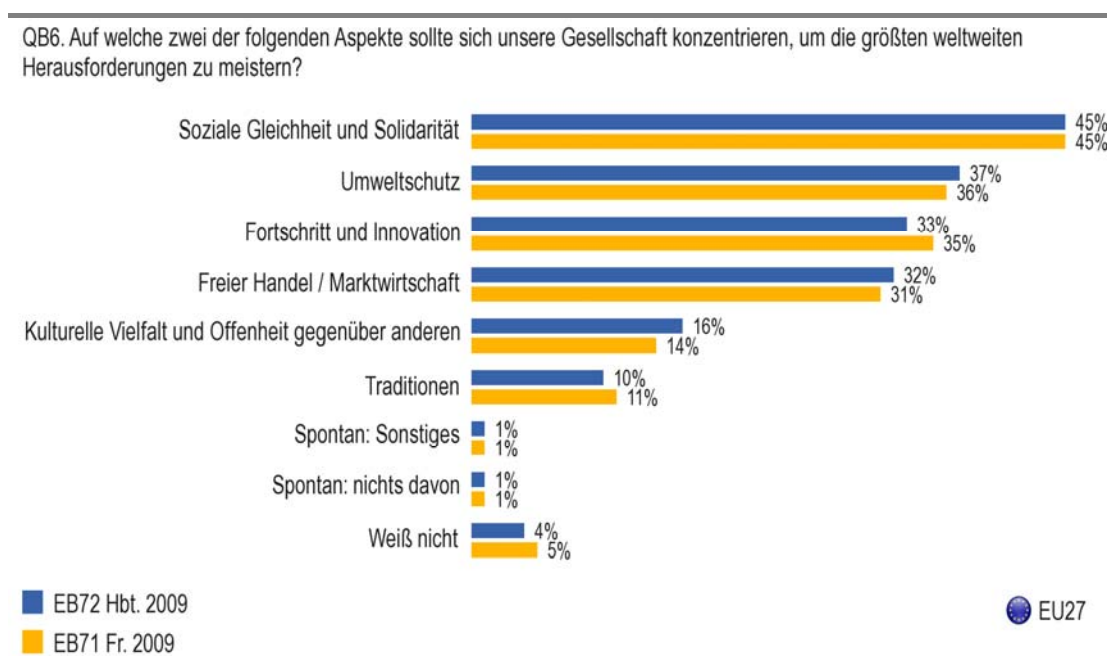
		Demokratie	Menschenrechte	Frieden	Rechtsstaatlichkeit	Respekt gegenüber anderen Kulturen	Solidarität, Unterstützung anderer	Respekt gegenüber menschlichem Leben	Freiheit des Einzelnen	Gleichheit	Toleranz	Selbstverwirklichung	Religion	Spontan: Nichts davon	Weiß nicht
	EU27	39%	37%	36%	26%	18%	17%	15%	14%	12%	10%	4%	3%	4%	8%
	BE	41%	44%	40%	20%	15%	21%	16%	11%	14%	13%	3%	2%	5%	4%
	BG	44%	43%	26%	43%	8%	20%	29%	18%	6%	13%	6%	2%	1%	6%
	CZ	45%	34%	41%	28%	24%	23%	11%	19%	8%	7%	4%	2%	2%	3%
	DK	55%	47%	38%	29%	19%	23%	10%	9%	20%	6%	5%	3%	2%	4%
	DE	49%	37%	54%	28%	22%	20%	9%	10%	8%	8%	4%	4%	3%	4%
	EE	40%	40%	39%	26%	21%	25%	18%	9%	8%	10%	5%	5%	1%	7%
	IE	38%	31%	24%	35%	15%	20%	29%	20%	19%	10%	7%	2%	1%	9%
	EL	38%	34%	53%	18%	12%	17%	22%	24%	13%	9%	10%	2%	3%	1%
	ES	48%	37%	28%	29%	15%	15%	19%	13%	15%	12%	2%	1%	3%	5%
	FR	36%	43%	46%	19%	26%	16%	12%	13%	9%	12%	2%	2%	4%	7%
	IT	34%	33%	27%	28%	16%	16%	24%	20%	16%	11%	5%	4%	4%	4%
	CY	31%	55%	28%	19%	32%	32%	22%	20%	23%	8%	2%	5%	3%	3%
	LV	30%	40%	32%	30%	16%	18%	12%	21%	9%	7%	9%	2%	4%	5%
	LT	37%	48%	29%	20%	18%	19%	18%	22%	11%	9%	4%	3%	1%	9%
	LU	43%	43%	48%	24%	22%	18%	19%	14%	13%	13%	2%	3%	2%	1%
	HU	41%	37%	38%	21%	18%	17%	16%	21%	12%	9%	8%	3%	6%	2%
	MT	36%	37%	35%	34%	20%	20%	25%	15%	16%	7%	3%	4%	1%	7%
	NL	44%	37%	42%	44%	18%	17%	7%	7%	13%	7%	3%	3%	2%	8%
	AT	39%	34%	42%	27%	15%	20%	15%	19%	14%	10%	10%	3%	7%	3%
	PL	35%	30%	29%	16%	14%	15%	13%	14%	9%	16%	3%	2%	2%	13%
	PT	31%	33%	34%	19%	11%	20%	25%	15%	20%	8%	4%	2%	2%	6%
	RO	38%	48%	30%	34%	7%	21%	22%	16%	14%	7%	8%	5%	1%	8%
	SI	34%	27%	49%	29%	17%	12%	13%	15%	12%	13%	4%	4%	6%	4%
	SK	52%	45%	36%	18%	15%	23%	17%	17%	11%	13%	7%	4%	1%	1%
	FI	35%	42%	42%	33%	22%	12%	12%	14%	16%	12%	4%	4%	3%	3%
	SE	47%	32%	54%	27%	20%	21%	7%	12%	9%	6%	4%	2%	3%	7%
	UK	26%	37%	17%	24%	21%	10%	12%	9%	16%	10%	5%	4%	7%	20%
	CY (tcc)	29%	49%	15%	45%	5%	11%	36%	32%	27%	8%	9%	6%	1%	4%
	MK	35%	37%	38%	34%	7%	17%	23%	16%	17%	9%	7%	4%	2%	5%
	HR	35%	31%	29%	40%	15%	13%	15%	12%	12%	11%	4%	2%	7%	9%
	TR	28%	38%	19%	18%	7%	9%	29%	22%	22%	10%	5%	5%	2%	14%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

3. DIE WICHTIGSTEN WERTE DER EUROPÄISCHEN BÜRGER

- Solidarität und Umweltschutz sind die Werte, die nach Ansicht der europäischen Bürger am meisten berücksichtigt werden sollten -

Auf die Frage, welche zwei Aspekte unsere Gesellschaft vorrangig berücksichtigen sollte, um die weltweiten Herausforderungen zu meistern, werden soziale Gleichheit und Solidarität mit 45% der Nennungen auf den ersten Platz gewählt. Danach kommen Umweltschutz (37%), Fortschritt und Innovation (33%), Freier Handel/Marktwirtschaft (32%), Kulturelle Vielfalt und Offenheit gegenüber anderen (16%) sowie Traditionen (10%)⁵⁵. Die Rangordnung der wichtigsten Aspekte bleibt im Vergleich zur vorherigen Eurobarometer-Umfrage stabil.



Der Wunsch nach **sozialer Gleichheit** und Solidarität ist auf Zypern (66%), in Griechenland (59%), Frankreich (57%) und Portugal (55%) besonders stark. In 15 weiteren Mitgliedstaaten wird dieser Wert ebenfalls auf den ersten Platz gewählt: Es handelt sich hierbei um Spanien (53%), Luxemburg und Österreich (je 52%), Finnland (51%), Belgien (50%), Bulgarien (49%), Deutschland (48%), die Tschechische Republik und Slowenien (je 46%), die Niederlande (45%), Irland (44%), die Slowakei (43%), Italien (40%), Estland (38%) und Polen (36%, mit einem gleich hohen Anteil wie freier Handel/Marktwirtschaft).

⁵⁵QB6 Auf welche zwei der folgenden Aspekte sollte sich unsere Gesellschaft konzentrieren, um die größten weltweiten Herausforderungen zu meistern?

Besonders in Schweden (66%), auf Zypern (63%), auf Malta (55%), in Griechenland (54%) und im Vereinigten Königreich (46%) wird dem Anliegen um die **Umwelt** große Bedeutung beigemessen.

Die Befragten in diesen 5 Mitgliedstaaten sind der Ansicht, dass sich unsere Gesellschaft vor allem auf diesen Aspekt konzentrieren sollte, um die größten weltweiten Herausforderungen zu meistern.
































Fortschritt und Innovation wird in Ungarn (48%) und Deutschland (41%) am häufigsten genannt. Für die Ungarn ist dieser Aspekt sogar der wichtigste.

Der Wunsch nach einer Verbesserung des **freien Handels** wird besonders häufig in Lettland (55%), Litauen (54%), der Tschechischen Republik (40%) und in Bulgarien (39%) geäußert. Der freie Handel wird in den beiden letztgenannten baltischen Mitgliedstaaten sowie in Polen mit 36% der Nennungen (derselbe Anteil wie für soziale Gleichheit) auf den ersten Platz der wichtigsten Werte gewählt.

Die Befragten in Österreich schließlich wählen am häufigsten die **Traditionen**: Ein Anteil von 18% entfällt hier auf diesen Aspekt, im Vergleich zu 10% im europäischen Durchschnitt.

Hinsichtlich der Kandidatenländer wird in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien eine Verbesserung des Zugangs zum freien Handel und die Marktwirtschaft (49%) auf den ersten Platz, knapp vor dem Wunsch nach Gleichheit und Solidarität (47%) gewählt. In Kroatien ist diese Reihenfolge umgekehrt: Hier nennen 56% der Befragten die soziale Gleichheit und Solidarität und 41% die Stärkung des freien Handels und der Marktwirtschaft. In der Türkei erreicht der Wunsch nach sozialer Gleichheit und Solidarität den ersten Platz (38%) und liegt damit vor einer besseren Berücksichtigung von Fortschritt und Innovation (31%).

QB6 Auf welche zwei der folgenden Aspekte sollte sich unsere Gesellschaft konzentrieren, um die größten weltweiten Herausforderungen zu meistern?(MAX. 2 ANTWORTEN)

		Soziale Gleichheit und Solidarität	Umweltschutz	Fortschritt und Innovation	Freier Handel / Marktwirtschaft	Kulturelle Vielfalt und Offenheit gegenüber anderen	Traditionen	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	45%	37%	33%	32%	16%	10%	4%
	BE	50%	37%	37%	30%	12%	9%	2%
	BG	49%	31%	32%	39%	11%	12%	5%
	CZ	46%	31%	27%	40%	20%	15%	2%
	DK	42%	45%	37%	33%	28%	7%	2%
	DE	48%	35%	41%	39%	13%	7%	1%
	EE	38%	28%	27%	35%	25%	13%	7%
	IE	44%	36%	25%	35%	17%	11%	11%
	EL	59%	54%	24%	25%	12%	12%	1%
	ES	53%	34%	34%	23%	18%	6%	4%
	FR	57%	48%	34%	20%	16%	8%	3%
	IT	40%	28%	36%	31%	17%	14%	3%
	CY	66%	63%	18%	23%	13%	13%	1%
	LV	42%	20%	29%	55%	11%	7%	5%
	LT	45%	22%	21%	54%	11%	8%	8%
	LU	52%	47%	25%	27%	19%	8%	2%
	HU	42%	31%	48%	29%	14%	15%	2%
	MT	35%	55%	27%	34%	6%	14%	6%
	NL	45%	34%	40%	34%	22%	7%	2%
	AT	52%	39%	31%	32%	15%	18%	1%
	PL	36%	25%	30%	36%	13%	14%	8%
	PT	55%	31%	26%	20%	16%	8%	6%
	RO	35%	40%	23%	36%	13%	12%	10%
	SI	46%	35%	44%	34%	11%	8%	1%
	SK	43%	31%	33%	41%	16%	11%	2%
	FI	51%	38%	40%	25%	23%	12%	1%
	SE	52%	66%	23%	30%	21%	3%	1%
	UK	28%	46%	27%	33%	16%	12%	9%
	CY (tcc)	51%	40%	35%	35%	12%	15%	3%
	MK	47%	32%	23%	49%	12%	6%	4%
	HR	56%	22%	29%	41%	13%	10%	5%
	TR	38%	25%	31%	19%	24%	11%	9%

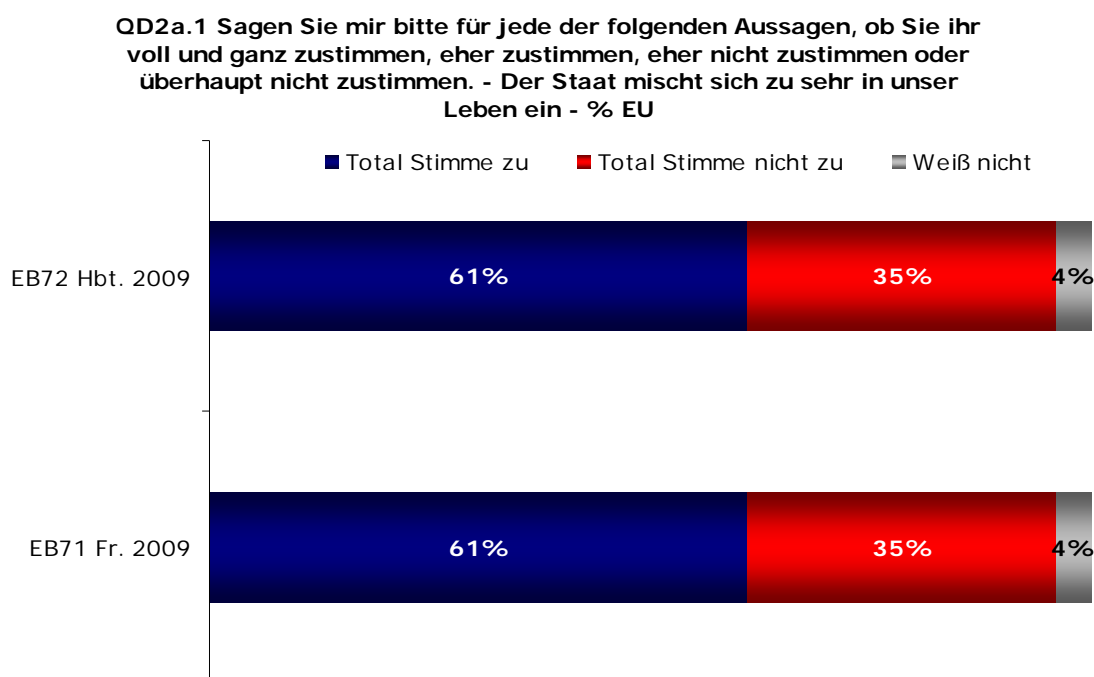
* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass die Antworten sehr homogen ausfallen und sich nur geringfügige Unterschiede hinsichtlich der Zugehörigkeit der Befragten zu Gruppen ergeben. Der Wunsch nach sozialer Gleichheit und Solidarität wird von allen Befragten auf den ersten Platz gereiht, unabhängig vom Einkommen und der sozialen Position. Dieser Aspekt wird beispielsweise von gleich großen Anteilen der Führungskräfte (43%) und der Arbeiter (44%), von denjenigen, die finanzielle Schwierigkeiten haben (47%), sowie von denjenigen, die keine haben (44%), als wichtigster Wert genannt, auf den sich die Gesellschaft konzentrieren sollte. Der Wunsch nach mehr sozialer Gleichheit und Solidarität stellt somit ein europaweites soziales Anliegen dar.

4. DIE WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN WERTE DER EUROPÄISCHEN BÜRGER

4.1. Wohlfahrtsstaat und freier Wettbewerb

Die europäischen Bürger üben Kritik am Staat, der ihrer Ansicht nach allgegenwärtig das Leben der Bürger bestimmt. Sie orientieren sich mehrheitlich an der Aussage, dass der freie Wettbewerb eine Voraussetzung für Wohlstand ist.



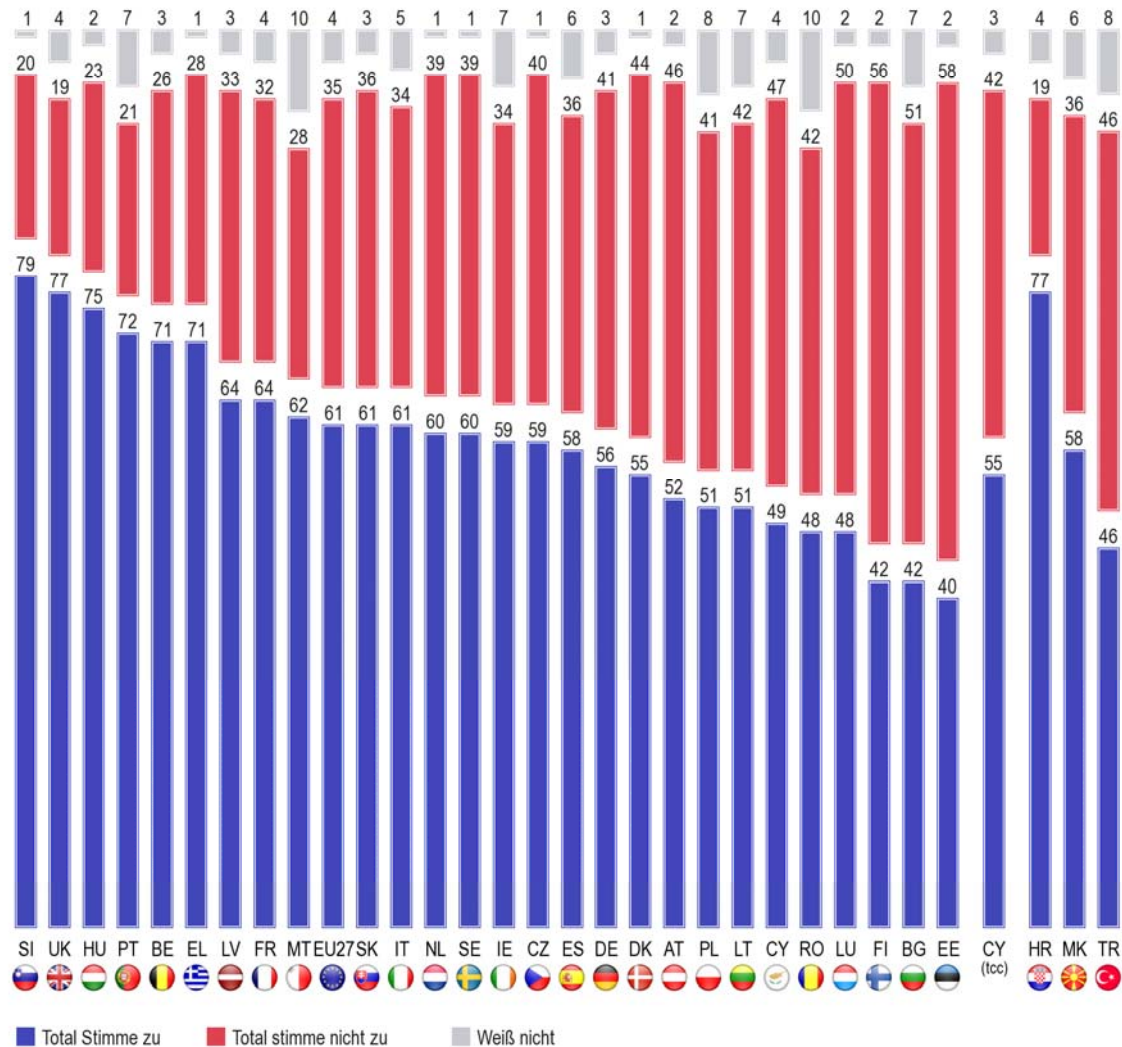
Ein Anteil von 61% der europäischen Bürger (hiervon entfallen 20% auf «stimme voll und ganz zu» und 41% auf «stimme eher zu») sind mit der Aussage einverstanden, dass **sich der Staat zu sehr in unser Leben einmischt**. 35% sind demgegenüber mit dieser Aussage nicht einverstanden (6% hiervon wählen «stimme voll und ganz zu» und 29% «stimme eher zu»)⁵⁶. 4% der befragten Personen äußern sich hierzu nicht. In diesem Punkt sind die Ansichten der europäischen Bürger absolut identisch mit jenen, die in der vorherigen Eurobarometer-Umfrage ermittelt wurden.

Im Vereinigten Königreich (77%) werden die höchsten Anteile kritischer Stimmen zu staatlichen Interventionen im Leben der Bürger festgestellt. Demgegenüber erklärt eine Mehrheit der Befragten in Estland (58%), Finnland (56%) und Bulgarien (51%), dass sie dieser Aussage nicht zustimmen. Auf Zypern (49% stimmen zu, gegenüber 47%, die nicht zustimmen) und in Luxemburg (48% gegenüber 50%) sind die Meinungen geteilt.

⁵⁶ QD2a1 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Der Staat mischt sich zu sehr in unser Leben ein.

QD2a.1. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.





Der Staat mischt sich zu sehr in unser Leben ein



In Bezug auf die soziale und wirtschaftliche Lage der Befragten können in dieser Umfrage keine nennenswerten Unterschiede festgestellt werden. Die Vorstellung, dass der Staat sich zu sehr in das Leben der Bürger einmischt, wird von allen Befragten geteilt. Wir können allerdings festhalten, dass Männer (63%), die Befragten, die ihre Ausbildung im Alter zwischen 16 und 19 Jahren abgeschlossen haben (64%), Arbeiter (64%) und Arbeitslose (65%) geringfügig häufiger als Frauen (59%), die Befragten, die ihre Ausbildung nach dem Alter von 19 Jahren fortgeführt haben (58%), Führungskräfte (59%) und vor allem Studenten (54%) der Ansicht sind, dass sich der Staat zu sehr in das Leben der Bürger einmischt.

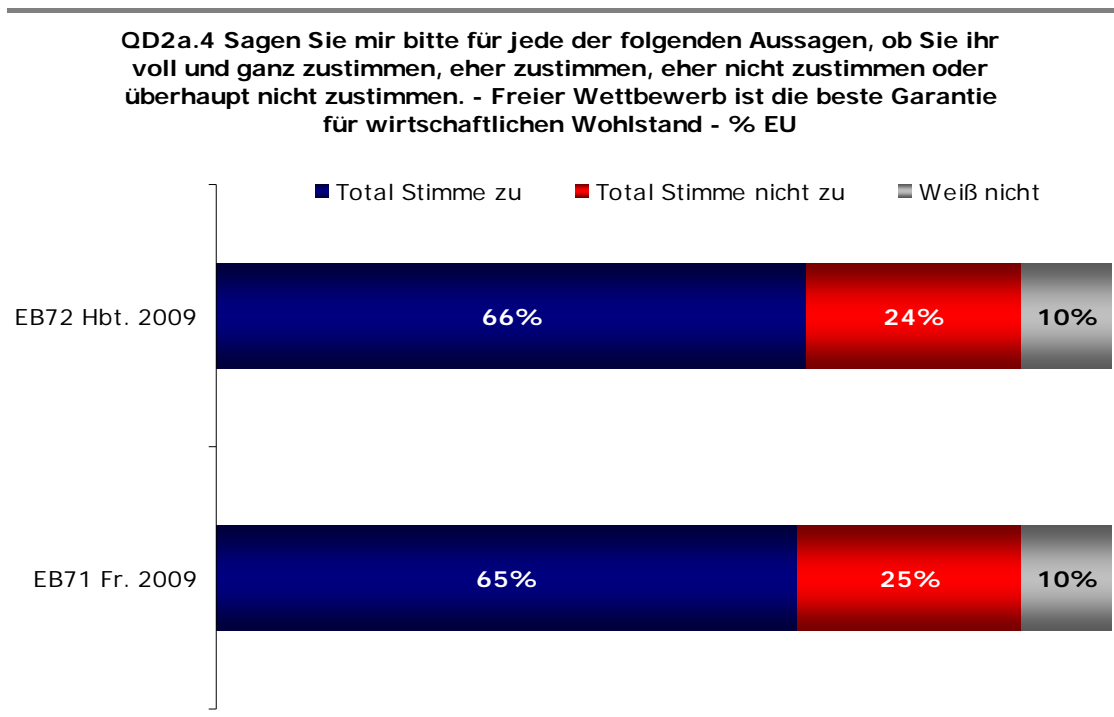
QD2a.1 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen. - %
EU

Der Staat mischt sich zu sehr in unser Leben ein

		Total Stimme zu	Total Stimme nicht zu	Weiß nicht
	EU27	61%	35%	4%
	Geschlecht			
	Männlich	63%	33%	4%
	Weiblich	59%	36%	5%
	Alter			
	15-24	60%	34%	6%
	25-39	62%	35%	3%
	40-54	62%	34%	4%
	55+	59%	36%	5%
	Ausbildung (Ende der)			
	15-	62%	33%	5%
	16-19	64%	32%	4%
	20+	58%	38%	4%
	Studiert noch	54%	40%	6%
	Berufliche Tätigkeit			
	Selbständig	63%	34%	3%
	Leitende(r) Angestellte(r)	59%	38%	3%
	Andere(r) Angestellte(r)	62%	34%	4%
	Sonstige Arbeiter	64%	32%	4%
	Hausfrauen / Hausmänner	60%	35%	5%
	Arbeitslos	65%	30%	5%
	Rentner / Pensionäre	59%	36%	5%
	Studenten	54%	40%	6%

Diese Frage wurde im Rahmen des Teilberichts gestellt, der den wirtschaftlichen und sozialen Themen gewidmet ist. Nichtsdestoweniger sollte noch ein differenzierter Blick auf die Interpretation dieser Frage geworfen werden. In der Tat bezieht sich die Frage nicht ausdrücklich auf die Eingriffe, die der Staat im Wirtschaftsbereich vornimmt, sondern auf die Eingriffe des Staates in das Leben der einzelnen Bürger. Ein Teil der Befragten hat also möglicherweise die Frage in Bezug auf andere Bereiche (wie z.B. Verkehrssicherheit, Familienleben) beantwortet, die sich nicht nur auf die Rolle des Staates im Wirtschaftsbereich beschränken. Anders ausgedrückt kann aus den Ergebnissen zu dieser Frage nicht abgeleitet werden, dass die europäischen Bürger Staatsinterventionen im Bereich der Wirtschaft ablehnen. Umso weniger, wenn man bedenkt, dass ein Anteil von 71% der Befragten den Begriff Wohlfahrtsstaat positiv bewertet.

Im Gegensatz hierzu kann die Akzeptanz des **freien Wettbewerbs** als Motor der Wirtschaft in der Bevölkerung nicht in Frage gestellt.



Zwei Drittel (66%) der europäischen Bürger (17% "stimme voll und ganz zu" und 49% "stimme eher zu») sind mit der Aussage einverstanden, dass der freie Wettbewerb die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand ist. Ein Anteil von 24% hingegen stimmt dieser Aussage nicht zu (4% «stimme überhaupt nicht zu» und 20% «stimme eher nicht zu»). 10% der Befragten geben hierzu keine Antwort⁵⁷.

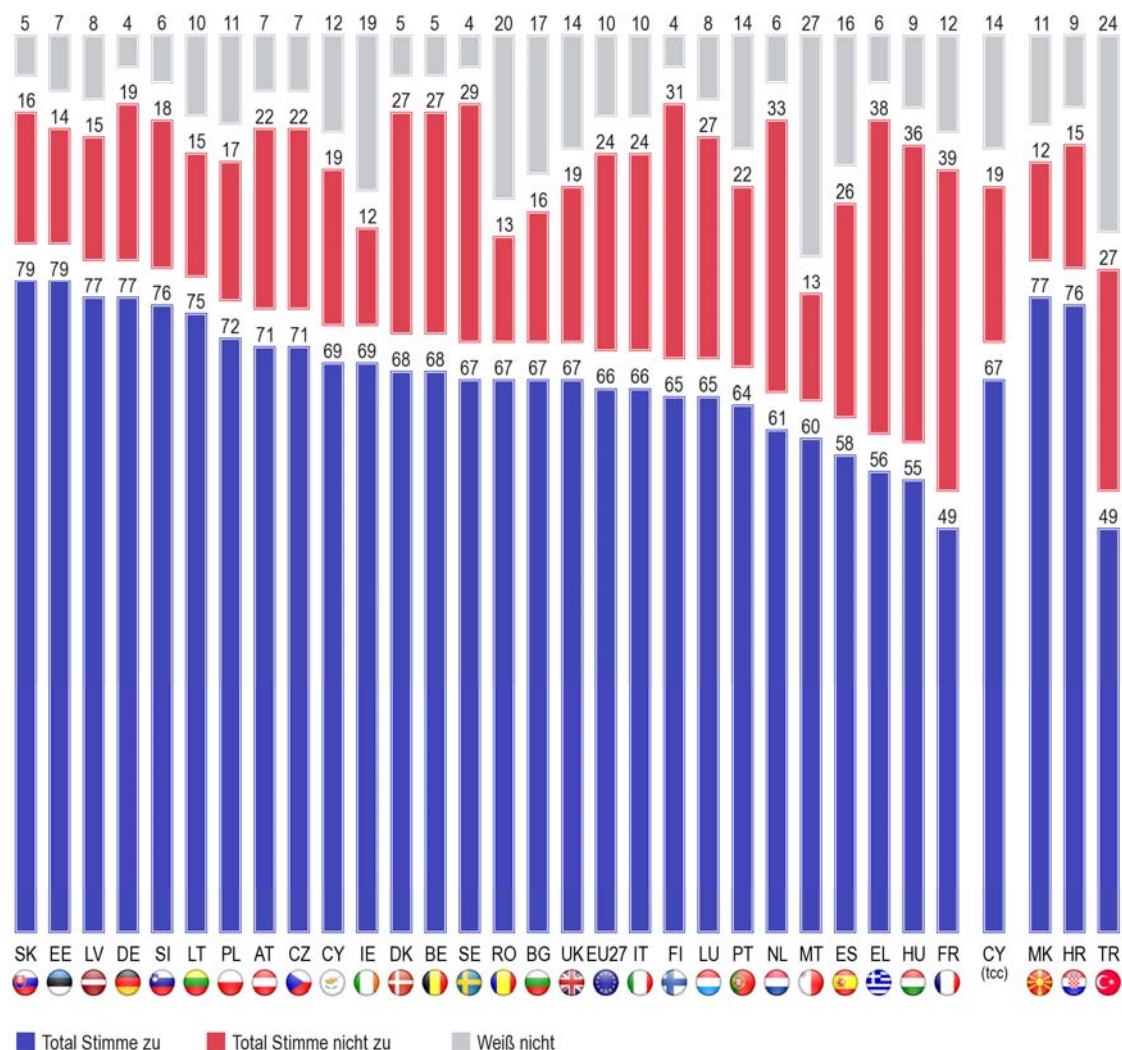
Die Entwicklungen, die sich im Vergleich zur vorherigen, im Frühjahr 2009 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage (EB71) ergeben haben, sind geringfügig: Der Anteil der Befragten, die mit der Aussage einverstanden sind, nimmt um einen Punkt zu, der Anteil der Befragten, die nicht einverstanden sind, sinkt um einen Punkt. Das hohe Maß, in dem der freie Wettbewerb als effizientes wirtschaftliches Prinzip gesehen wird, bestätigt zusätzlich die in diesem Teilbericht festgestellte Tendenz der Befragten, die Prinzipien der Marktwirtschaft anzuerkennen.

In 26 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bewertet eine Mehrheit der Befragten das Prinzip des freien Wettbewerbs positiv. In der Slowakei (79%), Deutschland (77%) und Lettland (77%) sind diese Werte besonders hoch. Nur in Frankreich ist die Situation anders: Hier wird – wie schon anlässlich der vorherigen Eurobarometer-Umfrage – eine Zustimmungsquote ermittelt, die weit unterhalb des europäischen Durchschnitts liegt (49% stimmen zu, gegenüber 39%, die nicht zustimmen).

⁵⁷ QD2a4 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Freier Wettbewerb ist die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand.

QD2a.4. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Freier Wettbewerb ist die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand



Das Prinzip des freien Wettbewerbs wird von den Befragten aus allen sozialen Schichten unterstützt. Je höher deren Position in der gesellschaftlichen Rangordnung, umso deutlicher wird ihre Zustimmung. 72% der Personen, die ihre gesellschaftliche Position hoch einschätzen, sind der Ansicht, dass der freie Wettbewerb die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand ist. Demgegenüber gilt dies für 60% derjenigen, die ihre gesellschaftliche Position niedrig einschätzen. Parallel hierzu erklären die Selbstständigen (71%), die Führungskräfte (69%) und die Angestellten (69%) geringfügig häufiger als die Arbeitslosen (60%), dass der freie Wettbewerb die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand sei.

Darüber hinaus sprechen sich die Befragten, die sich im politischen Spektrum rechts positionieren (72%) weitaus deutlicher für die Vorteile des freien Wettbewerbs aus, als diejenigen, die sich politisch links orientieren (61%). Wir möchten allerdings darauf hinweisen, dass der freie Wettbewerb von einer großen Mehrheit der letztgenannten Befragten positiv bewertet wird.

QD2a.4 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Freier Wettbewerb ist die beste Garantie für wirtschaftlichen Wohlstand			
	Total Stimme zu	Total Stimme nicht zu	Weiß nicht
EU27	66%	24%	10%
Geschlecht			
 Männlich	69%	23%	8%
Weiblich	63%	24%	13%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	71%	23%	6%
Leitende(r) Angestellte(r)	69%	26%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	69%	24%	7%
Sonstige Arbeiter	65%	25%	10%
Hausfrauen / Hausmänner	61%	24%	15%
Arbeitslos	60%	27%	13%
Rentner / Pensionäre	67%	20%	13%
Studenten	61%	29%	10%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	61%	31%	8%
(5-6) Mitte	68%	23%	9%
(7-10) Rechts	72%	20%	8%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	60%	26%	14%
Mitte (5-6)	67%	24%	9%
Hoch (7-10)	72%	22%	6%

4.2. Wie nimmt die öffentliche europäische Meinung das Dilemma zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltschutz wahr?

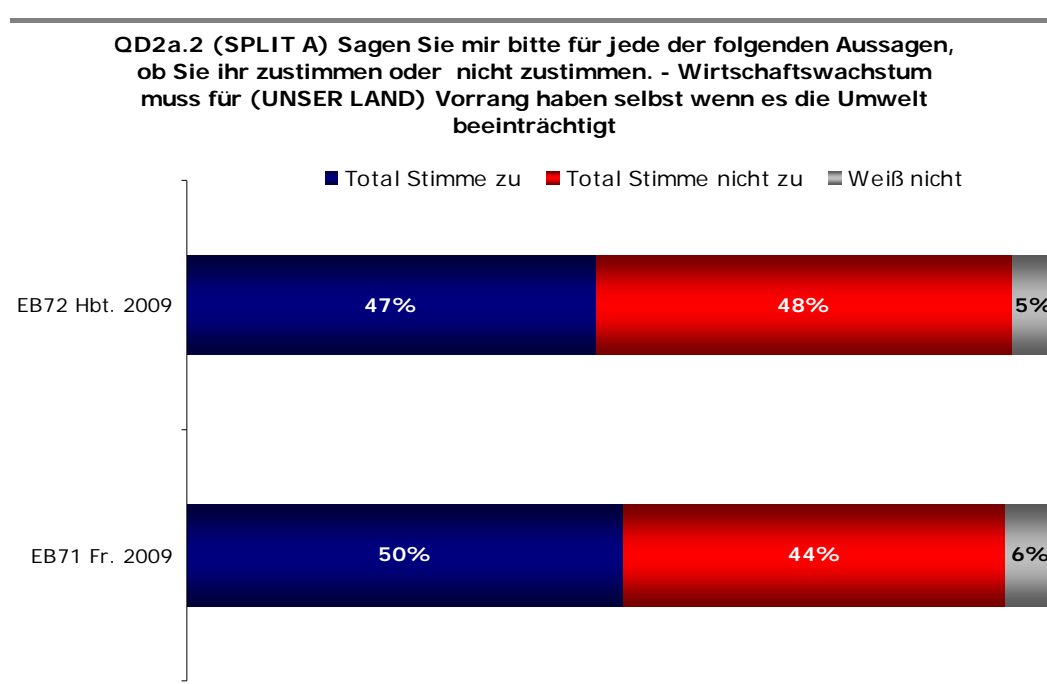
Wie schon im vorherigen Eurobarometer (EB71, Frühjahr 2009), wird auch in dieser Umfrage untersucht, auf welche Weise die europäischen Bürger die Debatte um Wirtschaftswachstum und Umweltschutz wahrnehmen. Aus diesem Anlass wurde die gesamte Stichprobe der Befragten in zwei gleich große Gruppen geteilt, um zwei Argumente mit umgekehrter Kausalität abzufragen⁵⁸. Die erste Gruppe, Split A, wurde gebeten, zu der Aussage «Wirtschaftswachstum muss Vorrang haben, selbst wenn es die Umwelt beeinträchtigt» Stellung zu nehmen. Der zweiten Gruppe, Split B, wurde die Aussage «Umweltschutz sollte Vorrang haben, selbst wenn es das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt» zur Beurteilung vorgelegt.

Wie wir schon gesehen haben, wird der Umweltschutz von den europäischen Bürgern auf den zweiten Platz der wichtigsten Themen gewählt, auf die sich die Gesellschaft vorrangig konzentrieren sollte. Die Ergebnisse der beiden Vermittlungsfragen bestätigen den Stellenwert, den dieses Thema in der öffentlichen europäischen Meinung einnimmt. Hinzu kommt, dass die Bedeutung dieser Thematik seit der vorherigen Eurobarometer-Umfrage sogar noch zugenommen hat.

⁵⁸ Meinungsforschungsmethode, die «gegabelte Befragung» genannt wird.

Wenn denn die Frage so formuliert wird, dass die Betonung auf dem Wirtschaftswachstum liegt, spalten sich die Befragten in zwei gleich starke Lager auf. Hierzu wird eine deutliche Zunahme des Anteils der Befragten festgestellt, die erklären, dem Wirtschaftswachstum solle kein Vorrang eingeräumt werden, wenn es die Umwelt beeinträchtigt. Demgegenüber sind 7 von 10 europäischen Bürgern, denen wir die Frage mit der Betonung auf den Umweltschutz vorgelegt haben, mit dieser Aussage einverstanden, unabhängig von den Konsequenzen, die dies für das Wirtschaftswachstum haben könnte. Dieser Anteil ist im Vergleich zur vorherigen Umfrage gleich geblieben.

Split A: « Wirtschaftswachstum muss Vorrang haben, selbst wenn es die Umwelt beeinträchtigt »



Ein Anteil von 48% der europäischen Bürger weigert sich, dem Wirtschaftswachstum vor dem Umweltschutz Priorität einzuräumen. Hiervon antworten 14% mit «stimme überhaupt nicht zu» und 34% mit «stimme eher nicht zu». Demgegenüber stimmen 47% der Befragten dieser Aussage zu (13% «stimme voll und ganz zu» und 34% «stimme eher zu») und räumen somit dem Wirtschaftswachstum Vorrang ein. Ein Anteil von 5% möchte sich zu dieser Vermittlungsfrage nicht äußern⁵⁹.

Der Anteil der Befragten, die mit dem Vorschlag, dem Wirtschaftswachstum Vorrang vor dem Umweltschutz einzuräumen, nicht einverstanden sind, nimmt im Vergleich zur vorherigen Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 2009 um 4 Punkte zu. Der Anteil der Befragten, die mit diesem Ansatz übereinstimmen, sinkt in demselben Zeitraum um 3 Punkte.

⁵⁹ QD2a2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Wirtschaftswachstum muss für (UNSER LAND) Vorrang haben, selbst wenn es die Umwelt beeinträchtigt

Aufgrund dieser Entwicklungen verändern sich die jeweiligen Anteile erheblich (von 50%/44%, +6 Punkte Unterschied im Verhältnis zu 47%/48%, -1 Punkt Unterschied). Dieser Umstand macht die zunehmende Bedeutung des Umweltgedankens deutlich bzw. zeigt eine geringere Fokussierung auf ein Wirtschaftswachstum um jeden Preis.

Anhand des Index, d.h. der Differenz zwischen den Befragten, die mit der Aussage, Wirtschaftswachstum solle Vorrang haben, selbst wenn es die Umwelt beeinträchtigt, einverstanden sind, und denjenigen, die hiermit nicht einverstanden sind, ist eine komplette Darstellung der vorherrschenden öffentlichen Meinung je nach Mitgliedstaat möglich.

Eine genauere Betrachtung der Indexwerte zeigt, dass die klare Spaltung der Meinungen auf europäischer Ebene (Index: -1) erhebliche Differenzen zwischen den Ländern verbirgt: In 13 Mitgliedstaaten würde eine Mehrheit der Befragten dem Wirtschaftswachstum in ihrem Heimatland *nicht den Vorrang einräumen*, wenn dies zu Lasten der Umwelt gehen würde. In den nördlichen Ländern, den Niederlanden, auf Zypern und in Österreich wird die Aussage von den Befragten somit am häufigsten abgelehnt.

Andererseits vertritt eine Mehrheit in 14 Mitgliedstaaten die entgegengesetzte Meinung: Dies ist besonders deutlich der Fall in Ungarn, Irland und Rumänien. In diesen Ländern ist eine Mehrheit bereit, beim Umweltschutz deutliche Abstriche zu machen, um die Wirtschaft ihres Landes wieder zu beleben.

Die Unterschiede zwischen den Indizes der beiden letzten Eurobarometer-Umfragen geben uns einen Maßstab, um die Entwicklungen auf Länderebene seit Frühjahr 2009 (EB71) zu untersuchen.





























Wir können also im Vergleich mit der vorherigen Umfrage feststellen, dass sich in 4 Mitgliedstaaten eine Verschiebung der Mehrheitsmeinung ergeben hat. Dies gilt für Luxemburg (hier verändert sich der Index von -18 auf +3) und für Litauen (hier verändert sich der Index von -2 auf +12), zwei Länder, in denen sich in dieser Umfrage die Mehrheiten zu «Pro-Wirtschaftswachstum» verschoben haben.

Demgegenüber gehören Lettland (hier verändert sich der Index von +15 auf -6) und Slowenien (der Index verändert sich von +9 auf -9) mittlerweile der Ländergruppe an, die sich mehrheitlich für «Pro-Umweltschutz» entschieden hat.

In der Ländergruppe, in denen die Befragten sich mehrheitlich für «Pro-Wirtschaftswachstum» aussprechen, nimmt die Zustimmung tendenziell ab – mit Ausnahme von Ungarn, wo sich die Tendenz verstärkt (der Index verändert sich von +35 auf +44). Der Index verliert z.B. in Italien 17 Punkte, in Irland 14 Punkte, im Vereinigten Königreich 11 Punkte, in Bulgarien 9 Punkte, in Polen und Rumänien je 5 Punkte.

Innerhalb der Ländergruppe, in denen sich die Befragten mehrheitlich für «Pro-Umweltschutz» aussprechen, gibt es in Schweden (der Index verändert sich von -3 auf -22), Frankreich (der Index verändert sich von -3 auf -13), auf Zypern (der Index verändert sich von -29 auf -37), in Dänemark (der Index verändert sich von -22 auf -28) den Niederlanden (der Index verändert sich von -35 auf -41) und Finnland (der Index verändert sich von -38 auf -43) eine sich verstärkende Tendenz. Demgegenüber schwächt sich die Tendenz der Mehrheitsmeinung, dem Wirtschaftswachstum nicht den Vorrang über den Umweltschutz einzuräumen, in der Tschechischen Republik (der Index verändert sich von -16 auf -3) und in Griechenland (der Index verändert sich von -27 auf -12) eher ab.

QD2a.2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Wirtschaftswachstum muss für (UNSER LAND) Vorrang haben, selbst wenn es die Umwelt beeinträchtigt (SPLIT A)

	LAND	EB71 Index 'Total zustimmen' '-total nicht zustimmen'	EB72 Index 'Total zustimmen' '-total nicht zustimmen'	Diff.Index EB72-EB71
Majorität Wirtschaftswachstum	 EU27	+6	-1	-7
	 HU	+35	+44	+9
	 IE	+43	+29	-14
	 RO	+30	+25	-5
	 SK	+21	+19	-2
	 PT	+17	+16	-1
	 PL	+19	+14	-5
	 IT	+30	+13	-17
	 LT	-2	+12	+14
	 BE	+13	+9	-4
	 UK	+17	+6	-11
	 BG	+14	+5	-9
	 ES	+4	+5	+1
	 MT	+8	+4	-4
	 LU	-18	+3	+21
Majorität Umwelt	 CZ	-16	-3	+13
	 EE	-7	-5	+2
	 LV	+15	-6	-21
	 SI	+9	-9	-18
	 EL	-27	-12	+15
	 FR	-3	-13	-10
	 DE	-14	-16	-2
	 SE	-3	-22	-19
	 DK	-22	-28	-6
	 AT	-26	-31	-5
	 CY	-29	-37	-8
	 NL	-35	-41	-6
	 FI	-38	-43	-5




Die Ergebnisanalyse in Bezug auf die soziodemografischen Merkmale zeigt, dass der Umweltschutz umso stärker im Bewusstsein der Befragten verankert ist, je höher die soziale und wirtschaftliche Position der Befragten in der Gesellschaft ist. Umgekehrt neigen die einfacheren Bevölkerungsschichten dazu, dem Wirtschaftswachstum Vorrang einzuräumen. Auch das Alter spielt hierbei eine Rolle: Die jüngeren Generationen zeigen sich dem Umweltschutzgedanken aufgeschlossener als die älteren.

Das Verhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung zur Aussage, dass dem Wirtschaftswachstum Vorrang eingeräumt werden soll, liegt für die Befragten im Alter von über 55 Jahren bei 51%/42%. Für die Befragten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren hingegen liegt es bei 44%/50%. Für die Befragten, die eine weniger lange Ausbildung absolviert haben, liegt das Verhältnis bei 54%/38%, während es für diejenigen, die ihre Ausbildung auch nach dem Alter von 20 Jahren noch fortgesetzt haben, bei 40%/57% liegt. Für die Arbeitslosen liegt es bei 52%/44%, bei den Führungskräften hingegen bei 34%/63%. Für die Personen, die zugeben, finanzielle Schwierigkeiten zu haben, liegt der Anteil bei 52%/41%, während er für die Personen, die diese Schwierigkeiten nicht haben, bei 45%/51% liegt. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, dass die Sorge um die Umwelt mittlerweile ein Merkmal der mittleren und höheren Gesellschaftsschichten der europäischen Bevölkerung ist.

Wenn wir die Ergebnisse unter dem Aspekt der politischen Orientierung untersuchen, können wir eine Umkehrung der jeweiligen Mehrheitsmeinung feststellen: Während eine Mehrheit der Befragten, die sich selbst auf der politischen Skala rechts einordnen, der Ansicht ist, dass das Wirtschaftswachstum auf Länderebene absoluten Vorrang haben sollte, selbst wenn es die Umwelt beeinträchtigt (52% gegenüber 44%), herrscht bei denjenigen Befragten die gegenteilige Meinung vor, die sich selbst auf der politischen Skala links einordnen (42% stimmen der Aussage zu, während 55% nicht zustimmen).

QD2a.2 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

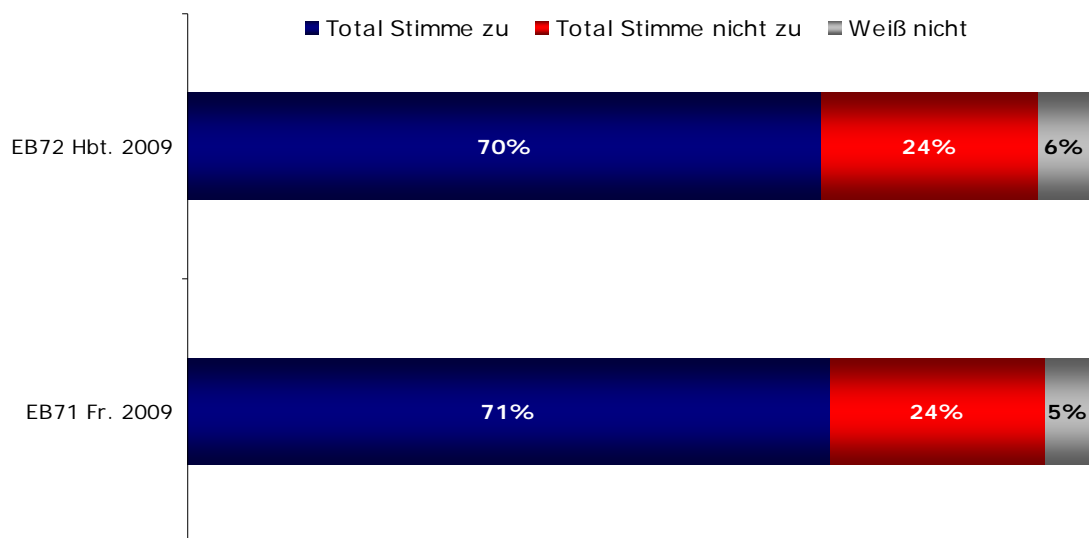
(SPLIT A) Wirtschaftswachstum muss für (UNSER LAND) Vorrang haben, selbst wenn es die Umwelt beeinträchtigt

	Total Stimme zu	Total Stimme nicht zu	Weiß nicht
EU27	47%	48%	5%
Alter			
 15-24	44%	50%	6%
25-39	47%	50%	3%
40-54	45%	51%	4%
55 +	51%	42%	7%
Ausbildung (Ende der)			
 15-	54%	38%	8%
16-19	49%	47%	4%
20+	40%	57%	3%
Studiert noch	41%	54%	5%
Berufliche Tätigkeit			
 Selbständig	46%	51%	3%
Leitende(r) Angestellte(r)	34%	63%	3%
Andere(r) Angestellte(r)	46%	51%	3%
Sonstige Arbeiter	49%	46%	5%
Hausfrauen / Hausmänner	50%	44%	6%
Arbeitslos	52%	44%	4%
Rentner / Pensionäre	51%	42%	7%
Studenten	41%	54%	5%
Links-Rechts Skala			
(1-4) Links	42%	55%	3%
(5-6) Mitte	48%	48%	4%
(7-10) Rechts	52%	44%	4%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen			
Meistens	52%	41%	7%
Gelegentlich	50%	45%	5%
Nahezu nie/ nie	45%	51%	4%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe			
Niedrig (1-4)	50%	44%	6%
Mitte (5-6)	47%	48%	5%
Hoch (7-10)	47%	50%	3%

Split B: «Umweltschutz sollte Vorrang haben, selbst wenn es das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt»

Während die Meinungen darüber, ob dem Wirtschaftswachstum Vorrang gegenüber dem Umweltschutz eingeräumt werden sollte, in der europäischen Bevölkerung sehr gegensätzlich ausfallen, gibt es hinsichtlich der Frage, ob dem Umweltschutz gegenüber dem Wirtschaftswachstum Vorrang eingeräumt werden sollte, einen weitreichenden Konsens.

QD2a.3 (SPLIT B) Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr zustimmen oder nicht zustimmen. - Umweltschutz sollte für (UNSER LAND) Vorrang haben, selbst wenn es das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt - % EU



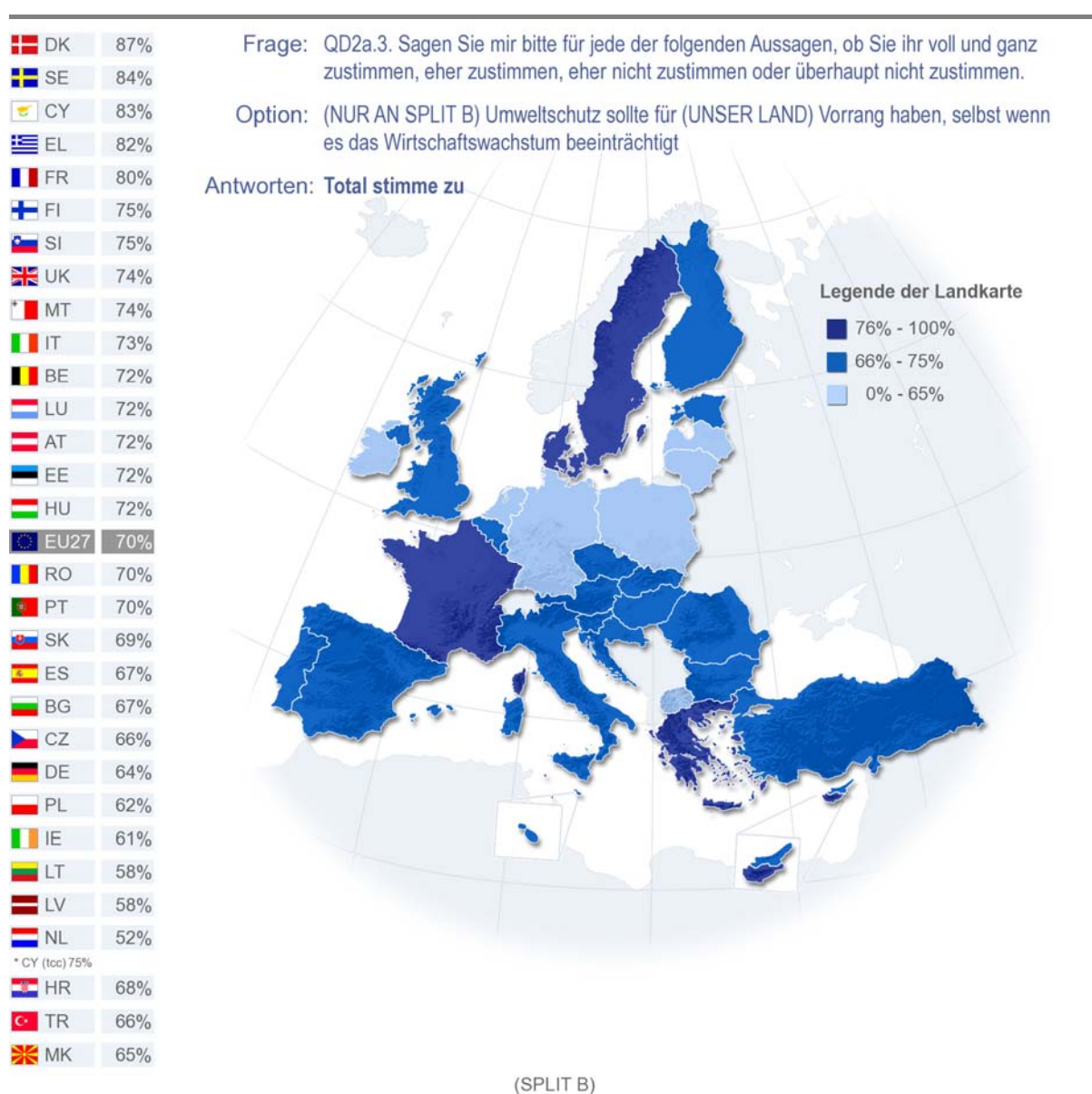
Ein Anteil von 70% der europäischen Bürger (davon entfallen 24% auf «stimme voll und ganz überein» und 46% auf «stimme eher überein») sind mit der Aussage einverstanden, dass dem Umweltschutz Vorrang eingeräumt werden sollte, selbst wenn es das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt. Demgegenüber erklären 24% der Befragten, dieser Aussage nicht zuzustimmen, wobei 4% «überhaupt nicht zustimmen» und 20% «eher nicht zustimmen». 6% äußern keine Meinung⁶⁰. Im Vergleich zur Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 2009 haben sich nur geringfügige Veränderungen ergeben. Der Anteil der Befragten, die mit der Aussage einverstanden sind, ist um einen Punkt gesunken, während der Anteil der Befragten, die nicht einverstanden sind, gleich bleibt. Der Anteil der Befragten, die sich nicht äußern, nimmt um einen Punkt zu.

Die Vorstellung, dem Umweltschutz Vorrang vor dem Wirtschaftswachstum einzuräumen, erhält in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union breite Unterstützung.

⁶⁰ QD2a3 Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie ihr voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen: Umweltschutz sollte für (UNSER LAND) Vorrang haben, selbst wenn es das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt

Die höchsten Anteile der Zustimmung gibt es in Dänemark (87%), Schweden (84%), auf Zypern (83%) und in Griechenland (82%). Zu dieser Frage muss die besondere Situation in den Niederlanden angemerkt werden. Während hier die Befragten in sehr hohem Maße nicht mit der Aussage einverstanden sind, dem Wirtschaftswachstum müsse Vorrang vor dem Umweltschutz eingeräumt werden (70%), stimmt sie paradoxerweise auch am wenigsten mit der Aussage überein, dass dem Umweltschutz Vorrang vor dem Wirtschaftswachstum gegeben werden solle.

«Nur» 52% (gegenüber 45%) sprechen sich dafür aus, d.h. ein Anteil, der weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt. Zweifellos gibt es in der niederländischen öffentlichen Meinung einen starken Wunsch, das Wirtschaftswachstum mit dem Umweltschutz zu vereinbaren. Dies führt dazu, dass sich die Bürger hier mehr als in den anderen Ländern weigern, dem einen Thema Vorrang vor dem anderen zu geben.

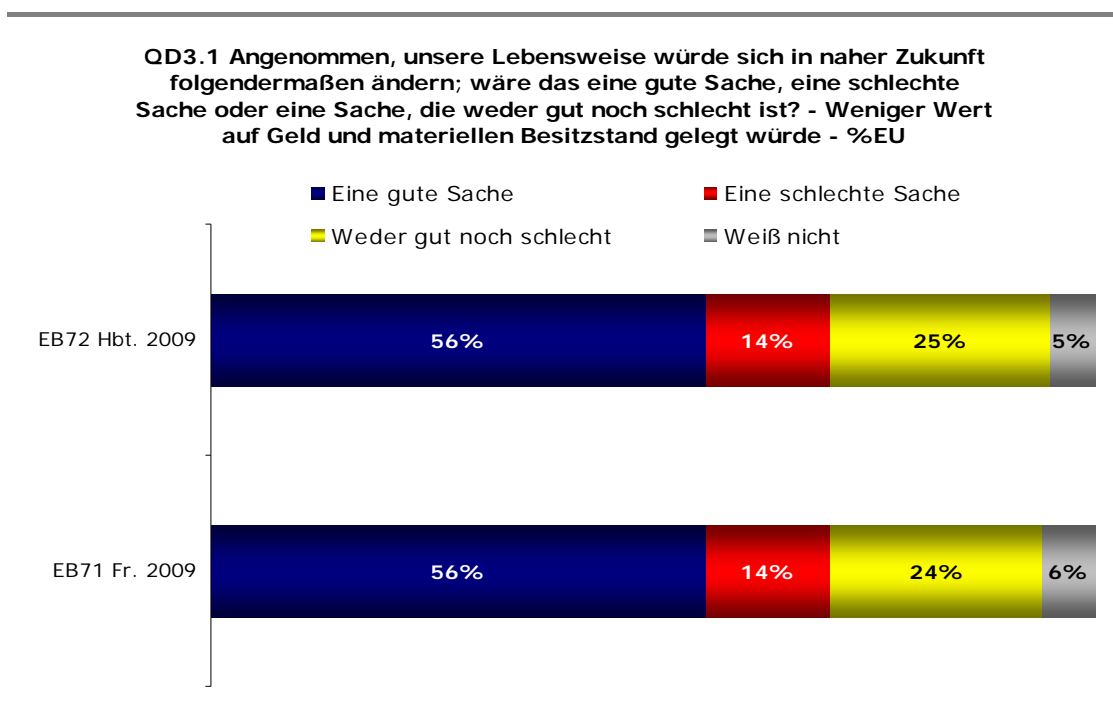


Bei der soziodemografischen Analyse der Ergebnisse finden wir zu dieser Frage dieselben Unterschiede, die wir im bisherigen Text schon detailliert analysiert haben. Es handelt sich um die Tatsache, dass die am besten ausgebildeten, am besten situierten und gesellschaftlich am höchsten positionierten Befragten im Vergleich zum europäischen Durchschnitt und zu den einfacheren und wirtschaftlich schlechter gestellten Bevölkerungsschichten, deutlich eher der Aussage zustimmen, nach der dem Umweltschutz Vorrang vor dem Wirtschaftswachstum eingeräumt werden sollte.

5. GELD UND WICHTIGSTE FINANZIELLE MAßNAHMEN

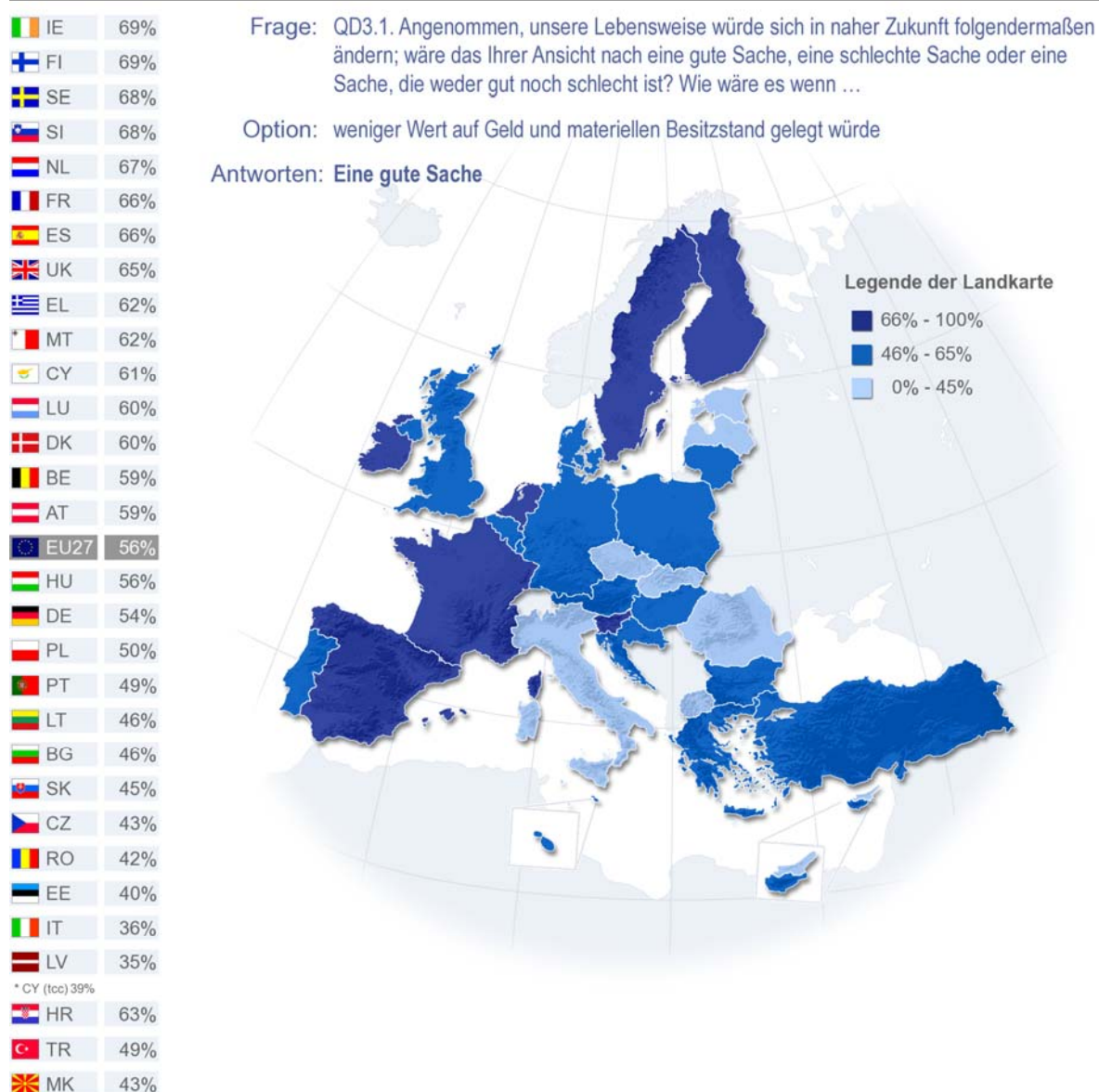
- Die europäischen Bürger erklären sich bereit, eine weniger materialistische Haltung einzunehmen -

Ein Anteil von 56% der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass es eine gute Sache sei, wenn weniger Wert auf Geld und materiellen Besitzstand gelegt würde, während 14% der Befragten demgegenüber angeben, dass dies eine schlechte Sache sei und 25% die Antwort geben, dass dies «weder gut noch schlecht» sei. 5% äußern hierzu keine Meinung⁶¹. Im Vergleich zur Umfrage im Frühjahr 2009 sind die Ergebnisse absolut stabil geblieben.



In Irland (69%), Finnland (69%), Schweden (68%), Slowenien (68%), den Niederlanden (67%), Spanien (66%) und Frankreich (66%) wird der Wunsch nach einem Rückgang der materialistischen Haltungen am deutlichsten formuliert. Allerdings liegt der Anteil der Befragten, die diesen Wunsch äußern, Slowenien ausgenommen (68%), in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten deutlich niedriger als im europäischen Durchschnitt: Dies gilt für Lettland (35%), Estland (40%), Rumänien (42%), die Tschechische Republik (43%), die Slowakei (45%), Bulgarien (46%), Litauen (46%) und Polen (50%). Auch in Italien wird ein solcher Wunsch mit nur 36% der Nennungen deutlich seltener geäußert.



⁶¹ QD3.1 Angenommen, unsere Lebensweise würde sich in naher Zukunft folgendermaßen ändern; wäre das Ihrer Ansicht nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder eine Sache, die weder gut noch schlecht ist? Wie wäre es wenn ... weniger Wert auf Geld und materiellen Besitzstand gelegt würde?



Unabhängig von sozialen Einstufungen ist eine Mehrheit der Befragten davon überzeugt, dass ein Rückgang einer solchen Haltung eine gute Sache wäre. Diese Meinung wird allerdings in den gut ausgebildeten und gutsituierten Befragten etwas häufiger vertreten. Es kann also festgestellt werden, dass die Befragten, die mehr materielle Dinge besitzen, häufiger erklären, dass diesen weniger Bedeutung beigemessen werden sollte. Das ist etwa der Fall für 59% derjenigen, die nahezu niemals Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen und für 64% derjenigen, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben. Demgegenüber gilt dies für 51% derjenigen, die häufig Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen zu bezahlen und für 53% derjenigen, die die Schule früh verlassen haben. Bei den Führungskräften (63%) einerseits und den Arbeitern (53%) und Arbeitslosen (54%) andererseits sind die gleichen Unterschiede zu beobachten.

QD3.1 Angenommen, unsere Lebensweise würde sich in naher Zukunft folgendermaßen ändern; wäre das Ihrer Ansicht nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder eine Sache, die weder gut noch schlecht ist? Wie wäre es wenn ...

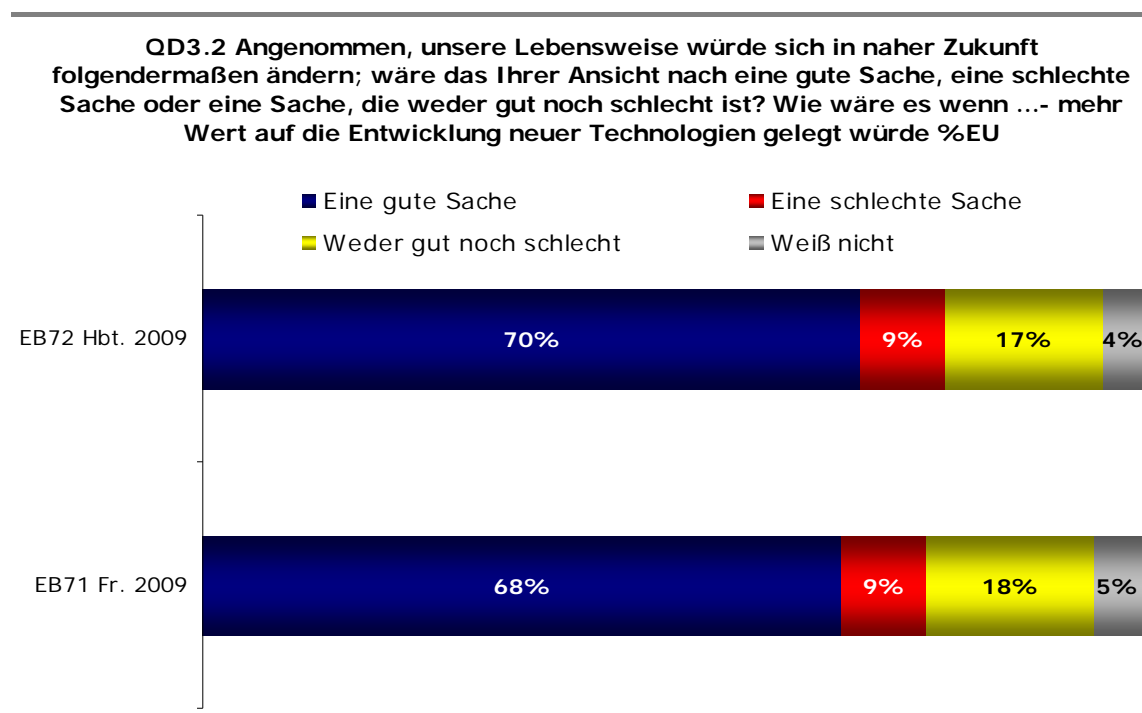
weniger Wert auf Geld und materiellen Besitzstand gelegt würde

	Eine gute Sache	Eine schlechte Sache	Weder gut noch schlecht	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	56%	14%	25%	5%
Ausbildung (Ende der)				
 15-16-19	53%	14%	25%	8%
20+	53%	15%	27%	5%
20+	64%	12%	22%	2%
Studiert noch	54%	13%	28%	5%
Berufliche Tätigkeit				
 Selbständig	57%	13%	25%	5%
Leitende(r) Angestellte(r)	63%	12%	22%	3%
Andere(r) Angestellte(r)	53%	14%	29%	4%
Sonstige Arbeiter	53%	15%	27%	5%
Hausfrauen / Hausmänner	55%	16%	22%	7%
Arbeitslos	54%	16%	24%	6%
Rentner / Pensionäre	57%	13%	24%	6%
Studenten	54%	13%	28%	5%
Links-Rechts Skala				
(1-4) Links	60%	13%	24%	3%
(5-6) Mitte	57%	14%	25%	4%
(7-10) Rechts	52%	17%	26%	5%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen				
Meistens	51%	15%	26%	8%
Gelegentlich	52%	16%	26%	6%
Nahezu nie/ nie	59%	13%	24%	4%

6. TECHNOLOGIE UND INNOVATION

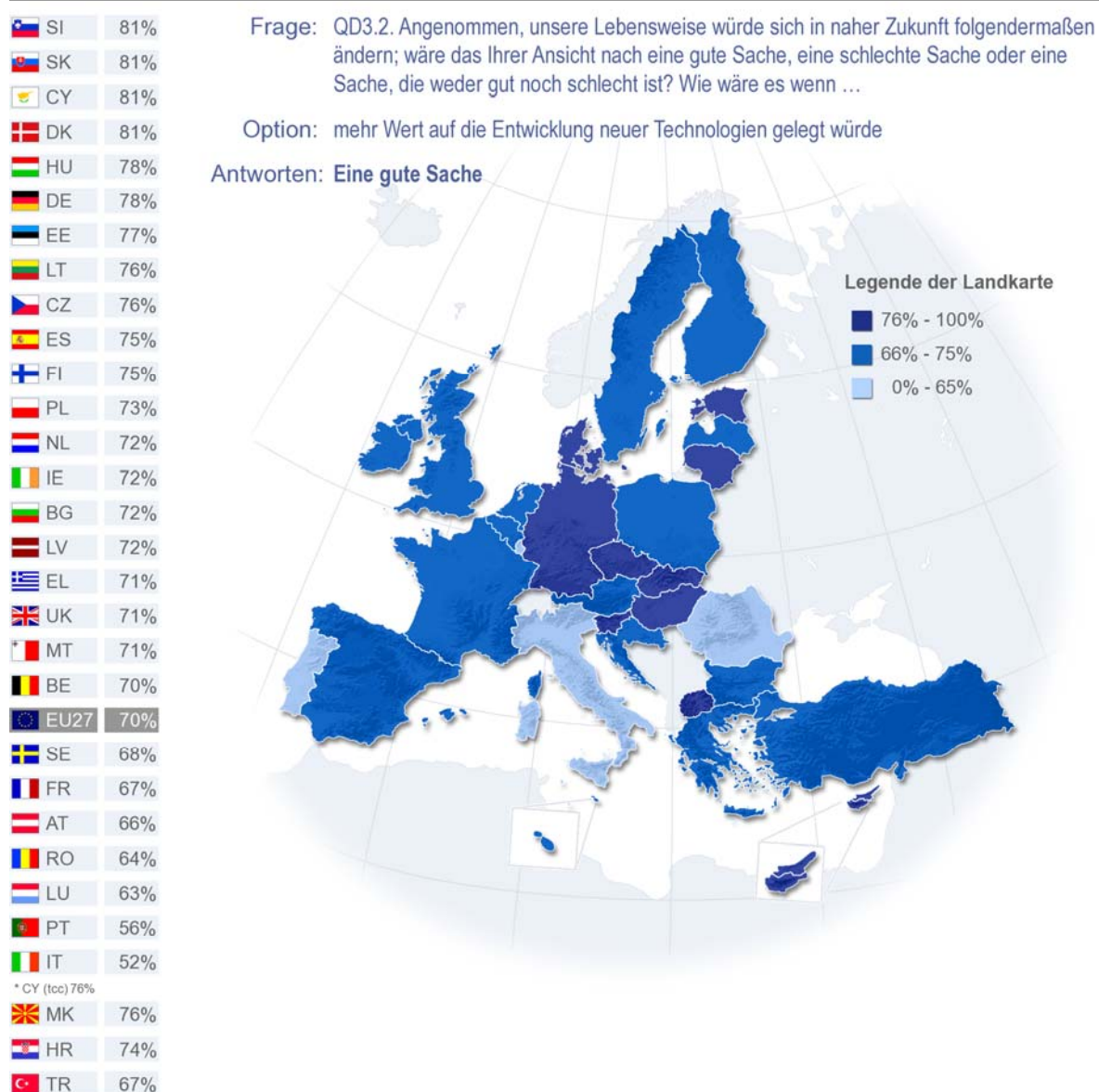
- Die europäischen Bürger befürworten in hohem Maße die Entwicklung neuer Technologien -

Ein Anteil von 70% der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass es eine gute Sache wäre, wenn mehr Wert auf die Entwicklung neuer Technologien gelegt würde. Demgegenüber erklären 9%, dass dies eine schlechte Sache wäre und 17%, dass dies «weder gut noch schlecht» wäre. 4% der Befragten äußern sich nicht⁶². Der Anteil der europäischen Bürger, die davon überzeugt sind, dass dies eine gute Sache wäre, steigt im Vergleich zum Frühjahr 2009 um 2 Punkte.



Die Ansicht, es sei notwendig, mehr Wert auf die Entwicklung neuer Technologien zu legen, wird in allen Mitgliedstaaten unterstützt. In 4 Mitgliedstaaten, und zwar Dänemark, Zypern, Slowenien und der Slowakei, stellen wir mit 81% zustimmender Antworten die höchsten Anteile fest. Allein Italien unterscheidet sich in dieser Frage deutlich von den anderen Ländern, da «nur» 52% der Italiener davon überzeugt sind, dass es eine gute Sache wäre, wenn mehr Wert auf die Entwicklung neuer Technologien gelegt würde. Ein Anteil von 15% ist der Ansicht, dies sei eine schlechte Sache und 25% erklären, dies sei «weder gut noch schlecht».

⁶² QD3.2 Angenommen, unsere Lebensweise würde sich in naher Zukunft folgendermaßen ändern; wäre das Ihrer Ansicht nach eine gute Sache, eine schlechte Sache oder eine Sache, die weder gut noch schlecht ist? Wie wäre es wenn ... mehr Wert auf die Entwicklung neuer Technologien gelegt würde?

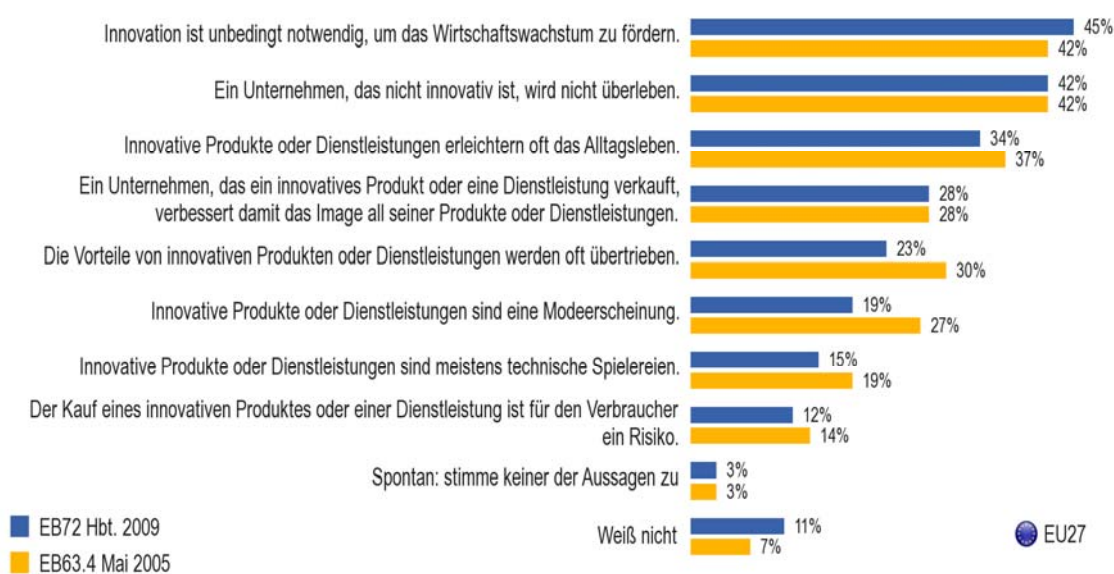


Männer (74%), die Befragten, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben (74%), Führungskräfte (76%) und die Personen, die ihre gesellschaftliche Position hoch einschätzen (74%), sind erheblich häufiger der Ansicht, dass mehr Wert auf die Entwicklung neuer Technologien gelegt werden sollte, als Frauen (66%), die Befragten mit geringerer Ausbildung (64%), Arbeitslose (68%) und die Personen, die ihre gesellschaftliche Position niedrig einschätzen (65%).

- Innovationen werden von den europäischen Bürgern eher positiv beurteilt -

Wenn wir die Befragten bitten, unter verschiedenen Aussagen zum Thema Innovation diejenigen auszuwählen, die am besten ihre eigene Haltung gegenüber innovativen Produkten und Dienstleistungen beschreiben, bevorzugen die europäischen Bürger eindeutig die positiven Aussagen⁶³. Innovation wird weniger als technische Spielerei oder Risiko für die Verbraucher, sondern vielmehr als Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum, als vitale Notwendigkeit für die Unternehmen und als nützliche Erleichterung des täglichen Lebens aller gesehen.

QF1. Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?

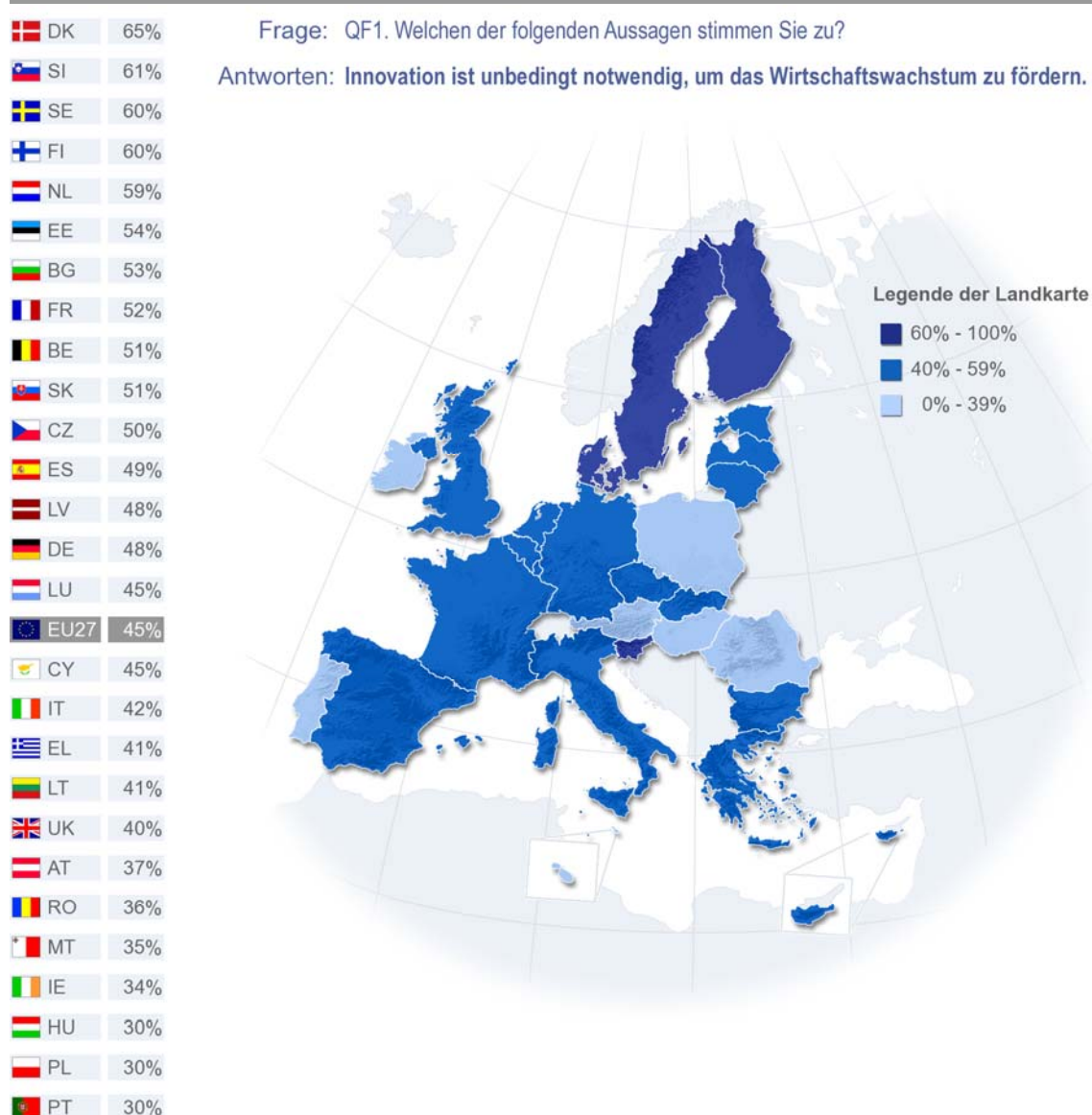


So nimmt denn auch die Aussage, nach welcher Innovation unbedingt notwendig sei, um das Wirtschaftswachstum zu fördern, mit 45% der Nennungen den ersten Platz ein. Auf den zweiten Platz kommt mit 42% die Aussage, dass «ein Unternehmen, das nicht innovativ ist, nicht überleben wird» und 34% der Befragten sind der Ansicht, dass «innovative Produkte oder Dienstleistungen oft das Alltagsleben erleichtern». Ein Anteil von 28% erklärt, dass ein Unternehmen, das ein innovatives Produkt oder eine Dienstleistung verkauft, damit sein generelles Image verbessert.

Ein weit geringerer Anteil der Befragten wählt die negativen Argumente zur Innovation. 19% der europäischen Bürger sehen in innovativen Dienstleistungen und Produkten «eine Modeerscheinung», 15% «eine technische Spielerei» und 12% sind davon überzeugt, dass «der Kauf eines innovativen Produktes oder einer Dienstleistung für den Verbraucher ein Risiko ist». 23% sind der Ansicht, dass «die Vorteile von innovativen Produkten oder Dienstleistungen oft übertrieben werden.».

⁶³ QF1 Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu? Innovation ist unbedingt notwendig, um das Wirtschaftswachstum zu fördern/Ein Unternehmen, das nicht innovativ ist, wird nicht überleben/Innovative Produkte oder Dienstleistungen erleichtern oft das Alltagsleben/Ein Unternehmen, das ein innovatives Produkt oder eine Dienstleistung verkauft, verbessert damit das Image all seiner Produkte oder Dienstleistungen/Die Vorteile von innovativen Produkten oder Dienstleistungen werden oft übertrieben/ Innovative Produkte oder Dienstleistungen sind eine Modeerscheinung/ Innovative Produkte oder Dienstleistungen sind meistens technische Spielereien/Der Kauf eines innovativen Produktes oder einer Dienstleistung ist für den Verbraucher ein Risiko.





Angesichts der Position, die die europäischen Bürger hinsichtlich der unterschiedlichen Aussagen beziehen, wird ihre positive Vorstellung von Innovation deutlich. Diese positive Sichtweise scheint sich selbst im Vergleich mit dem letzten Mal, als diese Frage in einer Eurobarometer-Umfrage (EB 63.4, Mai 2005) gestellt wurde, noch einmal verstärkt zu haben. So sinkt der Anteil der Befragten, die diesbezüglich eine eher negative Position einnehmen, im Vergleich zu der letzten Umfrage in verhältnismäßig hohem Maße. Der Anteil der Befragten, die Innovation als technische Spielerei sehen, geht um 4 Punkte zurück. Der Anteil derer, die Innovation als Modeerscheinung wahrnehmen, geht um 8 Punkte zurück, diejenigen, die die Vorteile von innovativen Produkten oder Dienstleistungen als übertrieben sehen, um 7 Punkte. Gleichzeitig steigt der Anteil der befragten Personen, die der Ansicht sind, dass Innovation unbedingt notwendig ist, um das Wirtschaftswachstum zu fördern, um 3 Punkte.



Für diese Indikatoren können wir nur geringfügige Unterschiede auf Länderebene feststellen. In allen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union nehmen die Aussagen, dass Innovation unbedingt notwendig ist, um das Wirtschaftswachstum zu fördern und das Überleben der Unternehmen zu sichern, die Spitzenplätze in dieser Hierarchie ein.

In Dänemark (65%), Slowenien (61%), Finnland (60%), Schweden (60%) und den Niederlanden (59%) sind die Befragten am häufigsten der Ansicht, dass Innovation unbedingt notwendig ist, um das Wirtschaftswachstum zu fördern. In Finnland (64%), Frankreich (55%), Dänemark (54%), den Niederlanden (52%), Luxemburg (49%), Ungarn (49%) sowie in Deutschland, der Slowakei und in Schweden (48%) entscheiden sich die Befragten am häufigsten für die Aussage, dass ein Unternehmen, das nicht innovativ ist, nicht überleben wird. Resultierend aus dieser kurzen Analyse können wir eine Gruppe von Ländern – bestehend aus den skandinavischen Mitgliedstaaten, den Niederlanden und in geringerem Maße Frankreich – ausmachen, in denen die wirtschaftliche Bedeutung von Innovation besonders deutlich wahrgenommen wird.

Die soziodemografische Analyse ermöglicht es, eine Reihe von Unterschieden in Abhängigkeit von individuellen Charakteristika der Befragten aufzuzeigen. Die Unterschiede zwischen den Ergebnissen beziehen sich allerdings eher auf die Häufigkeit, mit der sich die Befragten für die jeweiligen Aussagen entscheiden, und weniger auf Veränderungen in der Hierarchie der Aussagen: In der Tat wird die Aussage "Innovation ist unbedingt notwendig, um das Wirtschaftswachstum zu fördern" von allen Befragten unabhängig von individuellen Charakteristiken am häufigsten gewählt (von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen).

QF1 Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu? (ROTIEREN - MEHRFACHNENNUNGEN MOGLICH)		
Innovation ist unbedingt notwendig, um das Wirtschaftswachstum zu fördern.		
EU27		45%
Geschlecht		
	Männlich	49%
	Weiblich	41%
Alter		
	15-24	44%
	25-39	47%
	40-54	47%
	55+	43%
Ausbildung (Ende der)		
	15-	37%
	16-19	43%
	20+	55%
	Studiert noch	48%
Berufliche Tätigkeit		
	Selbständig	51%
	Leitende(r) Angestellte(r)	61%
	Andere(r) Angestellte(r)	49%
	Sonstige Arbeiter	42%
	Hausfrauen / Hausmänner	36%
	Arbeitslos	42%
	Rentner / Pensionäre	41%
Studenten		48%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen		
Meistens		36%
Gelegentlich		41%
Nahezu nie/ nie		49%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe		
Niedrig (1-4)		39%
Mitte (5-6)		46%
Hoch (7-10)		52%

Männer (49%) und die Befragten im werktätigen Alter (zwischen 25 und 54 Jahren, 47%) sind geringfügig häufiger der Ansicht, dass Innovation unbedingt notwendig sei, um das Wirtschaftswachstum zu fördern, als Frauen (41%), die jüngsten Befragten (die 15- bis 24-Jährigen, 44%) und die ältesten (im Alter von 55 Jahren und darüber, 43%).

Bezüglich des Ausbildungsniveaus und der beruflichen Tätigkeit werden deutlichere Unterschiede sichtbar: Die Befragten mit der besten Ausbildung (55%) und die Führungskräfte (61%) erklären häufiger als diejenigen, die ihre Ausbildung früher beendet haben (37%), als Arbeitslose und Arbeiter (jeweils 42%) und als Hausfrauen und -männer (36%), dass Innovation unbedingt notwendig sei, um das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Schließlich ist die Unterstützung für diese Aussage auch bei denjenigen Befragten stärker ausgeprägt, die in der Regel keine Schwierigkeiten beim Bezahlen ihrer Rechnungen haben (49%) sowie denjenigen, die ihre gesellschaftliche Position hoch bewerten (52%). Dies im Gegensatz zu den Befragten, die häufig am Ende des Monats mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben (36%), und denjenigen, die ihre gesellschaftliche Position niedrig einschätzen (39%).

IV. DIE WICHTIGSTEN THEMEN DER ZUKUNFT

Fredrik Reinfeldt, Ministerpräsident von Schweden, bezeichnete die zweite Hälfte des Jahres 2009, als Schweden den Vorsitz der Europäischen Union übernahm, als einen «entscheidenden Moment» in der Geschichte der Union: Die Gemeinschaft muss die Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigen, die sich mit voller Wucht auf Europa auswirkt und als Folge Wachstumseinbrüche und dramatisch hohe Arbeitslosenzahlen in einigen ihrer Mitgliedstaaten mit sich bringt; sie sollte/muss sich den Herausforderungen des Klimawandels stellen und die Rolle des Einigers in verschiedenen Ländern dieser Erde übernehmen. So sah die schwedische Präsidentschaft der Union die Themen Wirtschaft und Klimawandel aufgrund ihrer Auswirkungen auf alle europäischen Bürger als wichtigste Herausforderungen ihres Mandats an.

Die Bekämpfung der Wirtschaftskrise und des Klimawandels erfolgt in einem Kontext, der durch Veränderungen und Erneuerungen in den Institutionen der Union charakterisiert ist: Anlässlich der Europawahlen im Juni 2009 hat die europäische Bevölkerung deutlich gemacht, in welche Richtung sich ihrer Ansicht nach die Europäische Union in den nächsten 5 Jahren entwickeln soll. Darüber hinaus lief das Mandat der Europäischen Kommission am 31. Oktober 2009⁶⁴ aus, und ihr Präsident Manuel Barroso hat am 27. November 2009 die Verteilung der Aufgabenbereiche für die nächste Kommission angekündigt. Die neue Kommission erhielt am 9. Februar die Zustimmung des Europäischen Parlaments und nahm am 10. Februar 2010 die Arbeit auf. Ihr Mandat läuft bis zum 31. Oktober 2014⁶⁵. Schließlich wurden die Bedingungen, unter denen die europäischen Institutionen arbeiten und kooperieren, durch den Vertrag von Lissabon verändert, der letztendlich am 1. Dezember 2009 - nach der Ratifizierung durch Irland (am 3. Oktober 2009) und einen Monat später durch die Tschechische Republik - in Kraft getreten ist.

Die vorliegende Eurobarometer-Standard-Umfrage geht auf die wichtigsten Zukunftsthemen ein, mit denen sich die Europäische Union auseinandersetzen muss⁶⁶.

⁶⁴ Ab dem 1. November 2009 erledigte die Kommission 'Barroso I' noch die letzten dringlichen Aufgaben.

⁶⁵ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+IM-PRESS+20100209IPR68680+0+DOC+PDF+VO//FR&language=FR>

⁶⁶ Erstellung des Fragebogens unter Bezugnahme auf das Dokument von Herrn Barroso: http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/pdf/press_20090903_FR.pdf

1. DIE WICHTIGSTEN THEMEN DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR DIE KOMMENDEN JAHRE

- In den kommenden Jahren soll der wirtschaftliche Aufschwung höchste Priorität für die Europäische Union haben -

Offenbar gehen die auf höchster Ebene der europäischen Institutionen festgelegten Prioritäten⁶⁷ mit den Wünschen der europäischen öffentlichen Meinung konform: Neben den Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt wird die Rolle, die die Europäische Union auf internationaler Ebene in Bezug auf eine weltweite Stabilisierung spielen soll, an die oberste Stelle der Prioritätenliste gesetzt.

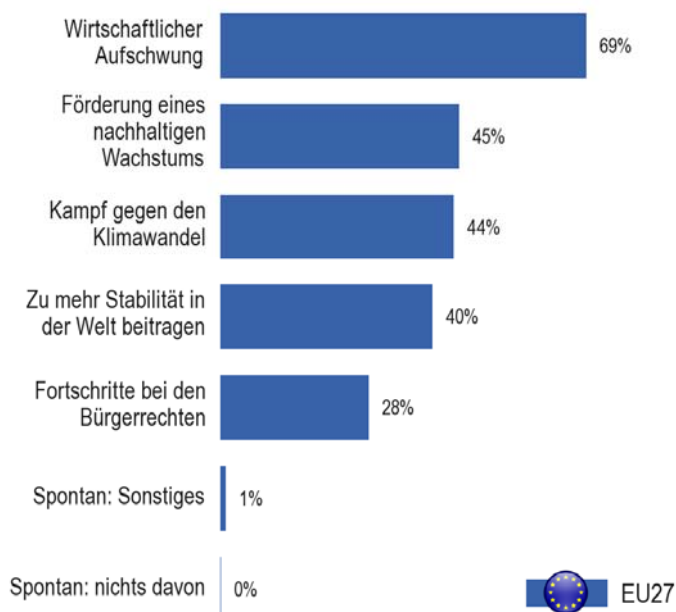
Der wirtschaftliche Aufschwung wird in den kommenden Jahren definitiv als die größte Herausforderung für die Europäische Union angesehen. In der gesamten Europäischen Union erklären nahezu 7 von 10 Befragten (69%), dass dieser Aspekt vorrangig berücksichtigt werden soll.

Die Themen Wirtschaft und Umwelt sind zweifelsohne miteinander verknüpft. Die von den Bürgern erstellte Prioritätenliste macht dies deutlich und zeigt darüber hinaus, dass in diesen Bereichen angesichts ähnlich häufiger Nennungen der Themen «Kampf gegen den Klimawandel» (44%) und «Förderung eines nachhaltigen Wachstums» (45%) ein neues Bürgerbewusstsein entstanden ist.

Auch der Wichtigkeit der Rolle der Europäischen Union hinsichtlich ihres Beitrages zu mehr Stabilität in der Welt wird von den europäischen Bürgern eine erhebliche Bedeutung beigemessen: Ein Anteil von 40% ist der Ansicht, dass dies einer der Aspekte ist, die von der Union in den kommenden Jahren vorrangig berücksichtigt werden sollten. Schließlich erklären nahezu 3 von 10 Befragten (28%), dass die Verbesserung der Bürgerrechte einer der Aspekte ist, bezüglich derer für die Union dringender Handlungsbedarf besteht.

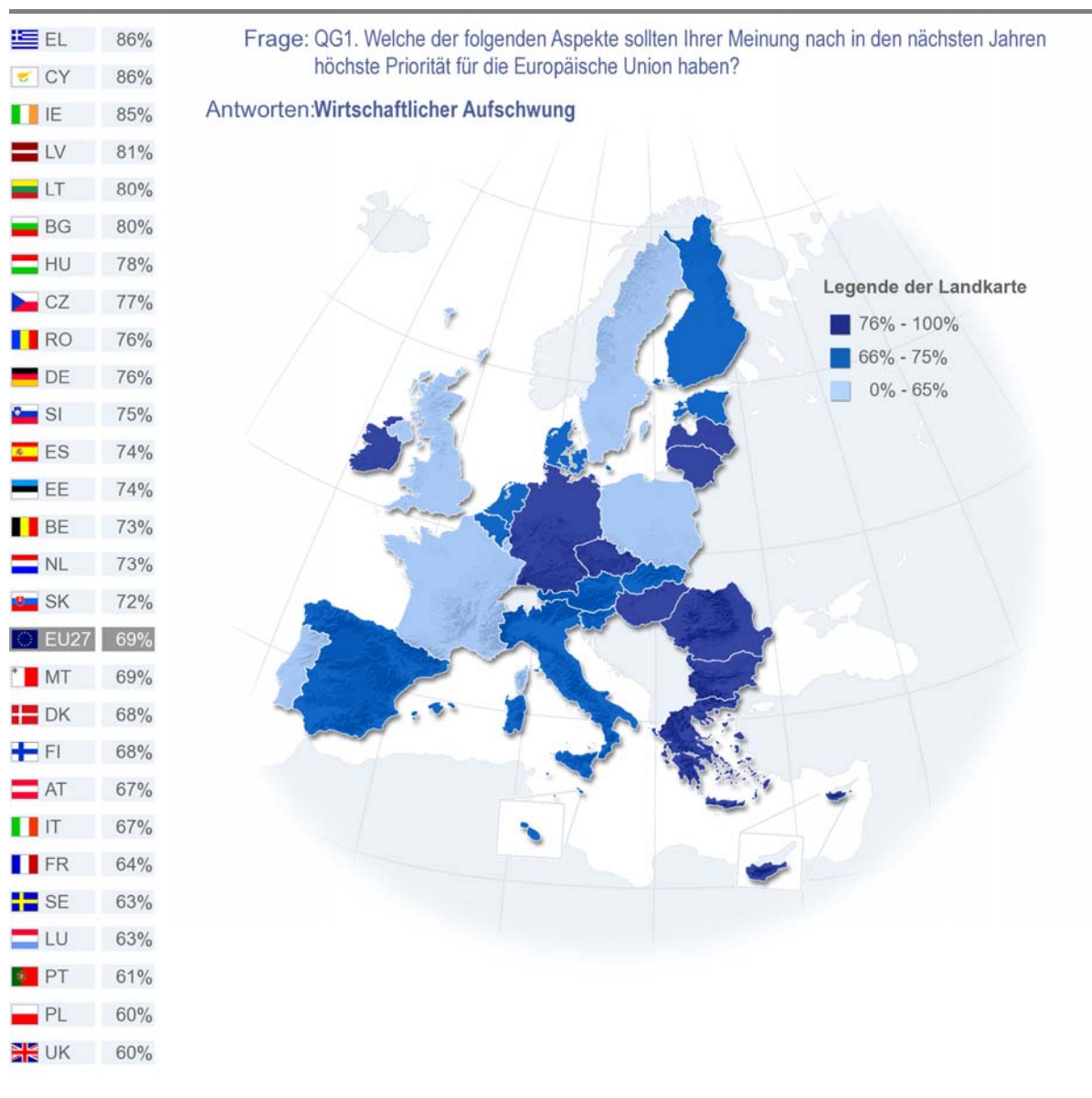
⁶⁷ QG1 Welche der folgenden Aspekte sollten Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren höchste Priorität für die Europäische Union haben?

QG1. Welche der folgenden Aspekte sollten Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren höchste Priorität für die Europäische Union haben?



In nahezu ganz Europa wird **der wirtschaftliche Aufschwung** als höchste Priorität für die Agenda der Europäischen Union eingestuft, auch wenn sich das Maß, in dem die Bürger die Dringlichkeit für diesen Bereich wahrnehmen, geringfügig von einem Land zum anderen unterscheidet und davon abzuhängen scheint, wie sehr die jeweilige nationale Wirtschaft von der Krise getroffen wurde: Nahezu 9 von 10 Befragten in Griechenland (86%), auf Zypern (86%) und in Irland (85%) sowie knapp über 8 von 10 Befragten in Lettland (81%) nennen diesen Aspekt.

Auch in den beiden anderen baltischen Staaten ist der Anteil an Nennungen für diesen Aspekt sehr hoch: In Litauen und Estland 80% bzw. 74%, ebenso wie in Bulgarien (80%), der Tschechischen Republik (77%), Ungarn (78%), Rumänien und Deutschland (jeweils 76%). Ähnlich hohe Anteile sind in folgenden Mitgliedstaaten festzustellen: Drei Viertel der Befragten in Slowenien (75%), Spanien (74%), den Niederlanden (73%), Belgien (73%) und der Slowakei (72%) beurteilen den wirtschaftlichen Aufschwung in den kommenden Jahren als wichtigsten Aktionsbereich für die Europäische Union.



Auf Malta (69%), in Finnland (68%), Dänemark (68%), Österreich (67%), Italien (67%), Frankreich (64%), Schweden (63%, auf dem zweiten Platz der Prioritäten nach dem Kampf gegen den Klimawandel), in Luxemburg und in Portugal (63% bzw. 61%) wird der Aspekt des wirtschaftlichen Aufschwungs, möglicherweise aufgrund eines im Vergleich deutlich weniger pessimistischen Meinungsklimas, etwas weniger häufig genannt. Im Vereinigten Königreich und in Polen schließlich wird für den wirtschaftlichen Aufschwung die verhältnismäßig niedrigste Zahl an Nennungen festgestellt (60% in beiden Fällen), obwohl sich die Europäische Union auch in den Augen der Bürger dieser beiden Länder vorrangig mit diesem Aspekt auseinandersetzen muss.

Bezüglich des Kampfes gegen den Klimawandel scheint es sich hierbei um einen Bereich zu handeln, für den sich vor allem die Befragten aus den nördlichen Ländern Europas vorrangig Berücksichtigung wünschen: In Schweden erreicht der Umweltaspekt mit einem Anteil von 70% der Befragten den ersten Platz unter der Prioritäten.

In Dänemark kann ein ähnliches Resultat festgestellt werden (67%, nur knapp hinter dem wirtschaftlichen Aufschwung). Auf Zypern und in Österreich (jeweils 62%) sowie in Deutschland (57%), Slowenien (57%) und Finnland (58%) sind annähernd 6 von 10 Befragten der Ansicht, dass dieser Aspekt von vorrangiger Bedeutung ist. Die Hälfte bzw. nahezu die Hälfte der Befragten in den Niederlanden (51%), auf Malta (50%), in Luxemburg (50%), in Frankreich (49%) sowie in Belgien (48%) und Griechenland (47%) sehen für diesen Aspekt dringenden Handlungsbedarf.





























Nach Ansicht der Befragten in den Mitgliedstaaten, die der Union seit 2004 beigetreten sind, soll diesem Aspekt allerdings vergleichsweise weniger Bedeutung beigemessen werden: Die niedrigsten Anteile werden hierfür in Lettland (15%), Estland (24%), Polen (25%) sowie in Litauen (26%) der Tschechischen Republik (29%), Rumänien (32%) und der Slowakei (33%) festgestellt.

Mit einem Anteil der Nennungen von 60% erhält in Estland die **Förderung eines nachhaltigen Wachstums** ihr bestes Ergebnis. Auch mehr als die Hälfte der Befragten in Dänemark (56%), Ungarn (55%), Finnland (55%), Frankreich (54%), Schweden (53%) und Irland (51%) sowie einer von zwei Befragten in Bulgarien (50%) sehen in diesem Aspekt einen Bereich, der vorrangig berücksichtigt werden soll.

Nach Ansicht der Befragten in Dänemark (61%), den Niederlanden (54%) und Schweden (53%) sowie in Österreich (49%), Finnland (48%), Irland (47%), Estland (47%), der Tschechischen Republik (47%) und auf Malta (47%) soll die Europäische Union insbesondere **zu mehr Stabilität in der Welt beitragen**.

Fortschritte bei den Bürgerrechten werden schließlich am deutlichsten auf Zypern (48%) angemahnt. Dies gilt ebenfalls für einen Anteil der Befragten, der bei knapp 4 von 10 auf Malta (39%) und in der Tschechischen Republik (37%) liegt.





QG1 Welche der folgenden Aspekte sollten Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren höchste Priorität für die Europäische Union haben? (MAX. 3 ANTWORTEN)

		Wirtschaftlicher Aufschwung	Förderung eines nachhaltigen Wachstums	Kampf gegen den Klimawandel	Zu mehr Stabilität in der Welt beitragen	Fortschritte bei den Bürgerrechten	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	69%	45%	44%	40%	28%	3%
	BE	73%	42%	48%	35%	27%	1%
	BG	80%	50%	35%	41%	29%	4%
	CZ	77%	39%	29%	47%	37%	1%
	DK	68%	56%	67%	61%	19%	1%
	DE	76%	47%	57%	44%	17%	2%
	EE	74%	60%	24%	47%	28%	3%
	IE	85%	51%	38%	47%	25%	5%
	EL	86%	38%	47%	37%	30%	1%
	ES	74%	40%	42%	33%	28%	1%
	FR	64%	54%	49%	41%	42%	2%
	IT	67%	45%	40%	32%	31%	2%
	CY	86%	21%	62%	44%	48%	0%
	LV	81%	43%	15%	41%	22%	2%
	LT	80%	32%	26%	35%	23%	5%
	LU	63%	39%	50%	46%	36%	1%
	HU	78%	55%	41%	32%	16%	1%
	MT	69%	22%	50%	47%	39%	4%
	NL	73%	48%	51%	54%	30%	1%
	AT	67%	38%	62%	49%	32%	1%
	PL	60%	43%	25%	30%	21%	7%
	PT	61%	33%	30%	43%	32%	4%
	RO	76%	36%	32%	40%	35%	7%
	SI	75%	38%	57%	39%	28%	1%
	SK	72%	49%	33%	42%	34%	1%
	FI	68%	55%	58%	48%	29%	1%
	SE	63%	53%	70%	53%	31%	1%
	UK	60%	44%	40%	45%	24%	7%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Aus soziodemografischer Sicht ist festzustellen, dass es in Bezug auf den Anteil der Nennungen für den **wirtschaftlichen Aufschwung** und die **Förderung eines nachhaltigen Wachstums** keine größeren Unterschiede in Abhängigkeit von den jeweiligen Charakteristiken gibt: Wenn wir alle Befragten insgesamt betrachten, wird deutlich, dass der **wirtschaftliche Aufschwung** recht eindeutig an erster Stelle derjenigen Aspekte genannt wird, die von der Europäischen Kommission vorrangig berücksichtigt werden sollten. Wir weisen nichtsdestoweniger auf einige Unterschiede hin, die sich aufgrund der Einschätzung der jeweiligen nationalen Wirtschaft durch die Befragten ergeben: Diejenigen, die erklären, die Wirtschaft sei in guter Verfassung, geben etwas seltener an, dass der wirtschaftliche Aufschwung zu den obersten Prioritäten zählen soll (62% im Vergleich zu 72% derjenigen, die die nationale Wirtschaftslage als schlecht beurteilen). Demgegenüber ist es interessant zu beobachten, welche Unterschiede sich zwischen den verschiedenen Bevölkerungssegmenten hinsichtlich der Gewichtung des Wunsches ergeben, **im Kampf gegen den Klimawandel** tätig zu werden.

Wir können feststellen, dass sich in Abhängigkeit der folgenden Variablen die größten Unterschiede ergeben: Berufssituation, Bildungsniveau sowie jene Bereiche, die es ermöglichen, den Befragten hinsichtlich seiner politischen Einstellung und der sozialen Situation (Schwierigkeiten, die Rechnungen zu bezahlen) zu kategorisieren. Die Ansichten, die die Befragten über die Situation des eigenen Landes äußern und schließlich das Vertrauen, das der Europäischen Union entgegengebracht wird, scheinen ebenfalls eine Rolle zu spielen. Längere Studienzeiten, eine beruflich gutsituierte Position sowie eine eher positiv eingeschätzte wirtschaftliche Lage bzw. höhere Vertrauenswerte gegenüber der Union charakterisieren jene Individuen, die den Kampf gegen den Klimawandel häufiger als einen jener Aspekte nennen, die ihrer Ansicht nach von den europäischen Institutionen vorrangig berücksichtigt werden sollten.

QG1. Welche der folgenden Aspekte sollten Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren höchste Priorität für die Europäische Union haben? (MAX. 3 ANTWORTEN)		
	Wirtschaftlicher Aufschwung	Kampf gegen den Klimawandel
EU27	69%	44%
Geschlecht		
 Männlich	70%	44%
Weiblich	69%	44%
Alter		
 15-24	68%	45%
25-39	70%	43%
40-54	70%	46%
55 +	69%	43%
Ausbildung (Ende der)		
 15-	69%	39%
16-19	72%	43%
20+	68%	48%
Studiert noch	65%	49%
Berufliche Tätigkeit		
 Selbständig	71%	43%
Leitende(r) Angestellte(r)	68%	51%
Andere(r) Angestellte(r)	71%	47%
Sonstige Arbeiter	71%	44%
Hausfrauen / Hausmänner	70%	41%
Arbeitslos	71%	39%
Rentner / Pensionäre	69%	41%
Studenten	65%	49%
Links-Rechts Skala		
(1-4) Links	66%	50%
(5-6) Mitte	71%	44%
(7-10) Rechts	71%	42%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen		
Meistens	72%	37%
Gelegentlich	70%	40%
Nahezu nie/ nie	69%	47%
Selbstpositionierung über die soziale Treppe		
Niedrig (1-4)	69%	39%
Mitte (5-6)	72%	45%
Hoch (7-10)	67%	48%
Lage der nationalen Wirtschaft		
Gut	62%	50%
Schlecht	72%	42%
Vertrauen in die EU		
Eher vertrauen	71%	47%
Eher nicht vertrauen	68%	42%

Die europäischen Bürger haben in den Antworten auf diese erste Frage festgelegt, welche Schwerpunktbereiche von der Europäischen Union vorrangig in den kommenden Jahren berücksichtigt werden sollten. Als nächsten Schritt versucht der Eurobarometer die Meinungen der Bürger dahingehend zu untersuchen, welche Maßnahmen für jeden Bereich nach Ansicht der Befragten vorrangig ergriffen werden sollten, um die jeweiligen Ziele zu erreichen.

Wir werden im Folgenden die Maßnahmen analysieren, die von den Bürgern definiert wurden, um

- den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten;
- den Klimawandel zu bekämpfen;
- ein nachhaltiges Wachstum zu fördern;
- zu mehr Stabilität in der Welt beizutragen;
- Fortschritte bei den Bürgerrechten zu erreichen.

2. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM DEN WIRTSCHAFTLICHEN AUFSCHWUNG ZU GEWÄHRLEISTEN

- Eine bessere Überwachung der Finanzmärkte ist nach Ansicht der europäischen Bürger die wichtigste Maßnahme, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten -

Eine relative Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass der wirtschaftliche Aufschwung vorrangig durch **ein stärkeres europäisches System der Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen** erreicht werden kann (40%)⁶⁸. Auf ähnliche Weise äußert sich nahezu ein Drittel der befragten Personen (31%), die der Meinung sind, dass vorrangig **die Koordination der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene** weiterentwickelt werden muss.

Aber eine Krise stellt immer auch bedeutende Herausforderungen an die öffentlichen Finanzen dar. Um eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, ist eine gute Haushaltsdisziplin unumgänglich. Von zentraler Bedeutung für die Mitgliedstaaten ist es also, die öffentlichen Finanzen, die sich aufgrund der Krise in schlechtem Zustand befinden⁶⁹, wieder in Ordnung zu bringen. In diesem Zusammenhang erklärt ein Drittel der Befragten (34%), dass **eine Begrenzung der öffentlichen Verschuldung** in Zukunft eine grundlegende Bedingung ist, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten.

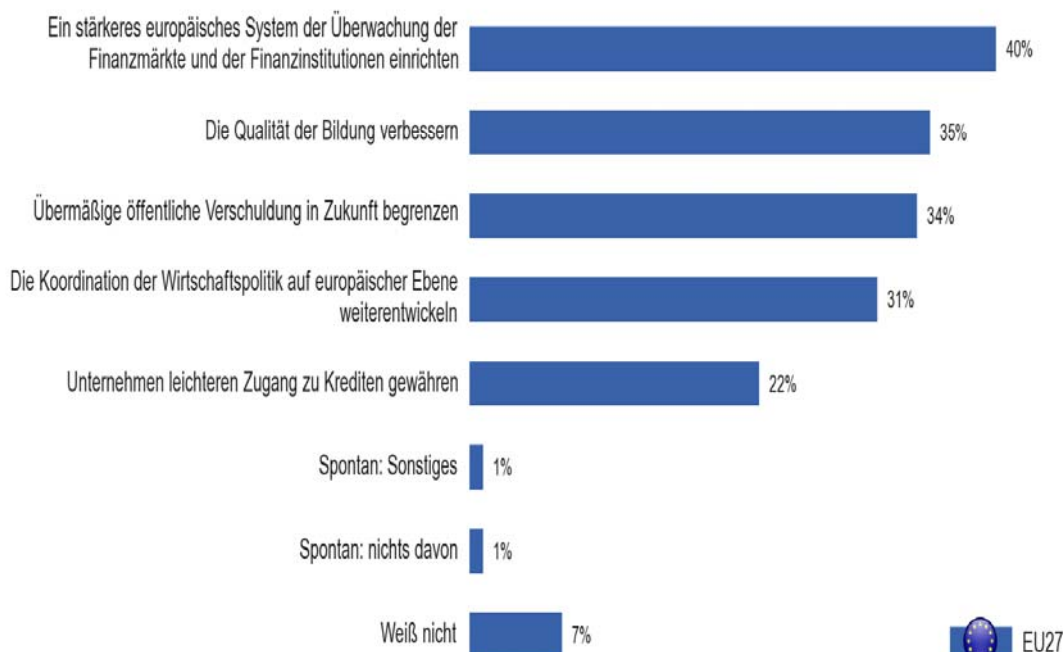
Ein geringfügig höherer Anteil der europäischen Bürger (35%) ist davon überzeugt, dass die **Qualität der Bildung verbessert** werden muss, damit der wirtschaftliche Aufschwung unterstützt wird. Einer von 5 europäischen Bürgern (22%) wiederum ist der Meinung, dass den **Unternehmen ein leichter Zugang zu Krediten gewährt** werden sollte.

⁶⁸ QG2 Welche der folgenden Aspekte sollten in der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten?

⁶⁹ Nach Auskunft von Eurostat wurden im Jahr 2008 in Griechenland (-7,7%), Irland (-7,2%), Rumänien (-5,5%), im Vereinigten Königreich (-5,0%), auf Malta (-4,7%), in Spanien (-4,1%), Lettland (-4,1%), Ungarn (-3,8%), Polen (-3,6%), Frankreich (-3,4%) und in Litauen (-3,2%) die höchsten Haushaltsdefizite im Verhältnis zum BIP festgestellt: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-22102009-AP/FR/2-22102009-AP-FR.PDF

Zur besseren Anschaulichkeit setzte die am 3. November 2009 veröffentlichte Prognose der Europäischen Kommission das Haushaltsdefizit in Griechenland bei -13% in Griechenland, bei -12% im Vereinigten Königreich bzw. bei -11% für Spanien fest: http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article16051_en.htm

QG2. Welche der folgenden Aspekte sollten in der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten?



Die Analyse bezüglich der Länder zeigt, dass die europäischen Bürger hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen zur Überwindung der Krise hin zu einem wirtschaftlichen Aufschwung eine differenzierte Wahrnehmung haben. **Ein stärkeres europäisches System der Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen** wird vor allem in den Niederlanden (59%), Slowenien (53%), Deutschland (50%), Schweden (50%), Irland (50%) sowie in Estland und Belgien (49%) bzw. Österreich und Bulgarien (48% in beiden Fällen) genannt.





























Nach Ansicht von mehr als der Hälfte der Befragten in Griechenland (51%) und nahezu einem von 2 Befragten in Frankreich (47%) sollte in der Europäischen Union **in Zukunft die öffentliche Verschuldung in Grenzen gehalten** werden, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten. Dieser Aspekt wird – in geringerem Maße – auch von mehr als 4 von 10 Befragten auf Malta, in Schweden, Ungarn und der Tschechischen Republik (42% in diesen 3 Fällen) genannt. Im Gegensatz hierzu sind weniger als einer von 5 Befragten in Bulgarien (19%) und knapp 16% in Rumänien der Meinung, dass ein ausgeglichener öffentlicher Haushalt vorrangig berücksichtigt werden sollte.

Die Koordination der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene weiterzuentwickeln wird hauptsächlich auf Zypern (52%), in Bulgarien (48%), Finnland (46%) und Ungarn (46%) als grundlegender Schwerpunktbereich angesehen. Demgegenüber wird dieser Aspekt im Vereinigten Königreich (22%), auf Malta und in Polen (jeweils 23%) sowie in Estland (24%) bzw. in Schweden (25%) und in Dänemark (25%) von weniger Befragten als vorrangig angesehen.

Besonders auf Zypern (61%), in Dänemark (55%) sowie in Griechenland (47%) bzw. in Portugal (46%) sind die Befragten der Meinung, dass **der wirtschaftliche Aufschwung vorrangig durch eine verbesserte Qualität der Bildung erreicht wird**. Demgegenüber wird in Bulgarien (24%), Litauen (24%), Slowenien (25%) und Polen (26%) eine verbesserte Qualität der Bildung in Bezug auf den wirtschaftlichen Aufschwung als vergleichsweise weniger bedeutend angesehen.

Die Befragten in Spanien (34%), Italien (32%) und in Dänemark (31%) sind schließlich verhältnismäßig häufiger der Meinung, dass ein **leichterer Zugang der Unternehmen zu Krediten** ein wichtiger Aspekt sei, um einen Ausweg aus der Krise und eine wirtschaftliche Genesung zu gewährleisten.

QG2 Welche der folgenden Aspekte sollten in der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten? (MAX. 2 ANTWORTEN)





		Ein stärkeres europäisches System der Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen einrichten	Die Qualität der Bildung verbessern	Übermäßige öffentliche Verschuldung in Zukunft begrenzen	Die Koordination der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene weiterentwickeln	Unternehmen leichteren Zugang zu Krediten gewähren	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	40%	35%	34%	31%	22%	7%
	BE	49%	29%	40%	29%	23%	2%
	BG	48%	24%	19%	48%	22%	10%
	CZ	44%	30%	42%	35%	13%	4%
	DK	38%	55%	29%	25%	31%	4%
	DE	50%	43%	41%	28%	15%	2%
	EE	49%	35%	29%	24%	20%	9%
	IE	50%	29%	29%	38%	25%	9%
	EL	29%	47%	51%	35%	17%	2%
	ES	34%	36%	26%	29%	34%	6%
	FR	41%	30%	47%	35%	21%	5%
	IT	30%	30%	37%	31%	32%	5%
	CY	38%	61%	29%	52%	5%	4%
	LV	41%	29%	23%	38%	23%	6%
	LT	42%	24%	26%	36%	24%	8%
	LU	45%	42%	28%	32%	19%	2%
	HU	38%	29%	42%	46%	16%	2%
	MT	40%	32%	43%	23%	13%	10%
	NL	59%	38%	33%	35%	18%	3%
	AT	48%	39%	37%	39%	19%	2%
	PL	32%	26%	27%	23%	25%	12%
	PT	31%	46%	26%	31%	19%	9%
	RO	40%	33%	16%	35%	22%	15%
	SI	53%	25%	31%	31%	24%	3%
	SK	50%	26%	38%	34%	18%	3%
	FI	41%	35%	23%	46%	19%	5%
	SE	50%	34%	42%	25%	16%	7%
	UK	36%	37%	28%	22%	17%	16%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Wenn wir die Antworten unter Berücksichtigung der soziodemografischen Merkmale und Einstellungen der Befragten analysieren, können wir einige interessante Ergebnisse aufzeigen:

- Die **Einrichtung eines stärkeren europäischen Systems der Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen** sowie die **Koordination der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene** sind Aspekte, die vorrangig von europäischen Bürgern genannt werden, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben. Im Gegensatz zu den anderen Berufskategorien handelt es sich hierbei außerdem um die Vorschläge, die insbesondere von Führungskräften formuliert werden.
- Wenn man diese Aspekte aus ideologischer Sicht und je nach Einstellung der Befragten untersucht, zeigt sich, dass diese Schwerpunkte häufiger von Personen gewählt werden, die sich politisch links einordnen sowie von Bürgern, die der Europäischen Union gegenüber eine eher positive Grundhaltung in Bezug auf Vertrauen, Image und die Bewertung der Zugehörigkeit ihres jeweiligen Landes zur EU einnehmen.
- **Eine Verbesserung der Bildung** wird vor allem von den jüngsten europäischen Bürgern (im Alter zwischen 15 und 24 Jahren), den Studenten und denjenigen, die ihre Ausbildung am längsten fortgeführt haben, angemahnt.
- Während eine **Begrenzung der öffentlichen Verschuldung** größtenteils von Führungskräften und denjenigen europäischen Bürgern verlangt wird, die sich ideologisch rechts einordnen, sind die Selbstständigen eher der Ansicht, dass ein **erleichterter Zugang zu Krediten für Unternehmen** vorrangig zu berücksichtigen sei.

QG2 Welche der folgenden Aspekte sollten in der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten? (MAX. 2 ANTWORTEN)

	Ein stärkeres europäisches System der Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen einrichten	Die Qualität der Bildung verbessern	Übermäßige öffentliche Verschuldung in Zukunft begrenzen	Die Koordination der Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene weiterentwickeln	Unternehmen leichteren Zugang zu Krediten gewähren	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	40%	35%	34%	31%	22%	7%
Geschlecht						
 Männlich	41%	34%	35%	32%	24%	5%
Weiblich	38%	35%	34%	29%	21%	8%
Alter						
 15-24	35%	42%	30%	29%	20%	8%
25-39	41%	34%	36%	33%	22%	5%
40-54	44%	32%	35%	32%	23%	6%
55 +	39%	34%	34%	29%	23%	9%
Ausbildung (Ende der)						
 15-	35%	33%	35%	26%	25%	10%
16-19	41%	32%	35%	31%	23%	6%
20+	46%	35%	35%	33%	21%	4%
Studiert noch	34%	45%	30%	32%	19%	8%
Berufliche Tätigkeit						
 Selbständig	39%	33%	32%	33%	28%	5%
Leitende(r) Angestellte(r)	47%	34%	40%	35%	22%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	44%	32%	37%	33%	22%	3%
Sonstige Arbeiter	43%	33%	36%	29%	22%	7%
Hausfrauen / Hausmänner	35%	35%	33%	29%	26%	8%
Arbeitslos	34%	33%	32%	31%	22%	9%
Rentner / Pensionäre	39%	34%	33%	29%	21%	10%
Studenten	34%	45%	30%	32%	19%	8%
Links-Rechts Skala						
(1-4) Links	44%	37%	35%	32%	22%	4%
(5-6) Mitte	42%	36%	36%	31%	22%	6%
(7-10) Rechts	39%	32%	37%	31%	24%	6%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen						
Meistens	35%	34%	36%	26%	24%	9%
Gelegentlich	39%	32%	34%	32%	24%	7%
Nahezu nie/ nie	42%	36%	35%	30%	21%	6%
Vertrauen in die EU						
Eher vertrauen	43%	33%	34%	37%	23%	4%
Eher nicht vertrauen	39%	36%	37%	25%	22%	7%
Mitgliedschaft in der EU						
Gute Sache	43%	36%	34%	35%	23%	4%
Schlechte Sache	36%	35%	38%	23%	23%	8%
Neutral	38%	33%	35%	27%	21%	9%
Vorteil von EU Mitgliedschaft						
Land hat profitiert	42%	35%	34%	35%	23%	4%
Land hat nicht profitiert	39%	35%	37%	26%	21%	7%
Bild der EU						
Positiv	43%	35%	34%	36%	23%	4%
Neutral	38%	34%	35%	27%	21%	8%
Negativ	37%	34%	37%	24%	22%	9%

3. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM DEN KLIMAWANDEL ZU BEKÄMPFEN

- Der Kampf gegen den Klimawandel erfolgt durch wirtschaftliche, politische und energiepolitische Maßnahmen -

Durch den Eurobarometer wird bestätigt, dass sich die europäischen Bürger der Herausforderungen des Klimawandels in hohem Maße bewusst sind, und dass sie den Kampf gegen den Klimawandel zu den drei wichtigsten Aspekten zählen, mit denen sich ihrer Ansicht nach die Europäische Union in den kommenden Jahren auseinander setzen muss.

Vor knapp einem Jahr verabschiedete die Europäische Union eine Reihe von Anträgen im Bereich Energie und Klimawandel, in denen ehrgeizige Ziele für das Jahr 2020 festgelegt wurden⁷⁰. Die EU hofft, auf diese Weise Europa in Zukunft auf einen Weg der Nachhaltigkeit zu bringen, in der die Wirtschaft wenig Kohlendioxid produziert und weniger Energie verbraucht.

Nach der öffentlichen europäischen Meinung sollte sich der Kampf gegen den Klimawandel vorrangig auf die **Entwicklung von umweltfreundlichen Industrien, Dienstleistungen und Technologien** (44%) sowie auf eine Reduzierung der CO₂ (Kohlendioxid)-Emissionen in den Bereichen Verkehr und Stromerzeugung stützen (36%)⁷¹.

Ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, dass der **Kampf gegen den Klimawandel in allen Politikbereichen der EU** berücksichtigt werden muss, d.h. in der Industrie, der Landwirtschaft und im Verkehr, während ein europäischer Bürger von 4 in diesem Sinne mehr auf die **Entwicklung sauberer Kraftfahrzeuge** setzt.

Ein europäischer Bürger von 5 nennt die **Sicherung der Energieversorgung**, und ein Befragter von 10 ist der Ansicht, dass man vorrangig die **Kernenergie weiterentwickeln** sollte.

⁷⁰ Die Ziele sind folgende: Eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 20% (30% falls eine internationale Einigung zustande kommt); eine Verringerung des Energieverbrauchs um 20% durch bessere Energieeffizienz; eine Deckung von 20% unseres Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen.
http://ec.europa.eu/climateaction/eu_action/index_fr.htm

⁷¹ QG3 Welche der folgenden Aspekte sollten zur Bekämpfung des Klimawandels vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden?

QG3. Welche der folgenden Aspekte sollten zur Bekämpfung des Klimawandels vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden?































Auf Zypern (62%), in den Niederlanden (59%), in Estland (57%), Deutschland (56%) sowie in Lettland und Frankreich (jeweils 50%) setzen die Befragten vorrangig auf die Entwicklung von **umweltfreundlichen Industrien, Dienstleistungen und Technologien**. Dieser Aspekt wird in 21 der 27 Mitgliedstaaten an erster Stelle genannt.

Was die **Reduzierung der CO2 (Kohlendioxid)-Emissionen in den Bereichen Verkehr und Stromerzeugung** anbelangt, sind nahezu 7 von 10 Befragten auf Zypern (67%) sowie 6 von 10 Befragten auf Malta (60%) der Ansicht, dass diese Maßnahme vorrangig berücksichtigt werden sollte. Auch annähernd die Hälfte der Befragten in Griechenland (46%), Rumänien (46%), Slowenien (45%) sowie Dänemark (45%) und Irland (45%) sind der Meinung, dass es sich hierbei um einen vorrangig zu berücksichtigenden Aspekt handelt. Die Slowenen (42%) und die Finnen (42%), wie auch die befragten Personen in Frankreich (41%) scheinen eine anspruchsvollere Haltung einzunehmen und erklären verhältnismäßig häufiger, dass die EU vorrangig den **Kampf gegen den Klimawandel in allen Politikbereichen der EU wie Industrie, Landwirtschaft und Verkehr** berücksichtigen sollte.

Die Befragten in Dänemark erklären am häufigsten, dass die **Entwicklung von sauberen Kraftfahrzeugen** in der EU vorrangig verfolgt werden sollte, um gegen den Klimawandel zu kämpfen (36%). Etwas mehr als 3 von 10 Befragten in Österreich (33%), auf Zypern (32%), in Estland, Griechenland und Frankreich (31%) teilen diese Ansicht. Im Gegensatz hierzu wird diese Lösung seltener von den Befragten auf Malta und in Polen (19%), im Vereinigten Königreich (17%) und in Ungarn (16%) angemahnt.

Die Sicherung der Energieversorgung stellt für mehr als ein Drittel der Befragten in Ungarn (34%) und einen geringfügig kleineren Anteil in Österreich (30%), Litauen (29%) und Irland (28%) eine grundlegende Bedingung für den Kampf gegen den Klimawandel dar. Diese Meinung wird von annähernd einem von 4 Befragten in der Slowakei, in Dänemark und auf Malta (26% in allen drei Fällen) geteilt. Schließlich spricht sich mehr als ein Befragter von 10 im Vereinigten Königreich (17%), in der Slowakei (16%), Schweden (15%), Finnland (15%), der Tschechischen Republik (14%), Estland (13%), Polen (13%), Belgien (12%), Litauen (12%), Italien (11%), den Niederlanden (11%) und in Ungarn (11%) für die **Weiterentwicklung der Kernenergie** als Maßnahme im Kampf gegen den Klimawandel aus.

QG3 Welche der folgenden Aspekte sollten zur Bekämpfung des Klimawandels vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden? (MAX. 2 ANTWORTEN)





		Umweltfreundliche Industrien, Dienstleistungen und Technologien entwickeln	CO ₂ (Kohlendioxid)-Emissionen in den Bereichen Verkehr und Stromerzeugung reduzieren	Den Kampf gegen den Klimawandel in allen Politikbereichen der EU wie Industrie, Landwirtschaft und Verkehr berücksichtigen	Saubere Kraftfahrzeuge entwickeln	Die Energieversorgung sichern	Kernenergie weiterentwickeln	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	44%	36%	33%	25%	20%	10%	6%
	BE	47%	33%	33%	26%	22%	12%	2%
	BG	39%	43%	28%	29%	21%	5%	10%
	CZ	44%	38%	30%	23%	22%	14%	2%
	DK	42%	45%	32%	36%	26%	9%	2%
	DE	56%	26%	39%	27%	23%	9%	3%
	EE	57%	23%	20%	31%	19%	13%	8%
	IE	34%	45%	30%	24%	28%	8%	11%
	EL	44%	46%	38%	31%	17%	6%	1%
	ES	44%	39%	30%	27%	17%	6%	6%
	FR	50%	34%	41%	31%	15%	7%	4%
	IT	42%	38%	36%	26%	17%	11%	3%
	CY	62%	67%	24%	32%	7%	2%	2%
	LV	50%	32%	27%	22%	10%	8%	8%
	LT	40%	32%	20%	20%	29%	12%	8%
	LU	44%	42%	37%	29%	11%	7%	1%
	HU	45%	33%	38%	16%	34%	11%	2%
	MT	41%	60%	22%	19%	26%	4%	6%
	NL	59%	35%	36%	25%	16%	11%	2%
	AT	44%	33%	38%	33%	30%	7%	2%
	PL	36%	38%	22%	19%	18%	13%	11%
	PT	37%	35%	21%	23%	23%	6%	13%
	RO	33%	46%	29%	26%	12%	7%	14%
	SI	47%	45%	42%	20%	21%	7%	1%
	SK	35%	34%	36%	25%	26%	16%	4%
	FI	49%	26%	42%	23%	22%	15%	2%
	SE	47%	40%	39%	26%	13%	15%	4%
	UK	35%	37%	26%	17%	24%	17%	11%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Wenn wir eine Analyse in Abhängigkeit von den soziodemografischen Variablen und der Einstellung der europäischen Bürger erstellen, treten interessante Details zutage:

- Die europäischen Bürger, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben, sowie die Führungskräfte erklären vergleichsweise häufiger, dass die **Entwicklung von umweltfreundlichen Industrien, Dienstleistungen und Technologien** einen Schwerpunktbereich im Kampf gegen den Klimawandel darstellt. Diese beiden Gruppen zeigen außerdem eine anspruchsvollere Haltung, was die Maßnahmen im Kampf für den Schutz der Umwelt und der nachhaltigen Entwicklung anbelangt: Ihrer Ansicht nach sollte **die Union den Kampf gegen den Klimawandel in allen Politikbereichen berücksichtigen**. Dies gilt ebenfalls für die Befragten, die angeben, Vertrauen in die Europäische Union zu haben.
- Studenten zeigen sich ihrerseits stärker als der Durchschnitt für die Argumente zugänglich, mit denen die **Reduzierung der CO₂ (Kohlendioxid)-Emissionen in den beiden Bereichen mit dem größten Ausstoß, dem Verkehr und der Stromerzeugung, gefordert wird**. Entsprechend fordern sie auch häufiger als der Durchschnitt die **Entwicklung sauberer Kraftfahrzeuge**.
- Rentner und Pensionäre und die Befragten, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher abgeschlossen haben, neigen eher als ihre Mitbürger dazu, die **Sicherung der Energieversorgung** zu nennen, während die europäischen Bürger, die sich politisch eher rechts einordnen, häufiger als die anderen die **Weiterentwicklung der Kernenergie** als Schwerpunktbereich der EU im Kampf gegen den Klimawandel fordern.

Q3 Welche der folgenden Aspekte sollten zur Bekämpfung des Klimawandels vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden? (MAX. 2 ANTWORTEN)

	Umweltfreundliche Industrien, Dienstleistungen und Technologien entwickeln	CO2 (Kohlendioxid)-Emissionen in den Bereichen Verkehr und Stromerzeugung reduzieren	Den Kampf gegen den Klimawandel in allen Politikbereichen der EU wie Industrie, Landwirtschaft und Verkehr berücksichtigen	Saubere Kraftfahrzeuge entwickeln	Die Energieversorgung sichern	Kernenergie weiterentwickeln	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	44%	36%	33%	25%	20%	10%	6%
Geschlecht							
 Männlich	45%	36%	34%	25%	19%	13%	5%
Weiblich	44%	36%	33%	25%	20%	8%	7%
Alter							
 15-24	44%	41%	31%	27%	18%	10%	6%
25-39	44%	38%	35%	25%	19%	11%	4%
40-54	46%	36%	36%	26%	19%	10%	4%
55 +	43%	32%	31%	24%	22%	11%	8%
Ausbildung (Ende der)							
 15-	38%	32%	29%	27%	23%	9%	9%
16-19	44%	36%	33%	25%	20%	11%	6%
20+	50%	37%	38%	24%	17%	12%	2%
Studiert noch	47%	43%	32%	28%	15%	9%	5%
Berufliche Tätigkeit							
 Selbständig	43%	36%	34%	24%	19%	13%	4%
Leitende(r) Angestellte(r)	51%	35%	42%	24%	18%	12%	2%
Andere(r) Angestellte(r)	48%	37%	35%	23%	19%	11%	3%
Sonstige Arbeiter	44%	38%	34%	25%	20%	9%	6%
Hausfrauen / Hausmänner	40%	33%	31%	31%	22%	9%	7%
Arbeitslos	42%	37%	30%	25%	19%	8%	7%
Rentner / Pensionäre	42%	32%	30%	24%	23%	11%	8%
Studenten	47%	43%	32%	28%	15%	9%	5%
Links-Rechts Skala							
(1-4) Links	49%	36%	37%	25%	19%	9%	3%
(5-6) Mitte	46%	36%	33%	26%	21%	10%	4%
(7-10) Rechts	41%	34%	32%	25%	21%	15%	5%
Vertrauen in die EU							
Eher vertrauen	46%	38%	37%	24%	19%	11%	3%
Eher nicht vertrauen	43%	34%	31%	26%	21%	11%	6%

4. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM EIN NACHHALTIGES WACHSTUM ZU FÖRDERN

- Wirtschaftliches Wachstum und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt widersprechen sich nicht zwangsläufig -

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass Nachhaltigkeit auch für die Finanzsysteme und die Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist⁷². Die durch den Eurobarometer erhobenen Daten zeigen darüber hinaus, welche Bedeutung die EU-Bürger einem Wachstum beimessen, das langfristig mit dem Umweltschutz und dem Gemeinwohl vereinbar ist. Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage machen deutlich, dass ein nachhaltiges Wachstum aus Sicht der öffentlichen europäischen Meinung auf drei Hauptpfeilern ruht: den **Anreizen für Forschung und Innovationen in der europäischen Industrie** (31%), der **Produktion von umweltfreundlichen Gütern und Dienstleistungen** (30%) und der **Hilfe für die Landwirtschaft** (27%)⁷³.

Die Bürger setzen aber auch auf Kreativität und individuellen Unternehmergeist: So erklärt einer von 4 europäischen Bürgern (25%), dass es ein vorrangig zu berücksichtigender Aspekt zur nachhaltigen Förderung des Wachstums sein sollte, **Menschen zur Gründung eigener Unternehmen zu ermutigen**. Demselben Prinzip folgend, erklärt annähernd ein Fünftel der befragten Personen, dass **neue Ideen und kreative Konzepte honoriert** werden sollten (19%).

Ein europäischer Bürger von 5 nennt außerdem die **Stärkung der Verbraucherrechte** (19%) und ein gleich hoher Anteil wählt den Aspekt einer **Kontrolle der Migrationsströme, um den Erfordernissen der europäischen Wirtschaft gerecht zu werden**.

Investitionen in neue Informations- und Kommunikationstechnologien (16%), eine **Rationalisierung öffentlicher Dienstleistungen** (15%) und eine **Modernisierung des Dienstleistungssektors** (14%) werden von den europäischen Bürgern seltener genannt. Schließlich ist weniger als einer von 10 befragten Bürgern der Ansicht, dass eine **Erleichterung der Integration legaler Einwanderer** (7%) und die **Verbesserung des Zugangs zum Hochgeschwindigkeits-Internet** (4%) grundlegende Aspekte sind, um ein nachhaltiges Wachstum gewährleisten zu können.

⁷² „Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Situationsbericht 2009 über die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch die EU-Politik“:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0400:FIN:FR:PDF>

⁷³ QG4 Welche der folgenden Aspekte sollten zur nachhaltigen Förderung des Wachstums vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden?

QG4. Welche der folgenden Aspekte sollten zur nachhaltigen Förderung des Wachstums vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden?



Die Befragten aus den mittel- und nordeuropäischen Ländern sind vergleichsweise häufiger der Ansicht, dass **Anreize für Forschung und Innovationen in der Industrie** grundlegende Aspekte für die **Gewährleistung nachhaltigen Wachstums** seien. Hinzu kommt, dass die Befragten in den genannten Ländern diesen Schwerpunktbereich angesichts ähnlich hoher Anteile der Nennungen offenbar mit einer **umweltfreundlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen** assoziieren. Dies gilt für Schweden (mit 48% der Nennungen für den ersten und 47% für den zweiten Aspekt), die Niederlande (46% der Nennungen in beiden Fällen), in Dänemark (43% bzw. 46%) und in Deutschland (42% für den ersten und 39% für den zweiten Punkt). Auch zwischen den Mitgliedstaaten der Eurozone und denjenigen Staaten, die die Einheitswährung nicht eingeführt haben, können Unterschiede festgestellt werden. In den ersteren wird häufiger gewünscht, dass es in der EU für eine nachhaltige Förderung des Wachstums mehr **Anreize für Forschung und Innovationen in der Industrie** gibt (34% im Vergleich zu 26% in den Mitgliedstaaten außerhalb der Eurozone).





























Hilfe für die Landwirtschaft als Garant eines nachhaltigen Wachstums wird vor allem in denjenigen Mitgliedstaaten als vorrangiger Aspekt angesehen, die der EU im Zuge der letzten beiden Erweiterungen in den Jahren 2004 und 2007 beigetreten sind. So wird dieser Aspekt in Rumänien (56%), Ungarn (51%), Estland (48%), der Tschechischen Republik (47%) sowie in Bulgarien (46%), Lettland (46%) und Slowenien (40%) an die erste Stelle gewählt. Auch 4 von 10 Befragten in Litauen, auf Zypern und in Portugal (mit jeweils 39%) nennen diesen Aspekt. Somit wird dieser Punkt in den genannten Ländern von einer relativen Mehrheit der Befragten unterstützt.

Die Befragten in den baltischen Mitgliedstaaten scheinen ihrerseits dem individuellen Unternehmergeist besondere Bedeutung beizumessen und neigen mit höherer Wahrscheinlichkeit als ihre Mitbürger zu der Ansicht, dass **die Menschen vorrangig zur Gründung eigener Unternehmen ermutigt werden sollten, um nachhaltiges Wachstum zu fördern**: Dieser Aspekt wird von 48% der Befragten in Litauen genannt und erreicht hier, wie auch in Lettland und Estland, wo vergleichbare Anteile der Nennungen festgestellt werden (42% bzw. 41%), den ersten Platz der Liste. Auch in der Tschechischen Republik (34%), in Griechenland, Irland (jeweils 32%) und in Polen (31%) – mehr als 3 von 10 Befragten wählen hier diesen Aspekt – wird diese Maßnahme als grundlegender Faktor angesehen.

Einer Honorierung neuer Ideen und kreativer Konzepte wird insbesondere in Dänemark (39%) und, in geringerem Maße, in Schweden (29%), Slowenien (25%) und in Finnland (25%) wesentliche Bedeutung beigemessen, während die Befragten auf Malta der Ansicht sind, dass eine **Stärkung der Verbraucherrechte** ein vorrangig zu berücksichtigender Aspekt sei (33%).

Schließlich messen die Befragten in Österreich und Dänemark der **Kontrolle der Migrationsströme, um den Erfordernissen der europäischen Wirtschaft gerecht zu werden**, die größte Bedeutung bei (jeweils 30%).

QG4 Welche der folgenden Aspekte sollten zur nachhaltigen Förderung des Wachstums vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden? (MAX. 3 ANTWORTEN)






		Anreize für Forschung und Innovationen in der europäischen Industrie	Unterstützung einer umweltfreundlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen	Hilfe für die Landwirtschaft	Menschen zur Gründung eigener Unternehmen ermutigen	Kontrolle der Migrationsströme, um den Erfordernissen der europäischen Wirtschaft gerecht zu werden	Stärkung der Verbraucherrechte	Honorierung neuer Ideen und kreativer Konzepte	Investitionen in neue Informations- und Kommunikationstechnologien	Rationalisierung öffentlicher Dienstleistungen	Modernisierung des Dienstleistungssektors	Erleichterung der Integration legaler Einwanderer	Verbesserung des Zugangs zum Hochgeschwindigkeits-Internet	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	31%	30%	27%	25%	19%	19%	19%	16%	15%	14%	7%	4%	7%
	BE	31%	31%	31%	23%	27%	25%	18%	13%	11%	11%	5%	5%	3%
	BG	40%	35%	46%	23%	9%	24%	14%	18%	7%	10%	5%	3%	9%
	CZ	24%	33%	47%	34%	21%	20%	14%	14%	10%	14%	4%	4%	3%
	DK	43%	46%	9%	16%	30%	16%	39%	17%	12%	14%	18%	3%	4%
	DE	42%	39%	19%	24%	19%	24%	22%	14%	12%	12%	6%	3%	6%
	EE	32%	27%	48%	41%	7%	18%	18%	17%	7%	7%	2%	3%	8%
	IE	37%	26%	29%	32%	15%	21%	20%	14%	22%	15%	5%	9%	12%
	EL	20%	37%	33%	32%	22%	21%	22%	12%	27%	19%	7%	2%	2%
	ES	30%	29%	23%	27%	17%	17%	17%	19%	11%	12%	8%	2%	6%
	FR	38%	30%	35%	30%	19%	31%	22%	15%	12%	10%	8%	3%	4%
	IT	27%	24%	20%	22%	22%	19%	21%	20%	18%	23%	7%	5%	5%
	CY	30%	68%	39%	18%	21%	25%	7%	12%	12%	19%	4%	7%	4%
	LV	25%	23%	46%	42%	11%	10%	14%	15%	16%	9%	3%	1%	6%
	LT	30%	19%	40%	48%	9%	20%	12%	18%	5%	11%	6%	2%	5%
	LU	38%	33%	27%	30%	15%	16%	17%	15%	12%	10%	13%	2%	3%
	HU	30%	31%	51%	23%	15%	20%	20%	13%	19%	17%	4%	4%	2%
	MT	33%	16%	16%	23%	19%	33%	13%	13%	9%	17%	11%	3%	14%
	NL	46%	46%	19%	12%	22%	16%	23%	21%	14%	11%	5%	4%	4%
	AT	23%	40%	33%	26%	30%	24%	24%	11%	20%	18%	11%	7%	2%
	PL	17%	18%	29%	31%	5%	10%	17%	18%	31%	13%	5%	5%	11%
	PT	22%	27%	39%	22%	12%	19%	14%	12%	13%	22%	6%	3%	7%
	RO	32%	23%	56%	28%	8%	16%	9%	9%	11%	21%	5%	3%	12%
	SI	35%	32%	40%	28%	11%	17%	25%	16%	19%	9%	3%	3%	2%
	SK	25%	31%	34%	28%	19%	15%	21%	21%	14%	17%	4%	5%	4%
	FI	35%	31%	24%	26%	18%	10%	25%	13%	24%	12%	12%	4%	5%
	SE	48%	47%	16%	29%	8%	10%	29%	12%	11%	6%	12%	4%	8%
	UK	21%	26%	20%	19%	29%	14%	15%	16%	13%	8%	9%	4%	17%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Einige soziodemografische Merkmale und einige Einstellungen und Haltungen gegenüber der EU bestimmen die Richtung, in die die jeweiligen Antworten ausfallen. Dies zeigt sich in der Analyse der Aspekte, die am häufigsten genannt werden:

- Die Aspekte **Forschung und Innovation** und die **Unterstützung einer umweltfreundlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen** erhalten signifikant häufigere Nennungen bei denjenigen europäischen Bürgern, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgesetzt haben, bei den Führungskräften, den Befragten, die sich politisch links einordnen und denjenigen, die eine positive Haltung hinsichtlich des Vertrauens in die EU, ihrer Bewertung und der Beurteilung der Zugehörigkeit ihres jeweiligen Landes zur EU einnehmen.
- **Hilfe für die Landwirtschaft** wird vorrangig von denjenigen europäischen Bürgern gewünscht, die in ländlichen Gegenden leben. Schließlich ist noch anzumerken, dass Befragte, die sich politisch eher rechts einordnen, häufiger der Ansicht sind, dass das nachhaltige Wachstum durch eine **Förderung des Unternehmergeistes** der Menschen gefördert wird.

QG4 Welche der folgenden Aspekte sollten zur nachhaltigen Förderung des Wachstums vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden? (ROTIEREN – MAX. 3 ANTWORTEN)

	Anreize für Forschung und Innovationen in der europäischen Industrie	Unterstützung einer umweltfreundlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen	Hilfe für die Landwirtschaft	Menschen zur Gründung eigener Unternehmen ermutigen	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	31%	30%	27%	25%	7%
Geschlecht					
 Männlich	35%	31%	25%	25%	5%
Weiblich	28%	29%	29%	25%	9%
Alter					
 15-24	28%	31%	23%	23%	10%
25-39	32%	29%	25%	28%	6%
40-54	33%	34%	28%	26%	5%
55 +	31%	28%	30%	24%	9%
Ausbildung (Ende der)					
 15-	23%	24%	31%	26%	10%
16-19	29%	30%	29%	26%	6%
20+	42%	36%	23%	25%	4%
Studiert noch	34%	32%	22%	21%	9%
Verstädterung					
 Ländliche Gegend	29%	28%	34%	25%	8%
Kleine und mittelgroße Stadt	33%	31%	26%	25%	7%
Großstadt	31%	32%	22%	26%	7%
Berufliche Tätigkeit					
 Selbständig	30%	33%	25%	28%	4%
Leitende(r) Angestellte(r)	47%	38%	21%	25%	3%
Andere(r) Angestellte(r)	33%	32%	24%	25%	4%
Sonstige Arbeiter	29%	31%	29%	26%	7%
Hausfrauen / Hausmänner	24%	28%	30%	29%	8%
Arbeitslos	24%	26%	28%	28%	8%
Rentner / Pensionäre	29%	27%	31%	24%	10%
Studenten	34%	32%	22%	21%	9%
Links-Rechts Skala					
(1-4) Links	36%	37%	24%	22%	5%
(5-6) Mitte	31%	31%	28%	27%	6%
(7-10) Rechts	31%	26%	29%	28%	6%
Vertrauen in die EU					
Eher vertrauen	37%	33%	28%	27%	4%
Eher nicht vertrauen	27%	29%	27%	25%	7%
Mitgliedschaft in der EU					
Gute Sache	38%	34%	24%	27%	5%
Schlechte Sache	23%	25%	31%	24%	7%
Neutral	25%	28%	31%	24%	8%
Vorteil von EU Mitgliedschaft					
Land hat profitiert	36%	33%	25%	27%	5%
Land hat nicht profitiert	25%	28%	31%	24%	7%

5. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM FORTSCHRITTE BEI DEN BÜRGERRECHTEN ZU ERREICHEN

- Die europäischen Bürger wünschen einen besseren Dialog mit ihren Institutionen, um Fortschritte bei den Bürgerrechten zu erreichen -

Die europäischen Bürger verfügen aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft über Rechte, die durch Verträge garantiert werden: Das Recht sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten, zu arbeiten und zu studieren; außerdem zivile und politische Rechte sowie bestimmte juristische Garantien (wie der konsularische Schutz durch einen anderen Mitgliedstaat oder das Recht, beim europäischen Bürgerbeauftragten Beschwerde einzureichen).

Seit sich das Konzept vom «Europa der Bürger» offiziell gegenüber dem älteren Konzept vom «Europa der Händler» durchgesetzt hat, arbeitet die EU daran, die Rechte der Bürger weiterzuentwickeln und zu vertiefen. Der Vertrag von Lissabon ist ein Schritt hin zu einem besseren Schutz der Bürgerrechte. In ihm werden bestehende Rechte bestätigt und neue Rechte und Mechanismen eingeführt, die es ermöglichen, die Beachtung dieser Rechte innerhalb der Europäischen Union durchzusetzen⁷⁴. Im Kontext der Einführung eines neuen Rechtsrahmens für die EU können wir feststellen, dass für nahezu einen von 3 europäischen Bürgern die Verbesserung der Bürgerrechte zu jenen Aspekten gehört, die von der Europäischen Union in den kommenden Jahren vorrangig berücksichtigt werden sollte.

Wenn wir die Befragten bitten, sich dahingehend zu äußern, welche Aspekte vorrangig berücksichtigt werden sollten, um diesen Grundpfeiler der Union zu stärken⁷⁵, wählen die meisten europäischen Bürger die **Förderung des Dialogs zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Institutionen der EU** (37%). Diese Antwort scheint in die Richtung zu gehen, die auch im Vertrag von Lissabon durch das Einbringen des Prinzips der demokratischen Gleichheit der Bürger, des Prinzips der partizipativen Demokratie (um den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu verstärken) sowie des Prinzips der Bürgerinitiative, die es den Bürgern ermöglicht, dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union Gesetzesvorschläge zu machen, angelegt wurde.

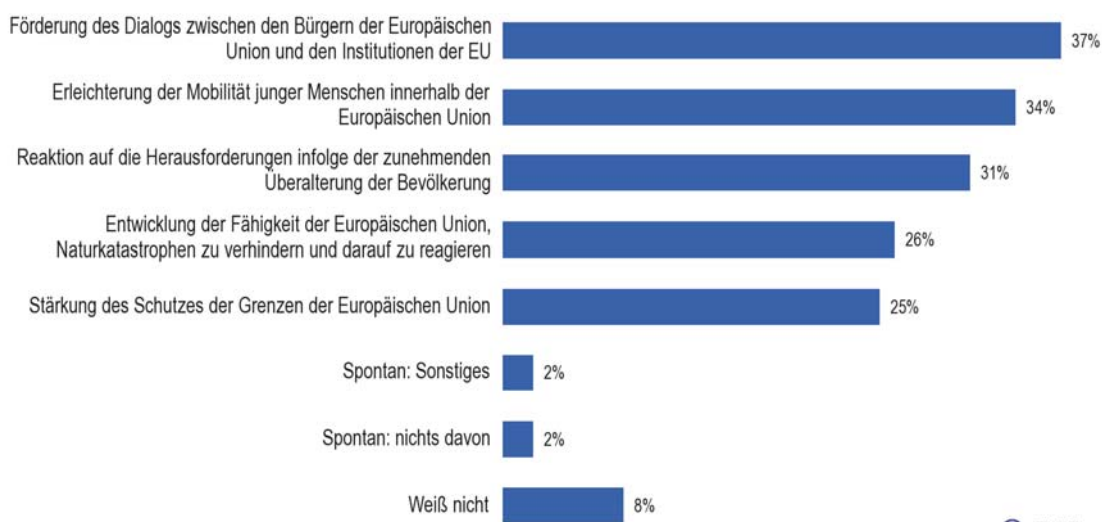
⁷⁴ http://europa.eu/lisbon_treaty/index_fr.htm

⁷⁵ QG5 Welche der folgenden Aspekte sollten zur Förderung der Rechte der Bürger vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden?

Mit fast gleich hohen Anteilen der Nennungen wählen die Befragten die **«Erleichterung der Mobilität junger Menschen innerhalb der Europäischen Union»** (34%) als vorrangige Maßnahme zur Stärkung ihrer Rechte. Bei annähernd einem Drittel der Befragten (31%) kommen auch langfristige Überlegungen zum Zuge, da sie der Ansicht sind, dass die EU auf die **Herausforderungen hinsichtlich der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung** reagieren sollte⁷⁶.

Um die Bürgerrechte zu verbessern, wäre es für ein Viertel der Bevölkerung (26%) von grundlegender Bedeutung, die **Fähigkeit der Europäischen Union weiterzuentwickeln, Naturkatastrophen zu verhindern und darauf zu reagieren**. Ein nahezu gleich großer Anteil der Befragten (25%) nennt als vorrangig zu berücksichtigenden Aspekt die **Stärkung des Schutzes der Grenzen der Europäischen Union**.

QG5. Welche der folgenden Aspekte sollten zur Förderung der Rechte der Bürger vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden?



EU27

In 10 Mitgliedstaaten der Union ist die Mehrheit der öffentlichen Meinung davon überzeugt, dass Fortschritte bei den Bürgerrechten durch eine **Förderung des Dialogs zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Institutionen der EU** erreicht werden können. Dies gilt vor allem in den Niederlanden, Schweden und Frankreich: Hier wird dieser Schwerpunktbereich von nahezu der Hälfte der Befragten gewählt (49% in den beiden ersten Fällen und 47% in Frankreich). Auch für mehr als 4 von 10 Befragten in der Slowakei (44%), Deutschland (43%), Belgien, der Tschechischen Republik, Dänemark, Luxemburg und auf Malta (jeweils 42% der Nennungen) ist dieser Aspekt von grundlegender Bedeutung.

⁷⁶ Das Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“ (veröffentlicht im März 2005) zeigt auf, dass im Jahr 2030 in der Europäischen Union nahezu 21 Millionen Menschen (6,8%) im arbeitsfähigen Alter fehlen werden. Zu diesem Zeitpunkt werden sich annähernd zwei erwerbstätige Personen (im Alter zwischen 15 und 65 Jahren) um eine nicht erwerbstätige Person kümmern müssen (65 Jahre und darüber):

http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=fr&type_doc=COMfinal&an_doc=2005&nu_doc=94





























Die **Erleichterung der Mobilität junger Menschen innerhalb der Europäischen Union** wird außerdem vor allem von der Hälfte der Befragten in Ungarn (51%), Dänemark (49%) sowie von einem geringfügig niedrigeren Anteil der Befragten in Bulgarien (47%), Frankreich (45%) und Italien (42%) als vorrangig bedeutender Aspekt angesehen, um die Bürgerrechte zu fördern.

In Finnland geben nahezu 6 von 10 Befragten (56%) an, dass ihrer Ansicht nach die **Reaktionen auf die Herausforderungen infolge der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung** ein fundamentales Element jeglicher Aktivität im Bereich der Bürgerrechte darstellen. In geringerem aber dennoch aufschlussreichem Maße wird dieser Aspekt von annähernd 4 von 10 Befragten in der Slowakei (39%), in Belgien (38%), Ungarn (37%), Österreich (37%), den Niederlanden (36%) sowie Slowenien und dem Vereinigten Königreich (36%) genannt. Auch in der Tschechischen Republik (34%), in Frankreich (33%), Dänemark (32%), Portugal und Schweden (31% bzw. 30%) ist der Anteil der Nennung dieses Punktes erhöht.

Der Entwicklung der Fähigkeit der Europäischen Union, Naturkatastrophen zu verhindern und darauf zu reagieren, wird offenbar in Österreich und Irland (mit 37% bzw. 36% der Nennungen) eine überdurchschnittlich große Bedeutung beigemessen. Vor allem aber gilt dies auf Zypern: Hier wird dieser Aspekt von 53% der Befragten genannt. Auf Zypern ist übrigens ein gleich hoher Anteil der Befragten der Meinung, dass eine **Stärkung des Schutzes der Grenzen der Europäischen Union** von grundlegender Bedeutung für Fortschritte bei den Bürgerrechten ist. Diese Ansicht wird von knappen Mehrheiten im Vereinigten Königreich (40%), in Österreich sowie in Griechenland (42% bzw. 41%) geteilt.

Nahezu ein Fünftel der Bevölkerung in Rumänien (17%) und Irland (15%) gibt auf diese Frage keine Antwort.

QG5 Welche der folgenden Aspekte sollten zur Förderung der Rechte der Bürger vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden? (MAX. 2 ANTWORTEN)





		Förderung des Dialogs zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Institutionen der EU	Erleichterung der Mobilität junger Menschen innerhalb der Europäischen Union	Reaktion auf die Herausforderungen infolge der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung	Entwicklung der Fähigkeit der Europäischen Union, Naturkatastrophen zu verhindern und darauf zu reagieren	Stärkung des Schutzes der Grenzen der Europäischen Union	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	37%	34%	31%	26%	25%	8%
	BE	42%	31%	38%	19%	32%	3%
	BG	36%	47%	23%	29%	24%	10%
	CZ	42%	38%	34%	31%	20%	2%
	DK	42%	49%	32%	17%	32%	5%
	DE	43%	31%	32%	30%	22%	7%
	EE	40%	36%	27%	18%	25%	11%
	IE	31%	36%	27%	36%	29%	15%
	EL	38%	35%	28%	32%	41%	2%
	ES	37%	35%	32%	25%	19%	8%
	FR	47%	45%	33%	20%	27%	5%
	IT	35%	42%	24%	30%	24%	5%
	CY	37%	36%	16%	53%	53%	1%
	LV	38%	29%	26%	16%	20%	11%
	LT	34%	34%	20%	25%	16%	14%
	LU	42%	35%	25%	24%	29%	2%
	HU	32%	51%	37%	33%	14%	4%
	MT	42%	34%	25%	18%	33%	11%
	NL	49%	34%	36%	14%	25%	6%
	AT	39%	26%	37%	37%	42%	2%
	PL	31%	34%	24%	27%	13%	15%
	PT	25%	24%	31%	34%	31%	12%
	RO	29%	34%	20%	32%	25%	17%
	SI	39%	34%	36%	28%	16%	4%
	SK	44%	35%	39%	28%	18%	3%
	FI	34%	24%	56%	27%	24%	5%
	SE	49%	39%	30%	22%	13%	9%
	UK	24%	19%	36%	16%	40%	14%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Wenn wir die Antworten auf der Basis der soziodemografischen Merkmale der Befragten untersuchen, können wir die Analyse vertiefen und bestimmte Tendenzen bestätigen, die schon im bisherigen Text beobachtet werden konnten.

- **Die Förderung des Dialogs zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Institutionen der EU** ist für eine Vielzahl der soziodemografischen Gruppen der wichtigste Aktionsbereich, auch wenn dieser vorrangig von den Befragten im Alter zwischen 25 und 39 Jahren sowie den europäischen Bürgern, die ihre Ausbildung bis zum Alter von 20 Jahren und darüber hinaus fortgeführt haben, bzw. den Führungskräften gewählt wird.
- Die Bürger im Alter zwischen 15 und 24 Jahren und die Studenten heben sich insofern vom Rest der Befragten ab, als sie dem Aspekt der **Erleichterung der Mobilität junger Menschen innerhalb der Europäischen Union** vorrangige Bedeutung beimessen.

- **Eine Reaktion auf die Herausforderungen infolge der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung** scheint für die ältesten Befragten (im Alter von 55 Jahren und darüber) wichtiger zu sein. Dieser Aspekt wird allerdings vor allem von Führungskräften genannt, die sich dieser Problematik gegenüber aufgeschlossener zeigen als die übrigen Berufskategorien.
- **Eine Stärkung des Schutzes der Grenzen der Europäischen Union** wird insbesondere von Befragten gewählt, die ihre Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder davor beendet haben.
- Wenn wir untersuchen, inwieweit die Haltung der Befragten gegenüber der EU die Antworten beeinflusst, ist interessanterweise Folgendes festzustellen: Die Bevölkerungsgruppen, die der Union gegenüber positiv eingestellt sind, sehen eine Förderung der Bürgerrechte vorrangig durch eine **Förderung des Dialogs zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Institutionen der EU** gegeben, während sich die Gruppen, die der EU gegenüber kritisch eingestellt sind, eher für sicherheitsbezogene Lösungen wie die **Stärkung des Schutzes der Grenzen der Europäischen Union** entscheiden.

QG5 Welche der folgenden Aspekte sollten zur Förderung der Rechte der Bürger vorrangig in der Europäischen Union berücksichtigt werden? (MAX 2 ANTWORTEN)						
	Förderung des Dialogs zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Institutionen der EU	Erleichterung der Mobilität junger Menschen innerhalb der Europäischen Union	Reaktion auf die Herausforderungen infolge der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung	Stärkung des Schutzes der Grenzen der Europäischen Union	Entwicklung der Fähigkeit der Europäischen Union, Naturkatastrophen zu verhindern und darauf zu reagieren	Weiß nicht / Keine Angabe
EU27	37%	34%	31%	25%	26%	8%
Geschlecht						
 Männlich	39%	35%	31%	26%	24%	7%
Weiblich	35%	33%	30%	24%	27%	10%
Alter						
 15-24	38%	44%	27%	20%	24%	9%
25-39	40%	35%	30%	24%	26%	6%
40-54	39%	34%	31%	26%	26%	7%
55 +	33%	30%	32%	28%	26%	11%
Ausbildung (Ende der)						
 15-	29%	29%	30%	31%	26%	12%
16-19	36%	34%	30%	26%	27%	8%
20+	46%	35%	34%	21%	23%	5%
Studiert noch	38%	47%	27%	17%	24%	9%
Berufliche Tätigkeit						
 Selbständig	40%	36%	26%	27%	25%	5%
Leitende(r) Angestellte(r)	47%	35%	39%	20%	22%	5%
Andere(r) Angestellte(r)	40%	34%	32%	25%	27%	5%
Sonstige Arbeiter	38%	35%	29%	25%	27%	8%
Hausfrauen / Hausmänner	32%	34%	28%	29%	26%	10%
Arbeitslos	36%	33%	29%	25%	24%	9%
Rentner / Pensionäre	31%	29%	32%	29%	26%	11%
Studenten	38%	47%	27%	17%	24%	9%
Links-Rechts Skala						
(1-4) Links	42%	36%	34%	23%	25%	5%
(5-6) Mitte	37%	34%	32%	27%	26%	7%
(7-10) Rechts	37%	36%	31%	28%	25%	7%
Schwierigkeiten, Rechnungen zu bezahlen						
Meistens	34%	34%	29%	28%	26%	10%
Gelegentlich	35%	35%	31%	27%	27%	8%
Nahezu nie/ nie	39%	34%	32%	24%	25%	8%
Vertrauen in die EU						
Eher vertrauen	42%	38%	31%	23%	27%	5%
Eher nicht vertrauen	33%	31%	32%	30%	25%	8%
Mitgliedschaft in der EU						
Gute Sache	43%	38%	31%	21%	26%	6%
Schlechte Sache	27%	26%	34%	36%	25%	9%
Neutral	33%	32%	29%	27%	26%	10%
Vorteil von EU Mitgliedschaft						
Land hat profitiert	42%	38%	32%	22%	26%	6%
Land hat nicht profitiert	31%	30%	31%	33%	25%	8%
Bild der EU						
Positiv	42%	39%	31%	22%	27%	5%
Neutral	34%	32%	30%	26%	25%	10%
Negativ	29%	26%	33%	37%	22%	9%

6. DIE WICHTIGSTEN MAßNAHMEN, UM EINEN BEITRAG ZUR STABILISIERUNG DER WELT ZU LEISTEN

- Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte und der Erhalt des Friedens sind die wichtigsten Maßnahmen, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt zu leisten -

Die Stärkung des internationalen Einflusses der Europäischen Union gehört zu den grundlegenden Elementen des Vertrags von Lissabon⁷⁷. In diesem Vertrag sind jene Instrumente der Außenpolitik der EU zusammengefasst, anhand derer neue politische Maßnahmen erarbeitet und verabschiedet werden.

Nach Ansicht der europäischen Bürger gehören die **Förderung und der Schutz der Menschenrechte** zu den wichtigsten Maßnahmen der EU, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt zu leisten: Der Schutz der Rechte wird von einer relativen Mehrheit der Befragten (40%)⁷⁸ als grundlegender Aspekt eingestuft.

Als nächstes folgen mit nahezu gleich großen Anteilen der Nennungen zwei sicherheitsbezogene Schwerpunktbereiche: **Die Beteiligung an der Beilegung von Konflikten sowie am Erhalt und der Schaffung von Frieden** (36%) bzw. die **Maßnahmen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Nuklearwaffen, chemische Waffen usw.)** (33%).

Ein Drittel der europäischen Bürger (33%) nennt die **Förderung der Entwicklung armer Länder** als grundlegendes politisches Leitmotiv der EU, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt zu leisten.

Dem **Ausbau der Beziehungen der Europäischen Union zu den Nachbarländern, seien es die östlichen Länder** wie Russland, die Ukraine usw. oder die **Länder des Mittelmeerraums**, wird von den europäischen Bürgern weniger Bedeutung beigemessen. Dieser Punkt erhält 14% bzw. 8% der Nennungen.

⁷⁷ http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_fr.htm

⁷⁸ QG6 Welche der folgenden Aspekte sollten von der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt zu leisten?

QG6. Welche der folgenden Aspekte sollten von der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt zu leisten?



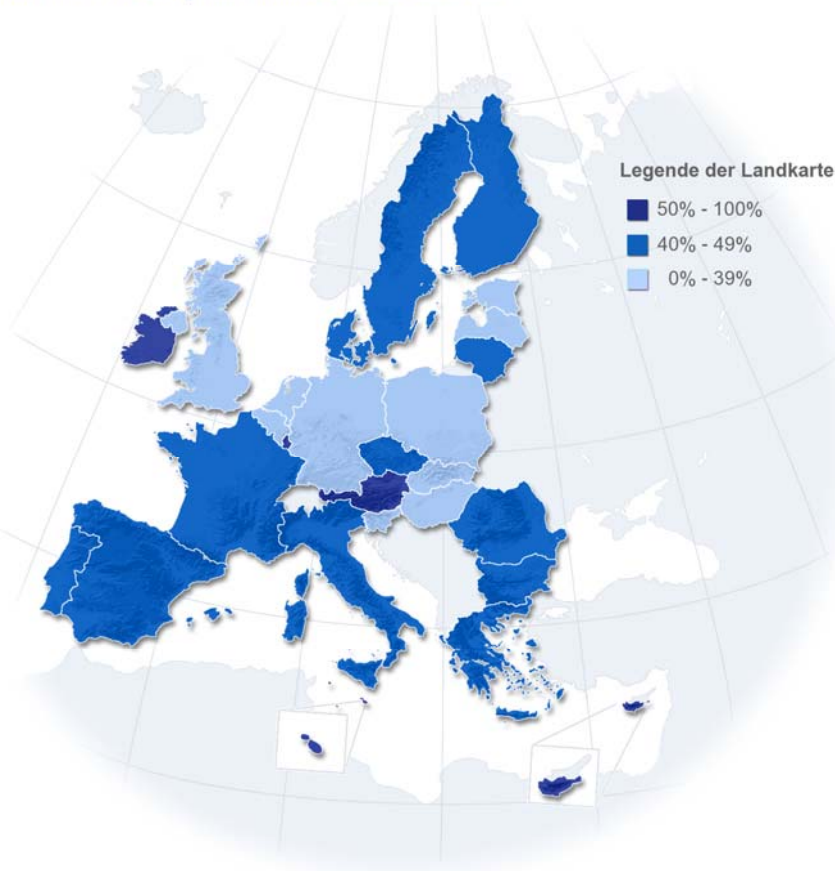
Die Förderung und der Schutz der Menschenrechte werden in 14 der 27 Mitgliedstaaten an die Spitze der Liste gewählt. Dieser Aktionsbereich wird insbesondere von 3 von 4 Befragten auf Zypern (75%), nahezu 6 von 10 Befragten in Irland (59%) und mehr als der Hälfte von ihnen in Luxemburg (55%) und auf Malta (54%) genannt. Darüber hinaus wird diese Ansicht auch in Österreich (50%), Rumänien (48%), Finnland (47%), Griechenland (46%), Spanien (46%) und Frankreich (44%) von einer Mehrheit der Befragten vertreten.

Eine Beteiligung an der Beilegung von Konflikten sowie am Erhalt und der Schaffung von Frieden ist ein vorrangiger Aspekt für die Befragten in den Niederlanden (45%) und in Slowenien (44%). Auf Zypern wird dieser Aspekt von 6 von 10 Befragten angegeben. **Maßnahmen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen** werden von knapp der Hälfte der Befragten in Estland (47%) sowie einem geringfügig niedrigeren Anteil der Befragten in Ungarn (45%) und in Bulgarien (42%) gewählt. In Deutschland handelt es sich hierbei um einen Schwerpunktbereich, der von einer knappen Mehrheit der Befragten als vorrangig angesehen wird (40%).

CY	75%
IE	59%
LU	55%
MT	54%
AT	50%
PT	48%
RO	48%
FI	47%
EL	46%
ES	46%
SE	44%
FR	44%
LT	42%
BG	42%
CZ	41%
IT	40%
DK	40%
EU27	40%
HU	38%
BE	38%
NL	38%
EE	37%
DE	36%
SI	36%
SK	35%
UK	34%
PL	33%
LV	29%

Frage: QG6. Welche der folgenden Aspekte sollten von der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt zu leisten?





























Antworten: **Förderung und Schutz der Menschenrechte**



In Dänemark und – in geringerem Maße – in Spanien und Griechenland (48%, 45% bzw. 41%) sind die Befragten mit höherer Wahrscheinlichkeit als ihre Mitbürger der Ansicht, dass sich die Europäische Union vorrangig um die **Förderung der Entwicklung armer Länder** kümmern soll.

Der **Ausbau der Beziehungen der Europäischen Union zu den östlichen Ländern** bzw. **den Ländern des Mittelmeerraums** wird in den jeweils angrenzenden Ländern bzw. in den Ländern, die sich geographisch in den jeweiligen Regionen befinden, als wichtiger eingestuft: Dies gilt für Lettland (30%), die Slowakei (23%), Estland (23%) und Litauen (22%) in Bezug auf Russland oder die Ukraine sowie auf Malta (23%) und Griechenland (15%) in Bezug auf die Länder des Mittelmeerraums.

QG6 Welche der folgenden Aspekte sollten von der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt zu leisten? (MAX. 2 ANTWORTEN)




		Förderung und Schutz der Menschenrechte	Beteiligung an der Beilegung von Konflikten, am Erhalt und der Schaffung von Frieden	Maßnahmen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Nuklearwaffen, chemische Waffen usw.)	Förderung der Entwicklung armer Länder	Ausbau der Beziehungen der Europäischen Union zu den östlichen Ländern wie Russland, der Ukraine usw.	Ausbau der Beziehungen der Europäischen Union zu den Mittelmeerländern	Weiß nicht / Keine Angabe
	EU27	40%	36%	33%	33%	14%	8%	6%
	BE	38%	38%	31%	36%	16%	11%	2%
	BG	42%	35%	42%	31%	15%	5%	7%
	CZ	41%	39%	39%	22%	21%	10%	2%
	DK	40%	41%	37%	48%	15%	6%	4%
	DE	36%	38%	40%	34%	15%	9%	5%
	EE	37%	24%	47%	26%	23%	8%	7%
	IE	59%	37%	35%	18%	16%	6%	11%
	EL	46%	37%	27%	41%	15%	15%	1%
	ES	46%	34%	23%	45%	9%	6%	6%
	FR	44%	40%	37%	40%	10%	9%	3%
	IT	40%	39%	35%	24%	13%	14%	4%
	CY	75%	61%	35%	14%	8%	5%	0%
	LV	29%	27%	28%	32%	30%	6%	7%
	LT	42%	31%	29%	23%	22%	5%	8%
	LU	55%	41%	30%	29%	12%	6%	2%
	HU	38%	29%	45%	37%	16%	9%	2%
	MT	54%	29%	29%	19%	8%	23%	9%
	NL	38%	45%	29%	39%	21%	6%	3%
	AT	50%	41%	35%	25%	16%	13%	3%
	PL	33%	26%	27%	34%	20%	6%	11%
	PT	48%	29%	22%	36%	11%	9%	7%
	RO	48%	34%	32%	23%	17%	7%	10%
	SI	36%	44%	40%	33%	14%	8%	1%
	SK	35%	36%	34%	30%	23%	14%	3%
	FI	47%	30%	37%	40%	18%	5%	3%
	SE	44%	44%	32%	40%	11%	4%	6%
	UK	34%	33%	32%	29%	12%	5%	13%

* Die höchsten Ergebnisse je Land sind fett, die niedrigsten kursiv gedruckt, die höchsten Ergebnisse je Aussage sind grau hinterlegt, die niedrigsten je Aussage schwarz umrandet.

Was die vorrangig zu berücksichtigenden Tätigkeitsbereiche der EU anbelangt, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt zu leisten, unterscheiden sich die Meinungen der befragten Personen nur wenig in Abhängigkeit von ihren soziodemografischen Merkmalen.

Geringfügige Unterschiede machen sich jedoch bemerkbar, wenn wir die Förderung und den Schutz der Menschenrechte untersuchen: Die Befragten im Alter zwischen 15 und 24 Jahren und die Studenten (jeweils 43%) messen diesem Aspekt etwas mehr Bedeutung bei als die älteren Befragten (37% der Personen im Alter von 55 Jahren und darüber).

Aufgrund der Einstellung der Befragten gegenüber der Union werden ebenfalls Differenzen in Bezug auf die Beteiligung der EU an der Beilegung von Konflikten sowie am Erhalt und der Schaffung von Frieden deutlich: Je positiver die Einstellung des Befragten gegenüber der EU ist, umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Beteiligung der EU an Maßnahmen zur Konfliktlösung oder friedensbildenden Maßnahmen unterstützt wird.

QG6 Welche der folgenden Aspekte sollten von der Europäischen Union vorrangig berücksichtigt werden, um einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt zu leisten? (MAX. 2 ANTWORTEN)		
	Förderung und Schutz der Menschenrechte	Beteiligung an der Beilegung von Konflikten, am Erhalt und der Schaffung von Frieden
EU27	40%	36%
Geschlecht		
 Männlich	40%	36%
Weiblich	40%	36%
Alter		
 15-24	43%	36%
25-39	41%	35%
40-54	41%	38%
55 +	37%	35%
Berufliche Tätigkeit		
 Selbständig	39%	36%
Leitende(r) Angestellte(r)	38%	43%
Andere(r) Angestellte(r)	43%	38%
Sonstige Arbeiter	41%	35%
Hausfrauen / Hausmänner	43%	33%
Arbeitslos	43%	33%
Rentner / Pensionäre	37%	34%
Studenten	43%	38%
Vertrauen in die EU		
Eher vertrauen	40%	39%
Eher nicht vertrauen	40%	33%
Mitgliedschaft in der EU		
Gute Sache	40%	38%
Schlechte Sache	38%	32%
Neutral	41%	35%
Bild der EU		
Positiv	41%	39%
Neutral	40%	35%
Negativ	40%	31%

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die vorliegende Eurobarometer-Umfrage wurde zwischen dem 23. Oktober und dem 18. November 2009 durchgeführt und ermöglicht, etwa ein Jahr nach Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise, eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen, die die Krise auf die Sichtweisen, Meinungen und Werte der europäischen Bürger hat. Einige der wichtigsten Ergebnisse möchten wir im vorliegenden Text besonders hervorheben:

- Die Krise hat weder eine verstärkende Wirkung auf die Kritik der Bürger an der Globalisierung noch Auswirkungen auf ihr Vertrauen in die Grundlagen der Marktwirtschaft. Im Gegenteil zeigen sich die europäischen Bürger gegenüber der Globalisierung heute aufgeschlossener als vor einem Jahr, und sie bringen eine stärkere Unterstützung der marktwirtschaftlichen Prinzipien als noch vor zwei Jahren zum Ausdruck.
- Allerdings fordern die Bürger aufgrund der Krise mehr Regeln und Kontrolle, und zwar eine bessere Regulierung der nationalen Wirtschaftssysteme, hin zu einer „sozialen Marktwirtschaft“, in der es mehr Platz für Solidarität und soziale Gerechtigkeit gibt, sowie eine stärkere Kontrolle der Finanzsphäre. Von der Europäischen Union wird insbesondere erwartet, dass sie stärkere Kontrollen und eine bessere Überwachung der Finanzmärkte umsetzt. Die europäischen Bürger zeigen Vertrauen in die marktwirtschaftlichen Prinzipien und fordern gleichzeitig, dass deren Exzesse und Auswüchse reguliert werden.
- Dieser Wunsch nach Regulierung, den die Krise sicherlich verstärkt hat, kann auch im Kontext der sozialen Forderung nach mehr Solidarität und Gleichheit gesehen werden. Die europäischen Bürger sind der Meinung, dass angesichts der wichtigsten internationalen Herausforderungen vorrangig diesen beiden Bereichen Rechnung getragen werden sollte.
- Auch wenn der wirtschaftliche Aufschwung an erster Stelle der Prioritäten steht, die die Europäische Kommission nach Ansicht der Bürger vorrangig behandeln soll, bleibt auch die Sorge um die Umwelt von großer Bedeutung und hat sich im Vergleich zum letzten Jahr verstärkt. Wenn die Bürger zwischen wirtschaftlichem Wachstum und der Umwelt abwägen sollen, fällt ihre Wahl, wie schon vor Beginn der Krise, wieder zugunsten der Umwelt aus. Nachdem der Umweltschutz zu Beginn der Krise vom wirtschaftlichen Wachstum um jeden Preis in den Hintergrund gedrängt worden war, wird seine Bedeutung mittlerweile wieder als vorrangig eingestuft.

- Um die Herausforderungen der Krise im Kontext der Globalisierung zu meistern, schätzen die europäischen Bürger die Europäische Union als glaubwürdigen Akteur ein, auch wenn sie hinsichtlich der abmildernden und schützenden Rolle des Euro nicht einig sind. Um die Glaubwürdigkeit der Union zu erhöhen, sollte sie ihre Fähigkeit unter Beweis stellen, eine bessere Koordination der Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten und eine verstärkte Kontrolle der Finanzmärkte erreichen, da die europäischen Bürger für diese beiden Bereiche verstärkt ihre Hoffnungen in die Union setzen.
- Es kann abschließend festgestellt werden, dass der wirtschaftliche Aufschwung und die Regulierung der Finanzmärkte, der Umweltschutz und der Kampf gegen den Klimawandel sowie die Stärkung der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit die drei Bereiche sind, in denen die europäischen Bürger am meisten deutliche Maßnahmen und Interventionen von der Union wünschen.

Die Krise hat die europäischen Meinungen über die Globalisierung nicht radikalisiert. Gewiss sind die Meinungen der europäischen Bürger zur Globalisierung nach wie vor ambivalent; im Vergleich zum letzten Jahr haben sich allerdings auch die negativen Bewertungen nicht verstärkt:

- Der Anteil europäischer Bürger, die den Begriff Globalisierung „positiv“ bewerten, ist innerhalb eines Jahres um 6 Punkte gestiegen.
- Es gibt allerdings unter den europäischen Bürgern nach wie vor sehr unterschiedliche Sichtweisen der Globalisierung. Auf der positiven Seite wird die Globalisierung als Chance für das Wirtschaftswachstum und als Möglichkeit, offener für andere Kulturen zu sein, wahrgenommen. Auf der negativen Seite sehen die Bürger die Globalisierung als Bedrohung, durch die soziale Ungleichheiten verschärft werden, und als Phänomen, das ausschließlich den großen Unternehmen und nicht den Bürgern nützt. Insbesondere in Bezug darauf, wie die europäischen Bürger die Globalisierung wahrnehmen, fallen die sozialen und nationalen Unterschiede sehr deutlich aus.
- Die Globalisierung ruft bei drei Vierteln der europäischen Bürger einen starken Wunsch nach Lenkung und Regulierung hervor. Die Europäische Union soll bei dieser Regulierung eine wichtige Rolle spielen, da eine Mehrheit der Ansicht ist, dass sie hilft, die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen und dass sie es ihnen ermöglicht, stärker von ihren positiven Auswirkungen zu profitieren.

- Die europäischen Bürger sind der Meinung, dass die Europäische Union über ausreichend Macht und Mittel verfügt, um ihre wirtschaftlichen Interessen in der globalen Wirtschaft zu verteidigen. Sie behaupten allerdings gleichzeitig, dass die Europäische Wirtschaft im Vergleich zur chinesischen Wirtschaft weniger leistungsfähig sei. Diese Ansicht hat sich seit der letzten Umfrage vor einem Jahr noch verstärkt.
- Hinsichtlich der Globalisierung gehen die europäischen Bürger mittlerweile davon aus, dass die europäischen und amerikanischen Interessen übereinstimmen, während vor einem Jahr die Mehrheit noch von einer gegenläufigen Interessenlage überzeugt war. Diese Entwicklung hängt möglicherweise mit der Wahl von Barack Obama in den Vereinigten Staaten zusammen.
- Beim Vergleich mit den Vereinigten Staaten sind die europäischen Bürger der Ansicht, dass die Europäische Union in allen sozialen Bereichen und im Umweltschutz einen Vorsprung habe. Demgegenüber sind die Bürger davon überzeugt, dass die Union im Bereich der Herausforderungen der Zukunft, wie der wissenschaftlichen Forschung und Innovation, hinter den USA zurückliegt.

Aufgrund der Krise fordern die Bürger von der Europäischen Union die Regulierung der Finanzsphäre. Nur eine Minderheit der Europäer ist der Meinung, dass der Euro die negativen Auswirkungen der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gemildert habe.

- Auch wenn sich eine Mehrheit der Bürger Sorgen um den Arbeitsplatz macht und eine Mehrheit weiterhin der Ansicht ist, dass das Schlimmste noch bevorsteht, sind die optimistischen Ansichten im Vergleich zum Anfang des Jahres 2009 deutlich angestiegen.
- Die Befragten erwarten, dass die Europäische Union einen Ausweg aus der Krise findet, da sie neben den nationalen Regierungen als derjenige Akteur angesehen wird, der am besten in der Lage ist, wirksame Maßnahmen gegen ihre Auswirkungen zu ergreifen.
- Damit die Krise ein Ende findet, fordern die europäischen Bürger, dass die Europäische Union in drei wichtigen Bereichen Maßnahmen ergreift: Eine verbesserte Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene, eine verstärkte Überwachung der Finanzmärkte und der Finanzinstitutionen und – insbesondere – eine bessere Kontrolle der Verwendung öffentlicher Mittel zur Unterstützung der Finanzinstitutionen.

- Um den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten, ist eine Mehrheit der europäischen Bevölkerung der Ansicht, dass in Bildung, Ausbildung und Innovation sowie in die Unterstützung der kleinen und mittelständischen Unternehmen investiert werden muss.
- Während die europäischen Bürger auf die Fähigkeiten der Europäischen Union vertrauen, sie vor den Auswirkungen der Krise zu schützen, sehen sie die schützende und mildernde Rolle des Euro eher skeptisch. In diesem Punkt ist die europäische Meinung gespalten.

Die Krise hat keine größeren Auswirkungen auf die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Werte der europäischen Bürger. So ist beispielsweise das Vertrauen, das die Bürger in die Grundlagen der Marktwirtschaft setzen, innerhalb eines Jahres sogar noch angestiegen. Nichtsdestotrotz unterstützen die europäischen Bürger eher ein Modell der „sozialen Marktwirtschaft“, d.h. einer regulierten und abgemilderten Marktwirtschaft, die den sozialen Problemen Rechnung trägt.

- Mehr als drei Viertel der europäischen Bürger bewerten die Begriffe „Unternehmen“, „Wettbewerb“, „Flexibilität“, „Freier Handel“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ positiv, sogar in noch höherem Maße als dies im Jahr 2007 der Fall war. Demgegenüber löst der Begriff „Protektionismus“ bei den meisten Bürgern mittlerweile eine negative Assoziation aus. Im Jahre 2007 bewertete eine Mehrheit der Bürger diesen Begriff noch positiv.
- Der Begriff „Wohlfahrtsstaat“ wird ebenfalls von 7 von 10 Europäern positiv wahrgenommen. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass staatliche Eingriffe wieder gewünscht werden. Die „soziale Gleichheit und Solidarität“ wird von den Bürgern auf den ersten Platz derjenigen Aspekte gewählt, auf die sich unsere Gesellschaft konzentrieren soll, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Dieser Punkt kommt noch vor dem Umweltschutz und der Innovation. Die Krise verstärkt somit die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Solidarität.
- Nachdem die Sorge um die Umwelt zu Anfang der Krise vorübergehend auf einen der hinteren Plätze verwiesen wurde, gewinnt dieser Aspekt mittlerweile wieder an Terrain. 7 von 10 Bürgern sind mit der Aussage einverstanden, dass Umweltschutz Vorrang haben sollte, selbst wenn dies das Wirtschaftswachstum beeinträchtigt.

- In Bezug auf die Werte kann festgestellt werden, dass die Europäische Union für ihre Bürger insbesondere die humanistischen Werte, die Demokratie und den Frieden verkörpert. Diese Werte formen die gemeinsame europäische Basis.

Abschließend erlauben die Fragen nach den Prioritäten, die die europäischen Bürger der EU in den kommenden Jahren zuweisen, eine Synthese ihrer Erwartungen an sie: Der wirtschaftliche Aufschwung nimmt den ersten Platz der Prioritäten ein und wird gefolgt von der Förderung eines nachhaltigen Wachstums, dem Kampf gegen den Klimawandel und einem Beitrag zu mehr Stabilität in der Welt.

TECHNISCHER HINWEIS

Zwischen dem 23. Oktober und dem 18. November 2009, hat TNS Opinion & Social, ein Konsortium aus TNS plc und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat "Forschung und politische Analyse", die EUROBAROMETER-Umfrageswelle 72.4 durchgeführt.

Die Befragungswelle 72.4 ist Teil des Standard-Eurobarometers 72 und wurde in allen EU-Mitgliedsländern Personen befragt, die mindestens 15 Jahre alt sind, ihren Wohnsitz in dem jeweiligen Land haben und die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen. Das Standard-Eurobarometer 72 wurde außerdem in den drei Bewerberländern (Kroatien, Türkei und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In allen Mitgliedsländern wurde eine mehrstufige Zufallsstichprobe verwendet. In jedem EU-Land wurde eine bestimmte Anzahl von Sampling-Punkten nach dem Zufallsprinzip gezogen, die die Struktur der Grundgesamtheit in Bezug auf ihre regionale Verteilung (für eine vollständige Erfassung des Landes) repräsentativ abbildet.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHLE DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.006	30/10/2009	17/11/2009	8.866.411
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.008	29/10/2009	09/11/2009	6.584.957
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.056	30/10/2009	13/11/2009	8.987.535
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.006	24/10/2009	17/11/2009	4.503.365
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.514	30/10/2009	15/11/2009	64.545.601
EE	Estland	Emor	1.002	23/10/2009	16/11/2009	916.000
IE	Irland	TNS MRBI	1.011	30/10/2009	15/11/2009	3.375.399
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	28/10/2009	15/11/2009	8.693.566
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.020	30/10/2009	15/11/2009	39.059.211
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.005	28/10/2009	16/11/2009	47.620.942
IT	Italien	TNS Infratest	1.036	30/10/2009	14/11/2009	51.252.247
CY	Zypern	Synovate	506	26/10/2009	15/11/2009	651.400
LV	Lettland	TNS Latvia	1.006	30/10/2009	16/11/2009	1.448.719
LT	Litauen	TNS Gallup Lithuania	1.023	27/10/2009	11/11/2009	2.849.359
LU	Luxemburg	TNS ILReS	502	27/10/2009	15/11/2009	404.907
HU	Ungarn	TNS Hungary	1.023	29/10/2009	15/11/2009	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	28/10/2009	14/11/2009	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.004	29/10/2009	18/11/2009	13.017.690
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	1.030	27/10/2009	13/11/2009	6.973.277
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	30/10/2009	15/11/2009	32.306.436
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.025	29/10/2009	15/11/2009	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.021	30/10/2009	11/11/2009	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.015	24/10/2009	15/11/2009	1.748.308
SK	Slowakei	TNS AISA SK	1.040	30/10/2009	15/11/2009	4.549.954
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.018	29/10/2009	18/11/2009	4.412.321
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.032	26/10/2009	15/11/2009	7.723.931
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.322	30/10/2009	17/11/2009	51.081.866
EU27			26.731	23/10/2009	18/11/2009	406.557.138
	Nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierter Landesteil	Kadem	500	02/11/2009	14/11/2009	143.226
CY(tcc)						
HR	Kroatien	Puls	1.000	27/10/2009	12/11/2009	3.749.400
TR	Türkei	TNS PIAR	1.002	27/10/2009	15/11/2009	52.728.513
	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	TNS Brima	1.005	27/10/2009	02/11/2009	1.678.404
TOTAL			30.238	23/10/2009	18/11/2009	464.856.681

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind oben angegeben.

Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Stichprobenanteil	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
Konfidenzgrenzen	± 1,9 Punkte	± 2,5 Punkte	± 2,7 Punkte	± 3,0 Punkte	± 3,1 Punkte